



Plenarprotokoll

143. Sitzung

Mittwoch, 22. März 2017

Mündlicher Bericht zum möglichen Schuldenerlass der HSH Nordbank für die Containerschiffsreederei Rickmers Maritime Trust 12004

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5355

**Aktuelle Stunde
Industriepolitik in Schleswig-Holstein vor dem Hintergrund der geplanten Standortschließung und des angekündigten Stellenabbaus beim Windkraftanlagenbauer Senvion** 12005

Antrag der Fraktion der FDP

Christopher Vogt [FDP]..... 12005
Daniel Günther [CDU]..... 12007
Thomas Hölck [SPD]..... 12008
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 12010
Uli König [PIRATEN]..... 12013

Lars Harms [SSW]..... 12015
Astrid Damerow [CDU]..... 12017
Bernd Heinemann [SPD]..... 12018
Reinhard Meyer, Minister für
Wirtschaft, Arbeit, Verkehr
und Technologie..... 12018

Verbot der Wahlwerbung durch die Landesregierung einhalten 12021

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/5346

Daniel Günther [CDU]..... 12021
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 12022
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 12023
Wolfgang Kubicki [FDP]..... 12023
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 12025
Lars Harms [SSW]..... 12026
Dr. Heiner Garg [FDP]..... 12027

Beschluss: 1. Ablehnung Antrag Drucksache 18/5346 Absatz 3 in namentlicher Abstimmung 2. Ablehnung Antrag Drucksache 18/5346 insgesamt.....	12027	c) Kommunale Sportstätten fördern - Kommunalinvestitionsförderungs-gesetz sachgerecht umsetzen	12035
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesabgeordnetengesetzes	12027	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/5193 (neu)	
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4928		Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/5345	
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/5181 (neu)		Thomas Rother [SPD], Bericht- statter.....	12035
Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- erstatte-rin.....	12027	Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	12035
Birgit Herdejürgen [SPD].....	12028	Barbara Ostmeier [CDU].....	12036
Hans-Jörn Arp [CDU].....	12028	Jürgen Weber [SPD].....	12039
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	12029	Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	12041
Wolfgang Kubicki [FDP].....	12030	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	12042
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	12032	Torge Schmidt [PIRATEN].....	12043
Lars Harms [SSW].....	12033	Lars Harms [SSW].....	12045
Beschluss: Verabschiedung des Ge- setzentwurfs Drucksache 18/4928 in der Fassung der Drucksache 18/5181 (neu).....	12035	Beschluss: 1. Kenntnisnahme der Antwort der Landesregierung Drucksache 18/5297 2. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/5159 3. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/5193 (neu).....	12046
Gemeinsame Beratung		Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Besoldungs- und Ver- sorgungsanpassung in Schleswig- Holstein (Besoldungs- und Versor- gungsanpassungsgesetz 2017 bis 2018 - BVAnpG 2017 - 2018)	12046
a) Situation und Förderung der vereinsgebundenen Schwimm- ausbildung und des Schwimm- sports in Schleswig-Holstein	12035	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/5291	
Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 18/4497		Beschluss: Überweisung an den Fi- nanzausschuss.....	12046
Antwort der Landesregierung Drucksache 18/5297		Minderheiten- und Volksgruppen- politik in der 18. Legislaturperiode (2012 - 2017) - Minderheitenbe- richt 2017	12047
b) Förderauftrag der Landesver- fassung ernst nehmen - Belas- tungen für den Sport vermeiden	12035	Bericht der Landesregierung Drucksache 18/5279	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/5159		Torsten Albig, Ministerpräsident... Lars Harms [SSW]..... Astrid Damerow [CDU].....	12047 12049 12051

Birte Pauls [SPD].....	12052	Lars Harms [SSW].....	12091
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	12054	Rainer Wiegard [CDU].....	12093
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	12056	Beschluss: Berichts Antrag und der Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Berichterstattung der Lan- desregierung erledigt.....	12096
Angelika Beer [PIRATEN].....	12057		
Beschluss: Kenntnisnahme des Be- richts Drucksache 18/5279.....	12059		
Schlussbericht des Ersten Parla- mentarischen Untersuchungsaus- schusses der 18. Wahlperiode	12059	* * * *	
Bericht und Beschlussempfehlung des Ersten Parlamentarischen Unter- suchungsausschusses Drucksache 18/5272		Regierungsbank:	
Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- erstatteerin.....	12059	Torsten Albig, Ministerpräsident	
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	12061	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen- de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten	
Beate Raudies [SPD].....	12064	Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufs- bildung	
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	12067	Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul- tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten	
Wolfgang Kubicki [FDP].....	12069, 12078	Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundes- angelegenheiten	
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	12071	Monika Heinold, Finanzministerin	
Flemming Meyer [SSW].....	12074, 12076	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar- beit, Verkehr und Technologie	
Peter Eichstädt [SPD].....	12078	Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund- heit, Wissenschaft und Gleichstellung	
Beschluss: Kenntnisnahme des Schlussberichts des Untersu- chungsausschusses und Erledi- gungserklärung des Untersu- chungsauftrags, Drucksachen 18/3352 und 18/3375.....	12079	* * * *	
Mündlicher Bericht zum möglichen Schuldenerlass der HSH Nordbank für die Containerschiffsreederei Rickmers Maritime Trust	12079		
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/5355			
Monika Heinold, Finanzministerin	12080, 12094		
Wolfgang Kubicki [FDP].....	12081, 12092		
Tobias Koch [CDU].....	12084, 12095		
Thomas Rother [SPD].....	12085		
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	12087		
Torge Schmidt [PIRATEN].....	12090		

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 51. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Bevor ich mit den Formalitäten beginne, möchte ich mich dem Kollegen König zuwenden. Wegen der besonderen Sensibilität, die aus datenschutzrechtlichen Gründen bei Ihnen vorherrscht, bin ich mir nicht ganz sicher, Herr Kollege, ob ich Ihnen zur Geburt eines Kindes oder zur Geburt der Tochter Julie gratulieren soll. Ich mache beides. - Herzlichen Glückwunsch!

(Heiterkeit und Beifall)

Ich finde, das hat Ihre Frau gut gemacht.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

Mündlicher Bericht zum möglichen Schuldenerlass der HSH Nordbank für die Containerschiffsreederei Rickmers Maritime Trust

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5355

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer stimmt der Dringlichkeit zu? - Ich sehe, das ist einstimmig so geschehen. Die dafür erforderliche Zweidrittelmehrheit ist damit gegeben. Die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer werden mir nachher vortragen, wie sie sich über die Redezeiten verständigt haben, und sie werden einen Vorschlag darüber machen, wie wir diesen Punkt in die Tagesordnung einreihen.

Ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 5 bis 11, 13 bis 18, 24, 27, 36, 43, 44, 46 bis 49, 52, 53, 54, 55, 57, 59, 61, 64 und 70 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden soll der Tagesordnungspunkt 50. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 3, 12 und 19, Nachtrag für das Haushaltsjahr 2017, 21 und 60, Situation des Schwimmsports und der kommunalen Sportstätten,

sowie die Punkte 23, 38, 56 und 68, Vorlagen zur Wohnungsbaupolitik, sowie die Punkte 25, 26 und 35, Schutz der Traditionsschifffahrt, ferner die Punkte 29, 41, 62 und 67, Vorlagen zur Bildungspolitik in Schleswig-Holstein, sowie die Punkte 32, 33 und 34, Vorlagen zur Atom- und Energiepolitik.

Der Sozialausschuss bittet darum, den Punkt „Praxisintegrierte Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher auch in Schleswig-Holstein ermöglichen“, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/5155, sowie den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/5233, noch in dieser Tagung zu behandeln. Ich schlage Ihnen vor, diesen Tagesordnungspunkt als Punkt 60 A in die Tagesordnung einzureihen.

Weiter haben die Mitglieder des Sozialausschusses dem Landtag mit der Beschlussempfehlung Drucksache 18/5349 eine Entschließung zum Thema „Ambulante Hilfen zur Erziehung stärken“ mit der Bitte um Übernahme vorgelegt. Ich schlage Ihnen vor, diesen Tagesordnungspunkt als Punkt 60 B in die Tagesordnung einzureihen.

Im Ältestenrat wurde vereinbart, diese Punkte ohne Aussprache aufzurufen. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Anträge zu einer Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 51. Tagung.

Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen.

Bitte beachten Sie, dass die Sitzung am Donnerstag bereits um 9:30 Uhr, also eine halbe Stunde eher als sonst üblich, beginnt. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Schülerinnen und Schüler des Wolfgang-Borchert-Gymnasiums aus Halstenbek,

(Beifall)

ferner Mitglieder der Berufsvorbereitungskurses des Jugendaufbauwerkes Plön

(Beifall)

(Präsident Klaus Schlie)

sowie Vertreterinnen und Vertreter des Verbandes der Wohnungslosen Pinneberg

(Beifall)

und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung Drachensee. - Seien Sie uns alle herzlich willkommen!

(Beifall - Zurufe: Und die Feuerwehr! - Heiterkeit)

Auf besonderen Wunsch aus den Reihen der Abgeordneten begrüße ich denjenigen, der selbstverständlich hier sitzen muss, wenn Landtags-sitzung ist, nämlich den Vertreter des Landesfeuerwehrverbandes, den Geschäftsführer Herrn Arp.

(Beifall)

Es trägt wenigstens zur Gesundheit bei, wenn er sich hier hin und wieder erheben darf. Insofern ist das eine gute Übung.

(Heiterkeit - Peter Eichstädt [SPD]: Das gilt auch für Präsidenten! - Heiterkeit)

- Vorsichtig, Herr Abgeordneter, das kann gefährlich werden! Aber Sie haben natürlich Recht, Herr Abgeordneter.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde**Industriepolitik in Schleswig-Holstein vor dem Hintergrund der geplanten Standortschließung und des angekündigten Stellenabbaus beim Windkraftanlagenbauer Senvion**

Antrag der Fraktion der FDP

Das Wort für die Fraktion der CDU - Entschuldigung - der FDP hat der Herr Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Das war ein netter Versuch, hat aber nicht funktioniert; ich bleibe meiner Partei treu.

Ich freue mich über die gute Stimmung heute Morgen hier im Hause. Allerdings hat uns in der vergangenen Woche eine ausgesprochen schlechte Nachricht erreicht. Die Firma **Senvion** plant einen erheblichen **Abbau von Arbeitsplätzen** an ihren deutschen Standorten. Betroffen davon ist auch Schleswig-Holstein. Allein in Husum sind davon über 200 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer be-

troffen. Rund 100 von ihnen droht eine betriebsbedingte Kündigung.

Es geht aber auch um den vom Land erheblich geförderten **Standort in Osterrönfeld**. Das ist wirklich schon ein heftiger Schlag ins Kontor für den Wirtschaftsstandort Husum, für den Kreis Nordfriesland, aber auch für unser Bundesland insgesamt.

Ich glaube, jetzt ist nicht die Zeit für Populismus, sondern für Taten. Die Landespolitik sollte im Rahmen ihrer Möglichkeiten und im Rahmen dessen, was ordnungspolitisch verantwortbar ist, versuchen, diese Entwicklung aufzuhalten beziehungsweise zu bremsen. Die Beschäftigten in Husum wollen kämpfen und machen, wie ich finde, auch sehr konstruktive Vorschläge, und zwar nicht erst seit gestern.

Aber ich glaube, es verkennt dort auch niemand, dass die **Branche** in einem **Umbruch** begriffen ist. Husum könnte aber nach den Vorstellungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - ich glaube, das sollten wir hier geschlossen unterstützen - ein zentraler Standort für Reparatur, Wartung und Service werden und auch für die Produktion von 3-MW-Anlagen, die nachgefragt werden, anders als dies bei den 2-MW-Anlagen momentan der Fall ist.

(Beifall SSW)

Die Landespolitik sollte dies unterstützen. Herr Kollege Harms, Sie wissen das besser als vermutlich jeder anderer: Die Stadt Husum ist eine Wiege der Windenergie und damit der Energiewende in Schleswig-Holstein.

Senvion ist mit Blick auf die Vorgängerunternehmen - der Name hat ja ein paar Mal gewechselt und der Eigentümer - nicht irgendein Unternehmen. Die Landespolitik darf aus unserer Sicht nicht dabei zusehen, wie im **Energiewendeland** Schleswig-Holstein wirtschaftspolitisch die Lichter ausgehen. Man darf nicht zulassen, dass hier nur noch **Windkraftanlagen** abgestellt werden, die Finanzfonds aus anderen Regionen des Landes gehören oder die in anderen Gebieten Deutschlands beziehungsweise im Ausland gebaut wurden. Das ist zumindest nicht unsere Vorstellung, wie wir die Energiewende für die Wertschöpfung in Schleswig-Holstein nutzen sollten, meine Damen und Herren.

Insofern fordern wir jetzt von der Landesregierung eine klare Ansage, dass sie die Beschäftigten von Senvion dabei unterstützt, dem Standort Husum doch noch eine Zukunft zu geben, und zwar nicht durch Subventionen an das Unternehmen - wir ha-

(Christopher Vogt)

ben bei Osterrönfeld gesehen, dass einzelbetriebliche Förderungen nicht das geeignete Instrument sind -, sondern durch eine politische Unterstützung, die vor allem auf die **Unterstützung des Wirtschaftsstandorts Husum** und Nordfrieslands abzielt.

Ich sage ganz deutlich: Wir würden nicht auf die Idee kommen, diese unternehmerische Entscheidung der Landesregierung anzulasten. Ich denke aber, es muss mehr denn je deutlich werden, dass die Industriepolitik ein Schwerpunkt der zukünftigen Landesregierung in Schleswig-Holstein sein muss.

(Beifall FDP)

Eine effektive **Industriepolitik** ist meines Erachtens vor allem für den Kreis Nordfriesland und die Westküste insgesamt von elementarer Bedeutung. In Nordfriesland sind mittlerweile nur noch rund 6 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe tätig. Das ist eine erschreckend niedrige Zahl. Wenn jetzt die Pläne der Geschäftsleitung von Senvion realisiert werden sollten, wäre das ein weiterer herber Rückschlag; denn dann wäre Nordfriesland in dem Bereich sehr weit abgeschlagen. Das sollte die Landesregierung nicht kaltlassen.

Vor nunmehr drei Jahren hatten wir vorgeschlagen, dass wir ein **industriepolitisches Konzept** für das Land brauchen. Unser Bundesland ist kein klassisches Industrieland, aber hat eben auch industrielle Kerne, die leider viel zu schnell abschmelzen und wieder gestärkt werden müssen. Damals wurde dies von der Mehrheit hier in diesem Hohen Hause zurückgewiesen. Als der DGB Nord eine ganz ähnliche Forderung erhoben hat, hat die Landesregierung immerhin das **Industriebündnis** auf den Weg gebracht, das jetzt, kurz vor der Wahl, zu Ende geführt wurde. Ehrlich gesagt, Herr Wirtschaftsminister, finde ich es sehr unglücklich, dass Sie drei Jahre gebraucht haben, um 29 Handlungsempfehlungen vorzulegen. Das hätte deutlich früher der Fall sein können. Das Ganze wurde ja auch am Freitagnachmittag sang- und klanglos versendet. Es ist ja kaum aufgefallen, was Sie dort gemacht haben. Wenn Sie daran glauben würden, dass dies der richtige Weg wäre, hätten Sie aus meiner Sicht zu diesem Thema eine Regierungserklärung gehalten.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf: Das wäre ja Öffentlichkeitsarbeit von der Landesregierung! - Beifall Serpil Midyatli [SPD])

- Vor allem auf Kosten des Steuerzahlers, Herr Kollege! Das ist der entscheidende Unterschied.

(Beifall FDP)

Was muss passieren, meine Damen und Herren, damit es besser wird und vor allem die wirtschaftspolitisch gebeutelte Westküste wieder eine reelle industriepolitische Perspektive bekommt, damit wieder mehr in den Betrieben an der Westküste ausgebildet wird, damit auch dort neue Ansiedlungen realistisch werden?

Ich bin der völligen Überzeugung, dass die **Verkehrsbindung** ganz wesentlich ist, und zwar der schnelle Weiterausbau der A 20 und der zügige Ausbau der B 5. Wir wünschen uns deutlich mehr Engagement und eine klare Perspektive im Bereich der Verkehrsinfrastruktur. In den „Kieler Nachrichten“ konnte man heute lesen, dass der Chef der Familienunternehmer, Rüdiger Behn, das auch angesprochen hat. Er hat sein Unternehmen in Eckernförde. Für den Ausbau müssten die Planungskapazitäten deutlich erhöht werden, das Planungsrecht vereinfacht werden, und es dürfen auch keine Placebo-Vorschläge kommen, wie Sie, Herr Minister, sie vorgelegt haben. Auch die politischen Blockaden müssen aus meiner Sicht endlich ein Ende haben. Es müssen verlässliche Ansagen kommen, wie es weitergeht.

Es war auch ein großer Fehler, dass die Windenergiemesse kampflös nach Hamburg abgegeben wurde. So etwas darf sich nicht wiederholen.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Marktwirtschaft? - Das war eine staatliche Gesellschaft in Hamburg, Herr Kollege. Wenn das Ihre Vorstellung von Marktwirtschaft ist, dann haben Sie - -

(Beifall FDP und CDU)

- Der Zwischenruf war ein bisschen unglücklich, Herr Stegner!

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir brauchen einen ambitionierteren Fahrplan bei der **Digitalisierung**. Das Land braucht eine geeignete **Ansiedlungsstrategie**, und wir brauchen auch mehr Gründergeist. Ich weiß nicht, ob Sie es zur Kenntnis genommen haben, Frau von Kalben, die Zahl der Unternehmensgründungen ist in Schleswig-Holstein seit Jahren deutlich rückläufig. Das kann Sie doch auch nicht kaltlassen. Sie können doch dann nicht sagen, es sei alles in Ordnung, das sei Oppositionsgeörgel. Die Zahl der Unternehmensgründungen ist auf einem erschreckend niedrigen Niveau.

(Christopher Vogt)

Meine Damen und Herren, es reicht nicht aus, unternehmerische Entscheidungen zu beklagen. Die Landesregierung muss sich die Frage stellen lassen, was sie in den letzten fünf Jahren getan hat, um den **Wirtschaftsstandort** attraktiver zu machen. Dies ist nicht allein die Aufgabe des Wirtschaftsministers, sondern des gesamten Kabinetts und auch des Ministerpräsidenten. Deshalb sage ich, Herr Ministerpräsident: Der nächste Ministerpräsident, wie auch immer er heißen mag, muss sich die Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes zur wichtigsten Hauptaufgabe machen. Zunächst einmal sollten Sie jetzt Gespräche mit der Geschäftsleitung von Senvion in Hamburg führen und nicht mit Abgesandten in Husum, die leider keine Ahnung und offenbar auch keine Vollmacht haben. Das ist das, was wir von Ihnen jetzt erwarten. Sprechen Sie mit der Geschäftsleitung in Hamburg und versuchen Sie mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, diese Pläne jetzt noch abzuwenden. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Oppositionsführer und Fraktionsvorsitzende der Fraktion, Herr Abgeordneter Daniel Günther.

(Zuruf SPD: Der Windenergieexperte!)

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die freundlichen Begrüßungsworte, Detlef Matthiessen.

Es ist richtig, dass die FDP eine Aktuelle Stunde zu Senvion beantragt hat; denn dann können wir uns heute einmal mit der **Industriepolitik** dieser **Landesregierung** auseinandersetzen. Ich stimme auch Christopher Vogt zu; denn auch ich hatte eigentlich eine Regierungserklärung zur Industriepolitik erwartet, da es ja die gängige Praxis dieser Landesregierung war, zu allen politischen Themen Regierungserklärungen anzumelden. Aber offenkundig war die Industriepolitik selbst dieser Landesregierung zu peinlich, dass sie sich nicht einmal getraut hat, eine Regierungserklärung in Schleswig-Holstein abzugeben.

(Beifall CDU und FDP)

Über die bittere **Situation bei Senvion** muss man nicht so viel nachdenken, woran das eigentlich liegt; denn es ist völlig offensichtlich, dass dieser Produktionsstandort aufgegeben wird, weil diese

Landesregierung eine nicht verlässliche Landesregierung ist,

(Widerspruch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil sie Sorge darum haben, dass die Infrastruktur weiterhin so schlampig in Schleswig-Holstein ausgebaut wird.

(Beifall CDU)

Das ist der Grund dafür, warum sich die Unternehmen von der Westküste abwenden. Da hilft auch alles Lamentieren und Schimpfen Ihrerseits darüber nichts, dass Sie keinen **Kontakt** zu den **Entscheidungsträgern** bekommen. Wenn die Menschen, wenn die Unternehmen kein Vertrauen in ihren Standort haben, weil diese Landesregierung eben nur redet und nicht handelt, dann werden solche Entscheidungen von den Unternehmen getroffen. Deswegen brauchen wir wieder eine verlässliche Politik in Schleswig-Holstein. Dann sorgen wir dafür, dass die Unternehmen hier bleiben.

(Beifall CDU und FDP)

Sie haben den Weiterbau der B 5 an die A 23 nicht vorangebracht, Sie haben sogar teilweise mit der Planung noch nicht begonnen. Sie haben immer noch keinen Planfeststellungsbeschluss für die vier Ortsumgehungen zwischen Hattstedt und Bredstedt. Der bittere Abzug von Senvion dokumentiert eines: Ihr Versagen in der Industriepolitik in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU)

Mit welchem Pathos war der Ministerpräsident angetreten? - Große Westküstenpläne wollte er machen. Die Ansiedlung energieintensiver Unternehmen mit modernen Arbeitsplätzen und sauberer Energie an der Westküste war für ihn nichts Geringeres als die Schicksalsfrage unserer politischen Generation.

Die Menschen haben von Ihnen in den letzten fünf Jahren jedoch keine einzige Antwort bekommen. Sie müssen es endlich lernen: Unternehmen interessieren keine Worthülsen, sondern schlicht Fakten, und bei Ihnen ist das alles nur Gesabbel.

(Beifall CDU und FDP)

Noch besser hat es der Chef der Familienunternehmen in Schleswig-Holstein heute gesagt: alles nur Dampfplauderei. - Der UV Nord bezeichnet Ihre Industriepolitik als den Aufbruch in die Vergangenheit. Sie haben für die Ansiedelung von Industrie-

(Daniel Günther)

unternehmen in den vergangenen Jahren nichts auf die Reihe gebracht.

Bände spricht im Übrigen auch die Äußerung von Minister Meyer. Ich glaube, er wollte den DGB damit loben. Aber er hat gesagt: Wenn ihr nicht im Jahre 2014 den Impuls gegeben hättet, wären wir gar nicht auf die Idee gekommen, **Industriekongresse** in unserem Land durchzuführen. - Also, selbst diese beiden nichtssagenden Kongresse hätten nicht stattgefunden, wenn der DGB nicht den Impuls dafür gegeben hätte. Was ist das für ein Armutzeugnis für eine Landesregierung, meine Damen und Herren?

(Beifall CDU und FDP)

In der **Infrastrukturpolitik** haben Sie nachweislich nichts auf die Reihe bekommen. Im Moment loben Sie sich ja immer für den Ausbau der A 7. Da gibt es ja immer das Loblied: „Wir können Autobahn“. Jedes Teilstück, das eröffnet wird, wird viermal nacheinander eingeweiht, und dann stehen die beiden da und sagen: „Wir können Autobahn.“ Das ist allerdings ein Loblied auf Ihre Vorgängerlandesregierung. Sie hat nämlich gegen Ihren massiven Widerstand entschieden, dass die DEGES das ausbaut. Das ist die Wahrheit in Schleswig-Holstein. Sie können nichts in Sachen Autobahnausbau.

(Beifall CDU und FDP)

Auch Ihr Streit mit den Grünen, den Sie jedes Mal inszenieren, dient einzig und allein dem Zweck, von Ihrem Versagen abzulenken. Sie hoffen darauf, dass immer der Eindruck entsteht, Meyer und Habeck würden sich streiten, sodass die Wirtschaft sagt: Ja, das sind die bösen Grünen, die hier blockieren. - Das passt so schön ins Klischee.

(Christopher Vogt [FDP]: Das stimmt ja auch!)

Aber wenn man sich einmal im Detail anguckt, woran es liegt, dann stellt man fest: Es liegt mitnichten daran, dass im grünen Umweltministerium blockiert wird, sondern es liegt daran, dass der Wirtschaftsminister Meyer in seinem eigenen Haus überhaupt nichts auf die Reihe kriegt. Davon versuchen Sie abzulenken.

(Beifall CDU und FDP)

Eine vernünftige Industriepolitik definiert sich übrigens nicht nur durch den Straßenbau, sondern auch dadurch, wie wir **Breitbandausbau** in Schleswig-Holstein betreiben. Seien Sie doch einmal ehrlich: Für das, wofür Sie sich in Schleswig-Holstein loben, haben Sie als Regierung nicht einen einzigen

Beitrag geleistet. Es sind unsere Breitbandzweckverbände, und es sind die Stadtwerke in Schleswig-Holstein, die den Ausbau voranbringen. Sie haben nichts gemacht, außer zu sagen, im Jahre 2030 reicht uns das auch. Es ist ja eine tolle Botschaft, wenn Sie den Unternehmen sagen: Siedeln Sie sich einmal hier an; wir garantieren Ihnen, in acht Jahren sind Sie vernünftig angeschlossen. - Das ist Ihre Politik. Wenn wir nicht unsere starken Kommunen hätten, die Sie zerschlagen wollen, dann hätten wir überhaupt keinen Breitbandausbau in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU und FDP)

Genauso brauchen wir für die Unternehmen im Land eine vernünftige **Bildungspolitik**. Das wäre auch Industriepolitik in unserem Land. Ihr Credo ist ja immer: Der Mensch fängt erst mit dem Abitur an, und ihr habt nur eine Chance auf dem Arbeitsmarkt, wenn ihr euer Hochschulstudium beendet. - Unsere Industrieunternehmen in Schleswig-Holstein brauchen jedoch mehrheitlich Arbeitskräfte, die eine vernünftige **duale Ausbildung** beendet haben. Darauf muss man als Landesregierung einen Schwerpunkt setzen.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Ministerpräsident, die Unternehmen in unserem Land haben genug von dem Gesabbel der letzten Wochen. Sie haben genug von Industriekongressen, bei denen nichts herauskommt. Sie haben genug von inszenierten Veranstaltungen, ohne dass es irgendein Ergebnis gibt. Die Unternehmen in unserem Land wollen endlich eine tatkräftige Landesregierung haben. Dieses Vertrauen hat diese Landesregierung verspielt. Heiße Luft, Herr Ministerpräsident, bringt die Industrie in Schleswig-Holstein nicht voran. Nach fünf Jahren Gerede in Schleswig-Holstein muss endlich wieder eine hart arbeitende Landesregierung rankommen, und dafür sind Sie genau der Falsche, Herr Ministerpräsident.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Thomas Hölck.

Thomas Hölck [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Günther, Herr Kollege Vogt: „Wollen reicht nicht. Man muss es auch können.“ -

(Thomas Hölck)

(Beifall CDU und FDP - Christopher Vogt [FDP]: Genau!)

und Sie haben in Ihrer Rede versagt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Erstes möchte ich dem Betriebsrat von Senvion, dem Bürgermeister der Stadt Husum und dem Wirtschaftsminister Reinhard Meyer dafür danken, dass sie sich sofort um die **Arbeitsplätze** in **Husum** bemüht haben. Es ist entscheidend, dass man sich direkt vor Ort kümmert, statt hier im Hause Polemik zu betreiben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Was können Sie denn?)

Die Firma Senvion hat bisher **2-MW-Windkraftanlagen** produziert. Dieser Markt ist in Deutschland zum Erliegen gekommen. Das ist nachvollziehbar, wenn man weiß, dass in den letzten sieben Jahren nur 300 Windkraftanlagen an Land dazugekommen sind. Kleinere Anlagen wurden durch größere, leistungsstärkere ersetzt, und die Produktion der 2-MW-Anlagen wird im Ausland fortgesetzt. Daraus nun abzuleiten, dass die Industriepolitik der Landesregierung daran schuld sei, ist abstrus, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie betreiben hier Polemik auf dem Rücken der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und das ist unerträglich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Betriebsrat hat an uns alle appelliert, fraktionsübergreifend den Menschen dort zu helfen und keinen Wahlkampf auf dem Rücken der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu betreiben.

Senvion wurde 2015 von einem **Hedgefonds** gekauft, von Centerbridge Partners übernommen. Dieser Fonds ist bekannt dafür, Tochtergesellschaften rüde zu behandeln. So war es auch: Da ist jemand mit dem Hubschrauber eingeflogen, hat eine PowerPoint-Präsentation gezeigt, und plötzlich standen 150 Menschen vor der Arbeitslosigkeit. Das ist eine Entscheidung der sozialen Kälte, ohne Verantwortung für die Menschen, und das ist zu verurteilen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Das ist natürlich unheimlich hilfreich!)

Wenn Sie sich im Land ein bisschen auskennen würden,

(Christopher Vogt [FDP]: Ich kenne mich aus!)

dann wüssten Sie, wie viel in **Schleswig-Holstein** gerade im Bereich der **Industriepolitik** geht. Gucken Sie einmal nach Brunsbüttel, in das Industriegebiet Brunsbüttel. Da kandidiert ja der Kollege Kumbartzky, der auf sein Auto schreibt, er sei der Beste für Dithmarschen. Das kann man bezweifeln.

(Christopher Vogt [FDP]: Kommt bei Ihnen außer Polemik noch etwas anderes? Immerhin können Sie Plakate lesen!)

Die Firma Covestro baut die Schaumstoff-Komponente MDI aus. Das ist eine Investition im Umfang eines dreistelligen Millionenbetrages. Gucken Sie sich einmal die Industrieinvestitionen je Beschäftigten an. Da gibt es eine wunderbare Statistik. Das Internet vergisst ja nichts. Die Investitionen pro Beschäftigten lagen in Schleswig-Holstein im Jahr 2014 bei 7.192 €; im Jahr 2010 waren es 6.759 €.

(Unruhe - Christopher Vogt [FDP]: Die Wirtschaftskrise haben Sie mitbekommen, oder nicht?)

Es gab auch schon einmal ein Jahr, 2008, da waren die Investitionen höher als 2014. Was bedeutet das? Das bedeutet, dass die **Verkehrswege** nicht so entscheidend sind, wie Sie es uns vormachen wollen.

(Lachen und Zurufe CDU und FDP)

- Beruhigen Sie sich wieder! Wenn man Sie widerlegt, dann können Sie es nicht aushalten.

(Daniel Günther [CDU]: Verkehrswege sind überflüssig!)

Schauen Sie sich einmal den Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien an: 2013 16.000 Arbeitsplätze, 2015 18.400 Arbeitsplätze. Ist das nichts?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In den letzten Jahren wurden über 80.000 neue **Arbeitsplätze** in Schleswig-Holstein geschaffen. Ist das nichts?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW).

Beim **Breitbandausbau** sind wir Spitzenreiter. Ist das nichts?

(Thomas Hölck)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gucken Sie sich die **Bevölkerungsprognose** für Schleswig-Holstein an: Bis 2020 wird es 50.000 Menschen mehr in diesem Land geben. Bis 2030 werden über 150.000 neue Wohnungen gebraucht. Hier geht was in diesem Land. Ist das nichts?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Hölck, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten König?

Thomas Hölck [SPD]:

Nein. - Kommen wir zurück zu Senvion.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich hoffe, dass die Mitarbeiter von Senvion das sehen! - Zuruf: Hören! - Christopher Vogt [FDP]: Sehen reicht schon!)

Was muss getan werden? Es muss eine Entwicklung dafür in Gang gesetzt werden, dass **Husum** ein zentraler Standort für die **Reparatur und Wartung** von Windenergieanlagen werden kann. Ein Servicezentrum muss dort entstehen.

(Christopher Vogt [FDP]: Aber ohne Autobahn!)

Man kann auch darüber nachdenken, dort ein Recycling von Windkraftanlagen vorzunehmen. Ferner muss es eine Entwicklungsstrategie geben, um 3-MW-Anlagen produzieren zu können. Repowering und Neuinstallationen in Schleswig-Holstein schreien regelrecht danach, diese Anlagen dort zu produzieren.

Aber man braucht auch Planungssicherheit. Ein Investor in Amerika, verantwortlich für einen Hedgefonds, will wissen, ob die Windenergie in Schleswig-Holstein in Zukunft ausgebaut wird. Deshalb fordere ich die CDU auf, ihren Schlingerkurs in diesem Bereich einzustellen; denn dieser führt zur Planungsunsicherheit.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Wir sind nicht auf einem Gewerkschaftskongress!)

Ich will zum Schluss noch eines sagen. Ich habe früher einmal sechs Monate in einer Firma gearbeitet, die insolvent war.

(Lachen Wolfgang Kubicki [FDP])

- Sie mögen darüber lachen! Das ist Ihnen offensichtlich noch nicht vorgekommen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann haben Sie in Ihrem Leben schon einmal gearbeitet, Herr Kollege Hölck?)

- Ja, das stimmt!

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das unterscheidet ihn von anderen! - Weitere Zurufe SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Außerhalb des Parlaments würden Sie doch gar keine Beschäftigung finden, Herr Stegner!)

Aber darüber zu lachen, wenn Menschen aus ihrer Erfahrung berichten, wie es ist, in einer insolventen Firma zu arbeiten, ist polemisch, das gehört eigentlich nicht in diese Debatte. Es ist ein mieses Gefühl, wenn man denken muss, man könnte am nächsten Tag arbeitslos sein. Das ist schwer zu ertragen. Ich kann nachvollziehen, wie sich die Menschen dort oben in Husum fühlen.

(Beifall SPD und SSW)

Deshalb appelliere ich an die Verantwortlichen in Amerika: Lassen Sie die Menschen in Husum nicht allein. Geben Sie ihnen eine Chance. Die haben sie verdient. Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern will ich sagen: Wir sind an Ihrer Seite, die Landesregierung auch. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorgänge um die **Schließung** des Standortes Husum des **Windenergieunternehmens Senvion** machen fassungslos. Dabei geht es nicht nur um das Was, sondern auch um das Wie. Es geht darum, wie mit dieser Krise umgegangen wird.

Ist es das Ergebnis von Globalisierung? - Ja. Ich frage mich: Ist es der Ausverkauf eines traditionellen Windanlagenherstellers? Droht der Windenergiebranche das gleiche Schicksal wie der Solarbranche? Stehen wir erst am Anfang? - Ich gebe zu, ich war vielleicht etwas naiv. Ich habe immer gedacht, die Unternehmen der Windkraftbranche sind eigentlich die Guten.

(Dr. Andreas Tietze)

(Christopher Vogt [FDP]: Das war in der Tat Quatsch!)

Aber nach den Vorgängen gerade um Husum stelle ich fest: Dem ist nicht so.

Das ist bitter für den Standort; denn er ist ideal am Hafen gelegen. - Ich komme gleich noch auf die Infrastruktur zu sprechen. Es ist bitter für die Belegschaft; denn sie hat hervorragende Arbeit geleistet. - Ich war selbst am Montag zwei Stunden bei der Betriebsversammlung und habe viel mit den Leuten gesprochen. Dies sind engagierte, sehr kompetente Menschen. - Es ist bitter für die Wirtschaft. Was mich richtig wütend macht, ist die Respektlosigkeit der Unternehmensführung gegenüber den Menschen. Das konnte man überall in der Belegschaft hören. Es ist geradezu feige und charakterlos, wenn man als Unternehmensleitung, als Management, nicht einmal zur Betriebsversammlung kommt und es den Menschen erklärt. Niemand war da; 150 Leute waren wütend.

Ich will auch sagen: Die **Unternehmensvertreter** konnten beim Treffen am Vortag der New Energy, am Donnerstag, dem Minister und dem Bürgermeister auf Nachfrage nicht einmal sagen, wie viele Menschen am Standort Husum arbeiten. Das wussten die Delegierten der Geschäftsleitung nicht. Das ist eine Schande, finde ich. Dies ist eine organisierte Verantwortungslosigkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte auch noch einmal über das Prinzip der **Hedgefonds** sprechen. Herr Kubicki, bei den Hedgefonds sind Sie ja Spezialist.

(Christopher Vogt [FDP]: Was soll das denn heißen?)

Keine Investition, keine Innovation! Unternehmen werden wie eine Zitrone ausgequetscht, Kapital wird aus dem Unternehmen herausgenommen. Das ist eine Art von Wirtschaft, die Menschen und Unternehmen kaputtmacht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Was hat Herr Kubicki damit zu tun?)

Ich will Ihnen auch noch einmal etwas zu Ihnen, Herr Kollege Günther, sagen. Sie haben an diesem Pult eine billige Vorstellung gegeben. Das war Dampfplauderei, lieber Herr Günther, und zwar par excellence.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie werfen der **Regierung** vor, sie kümmere sich nicht. Tatsächlich ist es aber so: Wenn man am Vorabend dieser Krise im Maschinenraum steckt, sich die Hände schmutzig macht, mit Leuten redet und versucht, etwas für die Belegschaft herauszuholen, dann hat man vielleicht keine Zeit, wohlfeile Regierungserklärungen zu schreiben. Da ist man nämlich bei der **Problemlösung**.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Ach, hör doch auf! - Zurufe CDU)

Lieber Herr Kollege Günther, diese erschreckende Unkenntnis der Infrastruktur! Mir haben die Mitarbeiter auf Ihre Presseerklärung hin und auch in Bezug auf UV Nord gesagt, es sei im Grunde genommen nicht die **Infrastruktur**.

Erstens. Gerade als die Rader Hochbrücke nicht funktionierte, war Husum der Standort mit Hafenananschluss, wo diese Großkomponenten, 37 t schwere Gondeln, über den Wasserweg nach Brake abgefahren wurden. Das war die einzige Infrastrukturchance, diese Komponenten überhaupt zu transferieren. Die Belegschaft sagt, dies sei ein idealer Standort für das Unternehmen.

Zweitens. Schauen wir uns doch einmal die Verlagerung nach Portugal, nach Oliveira de Frades an. Ich habe es mir angeschaut. Es liegt in der Mitte von Portugal, 200 km von Porto entfernt, hat keinen Wasseranschluss und übrigens auch eine schlechte Infrastruktur.

Nein, es ist **keine Logistikentscheidung** gewesen. Es geht einzig und allein um **Lohnkosten**.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

33 € in Husum, 13 € in Portugal. Das ist der Grund, warum sich das Unternehmen entscheidet, nach Portugal zu gehen. Es geht nicht darum, ob die Infrastruktur gut ausgebaut ist.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Selbstverständlich bin ich der Auffassung, dass man die B 5 ausbauen muss. Ja, richtig: Man muss sie schnell ausbauen, man muss sie gut ausbauen. Das ist doch gar keine Frage. Wir in diesem Hause stehen einstimmig dahinter.

Lieber Herr Kollege Günther, Sie drücken sich. Sie sind nicht bei den Menschen gewesen, Sie haben nicht den Kontakt zu den Menschen gesucht. Sie stellen sich hier hin, und das, was Sie sagen, klingt in den Ohren der Familien, die jetzt vor einer Kündigung stehen, wirklich wie Hohn.

(Dr. Andreas Tietze)

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber das ist noch nicht das Schlimmste. Wenn Sie sich hier hinstellen und über den Ministerpräsidenten so despektierlich reden, wie Sie das getan haben, dann sollten Sie sich einmal fragen, welche Charaktereigenschaften man braucht, um Ministerpräsident zu sein. Sicherlich muss man empathiefähig sein, und sicherlich muss man in einer solchen Situation ein bisschen Mitgefühl für die Menschen vor Ort haben.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW)

Am Vorabend der Wahl würde man sagen: 6, Setzen!

(Zurufe CDU und FDP)

Was ist also zu tun? Genau das, was Herr Meyer macht. Er moderiert, er versucht, die Unternehmen zusammenzubringen, herauszuholen, was geht, und er unterstützt vor allen Dingen die Konzepte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der engagierten Leute vor Ort. Er stärkt sie und sagt: Ich stehe auf eurer Seite, und wir kämpfen gemeinsam für das, was am Standort geht.

Unterstützung ist hier angesagt, und es gilt natürlich auch, den **Servicestandort** zu erhalten. Es erschließt sich doch nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn jetzt hundert Leute von Husum nach Schleswig fahren sollen, während die gesamten Anlagen an der Westküste liegen. Das ergibt doch keinen Sinn. Unternehmensvertreter konnten auf diese einfache Frage keine Antwort geben. Das zeigt doch, dass man sich nicht wirklich interessiert, dass man nicht wirklich an Problemlösungen interessiert ist.

Man muss jetzt sehen, dass man die Unternehmerschaft unterstützt, dass man den Infrastrukturstandort Husum stärkt, dass das Thema Service auf der Agenda steht und dass wir große Vorteile an der Westküste haben. Wir reden überall im Land über den Fachkräftemangel. Man muss einfach sehen, dass wir hier diese Fachkräfte, die Mechatroniker, haben.

Lassen Sie mich noch eines sagen. Es war besonders wichtig, dass die Ausbildung der jungen Mechatronikerinnen und Mechatroniker nicht beendet wird. Es muss ein wichtiger Punkt bleiben, dass sie ihre **Ausbildung** beenden können. Das hat zum Beispiel Herr Minister Meyer, aber auch Bürgermeister Schmitz gesagt. Es muss darum gehen, diesen **jungen Menschen** eine Perspektive zu bieten.

Was ist das für eine Art, wenn wir ihnen jetzt sagen: Ihr müsst eure Ausbildung abbrechen, weil wir einen Standort schließen? - Soweit darf es nicht kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns nicht im Zuschauerraum bewegen, dass wir vor Ort sind, dass wir das unterstützen, was möglich ist.

Ich möchte mich ausdrücklich bei Herrn Minister Meyer bedanken. Wenn man vor Ort mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern spricht, so setzen die Menschen auch eine Hoffnung auf Sie, Herr Minister. Ich habe auch mit Bürgermeister Schmitz darüber gesprochen, lieber Herr Minister Meyer: Es darf jetzt nicht auch noch darum gehen, dass man das Gelände schnell verschachert und Kasse macht.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss auch ordnungspolitisch gegenhalten und sagen: Wir werden planungsrechtliche Schritte einleiten, damit das Unternehmen jetzt nicht auch noch die Immobilien verschachert. Nein, hier muss ein Interessenausgleich stattfinden, und dieser Interessenausgleich muss von uns in der Politik solidarisch unterstützt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will noch etwas zur **Zeitplanung** sagen. Auch sie macht fassungslos. Da kommt ein Unternehmensvertreter daher und sagt der Belegschaft: Zwischen dem 15. und 19. Mai ist hier Schluss! - Sie müssen sich einmal vorstellen: eine Unternehmensführung, die das Betriebsverfassungsgesetz nicht kennt, die Recht und Gesetz in Deutschland nicht kennt und nicht weiß, dass das gar nicht geht!

Es muss ein Sozialplan verhandelt werden. Es geht um tarifrechtlich gesicherte Arbeitnehmerrechte. Ich bin stolz darauf, dass wir als Koalition **Arbeitnehmerrechte** in Deutschland gestärkt und nicht geschwächt haben. Dass so etwas möglich ist, habe ich mir nicht vorstellen können. Dass man einer ganzen Belegschaft 70 Tage gibt, um sie abzuwickeln, das ist respektlos, das ist unfair und eine unmögliche Art.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Lieber Herr Kollege Günther, verzeihen Sie mir, dass ich das doch noch einmal sage. Die Belegschaft hat gesagt: keine billige Parteipolitik.

(Dr. Andreas Tietze)

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, genau!)

Ich habe hier keine billige Parteipolitik gemacht.

(Widerspruch)

- Ich lasse mich mit diesem Vorwurf nicht konfrontieren! Herr Kubicki, sprechen Sie einmal mit den Leuten, setzen Sie sich einmal in Bewegung, und erklären Sie nicht nur wohlfeil von dieser Stelle immer allen, wie die Welt funktioniert! Kommen Sie einmal nach Husum, reden Sie mit der Belegschaft, erklären Sie das einmal den Menschen! Das wäre einmal etwas.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

„Kein Dummschwätzer“ lese ich auf Ihren Wahlplakaten. Dann erklären Sie den Leuten einmal, was da passiert, und zeigen Sie die Empathie, die jetzt notwendig ist! Herr Kubicki, das wäre Größe. Wenn Sie das bringen, können wir weiterreden.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Mitarbeiter sind sehr motiviert. Herr Geißinger hat gesagt, Hamburg sei das Gehirn von Senvion. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Husum haben gesagt: Wenn Hamburg das Gehirn ist, sind wir das Herz von Senvion.

Ich finde das einen tollen Spruch. Ohne den Herzschlag, ohne Sauerstoff kann das Hirn nicht arbeiten. Ich bin der Auffassung: Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen und nicht der Mensch der Wirtschaft. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Uli König das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 25. November 2015, also vor rund eineinhalb Jahren, hat Wirtschaftsminister Meyer den Startschuss für die moderne Industriepolitik gegeben, also dreieinhalb Jahre, nachdem die Koalition die Regierungsgeschäfte übernommen hat. Was der zögerliche Start vermuten lässt, zeigt sich nun auch in der Realität: Die angestaubte **Industriepolitik** dieser **Koalition** in Schleswig-Holstein müsste ganz dringend moderner werden.

Nehmen wir uns einige Beispiele vor, die der Minister in seinem als Ergebnis des industriepolitischen Kongresses erstellten Positionspapier als zukünftige Ziele formuliert hat. Ich verspreche Ihnen, dass Sie gleich staunen werden.

Erstes Beispiel:

„Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (Wasser, Straße und Schiene) und der digitalen Infrastruktur sind integraler Bestandteil von Industriepolitik.“

Welch eine Erkenntnis! Darauf wären Sie ohne diesen Kongress mit Sicherheit nicht gekommen, Herr Minister!

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

- Meine Fraktion wacht langsam auf:

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ist ein bisschen müde! - Unruhe)

Herr Minister, ich gebe Ihnen bei dieser Erkenntnis zu 100 % recht. Herr Minister und liebe Kollegen von der Koalition, meine Frage ist allerdings: Warum halten Sie sich nicht daran? Diese Frage muss ich nicht nur Ihnen stellen, sondern auch der CDU und der FDP, die vorher in Regierungsverantwortung standen.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, zweieinhalb Jahre! Herzlichen Glückwunsch!)

- Die CDU ein bisschen länger!

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Herr Arp, bei dem aufgelisteten **Investitionsstau** in der **Infrastruktur** tragen Sie durchaus eine Mitschuld, dass der integrale Bestandteil der Industriepolitik jahrelang vernachlässigt wurde.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Noch ein Wort zur **digitalen Infrastruktur**: Das Ziel, bis 2030 den flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes zu schaffen, ist nicht richtig ambitioniert. Das weiß die Regierungskoalition auch, aber Sie machen einfach nichts dagegen.

Nächstes Beispiel:

„Schleswig-Holstein kann mit weichen Faktoren, wie Lebensqualität, Bildungsangeboten und Wohnraum, besonders punkten.“

Wie bitte? Schleswig-Holstein kann mit dem **Faktor Wohnraum** besonders punkten, und deshalb siedeln sich bei uns Industrieunternehmen an? Das Schleswig-Holstein, das ich kenne, hat nicht so viel

(Uli König)

Wohnraum. Sie müssen hier irgendwie von einem anderen Schleswig-Holstein reden.

(Beifall PIRATEN)

Lesen Sie einfach einmal die Zeitung von vorgestern, in der es heißt, dass in Schleswig-Holstein bis zu 154.000 Wohnungen fehlen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das ist aber nicht überall gleich!)

In Kiel sind 98 % der neu gebauten Wohnungen für Einkommensschwache nicht bezahlbar. - Das sind doch keine Faktoren, mit denen Sie gegenüber der Industrie als Wirtschaftsstandort Werbung machen können!

(Beifall PIRATEN)

Der Kollege Dolgner ruft rein, dass wir nicht überall Wohnraumangel haben. Wo haben wir ihn denn? - Wir haben ihn in Flensburg, in Kiel, in Lübeck, im nahen Rand von Hamburg, in den Tourismusgebieten. Was bleibt dann noch vom Land übrig?

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Das ist das Gegenteil von dem, was Sie hier jahrelang erzählt haben. Sie haben den Menschen alles Mögliche versprochen, aber Sie haben es nicht gehalten. Sie haben zugelassen, dass Reiche mit Immobilienspekulationen für einen Wohnungsmangel gesorgt haben, und Sie haben zu wenig Neubau für günstigen Wohnraum gefördert.

(Beifall PIRATEN)

Jetzt sind Sie anscheinend aus dem Dornröschenschlaf aufgewacht und versuchen, mit ein paar notdürftigen Programmen die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren.

Wenn man heute durch Kiel-Gaarden fährt, sieht man Bernd Heinemann an der Laterne hängen, der „Gerechtigkeit für alle“ verspricht. Meine Kollegen, das ist doch Realsatire; das kann man sich gar nicht ausdenken, so großartig ist das.

(Beifall PIRATEN - Zurufe)

- Schön, dass Sie aufgewacht sind! - Letztes Beispiel:

„Industrie lebt von der Innovation. Dafür braucht es einen leistungsstarken Technologietransfer, verstärkte Gründungsförderung und Kooperations- und Netzwerkstrukturen zwischen Wissenschaft und Industrie.“

Auch bei dieser Forderung gebe ich Ihnen recht, nur muss man hier wieder die Ausführung bemängeln. Das zentrale Problem ist und bleibt die **Umsetzung von Industrie 4.0**. Das können wir als Politik nicht allein forcieren, aber wir können dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen stimmen.

Wenn ich meine Vorredner zum Thema **Digitalisierung** höre, stellen sich mir die Nackenhaare auf bei dem, was wir hier erlebt haben. Wir PIRATEN haben uns immer wieder für bessere Digitalisierung eingesetzt. Immer wenn es aufs Ganze ging, hat die Koalition den Schwanz eingezogen. Ich nenne als Stichwort - Frau Erdmann hört gerade leider nicht zu - Informatikunterricht an Schulen. Sie haben klar dagegen gestimmt.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Das ist eine der wichtigsten Sachen, die wir als Politik machen können. Industrieförderung beginnt doch nicht erst bei der Ausbildung oder im Studium, sondern wir müssen schon in der Schule damit anfangen, unsere Kinder auf den Beruf vorzubereiten.

(Beifall PIRATEN)

Wenn wir da keinen ordentlichen **Informatikunterricht** anbieten, wird das nichts. Ich sage nicht, dass Informatikunterricht das Einzige ist, das uns im Wege steht, aber es ist ein großer Baustein, der die Entwicklung für die Zukunft durchaus befördert.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mann, Mann, Mann!)

Nur wenn man diesen wichtigen Schritt geht, werden wir mit der Umsetzung der Industrie 4.0 und der Digitalisierung in der Wirtschaft klarkommen.

Jetzt komme ich auf das Beispiel **Senvion** zu sprechen.

(Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ja, man kann die Industrie in Schleswig-Holstein unterstützen. Nein, man kann als Land nicht dafür sorgen, dass ein Unternehmen einen bestimmten Weg geht.

Warum ist das der falsche Weg? - Ein Beispiel aus Bayern: Als Frau Schickedanz und der Quelle-Konzern in Bedrängnis gerieten, hat die bayerische Staatsregierung 50 Millionen € Steuergelder in die Hand genommen, um noch einmal einen Quelle-Katalog drucken zu können. Nur zu diesem Zeit-

(Uli König)

punkt - das war im Jahr 2009 - hat kein Mensch mehr Ware aus gedruckten Katalogen, sondern zu 95 % aus dem Internet bestellt. Von vornherein war klar, dass diese Investition das perfekte Beispiel für das Verbrennen von Steuergeldern war.

Was will ich damit sagen? - Der Staat ist gut beraten, wenn er Unternehmen keine unternehmerischen Entscheidungen abnimmt.

(Beifall PIRATEN)

Die Einzigen, die sich heute noch über den Quelle-Katalog freuen, sind die Recycling-Unternehmer, die bemängeln, dass zu wenig Quelle-Kataloge in den Papiertonnen landen, weil die Papierdichte zu gering ist, und zu viele Amazon-Kartons, die zu viel Papierdichte haben. Das war im wahrsten Sinne des Wortes Förderung für die Tonne.

(Beifall PIRATEN - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Wir PIRATEN freuen uns, wenn Senvion in Husum weiter besteht und dort ein **Reparatur- und Servicezentrum** entwickelt. Dieses Zentrum muss sich aus unternehmersicher Perspektive von allein tragen. Leider ist der momentane Wahlkampf kein guter Berater. Jetzt hat der Überbietungswettbewerb angefangen, der darin münden wird, wer den Husumern die schönsten und prachtvollsten Blaues-vom-Himmel-Sachen verspricht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Tietze!)

Die Frage ist jedoch: Wie nachhaltig ist das, hilft das den Senvion-Arbeitern auch noch am 8. und 9. Mai, wenn sich der Wahlsieger in seinem Erfolg wälzt? - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es wird Sie sicherlich nicht verwundern, dass ich als Husumer Abgeordneter selbstverständlich gerade auch auf die Thematik **Senvion** besonders eingehen und darauf natürlich auch meinen Schwerpunkt legen werde. Allerdings möchte ich vorausgeschickt noch einmal deutlich machen, um einmal bei diesem Wirtschaftszweig Windenergie und erneuerbare Energien zu bleiben: Wenn man sich die Zahlen anguckt, stellt man fest, dass in unserer Re-

gierungszeit die **Zahl der Beschäftigten** von 14.000 auf 18.000 hochgeschwungen sind. Das ist immerhin schon eine prozentual wirklich hohe Anzahl an Mitarbeitern, die wir dort mehr in unserer Regierungszeit haben schaffen können,

(Zuruf CDU)

nicht nur wir allein, vornehmlich die Unternehmen. Das sage ich auch. Das ist auch gar keine Frage. Aber nur, um einmal die Bedeutung deutlich zu machen: In Nordfriesland sind es 6.000 Mitarbeiter, die dort in diesem Bereich beschäftigt sind. Das ist der **größte Industriearbeitgeber**, den wir in der Region haben. Ich glaube - weil immer vorgeworfen wird, die Infrastruktur würde nicht stimmen -, man muss sich auch einmal genau anschauen, was wir dort vor Ort alles haben und was dort alles gemacht wird.

Erstens. Wir haben gerade jetzt am vergangenen Wochenende die New Energy gehabt, die Messe in Husum - ein Riesenerfolg, ein dauerhafter Erfolg schon über Jahre. Wir haben eine nationale deutsche Windmesse, die regelmäßig alle zwei Jahre dort im Wechsel mit der internationalen Messe stattfindet. Ich kann mit Stolz sagen: Von den beiden Messen ist das die Messe, die besser läuft. Das ist die Messe, die ausgebucht ist. Das ist die **Messe**, die von den Herstellern frequentiert wird. Das ist die Messe, die wirklich erfolgreich ist. Vor dem Hintergrund können wir also auch dort gut sagen, dass es überhaupt kein Problem war, tatsächlich eine Zusammenarbeit mit den Hamburgern zu wagen und uns gegenseitig eben bei den Messeauftritten entsprechend zu unterstützen. Ich glaube auch: Wir in Husum werden von dieser Zusammenarbeit auch positive Effekte haben. Wir merken das jetzt schon an der Auslastung der Messe. Auch das kann nicht das große Problem sein.

Dann wird immer gesagt, es liege irgendwie an der **verkehrsmäßigen Anbindung**. - Wer jetzt nach Husum fährt, wird sehen können, dass die komplette Schienenanbindung des Ortes komplett neu gemacht wird. Dort ist DB Netz gerade dabei, sämtliche Schienen und Schienenwege auszutauschen und alles zu erneuern, damit es diesem Standort gutgeht. Wir haben am Anfang der Legislaturperiode Geld zur Verfügung gestellt und in Husum den Außenhafen, also den Hafen, wo eben auch die Firma Senvion liegt, ausgebaut. Auch das ist geschehen. Da haben wir über 4 Millionen € hineingesteckt. Wir werden jetzt die B-5-Anbindung von Süden in Angriff nehmen, das heißt, das Stück zwischen Tönning und Rothenspieker soll in Kürze begonnen werden. Zwischen Rothenspieker und Husum, also

(Lars Harms)

im Prinzip das Teilstück von der Eider bis nach Husum, soll planfestgestellt werden, sodass wir dort auch Perspektiven haben, dass das Ganze auch straßenmäßig besser angebunden wird.

(Tobias Koch [CDU]: Es wird auch Zeit!)

- Ja, das wird auch Zeit, in der Tat, das wird Zeit! Aber die Firma weiß es, lieber Kollege Koch, das ist ganz wichtig. Die wissen: Sie kriegen eine ordentliche verkehrsmäßige Anbindung. Sie haben eine **hafenmäßige Anbindung**, die perfekt ist, und ich sage noch darüber hinaus: Auch flugplatzmäßig läuft es wunderbar. Wir haben in Husum-Schweising einen **Offshore-Flughafen**, um eben auch im Offshore-Bereich Windmühlen entsprechend betreuen zu können. Wir haben das Gleiche in Sankt Peter-Ording. Das vergisst man immer gerne. Beide Standorte sind übrigens auch für die Luftrettung ausgerüstet, sodass wir da auch auf der sicheren Seite sind. Bei allem, was Luft-, Wasser- und Landanbindung angeht, haben wir nahezu perfekte Zustände. Daran kann es also auch nicht liegen.

Schauen wir uns einmal die **Breitbandsituation** an. Als Husumer kann ich sagen: absolut perfekt, funktioniert wunderbar. Auch die Firma hat nie darüber geklagt, brauchte sie auch gar nicht. Die Anbindung ist wirklich hervorragend.

Auch das **Ausbildungsniveau** ist absolut klasse. Wir haben super Techniker, die perfekt in der Lage sind, dort die Arbeiten, die notwendig sind, auch zu verrichten. Die sind hochqualifiziert, bestens ausgebildet, im Übrigen im dualen Ausbildungssystem. Das funktioniert also auch. Die machen auch nicht alle Abitur und sind trotzdem gut. Auch daran kann es nicht liegen.

Woran liegt es dann? - Der Kollege Tietze hat es gerade eben schon einmal gesagt: Die kriegen einfach den Hals nicht voll. Wir schreiben dort bei Senvion mit dem Werk schwarze Zahlen, und das reicht diesem Konzern nicht. Deswegen zieht er die Mitarbeiter dort ab. Deswegen verfrachtet er alles nach Portugal, weil er dort noch mehr Gewinn machen kann, weil dort die Lohnkosten geringer sind. Das ist der Grund, warum das eben geschehen ist,

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

und nicht die Infrastruktur, nicht die Politik der Landesregierung, sondern es ist die **Politik des Unternehmens Senvion**, die dazu geführt hat, dass die Leute dort ihren Arbeitsplatz verlieren sollen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!
- Christopher Vogt [FDP]: Dann muss man

die Nachteile ausgleichen! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Löhne runter, das ist Ihr Vorschlag! - Christopher Vogt [FDP]: Nein, eben nicht! - Weitere Zurufe)

Das ist der Kern, meine Damen und Herren. Das ist der Kern. Nun können wir hier lange lamentieren, ob diese Entscheidung des Unternehmens klug oder nicht so klug ist. Das ist anscheinend Teil der Globalisierung. Das habe ich zu akzeptieren. Ich kann es nicht ändern. Das weiß ich, weil ich nicht in dieses Unternehmen nicht eingreifen kann.

(Zuruf)

Das Einzige, was wir machen können - das tut der Wirtschaftsminister -, ist, dass man versucht zu retten, was zu retten ist, indem man einfach einmal die Beteiligten an einen Tisch holt, indem man Gespräche führt, indem man vermittelt, indem man versucht, den Leuten klarzumachen, dass dieser **Standort** trotzdem eine **Zukunft** haben kann, auch wenn man möglicherweise keine 2-MW-Anlagen mehr baut, aber indem man beispielsweise ein Reparatur-, Wartungs- und Servicezentrum dort weiterbetreibt, indem man dort durch diese Maßnahmen eben auch versucht, diesen Standort zu erhalten. Das ist die Aufgabe der Landesregierung, und dieser Aufgabe ist man sofort am ersten Tag nach Bekanntwerden dieser Entscheidung von Senvion nachgegangen. Ich finde, es ist wichtig, dass man das noch einmal sagt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, natürlich reden wir über die Industriepolitik. Natürlich gibt es auch andere Bereiche der Industriepolitik, die eine Rolle spielen. Wir haben beispielsweise bei uns an der Westküste **Brunsbüttel** sehr stark ausgebaut, im Übrigen auch vor dem Hintergrund der Windenergie, aber auch vor dem Hintergrund der Chemiepolitik. Wir haben eine enge Hafenzusammenarbeit mit Hamburg etabliert - zum ersten Mal. Das hat ewig lang gedauert, bis man das hinbekommen hat.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Das hat der Hafen selbst gemacht!)

Man hat jetzt natürlich auch vonseiten der Regierung angefangen zu schauen: Kann man auch dort alle Kräfte zusammenbinden? Es ist doch nicht die Regierung selbst, die die Leute in der Industrie einstellt, sondern es ist die Regierung, die moderiert, die Leute an einen Tisch bringt, Gewerkschaften, Unternehmerverbände. Genau das ist getan worden. Man hat in Arbeitsgruppen 29 **Handlungsempfeh-**

(Lars Harms)

lungen ausgearbeitet. Jetzt kommt die Zusage: Ja, wir wollen diese Dinge Schritt für Schritt mit euch zusammen umsetzen. Besser kann man es eigentlich gar nicht machen.

(Beifall SSW und SPD)

Nun noch einmal nach Husum zurück: Ich glaube, es ist weiterhin wichtig, dass wir da im Gespräch bleiben. Ich glaube, es ist auch wichtig zu schauen, ob man versucht, die 100 **Beschäftigten**, deren Arbeitsplatz möglicherweise wirklich massiv bedroht ist, wenn keine anderen Lösungen gefunden werden, in irgendeiner Art und Weise weiter unterzubringen. Auch das ist im Übrigen eine Aufgabe des Konzerns, es ist eine **Aufgabe von Senvion**. Auch darauf muss man sie hinweisen, dass es hier gesetzliche Regelungen gibt, die einzuhalten sind. Da spielt dann auch der Sozialplan eine Rolle, da spielen Kündigungsfristen eine Rolle, da spielen Abfindungen eine Rolle. Ich glaube, da ist noch viel zu tun. Auch da muss man den Leuten von Senvion vielleicht einmal klarmachen, worum es hier eigentlich geht.

Aber egal, was am Ende dabei herauskommt: Ich finde, die Beschäftigten, die dort eine super Arbeit geleistet haben, haben es verdient, dass wir sie unterstützen. Das muss eigentlich die Botschaft sein, die heute rausgeht.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch einmal vorlesen, was die Beschäftigten uns allen per E-Mail geschrieben haben. Ich will nicht den ganzen Text lesen. Den haben Sie ja gelesen. Ich finde, viel wichtiger ist das, was am Ende des Textes steht. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Botschaft. Dort haben uns die Betriebsräte uns geschrieben: Wir danken Ihnen auch ganz herzlich dafür, dass Sie sich fraktionsübergreifend für uns einsetzen und keinen Wahlkampf auf unseren Rücken austragen. Ihre Einigkeit macht uns stärker, denn die nächsten Wochen werden schwer für uns und unsere Familien. - Genauso ist es. Wir müssen einig hinter den Beschäftigten stehen. Die Landesregierung tut das, diese Koalition tut das, und ich hoffe, auch die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition tun das, damit wir den Leuten helfen können. Darum geht es, und es geht nicht um Wahlkampf. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Astrid Damerow.

Astrid Damerow [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich knüpfe an das an, was der Kollege Harms am Ende sagte: Selbstverständlich stehen wir alle hinter den **Mitarbeitern** der Firma **Senvion**.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

- Von mir aus auch davor! Uns allen ist auch bewusst, in welcher schwieriger Situation sie sind. Die örtlichen Politiker haben sich alle auch mit den Mitarbeitern unterhalten. Es ist unsere Verantwortung, ihnen zu helfen.

Selbstverständlich hat auch die Landesregierung das Gespräch mit der Firma Senvion gesucht, um nach Lösungen zu suchen. Mit Verlaub: Das ist die Aufgabe der Landesregierung, das ist ihr Job! Dem ist sie nachgekommen. Nichtsdestotrotz reden wir heute über Industriepolitik, und wir reden nicht allein über Senvion. Deshalb mache ich hier einen Schnitt.

(Peter Eichstädt [SPD]: Interessant!)

Natürlich dürfen wir Senvion nicht für Wahlkampf missbrauchen, aber Herr Kollege Hölck, Ihre Aussage war für mich der Anlass, mich noch einmal zu melden. Wenn wir einen Schritt weitergehen - der Kollege Harms hat es eben angesprochen -, müssen wir dafür sorgen, dass Mitarbeiter der Firma Senvion, die keine Anschlussverwendung in einem weiteren Betrieb finden, woanders Arbeit bekommen. Dafür brauchen wir Firmen an der **Westküste**, die diese **Arbeitsplätze** auch bereitstellen können. Diese Firmen wiederum sind ganz wesentlich von der Verkehrsinfrastruktur der Region abhängig.

(Beifall CDU)

So wunderbar, wie Kollege Harms gerade das Bild für Husum gemalt hat - dahinter mache ich ein Fragezeichen -, ist das beileibe nicht an der ganzen Westküste. Vor dem Hintergrund, Herr Kollege Hölck, finde ich es regelrecht zynisch zu sagen, **Verkehrsinfrastruktur** ist nun auch nicht das Maß aller Dinge. Für uns an der Westküste ist das so. Vielleicht sollten Sie sich dort einmal mit Unternehmerinnen und Unternehmern unterhalten, mit Firmeninhabern, die zum Teil wirklich allein aus regionaler Verbundenheit ihre Firmen noch in Nordfriesland haben und nicht aus wirtschaftlichen Überlegungen. Aber das ist auch keine Garantie für

(Astrid Damerow)

die Zukunft. Das heißt: Wir brauchen dringend eine funktionstüchtige Verkehrsinfrastruktur. Deshalb, mit Verlaub, ist das für uns sehr wohl das Maß aller Dinge.

Dass Minister Meyer nach nunmehr fünf Jahren letzte Woche zu dem Schluss kommt: Wir müssen Planungsverfahren beschleunigen - ja, willkommen im Club. Das hätten wir Ihnen schon vor fünf Jahren sagen können. Es wäre für uns an der Westküste ausgesprochen hilfreich gewesen, wenn Sie diese Erkenntnis vor fünf Jahren schon begonnen hätten umzusetzen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Bernd Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zeiten, in denen Arbeiterführer aufgehängt wurden, sind ja zum Glück vorbei. Deswegen ist es lediglich ein Bild, das an den Laternen hängt.

Aber ich möchte noch einmal etwas zum Inhalt sagen. Hier geht es um **Wohnungsbaupolitik** in der **Kommune**. Dort, wo die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Grünen und dem SSW Wohnungsbaupolitik gestalten, kehrt man wieder zurück zum kommunalen Wohnungsbau, zur eigenen kommunalen Wohnungsbauengesellschaft. Es werden jährlich 800 Wohnungen in Kiel gebaut. Diese neuen Entschlüsse, die in dieser Wahlperiode im Rathaus beschlossen worden sind, machen es einem auch leichter, an einer Laterne zu hängen und zu sagen:

(Zuruf CDU)

Wir treten ein für soziale Gerechtigkeit und für kommunalen Wohnungsbau. Das werden wir auch in Zukunft weiterhin gemeinsam mit Rot, Grün und Blau in Kiel tun. Deswegen, glaube ich, brauchen wir uns nicht zu verstecken, sondern können uns gerne an die Laterne hängen und sagen: Wir sind für soziale Gerechtigkeit!

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Das möchte ich gern zur Korrektur des Vortrages eines gewissen Herrn König hier sagen. - Danke schön!

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen der Abgeordneten sehe ich nicht. Dann hat das Wort für die Landesregierung der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie Reinhard Meyer.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Harms hat das Schreiben des Betriebsrats von Senvion zitiert, das Ihnen allen zugestellt worden ist. Ich kann ihnen nur beipflichten. Wenn die Mitglieder von Senvion diese Debatte verfolgt hätten, hätten sie sich gefragt: Was ist da eigentlich gesprochen worden in unserem Interesse? Nämlich zu vermeiden, dass man auf ihrem Rücken tatsächlich Wahlkampf macht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Frau Damerow, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das geradegerückt haben. Was Ihr Fraktionsvorsitzender hier erzählt hatte, war eine Wahlkampfrede. Sie hatte im Übrigen auch wenig mit Industriepolitik zu tun.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Ihre eigenen Leute!)

Wir haben eine Situation bei **Senvion**, die wir, und das habe ich in der Öffentlichkeit immer wieder gesagt, schwer beeinflussen können und die ein harter Schlag ist für die **Region**. Das stellt niemand infrage. Aber es ist vor allen Dingen ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die über Jahre gute und harte Arbeit in Husum bei Senvion geleistet haben. Insofern kommt es jetzt darauf an, natürlich mit diesen Betroffenen, mit den Beschäftigten, mit dem Betriebsrat die Gespräche zu führen und das Beste aus der Situation herauszuholen. Genau das tun wir, meine Damen und Herren.

Wir haben sofort am letzten Donnerstag das **Gespräch** mit den **Betroffenen** gesucht. Ich war gestern erneut im Husumer Rathaus und habe mit den Betroffenen gemeinsam beraten, wie wir damit umgehen. Ich war gestern Abend persönlich bei Herrn Geißinger in Hamburg, um auch über die Situation zu sprechen und insbesondere dafür zu werben, dass wir es schaffen, dass Husum - wenn es nicht ein Produktionsstandort bleiben kann - zumindest ein **Service- und Reparaturstandort** bleibt mit dem Label „Senvion in Husum“. Das muss un-

(Minister Reinhard Meyer)

ser Ziel sein in dieser Situation, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden übrigens am 27. März 2017, am kommenden Montag, zusammen mit der IG Metall, mit allen Standorten einen Runden Tisch in Hamburg haben, zu dem auch die Brandenburger und die Bremerhavener dazukommen, um gemeinsam zu beraten, wie wir weitermachen.

Ich will im Übrigen daran erinnern, dass Senvion noch mehr Standorte in Schleswig-Holstein hat, über 1.000 Arbeitsplätze, insbesondere in Osterrönfeld. Gestern Abend gab es die klare Zusage von Herrn Geißinger, dass **Osterrönfeld**, wo Entwicklung stattfindet, als Standort auch für die nächsten Jahre sicher ist. Das nützt in **Husum** nichts, aber das ist wichtig, weil Senvion in Schleswig-Holstein bleiben wird. Insofern müssen wir erreichen, dass es in Husum weitergeht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Übrigens, bei all diesen Gesprächen, meine Damen und Herren, gab es ein Wort, das niemand in den Mund genommen hat, nämlich dass die B 5 irgendetwas damit zu tun hätte. Ich habe vom Bundestagsabgeordneten Liebing gehört, dass Senvion deswegen aus Husum weggeht. Was für ein Blödsinn, mit Verlaub, meine Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Natürlich ist die **Infrastruktur** wichtig für den **Standort Schleswig-Holstein**; keine Frage. Aber wir werden auch bei der B 5 vorankommen. Ich werde auch Anfang April wieder in der Region sein und darüber informieren, wie wir das machen. Herr Arp, bevor Sie darauf antworten: Da werden wir natürlich auch über die Geschichte der Planung der B 5 reden. Da haben wir alle gemeinsam Verantwortung.

(Zuruf SPD: Genau!)

Sie tun immer so, als wäre es diese Landesregierung. Ich fühle mich manchmal als Reparaturbetrieb für die CDU und was in den letzten Jahren alles verbockt worden ist.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Sie kriegen ja auch nichts gebacken!)

Meine Damen und Herren, wenn wir über Industriepolitik reden, dann könnte man sagen: Der Fall Senvion führt dazu, dass es mit der Windenergie schwierig ist in Schleswig-Holstein. Ich sage es sehr deutlich: Jetzt erst recht!

Wir müssen, und das übrigens gemeinsam mit der Landesregierung, mit dem Kollegen Robert Habeck, die **Chancen der Energiewende** nutzen, nicht nur, um wie ein Entwicklungsland den Rohstoff sauberen Strom abzutransportieren, sondern um Wertschöpfung, um Arbeitsplätze zu schaffen. Geht man zur New Energy in Husum - sie wurde schon erwähnt -, sieht man all die Möglichkeiten für die Zukunft eines industrie- und energiepolitischen Standortes Schleswig-Holsteins, der ganz weit oben sein kann, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vor allen Dingen ist das nachhaltige Wertschöpfung. Wir ergänzen das durch Innovationsförderung, durch Stärkung des Mittelstandes, durch Verbesserung des Technologietransfers, durch die Neuausrichtung der Cluster-Politik mit den Schwerpunkten Ernährungswirtschaft, maritime Wirtschaft, erneuerbare Energien, Life-Sciences, digitale Wirtschaft.

Meine Damen und Herren, natürlich war Schleswig-Holstein in einem industriepolitischen Tiefschlaf. Das kann man gern beklagen. Aber wir, diese Landesregierung, haben diesen Tiefschlaf beendet, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und SSW)

Wir haben die **Eckpunkte** einer neuen **industriepolitischen Strategie** verabschiedet. Wir haben sie vorgelegt. Wir haben gemeinsam mit starken Partnern das „Bündnis für Industrie“ gegründet. - Das hätten Sie alles tun können.

Wir haben die zwei großen industriepolitischen Kongresse in Büdelsdorf und jetzt vor Kurzem in Kiel veranstaltet. Wir haben die Aufgaben für Industriepolitik in einem Referat im Wirtschaftsministerium gebündelt. Ja, und wir haben 29 konkrete **Handlungsempfehlungen** im „Bündnis für Industrie“ verabschiedet, die wir in den nächsten Jahren - da können Sie sicher sein - auch umsetzen werden.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, Sie haben mich auf **konkretes Handeln** angesprochen. Ich möchte Ihnen ein paar Punkte nennen, wo die Landesregierung in den letzten Jahren konkret gehandelt und wie das

(Minister Reinhard Meyer)

funktioniert hat. Wir haben bei der Flensburger Schiffbaugesellschaft einen strategischen Investor gefunden, der den Standort gesichert hat, der den Werftenstandort Flensburg auch in der Zukunft weiter voranbringen wird. Dazu haben wir auch persönlich Gespräche - der Ministerpräsident und ich - in Oslo mit den Investoren geführt. So machen wir Industriepolitik, meine Damen und Herren. Sie können das heute in Flensburg besichtigen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir reden über Investitionen am Standort Brunsbüttel: LANXESS hat gerade bekannt gegeben, 15 Millionen € investieren zu wollen. Von Covestro war schon die Rede. Aber wer war vor drei oder vier Jahren genau an den Standorten dieser Unternehmen, in Leverkusen und Köln? - Das waren der Ministerpräsident und ich. So macht man Industriepolitik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, es ist nicht allein unser Verdienst - das sage ich ausdrücklich, weil viele mitgeholfen haben -, aber dass TKMS den **U-Boot-Auftrag aus Norwegen** bekommen hat, hat natürlich auch damit zu tun, dass wir mit vielen - übrigens parteiübergreifend - dafür gesorgt haben, auch durch Gespräche in Norwegen selber, durch Gespräche mit der Bundesregierung, dass das funktioniert hat. Es gibt jetzt eine strategische Partnerschaft für die Zukunft zwischen TKMS, Atlas Elektronik und Kongsberg, die industriepolitisch wirklich eine Zukunft hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Übrigens auch nicht erst seit 2015 und in großer Gemeinsamkeit mit dem Kollegen Robert Habeck haben wir gemeinsam mit Hamburg das Projekt **Norddeutsche Energiewende 4.0** auf die Schiene gestellt, das industriepolitisch äußerst wichtig ist. Über 40 Millionen € Fördermittel vom Bund für 60 Unternehmen in diesem Projekt, das in Schleswig-Holstein - das wissen Sie -, vor allem der Westküste zugutekommt, das ist Industriepolitik, wie wir sie uns für die Zukunft vorstellen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, jüngstes Beispiel ist, dass Toshiba sich entschieden hat, seine Niederlassung für Forschung und Entwicklung für neue **Hybrid-Lokomotiven** hier am Standort Kiel zu eröff-

nen. Das ist in dieser Woche ins Handelsregister eingetragen worden. Auch das ist ein Erfolg der Industriepolitik, weil wir sehr dafür gekämpft haben, solche Unternehmen für den Standort zu gewinnen.

Ich könnte noch einiges mehr zum **LNG-Terminal** erzählen. Auch da führen wir natürlich Gespräche mit den Investoren. Aber all das sind konkrete Fakten, wie wir konkret Industriepolitik für Schleswig-Holstein machen, um dieses Land weiter voranzubringen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Übrigens, weil der Ministerpräsident und ich am Montag auf der **CeBIT** waren: Sieben Jahre lang gab es keinen schleswig-holsteinischen Stand auf der CeBIT, von 2007 bis 2014. Sieben Jahre lang: nichts!

(Zuruf [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört!)

Wir haben das wieder eingeführt und haben damals mit sieben Unternehmen begonnen. Inzwischen sind wir 21. Auch das gehört zur Wahrheit,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

wie wir den Standort Schleswig-Holstein voranbringen.

Letzte Bemerkung: Wir müssen auch norddeutsch denken und handeln. Wir haben in der gemeinsamen Kabinettsitzung Ende Januar gemeinsame industriepolitische Beschlüsse mit Hamburg getroffen. Die Konferenz Norddeutschland am Freitag hier in Kiel wird sich auch mit dem Thema Industriepolitik beschäftigen. Denn wir sind in Schleswig-Holstein natürlich nicht allein auf der Welt, sondern wir müssen insgesamt für **Norddeutschland** für entsprechende **Standortbedingungen** sorgen.

Kurzum, meine Damen und Herren: Wir sind es nicht, die den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein schlechtreden, wie es offenbar andere gern tun, sondern wir wollen durch konkrete Initiativen dafür sorgen, dass der Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein, der schon gut ist, noch besser wird. Wir halten keine Sonntagsreden in Talkshows, sondern wir machen konkrete Industriepolitik. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 42 auf:

Verbot der Wahlwerbung durch die Landesregierung einhalten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/5346

Das Wort zur Begründung, sehe ich, wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende der CDU, der Abgeordnete Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich zitiere aus dem **Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes:**

„Festzuhalten ist, dass beide Schreiben, soweit es die hier gewürdigten Passagen angeht, die verfassungsrechtlichen Grenzen zulässiger regierungsamtlicher Öffentlichkeitsarbeit überschreiten und somit als parteiergreifendes Hineinwirken in den Wahlkampf gegen das aus dem Demokratieprinzip, dem Grundsatz freier Wahlen und dem Recht der politischen Parteien auf Chancengleichheit abgeleitete ‚Gebot äußerster Zurückhaltung‘ staatlicher Organe im Wahlkampf verstoßen.“

Zu diesem eindeutigen Schluss kommt der Wissenschaftliche Dienst des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die letzten beiden Schreiben in der Kette **sozialdemokratischer Verfehlungen**. Diese Regierung betreibt offenen Verfassungsbruch, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

Und diesen Verstoß gegen den Grundsatz freier Wahlen und die Chancengleichheit politischer Parteien bezeichnet der Landesvorsitzende der SPD in Schleswig-Holstein als Popel. Was ist es für einen Vorsitzenden einer demokratischen Partei mit 150-jähriger Tradition für ein beschämendes Zeugnis, so eine Aussage zu den Grundsätzen demokratischer Ordnung zu machen! - Sie sollten sich schämen, Herr Dr. Stegner.

(Beifall CDU und FDP)

Natürlich ist auch er hier nur vorgeschickt, weil den Ministerpräsidenten so etwas ja - wie alles andere auch - nicht anfigt. Sie hat es schon nicht interessiert, dass Sie mit dem kommunalen Finanzausgleich unsere **Verfassung gebrochen** haben. Dann ist es Ihnen natürlich erst recht egal, wenn Sie mit Ihrem Wahlkampf aus der Staatskanzlei dasselbe tun.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Herr Ministerpräsident, Ihnen fehlt schlicht der Respekt vor unserer Verfassung.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn Ihnen der Respekt vor unserer Verfassung fehlt, werden wir Ihnen diesen Respekt beibringen.

(Lachen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen werden wir Sie vor das **Landesverfassungsgericht** ziehen, Herr Ministerpräsident. Wir haben den letzten Streit mit Ihnen gewonnen, und nach Auffassung aller Juristen haben Sie auch jetzt schon wieder Verfassungsbruch betrieben.

Wir haben Ihnen bis gestern die Chance gegeben, von diesem unsäglichen Kurs der Vermischung von Partei und Regierung Abstand zu nehmen. Offenkundig zeigt das bei Ihnen keine Wirkung. Es ist wie immer bei Ihnen: Wenn es um das Land geht, wenn es um politische Entscheidungen geht, trifft das auf Ihr Desinteresse.

Dabei ist Ihr **Sündenregister** schon lang. Es begann mit dem Werbefilm für 11.000 €, dem der Bund der Steuerzahler null Informationsgehalt bescheinigt hat, in dem Sie offen - wirklich offen! - für Ihre Wiederwahl geworben haben. Dann bedienten Sie sich erneut schamlos des Regierungsapparats, indem Sie den „Krippenbrief“ an Grünen und SSW vorbei aus Ihrer Staatskanzlei mit Auszügen aus dem SPD-Regierungsprogramm garnierten. Jetzt die beiden Ministerbriefe. In dem einen verspricht Herr Studt den Polizisten Wahlgeschenke und schreibt dann auch noch, dass aus seinem Haus vorbereitet werde, was von den Parteien nachher zu beschließen sei. Und dann Frau Ernst, die verfassungswidrige Vergleiche zwischen Vorgängerregierung und amtierender Landesregierung zieht.

Ich sage sehr deutlich: All diese Vorgänge stammen aus sozialdemokratischer Feder. Es sind Sozialdemokraten in unserem Land, in dieser Landesregierung, die das **Geld der Steuerzahler** für **Parteiarbeit** missbrauchen. Es sind Sozialdemokraten, die das tun. Deshalb will ich mich ausdrücklich dafür

(Daniel Günther)

bedanken, dass es mit Grünen und SSW auch einen Teil der Landesregierung gibt - Monika Heinold, Anke Spoorendonk und Robert Habeck -, für die gilt, dass es faire Wahlchancen gibt und dass demokratische Spielregeln eingehalten werden. Diese Minister bezeichnen es nicht als Popel, was in diesem Land gemacht wird. Deshalb möchte ich mich bei Ihnen ausdrücklich bedanken.

(Beifall CDU und Wolfgang Kubicki [FDP])

Weil wir wissen wollen, ob manches Bekenntnis, was wir in den letzten Tagen gehört haben, wirklich auch dem Realitätscheck hier im Landtag standhält, werden wir über den letzten Absatz unseres Antrages eine namentliche Abstimmung beantragen. Ich wünsche mir ausdrücklich von diesem Landtag, dass wir entgegen der Vorstellung von Herrn Stegner und anderen ein gemeinsames Signal für unsere demokratischen Grundsätze setzen und gemeinsam das Verhalten des SPD-Teils dieser Landesregierung und damit insbesondere den Ministerpräsidenten Torsten Albig missbilligen. - Ich fordere Sie herzlich dazu auf, unserem Antrag zuzustimmen.

(Anhaltender Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der SPD hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Blick auf die Tagesordnung dieser letzten Plenartagung vor der Landtagswahl sagt eigentlich alles: Es sind nicht ihre eigenen programmatischen Ziele, mit denen die CDU überzeugen will. Die fehlen - genauso wie die politischen Inhalte.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir könnten darüber reden, dass die **CDU** den Schulfrieden aufkündigen will und neue Strukturdebatten entfacht. Wir könnten darüber reden, dass im Gegensatz dazu Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 im Lande besteht. - Das sind klare Unterschiede.

Wir könnten darüber reden, dass die **Küstenkoalition** das Kita-Geld als ersten Schritt zur beitragsfreien Kita eingeführt hat und Sie das den Eltern wieder wegnehmen wollen. Darüber wollen Sie eigentlich schon gar nicht mehr reden, wir werden das aber morgen ausführlich tun.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

Wir könnten darüber reden, dass wir mit dem Förderungskonzept, besserer Ausrüstung, Erschwerniszulagenerhöhung, Wiedereinführung der Jubiläumszulage und mit vielen anderen Dingen mehr für Polizistinnen und Polizisten getan haben als jede Regierung vorher. Das sind klare Unterschiede.

Wie gesagt: Wir könnten. Wenn man sich aber einmal anguckt, wo Sie den Schwerpunkt für die letzte Landtagstagung vor der Wahl setzen, so stellt man fest, dass dies die - fraglos bedeutsame - Große Anfrage zum Schwimmsport und heute, zur Primetime, die **Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung** ist.

Ich verstehe ja angesichts Ihrer inhaltlichen Flaute, dass Sie fordern, die Landesregierung solle am besten ganz auf Öffentlichkeitsarbeit verzichten. Die Haushalte der Ministerien enthalten aber nicht ohne Grund einen Titel „Öffentlichkeitsarbeit“. Der Haushaltsgesetzgeber erwartet, dass ein Werben für eigene Maßnahmen und ausreichende Information der Bürgerinnen und Bürger stattfindet - selbstverständlich mit der gebotenen Zurückhaltung in der Vorwahlkampfzeit.

(Unruhe und Zurufe CDU: Ach ja!)

Unser Ministerpräsident Torsten Albig ist im ganzen Land unterwegs und spricht mit den Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe. Wichtige **Regierungsprojekte** wie die Landesentwicklungsstrategie brauchen einen breiten Dialog, und das bedeutet auch einen Dialog der Ministerinnen und Minister mit ihren Mitarbeitern. Deswegen finde ich es richtig, wenn sich beispielsweise Britta Ernst regelmäßig an die Schulen und Stefan Studt an die Polizei wendet. Ich fand es übrigens auch richtig, dass Bildungsminister Dr. Klug das in der Vergangenheit - übrigens ganz ohne Kritik der CDU - getan hat.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir haben übrigens auch nicht kritisiert, dass der damalige Innenminister Schlie - der heutige Landtagspräsident - im Frühjahr 2012 Ankündigungen per Pressemitteilung verbreitet hat, die sich auf die folgende Legislaturperiode bezogen haben.

Wir treten nun in die **heiße Phase des Landtagswahlkampfes** ein, die Nervosität steigt. Nicht alles gefällt jedem: Uns gefällt nicht alles, Ihnen gefällt nicht alles. Sind unsere Ministerinnen und Minister fehlerfrei? - Nein, das sind sie nicht. Hätte man einzelne Sätze in Briefen anders formulieren können? - Zweifellos. Taugt das zum großen politischen Skandal mit einer Phantomrechnung an die SPD-Parteizentrale? - Doch wohl eher nicht.

(Dr. Ralf Stegner)

Ich will mich nicht in den **Juristenstreit** über einzelne Formulierungen einmischen, schon gar nicht, wenn die von Ihnen besorgte juristische Schnellbeurteilung in Teilen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und anderer Verfassungsgerichte ausdrücklich widerspricht. Das ist nämlich der Fall.

Selbst der Landesrechnungshof hat Ihnen die kalte Schulter gezeigt. Herr Oppositionsführer: Gehen Sie, wenn Sie mögen, zum Landesverfassungsgericht. Wir warten das in Ruhe ab.

Wir könnten über das politische Programm der Union reden, wenn die Nerven bei der Union nicht blankliegen würden, wenn der Oppositionsführer seine Oberflächlichkeit sein lassen würde und den Hammer, der sein einziges politisches Werkzeug ist, zur Seite legen würde.

(Lachen und Zurufe CDU)

Uns freut jedenfalls, dass Sie nicht mehr bestreiten, dass bei Ihnen Hopfen und Malz verloren sind, was die Lehrerinnen und Lehrer betrifft. Das sieht man daran, dass wir uns einig sind, dass es heute über 2.000 Lehrkräfte mehr an den Schulen gibt, als es die Vorgängerregierung geplant hatte. Ich sage keinen Ton zur parteipolitischen Zusammensetzung dieser Vorgängerregierung, das lasse ich hier ganz weg.

Zum Schluss stelle ich drei Dinge fest, Herr Oppositionsführer: Erstens, Sie sind nervös und in Panik. Zweitens, Sie haben immer noch nicht begriffen, wie gutes Regieren geht. Drittens, Sie verweigern den Dialog über die Zukunft des Landes und über die Zukunftsfragen, die die Menschen wirklich interessieren.

Natürlich wünsche ich mir eigentlich eine andere CDU, aber auf meine Wünsche kommt es da nicht an. Vielleicht stellen Sie sich ja nach der Landtagswahl in der Opposition neu auf.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Da ja bei Ihnen zuletzt immer die Umfragen ausschlaggebend waren, ist selbst nach Ihren Maßstäben die Neuaufstellung in Sachen Spitzenkandidatur schon fast eine Woche überfällig. Vielleicht erleben wir ja noch das Comeback des Herrn von Boetticher.

(Beifall Beate Raudies [SPD])

Abschließend halte ich es mit Horaz:

„Wenn wir selbst fehlerfrei wären, würde es uns nicht so viel Vergnügen bereiten, sie an anderen festzustellen.“

Die Koalition wird Ihren Wahlkampfantrag entschlossen, geschlossen und fröhlich zurückweisen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Volker Dornquast [CDU]: Auf das eigentliche Thema bis du überhaupt nicht eingegangen!)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich kurzfassen. Vor der Therapie steht die Diagnose und vor der Abstimmung die genaue **Analyse des Sachverhaltes**. Wie ist der Sachverhalt? - Wir stellen fest, dass der Wissenschaftliche Dienst die Regierungsschreiben für nicht verfassungskonform hält.

Die **Opposition** hat jetzt **Klage** vor dem **Landesverfassungsgericht** angekündigt. Wir Grüne gehen davon aus, dass die Entscheidung Leitlinien für die zukünftige Regierungsarbeit in den nächsten Legislaturperioden darstellen wird. Wir begrüßen daher eine gerichtliche Klärung. Die letztendliche Feststellung eines Verstoßes in dieser Rechtsfrage obliegt allerdings dem Gericht.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Ja!)

Der Landtag ist zu einer Feststellung, wie sie der vorliegende Antrag fordert, nicht berufen. Den Antrag der Opposition werden wir daher ablehnen.

Wir sagen aber selbstverständlich zu, die Grundregeln der Aussagen des Wissenschaftlichen Dienstes und des Ergebnisses des Landesverfassungsgerichtsverfahrens einzuhalten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, das ist eine bemerkenswerte Äußerung der Kollegin Bohn, man sei gewillt, die **Regeln des Verfassungsgerichts** einzuhalten. Davon gehe ich

(Wolfgang Kubicki)

selbstverständlich aus. Etwas anderes würde mich sehr überraschen. Sie unterscheiden sich damit aber dankenswerterweise von dem, was Sozialdemokraten uns gerade präsentiert haben.

Herr Kollege Dr. Stegner, schon in der Zeit, als Sie noch Innenminister waren, ist Ihnen mehrfach attestiert worden, dass das, was Sie politisch wollen, mit der Verfassung nicht in Übereinstimmung zu bringen ist.

Ich sage in allem Ernst: Mir persönlich wäre der Anlass nicht wichtig genug gewesen, das **Landesverfassungsgericht** anzurufen. Nach Ihren Beiträgen halte ich es aber für unabdingbar. Wenn der Ministerpräsident dieses Landes erklärt, er teile die Auffassung des Wissenschaftlichen Dienstes nicht, so ist das eine Sache. Er hat aber erklärt, sie sei grundsätzlich abwegig. Das zwingt dazu, diesem Ministerpräsidenten deutlich zu machen, dass auch seine **politische Ambition** Grenzen hat. Diese **Grenzen** setzt die Verfassung.

(Beifall FDP und CDU - Volker Dornquast
[CDU]: Selbstherrlich!)

- Ja, wenn man selbst glaubt, das Land und die Regierung gehörten einem - „mein Land“, „meine Regierung“ - und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler arbeiteten nur für die Sozialdemokraten dieses Landes und für ihn persönlich, dann muss man sich natürlich so verhalten. Das muss aber Grenzen haben. Diese Grenzen wird das Verfassungsgericht definitiv setzen.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Kollege Dr. Stegner: Ihre Behauptung, das **Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes** widerspreche in Teilen den **Entscheidungen der Verfassungsgerichte**, auf die man sich beruft, müssen Sie belegen. Das ist ein schwerwiegender Angriff auf die Qualität unseres Wissenschaftlichen Dienstes. Wir warten darauf, wie die Sozialdemokraten dieses Landes und die SPD-Fraktion hier im Haus das tatsächlich belegen wollen. Es gibt ganz eindeutige Kriterien.

Man kann sich darüber streiten, ob die Wahlkampfzeit nun sechs Monate vor der Wahl beginnt, wie das Bundesverfassungsgericht es gesagt hat, oder drei Monate, wie es der Verfassungsgerichtshof des Saarlandes vertritt, oder ob man von einem fließenden Übergang ausgeht, wie der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz erklärt hat: Je näher man zur Wahl rückt, desto höher seien die Anforderungen an die Neutralität zu stellen. Wie auch immer: Was Minister Studt und Ministerin Ernst gemacht

haben, ist mit der Verfassung und der verfassungsrichterlichen Rechtsprechung jedenfalls nicht in Übereinstimmung zu bringen.

Das **Bundesverfassungsgericht** hat festgestellt, was in diesem Zusammenhang **verfassungswidrig** ist. Ich zitiere aus einer Zusammenfassung des Parlamentarischen Beratungsdienstes des Landtages Brandenburg:

„Das offene Eintreten für die Wahl einer Partei im Wahlkampfstil, Öffentlichkeitsarbeit, die darauf abzielt, die Regierung als von bestimmten Parteien getragen darzustellen und insofern auf ihre Wiederwahl als Regierung ausgerichtet ist, das Fehlen eines von der Sache her gerechtfertigten Informationsbedürfnisses der Bürger, indiziert durch die Verbreitung von Bilanzen unter Verweis auf während der Amtszeit erbrachte positive Leistungen, Öffentlichkeitsarbeit, deren Schwerpunkt ihrer äußeren Form nach - unter Abwägung des Informationsgehalts mit reklamehaften Elementen - auf der Sympathiewerbung für ein Regierungsmitglied liegt, und die mit Heranrücken des Wahltermins wachsende Intensität von Einzelmaßnahmen.“

Die Entscheidung ist bereits 1977 ergangen und nachzulesen unter dem Aktenzeichen 2 BvE 1/76. Das sind grundlegende Maßstäbe, an die sich alle Verfassungsgerichte der Länder gehalten haben.

Wie gesagt: Es geht nicht um die Frage des Inhaltes, sondern um die Frage der **zeitlichen Vorgabe**. Selbstverständlich darf die Regierung Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Herr Kollege Dr. Stegner, auch dort gilt aber der Grundsatz: Je näher der Wahltermin rückt, desto sparsamer ist mit der **Öffentlichkeitsarbeit der Regierung** umzugehen, weil es nur noch um Bilanzen gehen kann. Gegen dieses Prinzip ist verstoßen worden. Deswegen brauchen wir jetzt die Entscheidung des Landesverfassungsgerichts. Wir hätten das Verfahren nicht angezettelt, werden uns aber dem Verfahren der Union anschließen, weil es nicht sein kann, dass der politische Wille und die Mehrheit im Parlament alles möglich macht. Herr Kollege Dr. Stegner, das müssen auch Sie begreifen.

Es wäre schön gewesen und hätte die Situation vielleicht etwas entkrampft, wenn Sie heute dem Maßstab gefolgt wären, den Herr Hiersemenzel in seinem Kommentar in den „Kieler Nachrichten“ dargelegt hat, und gesagt hätten: Es tut uns leid, wir sind über die Stränge geschlagen, es kommt nicht

(Wolfgang Kubicki)

wieder vor. - Darüber hätte man reden können. Dass Sie aber noch darauf beharren, Sie hätten richtig gehandelt, erzwingt eine verfassungsgerichtliche Entscheidung. Ich bin dankbar, dass wir diesen Weg jetzt gehen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Warum ist diese Debatte, die wir hier heute führen, eigentlich so wichtig? Es geht um die Wähler in unserem Land und um ihr Recht auf freie und faire Wahlen.

Dass in einer **Demokratie** die Regierungsmacht immer nur bis zur nächsten Wahl, also auf Zeit, verliehen wird und dass dann in freien Wahlen jede andere Partei auch **gleiche Chancen** haben muss, an die Macht zu kommen, das ist wirklich eine demokratische Errungenschaft und ein Juwel, auf das wir stolz sein können und das wir verteidigen müssen.

Gleiche Chancen zu garantieren, unterscheidet uns ja auch von autoritären Regimes wie der Türkei oder wie Russland, wo Oppositionelle verfolgt und die kritische Öffentlichkeit gleichgeschaltet werden. Natürlich gibt es so etwas bei uns nicht; bei uns findet im Wahlkampf eher ein Informationskrieg statt, in dem leider auch nicht immer die Grenzen der Verfassung und der Gesetze eingehalten werden. Insofern ist das **Verhalten** dieser **Landesregierung** kein Einzelfall. Lassen Sie mich drei Beispiele nennen:

Im Zuge der Barschel-Affäre sollte etwa ein politischer Konkurrent bespitzelt und diskreditiert werden. Eine modernere Form dessen haben wir neulich in den USA erlebt, wo durch einen Hacker-Angriff letztlich Material gegen eine politische Partei ausspioniert und veröffentlicht wurde. Wir haben aber auch in Deutschland erlebt, dass etwa die CDU schwarze Kassen angelegt und dieses Geld auch im Wahlkampf eingesetzt hat. Bei der letzten Landtagswahl hatte der Vorsitzende der letzten FDP-Bundestagsfraktion, Herr Brüderle, Wahlwerbebriefe verschickt, die das nordrhein-westfälische Verfassungsgericht als Verstoß gegen das Mäßigungsverbot verurteilt hat. Aber trotzdem wurden die Mittel meines Wissens nie zurückgezahlt.

Dass Herr Ministerpräsident Albig und seine Minister ihr Amt im vorliegenden Fall missbraucht haben, um für ihre Wiederwahl zu werben, das steht für uns PIRATEN außer Frage.

Weil wir aber den Antrag der CDU-Fraktion nicht in allen Einzelheiten teilen - zum Beispiel heißt es im zweiten Absatz sinngemäß, die entsprechenden Ministerschreiben dienen einzig und allein der Wahlwerbung; das sehen wir nicht so -, beantragen wir eine separate Abstimmung über den dritten Absatz, wie es der Herr Oppositionsführer auch schon getan hat. Diese Missbilligung, die darin enthalten ist, sprechen auch wir PIRATEN aus.

(Beifall PIRATEN)

Trotz aller Missbilligung, zu reparieren sein wird der durch die Schreiben und Werbevideos entstandene Schaden kaum. Deshalb wäre es sinnvoll und nötig, Herr Ministerpräsident, dass Sie durch einen Erlass, durch ein Rundschreiben, die Grundsätze der Wahlwerbung klarstellen, wie das auch frühere Ministerpräsidenten getan haben, und noch einmal ganz klar zeigen, was im Wahlkampf nicht erlaubt ist; und daran sollten Sie sich auch selbst halten.

Wir PIRATEN haben schon im letzten Jahr vorgeschlagen: Lassen Sie uns doch vor Wahlen eine **Wahlinformation** an alle Wähler versenden, in der jede **Partei** die Chance bekommt, ihre **Position** darzustellen. So etwas macht die Schweiz schon seit Jahren mit großem Erfolg, und das sorgt für gleiche Chancen im Wahlkampf.

Wir dürfen aber auch nicht bei dem konkreten Anlass stehen bleiben, der uns hier zur Missbilligung vorliegt. Die Wahlwerbung durch diese Landesregierung wirft allgemein die Frage auf: Haben eigentlich alle Parteien die gleichen Chancen im Wahlkampf, wie es unsere Verfassung verlangt? Da, finde ich, ist es eigentlich um die Chancengleichheit schlecht bestellt. Das fängt schon damit an, dass in Deutschland juristische Personen, also Unternehmen, die gar nicht wahlberechtigt sind, Parteien **Spenden** zahlen dürfen und dadurch den ihnen nahestehenden Parteien Werbung im Wahlkampf finanzieren dürfen. Ist das eigentlich richtig? Es geht weiter damit, dass natürliche Personen in unbegrenzter Höhe Parteispenden leisten dürfen, was es natürlich den Wohlhabenden, den Reichen in stärkerem Maße ermöglicht, eine Aufmerksamkeit für die ihnen nahestehende Partei zu finanzieren, als es Parteien können, die für die weniger Wohlhabenden eintreten.

Es kommt hinzu, dass durch **Mandatsträgerabgaben** die Parteien, die schon in Parlamenten vertre-

(Dr. Patrick Breyer)

ten sind, natürlich auch einen finanziellen Vorteil gegenüber den anderen haben. Neue und kleine Parteien sind auch wegen der **Sperrklausel** und der Angst der Wähler vor einer verlorenen Stimme vielfach chancenlos. Deswegen haben wir eine Diskussion darüber angestoßen, ob man nicht eine Ersatzstimme einführen sollte, um die Chancengleichheit der Parteien, auch kleiner Parteien, besser zu gewährleisten.

Hinzu kommt, dass einige Schulen in unserem Land zu Diskussionsveranstaltungen nur die schon im Landtag vertretenen Parteien einladen. Auch das ist ein Problem mit Blick auf gleiche Chancen.

Ich beobachte in vielen Ländern im Moment mit Sorge, dass sich die Menschen dann, wenn bei einer Wahl quasi zwischen den bisherigen Parteien beziehungsweise dem bisherigen Establishment und einem radikalen Bruch im Sinne eines autoritären Staats entschieden werden kann, oft beziehungsweise zu oft für den Nationalismus entscheiden.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Deswegen werbe ich dafür, die Spielregeln neu zu gestalten, damit innerhalb des demokratischen Systems und auf seiner Grundlage eine echte Veränderung möglich wird. Demokratie braucht freie Wahlen und auch das Vertrauen der Bürger. Lassen Sie uns alle um dieses Vertrauen werben.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Schlussfolgerungen des Wissenschaftlichen Dienstes sind eindeutig, und eigentlich bräuchten wir hierfür nicht auch noch ein weiteres Urteil des Landesverfassungsgerichts. Aber es schadet auch nicht, wenn eine im Landtag vertretene Partei von ihrem Recht Gebrauch macht, dieses noch einmal **verfassungsrechtlich** durch das zuständige Gericht **bestätigen** zu lassen. Wenn also von diesem Recht Gebrauch gemacht wird, werden wir dies mit Sicherheit nicht kritisieren; denn es

geht hier in der Sache um eine durchaus schwerwiegende Fallkonstellation.

Dabei gehe ich davon aus, dass durch die beiden Minister nicht beabsichtigt war, Wahlwerbung zu betreiben. Ich glaube sogar, dass solche Schreiben auch nicht unbedingt einen entsprechenden Effekt haben. Aber das kann jeder selbst beurteilen. Das Verfassungsgericht wird ja nicht nur anhand der wissenschaftlichen Analyse des Wissenschaftlichen Dienstes die Schreiben an sich beurteilen müssen, sondern eben auch, ob eine entsprechende **Absicht** dahinter gestanden hat. Meine Einschätzung hierzu haben Sie schon gehört.

(Wortmeldung Dr. Heiner Garg [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Lars Harms [SSW]:

Nein, danke.

Trotzdem bleibt, dass Teile der Schreiben inhaltlich über das hinausgegangen sind, was eigentlich vertretbar ist. So sieht es zumindest jetzt aus. Da ist das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes ziemlich eindeutig. Deshalb muss es doch nun unsere Schlussfolgerung sein, dass wir erstens die im Gutachten zur Kenntnis gegebenen Grundlagen eines **fairen Wettbewerbs** für uns anerkennen und dass wir zweitens zusagen, dass wir uns in Zukunft genau an diese Spielregeln halten werden. Aus unserer Sicht sollten wir das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes und auch den Inhalt des zukünftigen Urteils des Landesverfassungsgerichts zum Anlass nehmen, über **Spielregeln** nachzudenken, die wir uns gemeinsam geben, damit solche Schreiben oder andere Aktionen so nicht mehr stattfinden können.

In einer Demokratie geht es auch um Fairness. Und diese Fairness darf auch nicht ungewollt untergraben werden. Deshalb sind Spielregeln nötig. Wir sollten uns gleich nach der Wahl zusammensetzen und hierfür die Spielregeln aufstellen. Bis dahin, meine Damen und Herren, sind die Schlussfolgerungen des Wissenschaftlichen Dienstes die Richtschnur, an der wir uns orientieren müssen und an der wir uns auch orientieren werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Harms, ich bedaure, dass Sie meine Zwischenfrage nicht zugelassen haben, sonst hätte ich Ihnen nämlich gesagt, dass ich es im Hinblick auf Ihre Einschätzung auf das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes - ich teile diese Einschätzung voll und ganz - angemessener gefunden hätte, wenn ein Vertreter der Sozialdemokratie, zum Beispiel der Vorsitzende der SPD-Fraktion, oder vielleicht auch ein Vertreter der Regierung schlicht und ergreifend heute die Größe gehabt hätte, sich hier hinzustellen und zu sagen:

(Beifall FDP und CDU)

Ja, wir haben da einen Fehler gemacht, wir haben hier über die Stränge geschlagen, das kommt nicht mehr vor! - Dies wäre doch besser gewesen, als dass man hier eine Rede des Vorsitzenden der SPD-Fraktion ertragen muss, die das Ganze nicht besser, sondern nur noch schlimmer gemacht hat.

Insofern bin ich Ihnen ausgesprochen dankbar für Ihren Redebeitrag, Herr Kollege Harms, weil er genau das zum Ausdruck gebracht hat, was die FDP-Fraktion in dieser Sache denkt und fühlt.

Ich appelliere noch einmal sowohl an die Mitglieder Ihrer Gruppe als auch an die Kolleginnen und Kollegen der Grünen: Fraktionszwänge und Koalitionszwänge müssen ja nicht so weit gehen, dass man sich in Mithaftung nehmen lässt für etwas, was man selber gar nicht zu verantworten hat.

Ich finde, nach der Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden muss man dieses Vorgehen missbilligen, wenn jetzt noch nicht einmal ein Regierungsvertreter die Chance ergreift, sich schlicht und ergreifend vor dem Parlament dafür zu entschuldigen.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Seitens der CDU-Fraktion ist namentliche Abstimmung über Absatz 3 des Antrages beantragt worden. Das hierfür erforderliche Quorum ist erfüllt.

Wer dem Absatz 3 des Antrages 18/5346 zustimmen will, erklärt dies in der namentlichen Abstimmung

¹Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

mung bitte mit Ja. Ich bitte die Schriftführer, mit der Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)¹

Präsident Klaus Schlie:

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: Dem Absatz 3 des Antrages haben 32 Abgeordnete zugestimmt, 35 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Damit ist der Absatz 3 des Antrages Drucksache 18/5346 abgelehnt.

Ich lasse dann über die Absätze 1 und 2 des Antrages Drucksache 18/5346 abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CDU und der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Absätze 1 und 2 des Antrages abgelehnt, und damit ist der Antrag insgesamt abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne des Landtages Schülerinnen und Schüler des Wolfgang-Borchert-Gymnasiums Halstenbek und der Holstenschule Neumünster sowie Mitglieder des SPD-Ortsvereins Ratekau. - Herzlich willkommen bei uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesabgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4928

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/5181 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich erteile der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Ich verweise auf die Vorlage.

Präsident Klaus Schlie:

Vielen Dank, Frau Berichterstatterin. - Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Birgit Herdejürgen.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden heute Änderungen unseres Abgeordnetengesetzes beschließen, die mehr **Transparenz** in Bezug auf Einkünfte aus **Nebentätigkeiten** herstellen.

Die Unabhängigkeit des Mandats hat allerdings zwei Seiten. Zum einen natürlich die Unabhängigkeit im Mandat. Hier gehen wir mit den erweiterten Veröffentlichungspflichten einen weiteren Schritt über die schon jetzt bestehenden Verhaltensregeln hinaus. Es soll öffentlich nachvollziehbar sein, was ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete nebenbei verdient. Das ist ein berechtigtes Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Eine entsprechende Offenlegung dient aber auch dem Schutz der Abgeordneten vor unberechtigten Verdächtigungen. Und die gibt es im Moment zu Hauf. Ich habe allerdings nicht die Hoffnung, dass sich diejenigen, die sich derzeit in den sozialen Medien oder auf Veranstaltungen über das empören, was sich die „fiesen Abgeordneten“ angeblich in die Taschen stecken, von Fakten davon abhalten lassen, es weiterhin zu tun. Transparenz ist gut, man muss damit allerdings auch umgehen.

Es gilt aber auch, die **Unabhängigkeit** vom **Mandat** zu gewährleisten. Eine Berufstätigkeit neben dem Mandat, eine Selbstständigkeit, kann diese Unabhängigkeit vom Mandat gewährleisten.

Damit ist ganz kurz das Spannungsfeld umrissen, mit dem wir uns in den vergangenen Monaten beschäftigt haben. Ich möchte mich ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen von Grünen, SSW, CDU und FDP bedanken. Wir waren alle bemüht, hier einen gemeinsamen Weg zu finden. Das ist bei einem Abgeordnetengesetz auch so üblich. Wir haben es uns nicht leicht gemacht. Es war ein Prozess sorgfältiger Abwägung.

Ich freue mich, dass wir im Ergebnis eine Lösung gefunden haben, dem nicht allein die Koalitionsfraktionen zustimmen können. Das Parlament muss allen Berufsgruppen offenstehen, nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch. Nebentätigkeiten sind nicht ehrenrührig.

(Beifall SPD, vereinzelt SSW und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Wählerinnen und Wähler müssen allerdings erkennen können, ob es Abhängigkeiten gibt, die für das freie Mandat schädlich sind und möglicherweise das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in freie und unabhängige Entscheidungen beeinträchtigen.

Interessenkonflikte entstehen aber nicht per se aus einer Nebentätigkeit. Wir sollten derartige Unterstellungen dringend unterlassen. Nicht die Nebentätigkeit ist das Übel, sondern ein möglicherweise daraus entstehender Interessenkonflikt.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch deutlich machen, dass Abgeordnete nicht nur **materiellen Interessenkonflikten** unterliegen können, was wir in keinem Gesetz regeln können, es ist unser tägliches Geschäft, diese Konflikte auszuhalten, den Rücken gerade zu machen und mit Drucksituationen umzugehen, die aus meiner Sicht sehr viel größer sein können als der angeblich so große finanzielle Anreiz. Trotzdem sind wir in der Lage, im Sinne unseres Eides unsere Pflichten gewissenhaft zu erfüllen und diesem Land zu dienen. Transparenz ist wichtig, sie ist aber nicht Selbstzweck. Wir brauchen Abgeordnete, die eigenverantwortlich entscheiden und dies frei von inneren und äußeren Konflikten tun. Und das hat in erster Linie etwas mit Haltung zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Heiner Garg [FDP] und Volker Dornquast [CDU])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans-Jörn Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache kein Geheimnis daraus, dass wir sagen, wir hätten dieses Gesetz eigentlich nicht gebraucht. Davon sind wir von der Union alle überzeugt; denn das, was wir bisher in den Verhaltensregeln haben, sagt schon aus, dass man seine Nebentätigkeiten angeben muss, und es ist dann für alle erkennbar, was da in irgendeiner Form vergütet wird.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Aber - die Kollegin Birgit Herdejürgen hat es gesagt - der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mehrfach damit beschäftigt und hat es am Ende den PGF überlassen. Wie bei allen Gesetzen solcher Art sollten wir dahin kommen, ein möglichst einvernehmliches Gesetz zu erarbeiten. Dafür sage ich

(Hans-Jörn Arp)

meinen Kollegen PGF der SPD, der FDP, den Grünen und des SSW herzlichen Dank. Wir haben sehr gerungen, und ich bin insbesondere den Grünen dankbar, dass sie, wie es bei solchen Verhandlungen üblich ist, ein Stück weit von ihrer grundsätzlichen Position abgerückt sind, sodass heute nicht detailgenau gesagt werden muss, was man aus jeder einzelnen Tätigkeit kriegt; vielmehr muss man weiterhin sagen, wo man welche Nebentätigkeiten ausübt, und man muss dann in etwa angeben - ähnlich wie beim Bundestag -, welche Kategorie dies in Summe ausmacht.

Insofern kann man es **nicht** mehr **einzel** **zuordnen**. Das ist auch gut so; das will ich Ihnen sagen. Darum haben wir in der Union sehr gerungen. Ich bin der CDU-Fraktion sehr dankbar dafür, dass sie mich dabei unterstützt hat; denn wir haben immer mehr **Selbstständige, Freiberufler, Landwirte** und **Handwerker**, die natürlich nicht angeben dürfen, was sie an zusätzlichen Einnahmen haben; denn - anders als ein Lobbyist - erwirtschaften sie es nicht allein für sich, sondern sie erwirtschaften es gemeinsam mit der Familie, mit den Kindern, den Eltern und den Schwiegereltern. Das ist der Grund dafür - Herr Kollege Dr. Breyer, es wäre schön, wenn Sie bei so einer Gelegenheit einmal zuhören würden -, dass wir an dieser Stelle bewusst keine endgültige Transparenz haben wollen; denn die Mitarbeiter und die Familienangehörigen haben ein Recht auf den Schutz ihrer Daten; sie haben ein Recht darauf, dass das Einkommen, das von ihnen in dem Unternehmen erwirtschaftet wird, nicht genau angegeben wird. Was die Selbstständigen angeht, so geht es auch darum, dass der Mitbewerber nicht die Bilanz des Unternehmers sehen kann.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Es war für uns sehr wichtig, dass wir den Bereich schützen.

Die Lösung, die jetzt herausgekommen ist, ist die einzige Möglichkeit dafür. Ich gebe zu, wenn es im Landtag wieder einmal eine andere Mehrheit gibt, dann werden wir sicherlich an dem Gesetz arbeiten. Aber Basis war das, was der **Bundestag** veröffentlicht hat. Ein Stück weit haben wir es hier noch heilen können. Mehr war aus unserer Sicht nicht möglich. Dafür bitte ich Sie um Verständnis.

Ich will mich noch einmal bei allen Kollegen PGF, die daran mitgewirkt haben, herzlich bedanken. Der gefundene Kompromiss ist der einzige Weg, den wir gehen konnten.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Peter Eichstädt?

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Gern, wenn es seine Abschiedsrede ist.

Peter Eichstädt [SPD]: Das kann ich Ihnen noch nicht versprechen. Aber es ist zumindest für Sie die Gelegenheit, noch einmal etwas klarzustellen, was Sie eben ausgeführt haben. Verstehe ich es richtig, dass Sie sagen, für den Fall - der Fall ist ja nicht sehr wahrscheinlich, aber einmal angenommen -, dass Sie wieder eine Regierungsmehrheit haben, würden Sie dieses Gesetz zurücknehmen?

- Das kann ich nicht sagen. Ich kann nur sagen: Wenn es andere Mehrheiten gibt, kann man wieder darüber reden. Wir müssen jetzt erst einmal Erfahrungen damit sammeln. Ich sage nicht, dass wir es wieder zurücknehmen müssen. Vielmehr müssen wir schauen, wie es sich auswirkt. Wenn die Erfahrungen negativ sind, wenn Unternehmer darunter leiden, dann müssen wir es ändern. Um nichts anderes geht es uns.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind die Ausführungen dazu. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute, auf der Zielgeraden dieser Legislaturperiode, unser letztes hart verhandeltes Transparenzprojekt aus dem Koalitionsvertrag umsetzen. Ich möchte mich ganz ausdrücklich dem Dank an die Kolleginnen und Kollegen der PGF-Runde anschließen. Das waren harte, lange Verhandlungen. Wir haben jetzt eine Lösung gefunden; das ist gut so.

Die **Veröffentlichungen** von **Nebentätigkeiten** und **Einkünften** von Abgeordneten werden jetzt transparent dargestellt. Warum wollten wir Grüne

(Dr. Marret Bohn)

das? Warum war es uns so wichtig? - Die Abläufe in der Politik führen immer wieder zu Vorurteilen in der Bevölkerung. Ich formuliere es einmal so: Das Vertrauen in die Politik scheint mir stark ausbaufähig zu sein. Für uns Grüne ist **Transparenz** daher kein Selbstzweck. Transparenz ist einer der Grundpfeiler für Vertrauen in die Politik. Deswegen ist es unser Anliegen, diesen Grundpfeiler heute mit Ihnen zusammen zu stärken.

Mit der Transparenz - das muss ich zugeben - ist es allerdings wie mit dem Salz in der Suppe: Ist es zu wenig, dann reicht es nicht aus. Ist es zu viel, dann ist die Suppe versalzen. Zu dem vorliegenden Änderungsantrag kann ich nur sagen: Aus grüner Sicht hätten wir gern noch wesentlich mehr Salz und Pfeffer hinzugefügt. Das ist kein Geheimnis. Mehr Transparenz geht immer. Wir hätten uns noch wesentlich mehr Transparenz gewünscht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber eines ist genauso klar: Demokratie lebt vom **Kompromiss**. Ich sage für meine Fraktion ganz deutlich, dieser Kompromiss ist uns sehr schwergefallen. Wir haben allerdings die Kritik sehr ernst genommen, die der Kollege Arp eben noch einmal aufgeführt hat, was die Situation von Selbstständigen angeht. Wenn wir auf die Fragen, die Sie in unseren Runden in den Raum gestellt haben, keine guten, klaren Antworten geben können, dann müssen auch wir uns bewegen. Das haben wir getan. Ich möchte an dieser Stelle aber auch noch einmal ganz deutlich sagen, dass sich auch die CDU-Fraktion mit großen Schritten auf uns zubewegt hat. Dafür vielen Dank!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben alles in die Waagschale geworfen, in der Fraktion genau überlegt und lange mit den anderen Fraktionen verhandelt. Wir sind uns als Grüne darüber im Klaren, dass ein Abgeordnetengesetz gegen den Willen einer großen Mehrheit nicht lange bestehen würde, weil es immer einmal wieder Wahlen gibt. Deshalb vielen Dank, lieber Kollege Peter Eichstädt: Dein Beitrag hat dazu geführt, dass das noch einmal klargestellt worden ist. Sonst wäre hier, glaube ich, noch so ein bisschen Dissonanz in den Raum gekommen. Wir wollen, dass diese Regelung dauerhaft Bestand hat. Bei uns ist es genau umgekehrt: Wir sind der Meinung, dass man bei der Transparenz, wenn es gut läuft, noch nachlegen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch auf einen weiteren Punkt hinweisen: Es gibt mit

dem Änderungsantrag und dem vorliegenden Gesetzentwurf klare Verbesserungen; denn bisher gab es keine **Veröffentlichungspflichten** bezüglich der Einkünfte an sich. Wir hatten die Verhaltensregeln, aber wir hatten kein **Gesetz** für Schleswig-Holstein. Wir bringen heute das auf den Weg, was im Bundestag schon möglich geworden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den PIRATEN, wahrscheinlich werden wir uns gleich anhören, dass es nicht gut genug ist, dass es nicht weit genug geht und dass es noch mehr sein könnte. Das mag sein. Aber ich sage Ihnen auch: Schleswig-Holstein ist mit grüner Regierungsbeteiligung im Transparenz-Ranking inzwischen ganz weit vorne. Das geht auf das Konto von Mister Transparenz Burkhard Peters. Darüber freue ich mich sehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Mehr als alle anderen bieten wir die Gewähr dafür, dass es in Schleswig-Holstein auch künftig progressive, transparenzorientierte Politik geben wird. Über die Zustimmung zu unserem Änderungsantrag und zu dem Gesetzentwurf würde ich mich sehr freuen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [FDP] rutscht auf dem Weg zum Rednerpult aus)

- Vorsicht!

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Es war nur glatt, keine Sorge. Es ist hier offensichtlich gebohrt worden.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird Sie nicht wundern, dass ich für mich selbst und möglicherweise auch für eine Mehrheit meiner Fraktion erkläre, dass wir dem Gesetzentwurf nicht zustimmen. Ich will das kurz begründen.

Zunächst einmal muss man sich vor Augen halten, dass die Entschließung des Deutschen Bundestages vor dem Verfassungsgericht nur deshalb Bestand gehabt hat, weil es bei einer Patt-Entscheidung von vier zu vier immer so ist, dass der Antragssteller verliert, weil er keine Mehrheit beim Gericht erhält. Ich würde allen Beteiligten empfehlen nachzulesen,

(Wolfgang Kubicki)

was die vier abweichenden Richter erklärt haben, warum die Regelung aus ihrer Sicht mit der Verfassung nicht vereinbar ist.

Zunächst einmal muss man mit der Behauptung aufräumen, es handele sich um Nebentätigkeiten. **Nebentätigkeiten** sind Tätigkeiten, die neben einem Beruf ausgeübt werden. Die Abgeordnetentätigkeit ist jedoch kein Beruf, sondern eine Mandatserteilung auf Zeit. Die Diät ist kein **Gehalt**, wie es viele Menschen glauben, sondern die Entschädigung dafür, dass man - -

(Uli König [PIRATEN]: Doch!)

- Herr König, dass Sie das nicht verstehen, leuchtet mir ein, aber es ist tatsächlich so.

(Uli König [PIRATEN]: Das ist Wortklauberei!)

- Das hat mit Wortklauberei nichts zu tun. Ich versuche, Ihnen das noch einmal zu erklären, weil Sie offensichtlich nicht begreifen, was das für Unternehmer, Handwerker, Selbstständige und Freiberufler bedeutet.

Jemand, der aus einer Anwaltskanzlei ins Parlament kommt, muss dafür Sorge tragen, dass er in der Kanzlei ersetzt wird; denn wenn er nach vier oder fünf Jahren Abgeordnetentätigkeit nicht wiedergewählt wird, kehrt er sonst ja nicht in ein bestehendes Unternehmen zurück. Er müsste es, hätte er keinen Ersatz dafür, neu aufbauen; er müsste neu anfangen. Wir hatten in unserem Parlament schon einmal Abgeordnetenkollegen, die eine eigene Firma hatten und während der Zeit ihrer Tätigkeit hier in der Firma durch einen Geschäftsführer ersetzt werden mussten. Diese Kollegen werden nicht mit zwei Diäten abgegolten, sondern auch nur mit einer Diät. Das heißt, sie haben ökonomisch im Prinzip nichts davon, dass sie diesem Parlament angehören; vielmehr machen sie das im Gegensatz zu Menschen, die aus dem öffentlichen Dienst oder aus einem Angestelltenverhältnis kommen, im Prinzip auf eigenes Ticket.

Kein Arzt, kein Handwerker oder Anwalt kann sich künftig in einem Parlament wiederfinden, wenn er erklären muss, wie seine Umsätze sind oder seine Einkommenssituation in der Kanzlei ist. Herr Kollege Peters, was machen wir eigentlich mit Kolleginnen und Kollegen, die aus Großkanzleien kommen, von Linklaters oder anderen? Das wird demnächst der Fall sein. Müssen diese die Umsätze der gesamten Kanzlei angeben oder nur ihren Gewinnanteil, der sich aus den Einnahmen der einzelnen Persönlichkeiten errechnet? Wollen Sie, dass

man künftig, wenn Sie es veröffentlichen, feststellt, dass Sie als Anwalt nichts taugen, weil Sie so wenige Umsätze machen, im Gegensatz zu anderen Anwälten, die dort arbeiten? - Ich will das nur einmal spezifizieren. - Was soll ich beispielsweise als Strafverteidiger branchenspezifisch angeben? Soll ich angeben: „Alles Beschuldigte“? Sie kommen ja aus unterschiedlichen Branchen.

Ich will damit sagen: Das **Gesetz** ist offensichtlich nicht richtig durchdacht und wird eine Vielzahl von Problemen aufwerfen. Nicht, dass ich etwas gegen Transparenz habe. Im Gegenteil. Aber jene, die immer erklären, die Menschen wollten Transparenz, müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Freien Demokraten seit 1992 jedes Mal in den Landtag gewählt worden sind, und dies teilweise mit beachtlichen Ergebnissen, und es den Menschen offensichtlich egal war, was die Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen nebenbei verdienen.

Eine wichtige Frage stelle ich hier wirklich in den Raum. Das hat das Bundesverfassungsgericht auch getan. Man hält Menschen, die aus einem Beruf kommen und ökonomisch nicht darauf angewiesen sind, Diäten zu erhalten, in der Mandatsausübung für freier als Menschen, die nur das Mandat haben, weil deren freie Entscheidung durch politische Einflussnahme der Entscheidungsträger der jeweiligen Partei eingegrenzt werden kann. Ich sage es einmal vorsichtig. Man kann Menschen, die darauf angewiesen sind, damit bedrohen, dass man erklärt: Wenn du nicht artig bist, also deine Meinung nicht der Mehrheitsmeinung der Fraktion unterordnest, dann wirst du nicht wieder aufgestellt. - Das soll es schon gegeben haben, habe ich gehört. Deshalb ist hier die **freie Mandatsausübung** massiver gefährdet als bei Menschen, die über ein beachtliches Einkommen verfügen und schlicht und ergreifend erklären können: Mir ist völlig egal, wenn ich morgen nicht mehr im Parlament sitze; dann kann ich meinen Beruf weiter ausüben und bin sicher.

(Beifall FDP)

Für mich ist viel entscheidender, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass in diesem Gesetzentwurf nicht geregelt ist, dass man **Kapitaleinkünfte** erklären muss. Die Abhängigkeit ist wahrscheinlich viel mehr davon geprägt, dass man Aktien eines ganz bestimmten Unternehmens besitzt, beispielsweise eines Windenergieunternehmens, dessen weitere produktive Tätigkeit man fördern muss, weil der Aktienwert, das heißt die Dividendenfähigkeit, davon abhängt, dass es dem Unternehmen gutgeht. Wenn man das nicht regelt, dann regelt man einen wesentlichen Teil der politisch motivierten Ein-

(Wolfgang Kubicki)

flussnahme und der ökonomisch motivierten Einflussnahme nicht.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

- Herr Kollege Dr. Breyer, dass ausgerechnet Sie, die geglaubt haben, mit Ihren „wunderbaren“ Forderungen würden Ihnen die Herzen der Menschen zufliegen, sich jetzt als Partei der Transparenz hinstellen! Ich bin gespannt, ob sich, abgesehen von den eigenen Mitgliedern, überhaupt noch jemand findet, der die PIRATEN wählt. Jedenfalls war das nicht der Burner, den Sie sich vorgenommen haben. Das hat die Menschen nicht überzeugt.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich selbst werde dagegen stimmen, obwohl ich das Bemühen aller Beteiligten anerkenne, dies vernünftig zu regeln. Aber die Regelung ist bedauerlicherweise nicht vernünftig und wird dazu beitragen, dass immer weniger Menschen, die in einem freien Beruf tätig sind, und immer weniger Unternehmer dem Parlament angehören. Das ist etwas, was wir eigentlich nicht wollen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der PIRATEN hat deren Fraktionsvorsitzender, Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer, das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Wir PIRATEN stehen für Transparenz in der Politik, weil **Transparenz** den Bürgern die Möglichkeit gibt, ihren Volksvertretern auf die Finger zu schauen und sie zu kontrollieren. Wir PIRATEN wollen eine transparente Politik und nicht den gläsernen Bürger.

Schon der Volksmund sagt: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing. Deswegen hat es auch für Schlagzeilen gesorgt, dass zum Beispiel der frühere Finanzminister und spätere SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück bezahlte Vorträge bei Banken, Versicherungen oder auch Finanzkongressen hielt, zum Teil sogar, während er gleichzeitig im Bundestag bei namentlichen Abstimmungen fehlte. Es hat für Kritik gesorgt, dass im Landwirtschaftsausschuss des Bundestages ein Agrarlobbyist saß oder ein Ärztelobbyist im Gesundheitsausschuss.

Zuletzt war im „Spiegel“ zu lesen, dass vor allem **Landtagsabgeordnete** von CDU und CSU teilwei-

se ein Vielfaches ihrer Diäten aus anderen Quellen als **Nebeneinkünften** beziehen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist bei mir auch der Fall, Herr Breyer, falls Sie das noch nicht wissen!)

Natürlich wirft das die Frage nach **Interessenkonflikten** auf, Herr Kubicki. Wird der hochbezahlte Lobbyist im Parlament Politik im Interesse der Mehrheit Bürger machen, auch wenn das zulasten seines Geldgebers geht?

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist schon wieder eine Unterstellung! - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Und steht das Mandat zeitlich eigentlich noch im Mittelpunkt der Tätigkeit dieser Abgeordneten? Im Koalitionsvertrag wurde auf diese Kritik reagiert und angekündigt - ich zitiere -:

„Wir werden eine Regelung zur Ausweisung der Nebenverdienste von Abgeordneten schaffen, die sich an dem Modell des Bundestages orientiert, jedoch zusätzlich ergänzt wird um die Pflicht zur genauen Ausweisung der Höhe der Nebenverdienste.“

Wir PIRATEN haben schon im Jahr 2013 einen **Gesetzentwurf zur Veröffentlichung von Nebeneinkünften** eingebracht, der übrigens auch Kapitaleinkünfte einschloss, Herr Kubicki, der aber hier im Hause ersatzlos abgelehnt wurde.

Das Thema der Transparenz von Nebeneinkünften ist jahrelang verschleppt worden, und jetzt wird auf dem letzten Meter ein Gesetzentwurf verabschiedet, der eine Veröffentlichung erst nach der Landtagswahl vorsieht. Das heißt: Den Bürgern wird die Möglichkeit genommen, ihre Wahlentscheidung auch darauf zu stützen, woher Kandidaten eigentlich ihre Einkünfte beziehen.

(Uli König [PIRATEN]: 2022!)

Dass man sich am Modell des Bundestages orientieren wollte, davon kann nach diesem Gesetzentwurf keine Rede mehr sein.

(Volker Dornquast [CDU]: Das ist doch völlig unlogisch!)

Sie planen keine **betragsgenaue Veröffentlichung** der Nebeneinkünfte, sondern es soll nur noch ein Jahresdurchschnitt in einer Stufe veröffentlicht werden, und auch nicht, anders als beim Bundestag, wie viel man für die einzelne Tätigkeit verdient, sondern insgesamt für alle Nebentätigkeiten zusammengefasst. Selbst von dieser Transparenz

(Dr. Patrick Breyer)

kann der Landtagspräsident Ausnahmen zulassen. Ich bin sicher, Herr Kubicki wird der Erste sein, der darauf pocht.

Wie stark man **zeitlich** durch seine Nebentätigkeiten **in Anspruch genommen** wird, lässt sich aus den zu veröffentlichenden Informationen überhaupt nicht entnehmen. Deswegen ist es richtig, und wir können uns dem nur anschließen, dass „abgeordnetenwatch“ diesen Gesetzentwurf als peinliche Posse und als inakzeptabel bezeichnet hat.

(Beifall PIRATEN - Zurufe FDP)

Sie schaffen mit Ihrem Gesetzentwurf sogar weniger Transparenz, was finanzielle Zusagen nach Ende des Mandats angeht. Diese sind bisher noch anzuzeigen; nach Ihren Regeln künftig nicht mehr.

Wenn sich jetzt die Grünen für ihren Einsatz für Transparenz rühmen, kann ich nur sagen: Das ist ein derart durchsichtiges Wahlkampfmanöver, dass von Ihrem Einsatz gar nichts zu sehen ist; so transparent ist er.

Herr Kubicki, wenn Sie die Regeln, die künftig gelten sollen, und vor allem die weitergehenden Regeln, die im Bundestag gelten, so schrecklich finden, dann erwarte ich von Ihnen, dass Sie Ihre Kandidatur zum Bundestag zurückziehen.

(Beifall Uli König [PIRATEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Was Sie erwarten, ist doch völlig Banane! - Christopher Vogt [FDP]: Das interessiert keinen Menschen! - Glocke Präsident)

- Wenn so etwas Schreckliches von Ihnen verlangt wird, können Sie dafür ja nicht antreten! Es hat keinen Sinn, Herr Kubicki, wenn Sie sich im Bundestag solchen Bedingungen unterziehen.

Dass Sie jetzt zur Begründung Ihres Abweichens und Bruchs des Koalitionsvertrages eine **Eini-gungsnotwendigkeit mit der CDU** anführen, ist doch wirklich eine Kapitulationserklärung. Rechnen Sie denn damit, dass die CDU nach der Landtagswahl die Regierung übernimmt?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Warum denn nicht? Wer zweifelt denn daran? - Serpil Midyatli [SPD]: So etwas Absurdes!)

Warum suchen Sie dann nicht auch bei der Änderung der Schulstruktur den Schulerschluss mit der CDU? Das ist doch auch eine wichtige Entscheidung. Warum also ausgerechnet bei den Nebeneinkünften? Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Dieser **Bruch des Koalitionsvertrages** zeigt den Bürgern leider auch für andere Fälle, wie wenig Ihre Versprechen wert sind.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Und diese Verschleierung von Nebeneinkünften nährt leider das Misstrauen der Bürger in die Politik, auch dort, wo dieses gar nicht gerechtfertigt ist. Warum halten Sie die Nebeneinkünfte so geheim?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss!

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ihr Gesetz ist wie ein Scheibenwischer, den man einschaltet, um klare Sicht zu bekommen, der aber tatsächlich die Scheibe verschmiert und die Sicht erschwert. Da brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn der Bürger, der keine Sicht auf die Realität mehr hat, aussteigt und nicht mehr zur Wahl geht.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, formulieren Sie bitte Ihren letzten Satz!

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Wer den Bürgern so wenige Informationen anvertraut, der hat seinerseits das Vertrauen der Bürger nicht verdient.

(Beifall Uli König [PIRATEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau! Die vertrauen ja auch Ihnen gerade mit null Prozent!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, zu den Ausführungen des Kollegen Breyer muss man gar nicht mehr fürchterlich viel sagen. Das ist dermaßen far out, dass man sich wundert, dass das überhaupt noch als Tagesordnungspunkt gelten kann. Wir reden über etwas völlig anderes, wir reden nicht nur über Geld, sondern wir reden über **Transparenz von Abgeordneten**.

(Beifall Klaus Schlie [CDU] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

(Lars Harms)

Das fängt im Übrigen schon beim Geburtsdatum an; es gibt ja durchaus den einen oder anderen, der das nicht angibt, obwohl auch das wichtig sein könnte.

Kollege Breyer, um vielleicht einmal ganz woanders anzufangen: Es geht hier auch darum, dass man im Parlament fair miteinander umgeht. Wir haben heute schon zwei-, dreimal darüber gesprochen. **Gesetze**, die uns selbst betreffen, die den **persönlichen Bereich einzelner Abgeordneter** massiv betreffen, sollte man nicht nur mit der Regierungsmehrheit durchpeitschen, sondern sich auch immer Partner auf der Oppositionsbank suchen. Das ist in diesem Parlament bisher immer gelebte Tradition gewesen. Ich bin froh und glücklich, dass wir dies auch bei diesem Gesetzentwurf hinbekommen haben, auch wenn nicht alle damit einverstanden sind. Das ist der Grund dafür, dass wir, sowohl die Opposition als auch die Regierungsfractionen, aufeinander zugegangen sind. Das waren keine Koalitionsaussagen oder sonst irgendetwas, sondern gelebte Kollegialität. Das ist etwas, das uns durchaus kleidet.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Damen und Herren, es gibt bei diesem Thema höchst unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Fraktionen, aber auch zwischen den Fraktionen. Das hat man zu respektieren.

Der Kollege Kubicki hat eben zu Recht einen Punkt angesprochen. Wenn wir über **Abgeordnete** reden, reden wir über Menschen, die ein **Mandat auf Zeit** haben. In der Öffentlichkeit hat man immer das Bild, da sitzen Leute 20, 30 oder 40 Jahre in einem Parlament. Das gibt es zwar auch, aber das ist die Ausnahme. Die Regel ist auch in diesem Parlament, dass nach einer Wahl ungefähr ein Drittel bis die Hälfte der Abgeordneten dieses Haus wieder verlassen und andere nachziehen.

Da muss man auch auf wirtschaftliche, persönliche Verhältnisse Rücksicht nehmen und Abgeordneten möglicherweise mit Vorsicht begegnen, wenn es darum geht, deren Daten zu veröffentlichen. Das ist gerechtfertigt, denn die Leute müssen von ihrem Unternehmen, von ihrer Wirtschaft, von ihrer Arbeit, die sie geleistet haben und die sie später wieder leisten wollen und müssen, länger leben, als sie in diesem Parlament sind. Auf diese **persönlichen Faktoren** hat man Rücksicht zu nehmen.

Neben all dem, was mit Geld zu tun hat, ist ein Kern unseres Gesetzentwurfs, **Verbindungen** deutlich zu machen. Woher kommt ein **Abgeordneter**, welcher Region gegenüber fühlt er sich verpflich-

tet? Wo lebt der Abgeordnete? Hat das etwas damit zu tun, was er im Parlament tut? Welche Ehrenämter nimmt er ein?

Wenn Sie auf mein Profil im Internet gucken, werden Sie sehen, welche Ehrenämter ich ausübe, und Sie werden erleben, dass ich mich auch im Parlament dafür einsetze. Ja, das hat mich geprägt.

(Zurufe)

Ich spreche nur von mir, aber das gilt natürlich für jeden. Der eine oder andere ist sozial veranlagt, jemand anderes ist eher im Unternehmensverband beheimatet, ein anderer möchte sich für Naturschutz einsetzen und so weiter. Das ist gesellschaftliches Engagement; das soll sich transparent widerspiegeln.

(Vereinzelter Beifall)

Insofern ist das Gesetz, das wir heute verabschieden - wenn man so will; das darf man fast nicht sagen -, auch eine kleine Werbung für jeden einzelnen Abgeordneten, dass er darstellen kann, aber auch darstellen muss, was er tut und treibt. Das ist ganz wichtig.

Noch ein Punkt ist mir ganz wichtig. Wir haben noch einmal deutlich gemacht und kodifiziert - das ist eine Selbstverständlichkeit -, dass man eine **Befangenheit** anzugeben hat. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit und passiert auch im Einzelfall, das habe ich in Ausschusssitzungen schon erlebt. Das ist in Ordnung. Man muss Befangenheit erkennen können. Das kann man nicht erkennen, wenn man nur Geldströme darstellt. Da weiß man nicht, ob im Ausschuss jemand befangen war oder nicht befangen war. Dass eine oder ein Abgeordneter verpflichtet ist, dies darzustellen, ist ein wichtiger Kern unseres Gesetzentwurfs.

Meine Damen und Herren, ein Letztes. Ich finde es in Ordnung, dass wir die **Einkünfte** angeben, so gut es geht. Dass man im Einzelfall auf persönliche Verhältnisse Rücksicht nehmen muss, ist auch okay. Ähnlich wie der Kollege Kubicki glaube ich, dass man daraus nicht schließen kann, ob jemand in irgendeiner Abhängigkeit ist oder nicht. Auch ein Abgeordneter, der hier reinkommt und kein zusätzliches Einkommen hat, könnte durchaus abhängig sein, nämlich von dem Mandat hier. Das ist das Schlimmste, was ich mir vorstellen kann.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und lasse über den Gesetzentwurf Drucksache 18/4928 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der CDU-Fraktion. Wer ist gegen den Gesetzentwurf? - Das sind die Piratenfraktion und die Fraktion der FDP. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 21 und 60 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Situation und Förderung der vereinsgebundenen Schwimmbildung und des Schwimmsports in Schleswig-Holstein**

Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 18/4497

Antwort der Landesregierung
Drucksache 18/5297

b) Förderauftrag der Landesverfassung ernst nehmen - Belastungen für den Sport vermeiden

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/5159

c) Kommunale Sportstätten fördern - Kommunalinvestitionsförderungsgesetz sachgerecht umsetzen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/5193 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/5345

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich erteile zunächst dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Thomas Rother, das Wort für den Bericht zu b) und c).

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einfachheit halber verweise ich auf die Vorlage.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Vielen Dank für den Bericht. - Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich dem Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten, Herrn Stefan Studt, das Wort.

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Großen Anfrage der CDU vom 21. September 2016 wurde die Landesregierung aufgefordert, die Situation der vereinsgebundenen Schwimmbildung und des Schwimmsports in Schleswig-Holstein zu untersuchen. Ich möchte Ihnen heute die Ergebnisse vorstellen, für die wir sämtliche Kommunen des Landes und Anbieter von Schwimmunterricht und Schwimmkursen befragt haben, darunter der Schwimmverband Schleswig-Holstein, die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft, der Rehabilitations- und Behindertensportverband, das Deutsche Rote Kreuz und die Volkshochschulen. Natürlich war auch der Landessportverband eingebunden.

Mit der **Abfrage der Schwimmbadinfrastruktur** bei öffentlichen und privaten Betreibern sowie der Abfrage möglicher Investitionskosten für Hamburg und Schleswig-Holstein wurde das Statistische Landesamt betraut. Bis zum 1. Dezember 2016 konnte das Amt einen Rücklauf von erstaunlichen 99 % verzeichnen. Dank dieser hervorragenden Arbeit und der umfangreichen Mitarbeit aller genannten Institutionen haben wir nun einen genauen Überblick. Lassen Sie mich an dieser Stelle Dank sagen für die umfassenden Zulieferungen und die entsprechenden Aussagen dazu.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, die **wesentlichen Ergebnisse** sind: In Schleswig-Holstein gibt es insgesamt 293 Schwimmsportstätten, also Hallenbäder, Freibäder und Naturbäder. In der Mehrzahl der Schwimmsportstätten, also bei 154 beziehungsweise 52,55 %, wurde kein Sanierungsbedarf gemeldet; in 47,44 % davon, also in 139 Bädern, besteht durchaus Sanierungsbedarf. Die Träger sind sich dessen bewusst und investieren gezielt in die Modernisierung. Allein im Haushaltsjahr 2016 haben die Betreiber knapp 17 Millionen € für Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen bereitgestellt. In der mittelfristigen Finanzplanung 2017/2018 haben sie Investitionen von knapp 40 Millionen € beschlossen.

(Minister Stefan Studt)

Das zeigt, dass wir mit dem **Sportstrategiepapier** vom letzten Jahr und der **Schwimmsportstättenförderung** vonseiten des Landes auf dem richtigen Weg sind. Mit je 2 Millionen € für 2015 und 2016 haben wir die Investitionstätigkeit bei der energetischen Sanierung kommunaler Schwimmsportstätten aktiv unterstützt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir nehmen den Förderauftrag des Landes sehr ernst und stellen für 2017 weitere 2,75 Millionen € aus dem bekannten **IMPULS-Programm** bereit. Dass dieses Programm zieht, zeigt die hohe Nachfrage. Damit wird es gelingen, die Infrastruktur der Bäder in diesem Land wieder auf Vordermann zu bringen. Wichtig ist: Die Kommunen als Träger bringen ebenfalls ihren Anteil dafür auf, das entspricht einer gerechten und fairen Lastenverteilung.

Ein weiteres positives Ergebnis dieser umfassenden Umfrage ist: Trotz 21 Bäderschließungen seit 2016 verfügt Schleswig-Holstein immer noch über eine ausreichende Zahl an Schwimmstätten. Bei insgesamt 293 Bädern und rund 2,85 Millionen Einwohnern kommt rein rechnerisch ein Schwimmbad auf 9.277 Einwohner. Das ist leicht besser als der Bundesdurchschnitt, wo ein Bad auf 10.000 Einwohner kommt. Die Frage nach einem möglichen weiteren **Bedarf an Schwimmsportstätten** kann deshalb hier an dieser Stelle mit Nein beantwortet werden.

Sehr gut sind auch die Daten der **Schwimmausbildung**, insbesondere für Kinder. Sämtliche Vereine des Schwimmverbandes halten Angebote der Schwimmausbildung vor. Auch für Jugendliche und Erwachsene werden ausreichend Schwimmernkurse angeboten. Die Rahmenbedingungen hier im Land sind also gut. Allerdings - auch das gehört zur Ehrlichkeit dazu - gibt es Nachholbedarfe, die die DLRG im Rettungssport und in der Schwimmausbildung von Grundschulkindern sieht. Etwa 20 % der Grundschul Kinder haben am Ende der vierten Klasse noch nicht die Seepferdchen-Prüfung abgelegt, so bilanziert die DLRG.

Die **Schwimmfähigkeit** bei Kindern und Jugendlichen, aber auch bei **Erwachsenen mit Migrationshintergrund** ist laut DLRG überwiegend zwischen „absolute Nichtschwimmer“ bis „schlechte Schwimmer“ einzuschätzen. Hier ist insbesondere an die Eltern von Kindern im Vorschulalter zu appellieren, die durchaus vorhandenen Angebote für die Schwimmausbildung anzunehmen. Bei meinen Besuchen in den Schwimmbadstandorten höre ich immer wieder - das finde ich an dieser Stelle beru-

higend -, dass es durchaus auch spezielle Kursangebote für heranwachsende oder erwachsene Geflüchtete gibt. An der Stelle ein ganz herzlicher Dank für diese Initiativen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe in der letzten Landtagstagung darüber berichtet, dass wir uns auch im Bundesrat für den Sport und für die Sportstättenanierung einsetzen; denn für uns steht fest: Sport ist die größte soziale Bewegung in unserer Gesellschaft. Ich freue mich, dass unser Engagement und die Förderangebote in diesem Bereich so gut ankommen. Wir arbeiten gemeinsam mit den Kommunen und dem Landessportverband daran, auch die Sanierung von allgemeinen Sportstätten anzugehen. Zumindest bei den Schwimmsportstätten kann man sagen, dass wir nun an der Stelle den Kopf über Wasser haben. - Dafür ganz herzlichen Dank an all die, die daran mitwirken. Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich eröffne die Aussprache und teile dazu mit, dass im Ältestenrat vereinbart wurde, dass die Fraktion der CDU eine Redezeit von 10 Minuten erhält. Alle anderen Fraktionen erhalten die üblichen 5 Minuten. Das Wort für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die **CDU-Fraktion** ist die **Sportpolitik** ein wichtiges politisches Handlungsfeld. Deswegen freue ich mich, dass wir auch heute dieses Thema wieder auf der Agenda haben. Pferdesteuer, Sportförderung, Schwimmausbildung - darum geht es. Das ist ein bunter Strauß, bei dem wir unbedingten Handlungsbedarf sehen.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

Meine Damen und Herren, nach wie vor hält die Diskussion um die **Pferdesteuer** in Tangstedt an - eine unangenehme Entscheidung, denn sie spaltet schon heute die Gemeinde in zwei Lager und würde in Schleswig-Holstein einen Präzedenzfall mit Folgewirkungen schaffen. Denn die Diskussionen finden nicht nur in Tangstedt, sondern in vielen anderen Kommunen statt. In vielen Bundesländern wird schon eine Pferdesteuer erhoben. Sie ist unsinnig,

(Barbara Ostmeier)

denn eine Pferdesteuer saniert weder den Haushalt, noch löst sie Probleme, die es unbestritten vor Ort im täglichen Miteinander gibt.

Liebe Frau Kollegin Fedrowitz, es geht hier nicht um Bevormundung der **kommunalen Selbstverwaltung**, es geht um **Hilfestellung**, es geht um Unterstützung, und es geht um politische Rücken-deckung.

(Beifall CDU - Zuruf Katrin Fedrowitz [SPD])

Nehmen Sie sich einmal ein Beispiel an Ministerpräsident Albig - ausnahmsweise einmal - und an Sportminister Studt; denn beide wollen die Pferdesteuer auch nicht. Das hat Ministerpräsident Albig auf dem Ball der Pferdefreunde vor 5.000 Leuten gesagt.

(Martin Habersaat [SPD]: Haben Sie die Pferdefreundinnen bewusst unterschlagen?)

So haben Sie sich auch gegenüber den Medien geäußert. Jetzt geben Sie sich einmal einen Ruck, und nutzen Sie die einigende Kraft des Sports. Spalten Sie nicht, der Pferdesportverband steht an Ihrer Seite. Es gibt Alternativen zur Pferdesteuer. Da müssen Sie nur einmal Gespräche in Schleswig-Holstein führen. Wo ein Wille ist, ist auch ein

(Peter Eichstädt [SPD]: Pferd!)

Weg. Ich hoffe, dass Sie Ihren Sportminister unterstützen.

Aber - ich glaube, ich liege damit richtig - vielleicht wollen Sie das auch gar nicht? Denn der Kern des Übels liegt ja viel tiefer.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

Ich weiß, Sie wollen das nicht gern hören: Während sich die **Haushaltsslage** des Landes in dieser Legislaturperiode in beeindruckender Weise verbessert hat,

(Serpil Midyatli [SPD]: Hört, hört!)

konnten unsere **Kommunen** überhaupt nicht davon profitieren.

(Beate Raudies [SPD]: Was? 1,7 Milliarden € im Finanzausgleich! - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Sie kämpfen weiterhin darum, mit geringen Haushaltsmitteln auszukommen,

(Unruhe - Glocke Präsident)

und das Leben in der Gemeinde zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu gestalten.

Der Grund für die Erhebung der Pferdesteuer ist ja, den Haushalt zu sanieren. Das wird angeführt. Es waren Ihre Weichenstellungen, die dazu geführt haben, dass jetzt so etwas wie die Pferdesteuer zur Diskussion gestellt wird. Ganz klar: Die CDU geht in Land und Kommunen Hand in Hand in dieser Frage: Keine Besteuerung des Sports - das ist ein definitives Versprechen!

(Beifall CDU und Dr. Heiner Garg [FDP])

Sie machen munter weiter so. Sobald Minister Studt mit seinen Mitteln nicht auskommt, wird der Ruf nach Mitteln aus dem Bund laut. Herr Minister Studt, Sie haben öffentlich ein **Bundesprogramm für Sportstättenanierung** gefordert. Ihre Initiative ist aber schon im Finanzausschuss des Bundesrates auch mit den Stimmen SPD-regierter Länder kläglich gescheitert.

(Wortmeldung Dr. Kai Dolgner [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete!

Barbara Ostmeier [CDU]:

Ich lasse keine Zwischenfragen zu.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Ihre Probleme sind hausgemacht. Sie haben es selbst in der Hand, im Rahmen des **kommunalen Investitionsgesetzes** eine eindeutige Priorität zugunsten des Sports zu setzen.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Durch das Herstellen eines städtebaulichen Bezugs ist es neben der energetischen Sanierung durchaus möglich, hier Akzente zu setzen.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Sie tun das nicht. Der Mittelabfluss ist deshalb so schleppend, weil diese Landesregierung unsere Kommunen bevormundet. Anstatt sie selbst entscheiden zu lassen, an welcher Stelle Investitionsbedarf besteht, schränken Sie die **Förderkriterien** Ihren ideologischen Vorstellungen entsprechend ein.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD] - Weitere Zurufe)

Wir hingegen fordern eine Öffnung, damit die Kommunen die Mittel auch bedarfsgerecht einsetzen können, zum Beispiel für Krankenhäuser und Sportstätten.

(Barbara Ostmeier)

(Zurufe Dr. Kai Dolgner [SPD] und Martin Habersaat [SPD])

Das hilft, und das wäre gute Politik.

(Beifall Volker Dornquast [CDU] - Zurufe - Glocke Präsident)

- Ich weiß gar nicht, warum Sie so nervös reagieren! Sie haben doch von mir gar keine andere Rede erwartet. Also: Entspannt bleiben, wir haben da deutlich andere politische Ansichten.

(Beifall CDU und Dr. Heiner Garg [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch ich kenne das Gesetz der großen Zahlen. Die Summe 45 Millionen € mehr für Sport, Herr Kollege Harms, hört sich zunächst gut an. Aber die Anhebung der **institutionellen Förderung** gleicht noch nicht einmal den Wertverlust der letzten zwei Jahrzehnte aus. Das ist Fakt, und das wissen Sie.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Ändern tun Sie es aber nicht. In Zeiten immens hoher Steuereinnahmen billigen Sie dem organisierten Sport lediglich ein paar Euro mehr zu. Lassen Sie Ihren wohlfeilen Worten endlich Taten folgen. In unserer Verfassung haben wir den Sport doch als besonders förderungswürdig eingestuft - zu Recht, denn er leistet wertvolle Arbeit über alle gesellschaftlichen Bereiche hinweg, und das überwiegend ehrenamtlich.

Wir belegen bei der Sportförderung für den Landessportverband im Bundesvergleich nur den 16. Platz. Das kann es nicht sein.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Ja, das darf man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: auf dem 16. Platz!

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Man könnte auch sagen: Das ist der letzte Platz!)

- Man könnte sagen: am Ende der Fahnenstange! Das Dialogforum des Landessportverbandes in der Sparkassenarena im letzten Monat hat dies aus meiner Sicht leider auch inhaltlich sehr deutlich unterstrichen. Bis auf den Vertreter der SPD haben alle Vertreter der Fraktionen vollmundig bekundet: Es muss für den Sport in jedem Fall mehr geben. Auch der Kollege Peters hat das eingesehen. Deswegen weiß ich gar nicht, warum Sie dem so widersprechen, was ich hier sage. SPD, Grüne und SSW haben bisher zu wenig getan, um den vereinsgebundenen Sport bundesweit aus dem Tabellenkeller der Sportfinanzierung herauszuholen.

Dass Sie keine gute Sportpolitik machen, sehen wir auch bei der **Sanierung von Sporthallen und Sportanlagen**. Die von Ihnen zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe 2,75 Millionen € reichen nicht aus. Sie sind ein erster richtiger Schritt, aber sie reichen nicht aus, das hat die Umfrage gezeigt. Auch die neue Umfrage zeigt, dass es nach wie vor Sanierungsbedarf gibt.

(Martin Habersaat [SPD]: Wir wollen ja auch nicht aufhören!)

Sie laufen sportpolitisch konzeptlos durch die Landschaft dieses Landes. Hätten Sie unseren Haushaltsanträgen in den letzten Jahren zugestimmt, wären wir heute schon um vieles weiter. Mindestens 12 Millionen € wären vom Sanierungsberg schon abgetragen worden. Über die Sportwetten möchte ich gar nicht sprechen.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die Antwort der Landesregierung zu unserer Großen Anfrage zur Situation und Förderung der Schwimmbildung und des Schwimmsports ist nunmehr die dritte parlamentarische Initiative der CDU-Landtagsfraktion, die uns einen tieferen Einblick in die Sportlandschaft Schleswig-Holsteins bietet.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Im Gegensatz zu Ihnen weiß die Landesregierung, Herr Innenminister Studt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sehr wohl zu schätzen, dass wir hier eine Basis geschaffen haben, mit der man gut arbeiten kann. Das hat Herr Innenminister Studt eben auch anerkannt. Denn immerhin 99 % **Rücklaufquote** zeigen, dass wir eine gute Basis haben. Und es zeigt auch, dass die Betroffenen gerne geantwortet haben, weil sie das Sportland Schleswig-Holstein insbesondere im Schwimmbereich voranbringen wollen. Deshalb schließe ich mich dem Dank von Innenminister Studt ausdrücklich an, dass alle Betroffenen teilgenommen haben, obwohl sie ehrenamtlich und auch beruflich eingespannt sind. Meinen ganz, ganz herzlichen Dank dafür.

(Beifall CDU und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die große Quintessenz der Antworten aller Beteiligten: Es fehlt an geeigneten Schwimmsportstätten - das scheint keine selektive Wahrnehmung zu sein, die wir haben - für Schwimmbildung, für das Breitensportorientierte und für das Wettkampforientierte Schwimmen, für den Rettungssport. Und sie belegt den Sanierungsbedarf.

(Barbara Ostmeier)

Ich möchte meinen Fokus auf die Lehrschwimmbecken lenken. Bei den 293 Bädern sind knapp 47 % aller Becken, inklusive Freilandbecken, als **Lehrschwimmbecken** ausgewiesen.

(Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Nach Ihrer Berechnung kommen demnach circa 23.000 Einwohner auf eine Lehrschwimmfläche. Im Übrigen sind darin die Freibäder enthalten.

Die Zahl der **Kinder** in Schleswig-Holstein, die **nicht schwimmen können**, ist nach wie vor viel zu hoch.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wir haben gerade gehört, wie wenige Kinder in der vierten Klasse das Seepferdchen haben. Das finde ich überhaupt nicht lächerlich, sondern das ist ein Armutszeugnis in einem Land zwischen den Meeren.

Im Übrigen ist der Schwimmunterricht auch im Lehrplan enthalten.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

Wir brauchen vor allem Lehrschwimmbecken, und zwar in erreichbarer Nähe zu Kita und Schule. Wir brauchen nicht die Erlebnisbäder, sondern wir müssen Kitas und Schulen die Möglichkeit geben, in einem Stundenkontingent von zwei Stunden eine Schwimmsporthalle, ein einzelnes Lehrschwimmbecken, zu erreichen. Deshalb ist es zum Beispiel so wichtig, dass die Schwimmhalle in Uetersen erhalten wird.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Ihre Einschätzung, dass es im Land keinen weiteren Bedarf an Lehrschwimmbecken und Schwimmsportstätten gibt, den teile ich ganz und gar nicht. Jetzt kommen Sie nicht wieder damit, dass das Betreiben von Schwimmbädern vielmehr eine **kommunale** oder **private Aufgabe** sei.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

Alle Zahlen belegen: Ohne **Unterstützung des Landes** wird sich das Bädersterben weiter fortsetzen.

Verteilen Sie nicht nur kleckerweise Fördermittel, sondern lassen Sie uns gemeinsam nach einem tragfähigen Gesamtkonzept suchen. Das ist die Aufgabe, der wir uns in Zukunft annehmen wollen. Das ist die Aufgabe, der sich die CDU auch in der nächsten Legislaturperiode stellen wird. „Wir wollen!“ allein reicht nicht, Sie müssen es auch machen. Nicht nur schnacken, sondern anpacken.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist ja ein starker Spruch!)

Wir werden das Thema in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Jürgen Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde mich gern auf die Große Anfrage beziehungsweise die Beantwortung konzentrieren, denn das ist der eigentliche Sportpunkt heute. Das Thema **Pferdesteuer** ist ein kommunalpolitisches, über das man streiten kann. Es dürfen sich gern alle Möglichen darüber streiten. Das hat mit Sport nichts zu tun, weil nicht alle Pferde und auch nicht alle Hunde Sport betreiben.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

Ob nun Kommunen Pferde- oder Hundesteuern einrichten, das soll in den Kommunen entschieden werden. Dazu möchte ich mich heute nicht äußern.

(Vereinzelter Beifall SPD - Zuruf Christopher Vogt [FDP] - Unruhe - Glocke Präsident)

Ich bin sehr dankbar dafür, dass sich die CDU aus dem großen Strauß von Sportpolitik das Schwimmen herausgesucht hat. Es gibt kein weiteres Beispiel, wo ein Land wie Schleswig-Holstein, wo eine Mehrheit im Parlament, wo eine landesseitige Umsetzung dafür Sorge getragen haben, dass wir genau diesen Bereich deutlich stärken. Sämtliche zusätzlichen Mittel über die normalen Finanzierungsmittel hinaus, die wir in den Haushalt zur Sanierung von Sportstätten 2015, 2016 und 2017 eingestellt haben, sind zu 100 % in den Schwimmsport gegangen. Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Beate Raudies [SPD]): Ganz genau!)

Nun ist es das gute Recht und auch der Job der Opposition, immer von allem noch mehr zu wollen. Das ist okay.

(Zuruf CDU)

Als Sie regiert haben, war die zusätzliche Investition für den Bereich Sportsanierung Null.

(Jürgen Weber)

(Zuruf SPD: Oh, oh!)

Dann haben wir einen Vorschlag auf den Weg gebracht und hier beschlossen: 2 Millionen € mehr. Eine Viertelstunde danach kam die Kollegin Ostmeier und sagte: Das reicht nicht, 4 Millionen € mehr!

Sie haben 4 Millionen € gefordert. Ihr Haushaltsantrag lautete: 4 Millionen €.

(Zuruf CDU: Das haben wir schon lange vor Ihnen gemacht!)

Dann haben wir danach noch einmal 2 Millionen € draufgepackt. Da haben Sie gesagt: 2 Millionen €? Was ist das? 8 Millionen €! - Genossen, so kann man natürlich auch Politik machen.

(Vereinzelter Beifall und Heiterkeit SPD und SSW)

Ich möchte nur deutlich sagen: Wir haben den Kommunen ein Stück Unterstützung mit auf den Weg gegeben.

(Wortmeldung Barbara Ostmeier [CDU])

- Ich habe leider nur 5 Minuten, Frau Kollegin, sorry.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Du hast auch keine zugelassen!)

Es ist auch schade, dass wir das in dieser Legislaturperiode nicht mehr vertiefen können. Bei Großen Anfragen ist es natürlich schön, so etwas in einem Ausschuss ausgiebig zu beraten. Das wird ja nun in dieser Legislaturperiode nicht mehr gehen. Deshalb muss ich mich auf ein paar kurze Anmerkungen beschränken.

Ich möchte noch einmal deutlich sagen: Über die Frage, ob wir **mehr Schwimmflächen** beziehungsweise Schwimmrichtungen brauchen, kann man streiten. In der Summe, glaube ich, sind wir ganz gut ausgestattet. Das Problem ist nur, dass die flächenmäßige **Verteilung im Land** und damit die Erreichbarkeit sicherlich suboptimal sind. Darüber muss man nachdenken.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Darüber müssen vor allen Dingen die **Schulträger** nachdenken. Wenn es um **Lehrschwimmbecken** - gerade auch im Zusammenhang mit Schulen - geht, muss etwas passieren. Aber das ist der Job der Schulträger, und das sind die Kommunen und nicht das Land. Wir können unterstützen, wir können diskutieren, aber die Finanzierung muss von den Kom-

munen sichergestellt werden. Das ist etwas komplett anderes.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Ich möchte all die Dinge zu den Details der Großen Anfrage beiseitelassen. Es gibt viele Sachen, die man, glaube ich, positiv nennen muss. Die DLRG, die Schwimmvereine, die Deutsche Rettungswacht - viele machen da einen guten Job. Die Zeit habe ich nicht. Aber ich möchte ein Beispiel nennen, um deutlich zu machen, dass Sportpolitik in einer solchen Situation immer auch Gesellschaftspolitik ist.

Wir haben ganz aktuell im Zusammenhang mit der bevorstehenden Eröffnung der neuen großen **Schwimmhalle in Kiel** eine Situation, in der wir zeigen, wie gesellschaftspolitisch bedeutsam das ist. Dort ist eine **Kampagne** auf den Weg gebracht worden - Beteiligte sind die Stadt, eine Bäder-GmbH, DLRG, Sportlehrerverband, das Sportzentrum der CAU, das Deutsche Rote Kreuz, Wasserwacht, der Kreisschwimmverband, die Schulrätin und der Junge Rat in der Kommunalvertretung. Was wir wollen, ist, dass wir uns ein Ziel setzen, nämlich auf den Weg zu bringen, dass alle Kinder dieser Stadt in einem überschaubaren Zeitraum nicht das „Seepferdchen“, sondern einen qualifizierten Abschluss haben müssen. Das ist ein hohes Ziel, das man sich da stellt, aber ich möchte deutlich machen: Die Initiative von dem Jungen Rat ist ein wunderbares Beispiel, dass gerade in solchen Fragen Kinder- und Jugendbeteiligung ein ganz großes Pfund ist, auch bei der Ausstattung mit Schwimm- und Sporteinrichtungen in der Stadt.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich sage den Kommunen: Nutzt das!

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Großartig!)

Die Frage von **Sozialstaffeln** und besonderen Bedingungen für **Schwimmvereine** ist meiner Meinung nach auch bedeutsam und muss diskutiert werden, denn die Schwimmvereine haben eine wesentliche Bedeutung. Und deshalb braucht es Sonderkonditionen für Schwimmvereine. All diese Dinge müssen mit bedacht werden.

Ich möchte zum Schluss noch einen Aspekt ansprechen: In Kiel ist auch mit Landesunterstützung zusätzliches Geld in die Hand genommen worden, um einen absenkbaren Boden zu bauen, sodass zum Beispiel auch Rollstuhlfahrer das Becken problemlos nutzen können.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Jürgen Weber [SPD]:

Ich komme zum Schluss. Auch die Frage der **Barrierefreiheit** muss bedacht werden.

(Beifall SPD, SSW, Barbara Ostmeier [CDU] und Jens-Christian Magnussen [CDU])

Niemand, auch kein Gottkanzler, kann über Wasser gehen.

(Heiterkeit)

Deswegen müssen wir dafür Sorge tragen, dass schon Kinder lernen, angstfrei mit Wasser umzugehen und Schwimmen lernen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Karsten Jasper [CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Herr Abgeordnete Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst herzlichen Dank für diesen meines Erachtens in der Tat sehr wichtigen Bericht. Vor allen Dingen gilt der Dank den Menschen, die sich mit der Erfassung der vielen Daten und Fakten so intensiv befasst haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Sanierung der Sport- und Schwimmstätten, also die Sportförderung insgesamt - da sind wir uns alle völlig einig -, ist eine wichtige Aufgabe von Land und Kommunen. Dass der **Sanierungsbedarf** vor allem bei **Hallenbädern** sehr hoch ist - über die Hälfte der Hallenbäder hat einen Sanierungsbedarf -, das war auch schon vor Ihrer Großen Anfrage bekannt. Deshalb hat das Land seit 2015 auch erheblich mehr in diesem Bereich investiert. Das hat der Kollege Weber gerade deutlich dargelegt.

Der Sanierungsstau ist auch nicht über Nacht entstanden, sondern hat sich in den letzten Jahrzehnten - auch unter den Augen der CDU - entwickelt. Er erstreckt sich aber eben nicht nur auf Sport- und Schwimmstätten, sondern wir müssen ebenso Straßen, Krankenhäuser und Schulen sanieren. Das ist

eine Dauerbaustelle, die uns vor große Herausforderungen stellt.

Aus der Antwort auf die Große Anfrage wird deutlich, dass es inzwischen landesweit eine wirkliche Dynamik gibt - auch der Minister hat darauf hingewiesen -, den Sanierungsstau im Schwimmstättenbereich anzugehen. Auch wenn die Meinungen darüber auseinandergehen, ob unsere finanzielle Unterstützung den entscheidenden Impuls dafür gegeben hat, sind wir uns doch in der Sache einig, dass diese Investitionen dringend erforderlich sind.

Wie wichtig der Erhalt der Schwimmstätten ist, haben gerade noch einmal die **Badeunfallzahlen** verdeutlicht, die die DLRG Ende der letzten Woche vorgestellt hat. Seit 2016 sind in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein - auch in Schleswig-Holstein! - so viele Menschen ertrunken wie seit zehn Jahren nicht mehr. Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, dass es bereits in den Grundschulen Schwimmunterricht gibt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Es ist besorgniserregend, dass in rund 25 % unserer Grundschulen Schwimmunterricht nicht angeboten werden kann. Da ist es absolut richtig, dass die Landesregierung eine Projektgruppe ins Leben gerufen hat, um diesen Missstand so schnell wie möglich zu beseitigen.

(Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Barbara Ostmeier [CDU] und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Ein besonderes Augenmerk - darauf hat auch die DLRG hingewiesen - müssen wir in diesem Zusammenhang auf die neu Zugewanderten richten. Für die meisten von ihnen ist Schwimmen viel weniger selbstverständlich als für uns. Teilweise kommen sie aus Ariden, das heißt aus Wüstengebieten, wo es eben keine Schwimmstätten gibt.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus Dezember 2016, dass Schülerinnen nicht aus religiösen Gründen vom Schwimmunterricht befreit werden dürfen, ist schon ein bemerkenswerter Hinweis. Es zeigt aber auch, wie hochsensibel dieses Thema im interkulturellen Diskurs ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unbestritten leistet der Sport viel für die **Integration**. Deshalb fördern wir nicht nur die Sanierung der Sport- und Schwimmstätten und den Landessportverband mit inzwischen 8 Millionen € im Jahr, sondern stellen in diesem Jahr auch 500.000 € für interkulturelle Sportvereine zur Verfügung.

(Burkhard Peters)

Wir begrüßen, dass sich die Landesregierung darüber hinaus im Bundesrat dafür einsetzt, dass die **Bundesregierung ein Programm zur Sanierung der Sportinfrastruktur** aufsetzt. Länder und Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, den Sanierungsstau zu beseitigen. Wir haben dafür zwar das IMPULS-Programm, aber mit Mitteln vom Bund würde es schneller gehen, und die Kommunen würden zusätzlich entlastet.

Der Antrag der CDU, Drucksache 18/5193, erscheint mir deswegen geradezu absurd. Sie fordern ständig mehr Mittel für den Sport und geben vor, dass Ihnen das Thema am Herzen liegt,

(Barbara Ostmeier [CDU]: Ja!)

aber auf ein Bundesprogramm für Sport wollen Sie verzichten. Das ergibt aus meiner Sicht überhaupt keinen Sinn.

Wir wollen, dass die Mittel aus dem kommunalen Investitionsförderungsgesetz nicht in kleinen Beträgen versickern, sondern richtig Wirkung entfalten. Deshalb ist es auch völlig richtig, dass der Schwerpunkt zunächst auf Kitas und Schulen in finanzschwachen Kommunen gelegt worden ist.

Und Sie, liebe CDU, mosern seit Monaten dagegen. Doch Monika Heinold hat schon längst gesagt, dass die Förderzwecke erweitert werden können, wenn die kommunalen Landesverbände keinen Bedarf für die Sanierung von Schulen und Kitas sehen. Es geht.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Kurz noch zum Thema **Pferdesteuer**. Wenn Kommunen meinen, sie bräuchten weitere Einnahmen durch eine neue Steuer, dann ist das allein Sache der Kommunen. Die Finanzhoheit ist ein wesentlicher Bestandteil der verfassungsrechtlich geschützten kommunalen Selbstverwaltungsgarantie.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter!

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum letzten Satz.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Nein, es geht um eine Zwischenfrage. Sie brauchen sich nicht beeilen. Wir halten die Uhr an. - Möchten Sie die Zwischenfrage zulassen?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, natürlich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege, das ist sehr nett. Sie haben bei mir ein bisschen Verwirrung ausgelöst, da es ja nun auch Initiativen meiner Fraktion gab, das Investitionsförderprogramm auszuweiten. Wir haben dazu von der Finanzministerin jedenfalls im Finanzausschuss immer die klare Ansage bekommen, dass das gerade nicht ihr Ziel sei. Deshalb haben Sie mich jetzt gerade mit der Nachricht überrascht, die Finanzministerin habe möglicherweise Ihnen oder der grünen Landtagsfraktion gegenüber geäußert, man könne die Möglichkeiten auch ausweiten, wenn die Kommunen das wollten. Diese Information hat sie uns bedauerlicherweise im Finanzausschuss so nie gegeben.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wenn die Kommunen das wollten, ja. Bisher sind entsprechende Wünsche nicht an die Finanzministerin herangetragen worden. Das ist meine Information.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Wir denken, dass die Gemeindevertretungen in ihrer Weisheit schon die richtigen Entscheidungen im Bereich der Pferdesteuer treffen werden. Den guten Rat vom Land braucht hier keine Kommune. Von daher lehnen wir diesen Antrag auch ab. - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf Volker Dornquast [CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der schleswig-holsteinische Schwimmverband, SHSV, und die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, DLRG, Schleswig-Holstein gehen davon aus, dass beide Verbände zusammen etwa rund einem Drittel aller Kinder und Jugendlichen in unserem Bundesland eine Schwimmbildung ermöglichen. Auch unter Einbeziehung anderer Angebote, insbesondere

(Dr. Ekkehard Klug)

re jener der Schulen und der Badbetreiber, wird nach Einschätzung dieser beiden Verbände das Ziel, allen Menschen den angstfreien und sicheren Umgang im Bewegungsraum Wasser zu ermöglichen, deutlich verfehlt. Deshalb heißt es auch in der Stellungnahme des Schwimmverbandes - zitiert Seite 84 der Antwort auf die Große Anfrage -, „dass die Bemühungen zur **Ausbildung der Schwimmfähigkeit** verstärkt werden müssen, um mehr Kindern das Schwimmenlernen zu ermöglichen“.

Dass diese Herausforderung sich in einem Bundesland mit zwei Meeresküsten und zahlreichen Binnengewässern in besonderer Weise stellt, liegt auf der Hand und braucht nicht näher erläutert zu werden. Denn Lücken in der Schwimmausbildung bringen Menschenleben in Gefahr.

Sehr verdienstvoll - das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich hervorheben -, sind Aktionen wie das Projekt „Schleswig-Holstein lernt schwimmen!“, das die DLRG, der Kinderschutzbund und R.SH mit Hilfe einer im Radio gestarteten Spendenkampagne aufgelegt haben.

(Beifall FDP und Barbara Ostmeier [CDU])

Dabei geht es um die Durchführung von Ausbildungswochen speziell für solche Grundschulen, die keine erreichbare Schwimmhalle in ihrer Nähe haben und deshalb auch keinen regulären Schwimmunterricht anbieten können.

Meine Damen und Herren, indem man Kindern in diesen Schulen durch die genannte Initiative qualifizierten Anfängerschwimmunterricht ermöglicht, wird eine potenziell lebensrettende Fähigkeit vermittelt.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Seit 2006 sind in Schleswig-Holstein aber 21 **Schwimmstätten geschlossen** worden. Auch das sagt die Antwort auf die Große Anfrage. Von den heute landesweit bestehenden 293 Schwimmstätten weist nahezu jede zweite Sanierungsbedarf auf, 47,5 %, in absoluten Zahlen: 139. Wenn man bedenkt, dass im Zeitraum zwischen 2006 und 2015 bereits 97 Sanierungen oder Modernisierungen stattgefunden haben, dann wird deutlich, dass es bei diesem Tempo mehr als ein Jahrzehnt dauern wird, allein schon den bis jetzt angehäuften Sanierungsstau einigermaßen abzubauen. Bei Zugrundelegung der derzeitigen Landesmittel - bislang 2 Millionen € an Fördermitteln, von diesem Jahr an aufgestockt auf 2,75 Millionen € - liegt der Löwenanteil der erforderlichen Investitionen bei den Badbetreibern.

Das ist vollkommen klar. Wenn man die in dem Bericht genannten Summen, die jährlich für Sanierungsmaßnahmen aufgeführt werden, zugrunde legt, trägt das Land mit dem jetzigen Aufwand allenfalls ein Zehntel oder etwas mehr zu diesen Mitteln bei.

In den allermeisten Fällen handelt es sich bei den Betreibern ja um Kommunen oder um kommunale Betriebe. Es gibt nur zwölf unter den 293 Einrichtungen, die in privater Trägerschaft stehen. In der Regie von Vereinen oder anderen gemeinnützigen Trägern sind es lediglich 27. Das heißt, im Wesentlichen sind es die kommunalen Schwimmstätten, um deren Erhalt und Sicherung es bei uns geht.

Dieser erhöhte Bedarf ist dringend durch eine erweiterte Unterstützung seitens des Landes zu decken. Wir werden dem Antrag der CDU zustimmen.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Die Zeit wird allmählich knapp. Ich möchte aber auf eines hinweisen: Mit unseren eigenen Haushaltsanträgen der letzten Jahre haben wir für Investitionen im Bereich der Schulen und Schulsportstätten immer 15 Millionen € bis 20 Millionen € pro Haushaltsjahr zur Antragstellung gebracht. Im Rahmen dieser Wahlperiode hätte das, wenn man unseren Haushaltsanträgen gefolgt wäre, ein Volumen von insgesamt 70 Millionen € an Investitionshilfen bedeutet. Ich darf abschließend auf diese Initiativen meiner Fraktion in dieser Wahlperiode verweisen und danke Ihnen für Ihre freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt der Abgeordnete Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schwimmen wird von Ärzten empfohlen, weil es eine der gesündesten Sportarten ist. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber eine Bewegungsart, die fast in Schwerelosigkeit ausgeübt wird und deswegen nicht allzu sehr auf die Gelenke geht, hat meiner Meinung nach etwas für sich. Das geht natürlich nicht zu Hause in der Badewanne - deswegen brauchen wir **Schwimmbäder**, für deren Benutzung man natürlich auch schwimmen können muss. Das sollte man besser mit fünf oder sechs Jahren als mit 50 oder 60 Jahren gelernt haben.

(Torge Schmidt)

Gerade in einem Land zwischen den Meeren und angesichts der Anzahl der Badeunfälle in Deutschland sollte jeder Schleswig-Holsteiner das Schwimmen beherrschen. Er muss nicht gleich Weltmeister werden, aber untergehen und ertrinken sollte er nicht.

Vor diesem Hintergrund danken wir PIRATEN der CDU für die Große Anfrage und der Landesregierung für deren Beantwortung, mit der einmal grundsätzlich eine **Bestandsaufnahme** für die **Schwimmstätten** in Schleswig-Holstein, deren Auslastung und Sanierungsbedarf erfolgt ist.

Ich fasse im Ergebnis zusammen: Schleswig-Holstein liegt im Hinblick auf die Anzahl der vorhandenen Schwimmstätten über dem Bundesschnitt. Bis 2014 sind lediglich 21 Schwimmstätten geschlossen worden. Bei den noch betriebenen Schwimmstätten besteht aber ein nicht unerheblicher Sanierungsbedarf. Selbstverständlich begrüßen auch wir PIRATEN die weitere Unterstützung der Sanierung der Schwimmstätten mit 2,75 Millionen €.

Wir reden nicht nur über Schwimmbäder, sondern insbesondere auch über **Schwimmsport** und die **Schwimmausbildung**, die in diesen Schwimmbädern erfolgen soll. Auch dazu bekommen wir Antworten, die teilweise erfreulich, teilweise aber auch besorgniserregend sind.

Der **Wassersport** mit Breitensportorientierung ist im Niedergang begriffen. Wasserspringen, Wasserball und Synchronschwimmen gibt es kaum noch im Breitensportsektor. Im Leistungssport gibt es Erfolge, aber die Situation wird deutlich schwieriger. Woran das liegt, wird aus den Antworten auf die Große Anfrage deutlich: Es fehlt an finanziellen und personellen Mitteln und gar nicht so sehr an Sachmitteln. Sachmittel sind eben nicht alles: Der Itzehoer Schwimmverein hat in den 70er-Jahren Titel im Wasserball gesammelt und hatte im Winter nur ein Trainingsbecken von 16 m zur Verfügung - und das ist die Länge, nicht die Breite.

Daran sehen Sie, dass Schwimmstätten allein nicht den Sport ausmachen. Vielmehr brauchen die **Vereine** und anderen **Organisationen** mehr finanzielle Mittel, um die durchaus vorhandenen Schwimmstätten auch im Wettbewerb mit anderen billiger anzubieten.

(Beifall PIRATEN)

Sie brauchen Geld für **Trainer** und anderes **Persönal**. Mit Geld ist aber nicht alles zu beeinflussen. Schwimmsport muss wieder attraktiver werden.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

Es muss auch das Interesse der Jugendlichen am Schwimmsport und Wassersport gefördert werden. Wir PIRATEN fordern deswegen mehr Geld für die Vereine, die Sportschwimmen und Schwimmunterricht anbieten.

Leider können auch die **Mittel** aus dem **Kommunalinvestitionsförderungsgesetz** nicht helfen, die Misere im Schwimmsport zu beheben. Wir begrüßen zwar, dass Schleswig-Holstein hier zukünftig Mittel in Höhe von 20 Millionen € erhalten soll, aber Sportstätten werden aus diesem Topf - bislang jedenfalls - gerade nicht gefördert. Gefördert wird nur energetische Sanierung und Optimierung von Einrichtungen der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen.

(Beate Raudies [SPD]: Aber auch Sporthallen!)

- Ja, aber Schwimmbäder sind keine Sporthallen!

Investitionen in die **frühkindliche Bildungsinfrastruktur** und auch die angesprochenen 2,75 Millionen € sind für energetische Maßnahmen gedacht. Deswegen ist hier die Initiative zur Ausweitung der denkbaren Förderzwecke vor allem auf die Sportstätten grundlegend zu begrüßen. Dies gilt umso mehr, als die vorhandenen Mittel nur zu etwas mehr als einem Drittel ausgeschöpft worden sind.

Ich komme zum Schluss vom Schwimmsport über das Seepferdchen zur Pferdesteuer: Dazu möchte ich nur kurz ausführen, dass wir aus den eben vortragenen Gründen auch gegen die Einführung einer **Pferdesteuer** sind. Der Pferdesport ist in Schleswig-Holstein Breitensport. Ihn mit einer besonderen kommunalen Steuer zu belasten, würde diesen Sport selbstverständlich erheblich beeinträchtigen.

Wir würden deswegen zwar auch eine entsprechende Initiative begrüßen, möchten aber daran erinnern, dass wir uns dabei im Bereich der **kommunalen Finanzhoheit** bewegen. Es müssen schon ganz erhebliche rechtliche Bedenken wie eben ein Verstoß gegen Artikel 13 der Landesverfassung oder gegen Artikel 3 des Grundgesetzes bestehen. So hatte Professor Dr. Kämmerer gegenüber der Gemeinde Tangstedt argumentiert, weil überwiegend Frauen das Reiten im Breitensport betreiben und deswegen auch überwiegend Frauen von der Steuer betroffen sein würden. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schwimmsport wird in Schleswig-Holstein großgeschrieben. Um das zu erkennen, reicht nicht nur ein kurzer Blick in die Statistik, sondern dazu muss man quasi nur einmal vor die Haustür treten. Unser Land verfügt bei einer Einwohnerzahl von 2,85 Millionen Einwohnern über 293 Schwimmstätten. Das macht ungefähr ein Schwimmbad pro 9.700 Einwohner. Dabei sind viele Küstenabschnitte und Badeseen nicht eingerechnet. Das Wasser ist bei uns im Land also indoor wie outdoor in der Tat sehr nah.

In der Großen Anfrage geht es um die derzeitige **Situation des Schwimmsports** in Schleswig-Holstein. Die Momentaufnahme zeigt einen durchweg beliebten Sport. Es ist wirklich sehr erfreulich zu sehen, dass der Schwimm- und Wassersport in Schleswig-Holstein weiterhin äußerst beliebt ist.

Dabei geht es an dieser Stelle nicht darum, die einzelnen Untergruppierungen gegeneinander auszuspielen. Vielmehr geht es darum, **Trends** zu erkennen, zu akzeptieren und nutzbar zu machen. Wer hätte vor 30 Jahren gedacht, dass Babyschwimmen und Aquafitness einmal derart beliebt werden könnten? Für die Attraktivität des Schwimmsports ist nicht nur ein vielfältiges und vor allem wechselndes Angebot von entscheidender Bedeutung, sondern es geht, wie wir bereits gehört haben, um eine vernünftige Ausgangslage.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Dazu wurde in der jüngsten Vergangenheit bereits viel Gutes auf den Weg gebracht. Dabei kann man noch einmal betonen, dass derzeit die beste **Förderung** des Sports in den letzten Jahrzehnten stattfindet. Mit einer Summe von mehr als 45 Millionen € für den Sport in dieser Legislaturperiode müssen wir als Küstenkoalition uns an dieser Stelle keinesfalls verstecken.

(Beifall Wolfgang Baasch [SPD])

Natürlich wird der Schwimmsport in dieser Frage nicht ausgeschlossen, ganz im Gegenteil. Es ist nicht das erste Mal, dass wir uns hier im Hohen Haus mit der Situation des Schwimmsports auseinandersetzen. Es ist auch nicht das erste Mal, dass wir handeln. Dazu haben wir die Schwimmsportförderrichtlinie für die Kommunen im Land auf den

Weg gebracht. Für die Jahre 2016 und 2017 sind für diesen Zweck mehr als 2 Millionen € veranschlagt. Wir bieten den Kommunen echte Unterstützung, die nicht nur sehr großzügig ausgelegt ist, sondern rein formell ein freiwilliges Angebot darstellt. Dies ist ein Entgegenkommen, um den Sanierungsstau in diesem Bereich zu minimieren.

Die Große Anfrage lässt keinen Zweifel daran, dass es diesen **Sanierungsstau** gibt, was bei einer so großen Anzahl von Schwimmstätten nicht weiter verwundert. Schließlich altern Schwimmstätten im Vergleich zu anderen Sportstätten oftmals schneller. Zudem gestalten sich die Sanierungsarbeiten dann kostspielig. Fünf Jahre Investitionen in den Sport reichen leider nicht aus, um dem Sanierungsstau im Land nachhaltig etwas entgegenzusetzen zu können. Dazu braucht es eine längerfristige Finanzplanung.

Wir als SSW und Küstenkoalition wollen dazu beitragen, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, um diese Förderung weiter fortsetzen zu können. Wir wollen stärkere Anreize dafür schaffen, dass in Zukunft noch mehr Kommunen Sportstättenentwicklungskonzepte erstellen. Zudem wollen wir dafür Sorge tragen, dass auf den Erfolgen aufgebaut wird, die wir in diesem Bereich seit 2012 verzeichnen können. Wir als SSW wollen uns auch weiterhin dafür einsetzen, den Schwimmsport im Speziellen und den Sport im Allgemeinen in unserem Land gewinnbringend nach vorn zu bringen. Es geht darum, die Sportzentren zu fördern, die Sportvereine zu fördern, Sport in den Schulen zu verankern und Sport auch gerade im Tourismus nutzbar zu machen. Das ist eine Riesenaufgabe, die wir noch zu bewältigen haben. Wir haben damit angefangen, und wir werden damit nicht aufhören.

Am Ende bleibt, dass wir die umfassendste Sportförderung seit Jahrzehnten haben und dass sich der Sport auf uns verlassen kann, und zwar auch in den kommenden fünf Jahren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Zunächst kommen wir zu der a), Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU, Drucksache 18/5297. Ein Antrag ist nicht gestellt. Ich schlage Ihnen vor, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage in der Drucksache 18/5297 zur

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Kenntnis zu nehmen. - Ich sehe keinen Widerspruch. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Damit kommen wir zu b), Förderauftrag der Landesverfassung ernst nehmen - Belastungen für den Sport vermeiden, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/5159. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag, Drucksache 18/5159, abzulehnen. Wer dieser Empfehlung nachkommen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie die Fraktion der PIRATEN. Wer lehnt diesen Ausschussvorschlag ab? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist der Ausschussempfehlung gefolgt.

Damit kommen wir zu c), Kommunale Sportstätten fördern - kommunale Investitionsförderungsgesetze sachgerecht umsetzen, Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/5193 (neu). Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag, Drucksache 18/5193 (neu), abzulehnen. Wer dieser Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer will dieser Ausschussempfehlung nicht folgen? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Piratenfraktion. Damit ist der Punkt abgeschlossen.

Ich rufe noch den Tagesordnungspunkt 19 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung in Schleswig-Holstein (Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2017 bis 2018 - BVAnpG 2017 - 2018)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/5291

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das sehe ich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 18/5291 dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause und einen guten Appetit.

Die Sitzung ist bis 15 Uhr unterbrochen.

(Unterbrechung 13:03 bis 15:03 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bevor ich jetzt den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich Sie bitten, mit mir auf der Tribüne die Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Bürgerinnen und Bürgern aus dem Kreis Pinneberg sowie die Senioren-Union Stollberg zu begrüßen. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

Für den nächsten Tagesordnungspunkt brauche ich jetzt eine Minute; denn auf der Tribüne haben wir sehr viele Ehrengäste: Beginnen möchte ich mit dem Generalkonsul des Königreichs Dänemark, Herrn Henrik Becker-Christensen, und

(Beifall)

der Minderheitenbeauftragten, Renate Schnack,

(Beifall)

- Sie müssen noch zehnmal klatschen, denken Sie daran. - Es geht weiter mit Jens A. Christiansen, Generalsekretär SSF, das ist der Sydslesvigsk Forening, das heißt auf Deutsch Südschleswiger Verein. Wir begrüßen auch den Vorsitzenden des SSF, Herrn Jon Hardon Hansen. - Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Vom Dänischen Schulverein begrüße ich herzlich Olaf Runz und vom Bund Deutscher Nordschleswiger, dem BDN, deren Kommunikationschef Herrn Harro Hallmann, sowie Ilse Johanna Christiansen, Vorsitzende des Friesenrats. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Weiter begrüßen wir den Vorsitzenden des Friisk Foriining, Herrn Bahne Bahnsen, sowie Frau Gudrun Fuchs, die Vorsitzende des Nordfriesischen Vereins. - Seien auch Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Sinti und Roma sind der Landesvorsitzende, Herr Matthäus Weiß, und die Landesgeschäftsführerin, Frau Anna Weiß, anwesend. - Auch Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Dann begrüßen wir auch Herrn Veljko Tomovic als Pressesprecher des Landesverbandes der Sinti und Roma sowie Frau Barbara Quednau als Mitarbeiterin des ADS-Grenzfriedensbundes sowie Jörg-Dietrich Kamischke vom Deutschen Grenzverein und Susann Schenk als Geschäftsführerin der Föderation.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

ralistischen Union Europäischer Nationalitäten. - Seien Sie alle herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 66 auf:

Minderheiten- und Volksgruppenpolitik in der 18. Legislaturperiode (2012 - 2017) - Minderheitenbericht 2017

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/5279

Ich erteile dem Ministerpräsidenten, Herrn Torsten Albig, das Wort.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Vertreterinnen und Vertreter der Minderheiten, Grenzvereine und alle die, die seit fünf Jahren gespannt auf unsere Arbeit schauen.

Meine erste Regierungserklärung zu Beginn der Legislaturperiode 2012 habe ich mit den Worten begonnen: „Europa schaut heute auf uns.“ Europa hat damals auf Schleswig-Holstein geschaut, weil wir mit unserem Bündnis aus SSW, Grünen und Sozialdemokraten eine neue Qualität auch der **Minderheitenpolitik** in Deutschland, wenn nicht gar in Europa, erreicht haben.

Zum ersten Mal in Deutschland, wenn nicht sogar darüber hinaus, haben wir eine Regierung gebildet, an der sich mit dem **SSW** die Partei einer nationalen Minderheit beteiligt hat, auf Augenhöhe an der Mehrheit beteiligt hat, nicht, um „nur“ Minderheitenaufgaben zu betreuen, sondern um Ressorts, die für das gesamte Land von Bedeutung sind, zu begleiten, auszufüllen und um damit dieses Land voranzubringen.

Die Wählerinnen und Wähler in unserem Land haben genau für dieses Bündnis gestimmt, für eine Regierung, die sich klar zu ihren nationalen Minderheiten, den Dänen, den Friesen und den deutschen Sinti und Roma als einen elementaren Teil unseres Landes bekennt. Als elementaren Teil unseres Landes, der uns abhebt, der uns auszeichnet, auch im europäischen Vergleich, der uns ausmacht und der uns auch Verpflichtung ist, uns immer wieder zu erinnern, wie man es auch falsch machen kann, aber eben auch zu sehen, dass wir aus dem,

was uns Geschichte gelehrt hat, unsere Konsequenzen ziehen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Letztendlich haben uns die Wählerinnen und Wähler damit den Auftrag gegeben, in unserem Land das Besondere zur Normalität zu machen, zu zeigen, dass in diesem Land, in unserem Schleswig-Holstein alle dazu gehören, dass alle aufgerufen sind, dieses Land mitzugestalten.

Als wir das im Jahr 2012 auf den Weg gebracht haben, war es uns noch gar nicht bewusst, wie bedeutend diese Haltung in dieser Wahlperiode werden würde, weil sich dieses Europa, weil sich diese Welt in dieser Wahlperiode wahrlich nicht in die Richtung verändert hat, mehr auf Minderheiten, mehr auf diejenigen zu achten, die an den Rand gedrängt werden, sondern dass wir eher eine Welt erleben, die wieder trennt und spaltet. Wir waren uns nicht bewusst, wie sehr der Vorbildcharakter, den wir alle gemeinsam in unserem Land für Europa sehen, noch von Bedeutung werden sollte.

Wir können sagen: Ja, **Schleswig-Holstein** kann nicht nur Vorbild für ein modernes, ein friedliches Europa sein. Jetzt, fünf Jahre später, auch mit dieser Regierung, können wir sagen: Schleswig-Holstein ist ein Vorbild für Europa, gerade in dieser Zeit, für ein modernes, für ein humanes, für ein zusammenstehendes Europa, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Miteinander in unserem Land und mit unseren Nachbarn ist vorbildlich. Wir pflegen die Beziehungen zu unseren dänischen Freunden ganz intensiv vom ersten Tag dieser Legislatur. Erst gestern habe ich eine neue Vereinbarung zur Partnerschaft mit der Region **Süddänemark** unterzeichnet. Mit der Region Seeland haben wir vor Kurzem erstmals eine Partnerschaftvereinbarung geschlossen.

Herr Generalkonsul Christensen, Sie werden im Laufe dieses Jahres aus Ihrem Amt ausscheiden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann haben Sie etwas gemeinsam!)

Vom Herzen gedankt für die gute Zusammenarbeit, vom Herzen gedankt für die ausgestreckte Hand, mit der es uns beiden wieder gelungen ist, an einem Tisch schleswig-holsteinische und dänische Interessen zusammenzubringen und den Graben, der in den Jahren zuvor entstanden war, wieder zuzuschütten. - Von Herzen gedankt.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben die Minderheit der deutschen Sinti und Roma unter den Schutz der Landesverfassung gestellt, als erstes Land der Bundesrepublik. Ich denke, wir sind alle gemeinsam stolz darauf.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wir haben den Handlungsplan **Sprachenpolitik** aufgelegt, auch und gerade um Regional- und Minderheitensprachen in Schleswig-Holstein besser zu fördern. Ja, wir haben die Kürzungen bei den **Schulen** der dänischen Minderheit zurückgenommen und erreicht, dass seit 2013 wieder 100 % der Schulkostensätze, so wie es sich aus Anstand gehört, gezahlt werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir garantieren Transparenz und Verlässlichkeit. Dazu gehört auch finanzielle Sicherheit für Aktivitäten und Einrichtungen, um die kulturelle Identität der Minderheiten zu festigen. Ja, bei uns können heute Bürgerinnen und Bürger in Niederdeutsch oder einer Minderheitensprache mit Behörden kommunizieren, übrigens eine zentrale Forderung der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen.

Meine Damen und Herren, das weltoffene Europa schaut heute wieder auf uns, auf Schleswig-Holstein, weil es bei uns zur Normalität geworden ist, dass Minderheiten nicht Last einer Gesellschaft sind, sondern die Gesellschaft bereichern. Bei uns ist es zur Normalität geworden, dass unterschiedliche Sprachen ihren Platz auch in den Schulen haben. Wir verdrängen sie nicht, was an vielen Stellen Europas übrigens Ausgangspunkt von oft dann auch kriegerischen Konflikten ist. Wenn man versucht, die Sprache von Minderheiten wegzudrücken, beginnt der Konflikt zu schwelen und sich - siehe in der Ukraine - in tragischer Weise zu entwickeln. Wir gehen hier respektvoll miteinander um.

Wir freuen uns, dass das Ministerkomitee des Europarates unsere Erfolge in seinen Stellungnahmen würdigt. Wir freuen uns, dass das Eastern-Partnership-Programm des dänischen Außenministeriums auf unsere Erfahrungen aus der deutsch-dänischen Grenzregion zurückgreift. Wir sehen mit Freude, dass die OSZE Schleswig-Holstein mehrfach als gutes Beispiel anerkannt hat und unsere Minderheitenbeauftragte regelmäßig zu Konferenzen einlädt.

An dieser Stelle sei dir, liebe Renate Schnack, für deine Arbeit in dieser Legislaturperiode von Herzen gedankt. Du warst eine gute, eine wunderbare **Minderheitenbeauftragte**.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und PIRATEN)

Und natürlich vielen Dank an alle diejenigen, die dort oben sitzen, an die Vertreterinnen und Vertreter der Minderheiten, der Volksgruppen und der Institutionen. Ohne Sie wäre all dieser Erfolg nicht möglich geworden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und PIRATEN)

Sie helfen mit, dass Schleswig-Holsteins Minderheitenpolitik auch über unser Land hinaus positiv wahrgenommen wird. Ich glaube, gerade in dieser Zeit brauchen wir solche Positiv-Beispiele, Beispiele für ein friedliches Miteinander. Es ist eine Zeit, in der wir am Ende nichts anderes erleben, als dass in **Europa** neue **Minderheiten** ankommen, neue Minderheiten, um die wir uns zu kümmern haben, auf die wir einzugehen haben und für die wir Antworten zu finden haben. Das, was heute als Flucht beginnt und als Integration weitergeht, wird irgendwann in eine moderne Minderheitenpolitik münden.

Wenn es irgendwo klappen wird - davon bin ich sehr überzeugt -, wenn man es irgendwo hinbekommt, eine Antwort auf die Herausforderungen zu geben, dann hier bei uns in Schleswig-Holstein, wo es für uns normal geworden ist und zu unserer DNA gehört, dass wir in diesem Land anständig miteinander umgehen. Dass es gelungen ist, bald 50.000 Menschen bei uns aufzunehmen, ohne dass es zu Konflikten gekommen ist, hat, glaube ich, auch damit zu tun, dass wir in Schleswig-Holstein über alle politischen Gruppierungen hinweg eine gewachsene Kultur kluger Minderheitenpolitik haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sehen mit Sorge und Schrecken auf das, was in der Türkei passiert. Wir sehen mit Sorge und Schrecken auf das, was in der Ukraine passiert. Wir sehen, dass dort Misstrauen und Vorurteile gerade zwischen Mehrheit und Minderheiten die Lage bestimmen. Auch deshalb, ohne irgendwie überheblich zu sein, wollen wir in Schleswig-Holstein weiter mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, dass im friedlichen Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten eine große Chance für zukunftsfähige Gesellschaften, gerade eine große Chance für

(Ministerpräsident Torsten Albig)

eine zukunftsfähige europäische Gesellschaft liegt. Dass wir in einem Westbalkan-Projekt unsere Erfahrungen einbringen können, hilft vielleicht schon jetzt den Minderheiten dort, hilft vielleicht schon jetzt bei der Schaffung von Frieden mit unseren bescheidenen Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns weitermachen. Lassen Sie uns weiter Vorbild sein und zeigen, dass wir im Miteinander Stärke finden. Wir können stolz darauf sein, wie weit wir in Schleswig-Holstein gekommen sind. Der Minderheitenbericht, den ich Ihnen heute vorlegen darf, legt darüber bereitetes Zeugnis ab. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat die vereinbarte Redezeit um 4 Minuten überzogen. Dies steht allen Fraktionen zu. Aber die Abgeordneten des SSW haben eine vom Ältestenrat genehmigte Redezeit von 10 Minuten. Herr Abgeordneter Lars Harms, Sie haben das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Fug und Recht kann man sagen, dass sich in der **Minderheitenpolitik** noch in keiner Wahlperiode so viel zum Positiven verändert hat wie in dieser Wahlperiode. Wir haben die grundlegenden Rechtsgrundlagen angepasst, und wir haben Regelungen für Dinge geschaffen, die über Jahrzehnte für Konfliktpotenzial gesorgt haben.

Die bedeutsamste Änderung war sicherlich die Reform der Landesverfassung. Die Reform war in vielerlei Hinsicht bedeutsam, aber eben auch für die Minderheiten. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind die **Sinti und Roma** als hier heimische Minderheit in eine Landesverfassung aufgenommen worden. Aus meiner Sicht war das schon ein historischer Schritt, dem hoffentlich noch das eine oder andere Bundesland folgen wird.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und PIRATEN)

Berichtet man im Ausland von diesem Schritt, insbesondere in Osteuropa, dann erntet man oft ungläubiges Staunen, dass diese überall immer noch diskriminierte Minderheit gerade in einem deutschen Bundesland mit allen denkbaren Rechten

ausgestattet wurde. Es kann einen schon ein bisschen stolz machen, bei diesem wichtigen Schritt dabei gewesen zu sein und auch die Hand dafür gehoben zu haben.

Men ændringen af landsforfatningen har ikke kun haft en stor betydning for sinti/roma-mindretallet, men også for det danske mindretal. Gennem ændringen af landsforfatningen har vi løst et problem, der var meget betydningsfuld for generationer af mindretalsmennesker: nemlig de danske skolars ligestilling.

(Beifall SSW)

Über Generationen wurde die mal stärker und mal weniger stärker ausgeprägte Ungleichbehandlung der **dänischen Schulen** kritisiert. Über Jahrzehnte war es nicht möglich, hierfür eine für alle zufriedenstellende Lösung zu finden. Erst die Küstenkoalition hat eine solche Lösung mit den Schulen erarbeitet, und diese Lösung gilt in den Grundprinzipien auch für alle anderen Schulen in freier Trägerschaft. Wir haben diese Grundprinzipien im Schulgesetz festgeschrieben und diese schleswig-holsteinische Besonderheit auch in der Landesverfassung verfassungsrechtlich abgesichert. Damit ist klar, die dänischen Schulen werden auf die gleiche Art und Weise und in gleicher Höhe gefördert wie öffentliche Schulen. Dies ist ein riesiger Erfolg unserer Küstenkoalition, die endlich ein dauerhaftes Problem gelöst hat.

Ein dritter Punkt in der Landesverfassung war, dass wir auch den **Friesischunterricht** in einer Zielbestimmung mit aufgenommen haben. Bisher war nur der Schulunterricht für die dänische Minderheit in der Verfassung erwähnt. Nun haben wir explizit auch die Verpflichtung des Landes für die Erteilung von Friesischunterricht in die Verfassung aufgenommen. Hieraus entwickelt sich nun im Rahmen der Sprachenpolitik des Landes auch eine besondere Art der Förderung der friesischen Sprache an den Schulen. Bisher ist der Unterricht in friesischer Sprache freiwillig und ein zusätzliches Angebot, ohne immer richtig im Schulleben verankert zu sein. Jetzt sollen an den Grundschulen die Angebote ausgeweitet und dann in den weiterführenden Schulen verstetigt werden.

Hierfür werden die Schulen zusammengebracht, und auch der Status des Friesischen soll Stück für Stück aufgewertet werden. In dieser Wahlperiode haben die ersten Schülerinnen und Schüler auf Föhr ihr Abitur auch auf Friesisch abgelegt. Man sieht also: Da geht durchaus noch was.

(Lars Harms)

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt auch für die ganz Kleinen. Mit viel Engagement haben viele Träger von Kitas die Minderheitensprachen in ihr Programm aufgenommen. Als Belohnung gab es aber meist nur ein Schulterklopfen. Das ist jetzt anders. Seit diesem Jahr werden Angebote in den **Regional- und Minderheitensprachen** in Kitas gefördert. Pro Gruppe gibt es bis zu 2.000 €. Der Gesamtopf hierfür beträgt 500.000 € jährlich. Damit können im Norden des Landes Kitas mit einem zusätzlichen dänischsprachigen oder friesischsprachigen Angebot gefördert werden. Wir wollen dabei nicht nur die bestehenden Angebote fördern, sondern, liebe Freunde, wir wollen, dass in den **Kindergärten** noch viel mehr Angebote in den Regional- und Minderheitensprachen gemacht werden.

Wir wollen auch, dass die Benutzung unserer Minderheitensprachen immer mehr zum Alltag unseres Landes dazugehört. Dabei geht man natürlich selbst mit gutem Beispiel voran. Wenn Kellner in unserem Land ihre Kunden in perfektem Dänisch bewirten können, warum sollten dann nicht auch Verwaltungen dänischsprachige Beschäftigte haben? Das macht Sinn für Kunden aus Dänemark - zum Beispiel Firmen, die sich hier ansiedeln wollen -, aber es macht eben auch Sinn, einheimische Menschen in ihrer eigenen Sprache zu bedienen. Das gilt natürlich auch für das Friesische oder für das Plattdeutsche.

Deshalb haben wir jetzt die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, dass man dänisch- und friesischsprachiges Personal einstellen kann und dass die Sprachen auch in Verwaltungen offiziell genutzt werden können. Wir hoffen, dass möglichst viele Verwaltungen davon Gebrauch machen und so eine besondere Nähe zu ihren Kunden zeigen.

Am e spräke nuch mör tu wisen, hääwe we uk et friisk-gesäts änerd. Bloots wan en spräke oueråål brükd wårt än wan e spräke uk oueråål tu schüns as, koon e spräke lääwenti bliwe. Wan e spräke in-gränsd wårt, as et jüstsü slam, as wan huum e spräke diräkt ferbiidje wörd. Deeram wan we sü maning möölikhäide, as et mån jeeft, brüke, am e spräke önj e öfentlikhäid tu brängen.

Mit der Anpassung des Friesisch-Gesetzes haben wir die Grundlagen dafür geschaffen, dass die friesische Sprache in Gerichten und Verwaltungen genutzt werden kann, dass die Sprache als Einstellungskriterium angewandt werden kann und dass

friesischsprachige Bedienstete im öffentlichen Dienst im Sprachgebiet eingesetzt werden können.

Herausragend sind aber zwei weitere Dinge, die wir in das Friesisch-Gesetz mit aufgenommen haben. Zum einen haben wir die Verpflichtung des Landes, die wegweisende **Beschilderung in Nordfriesland** zweisprachig auszuführen, aufgenommen. Das erste Schild ist vor Kurzem medienwirksam enthüllt worden, und weitere Schilder, die abgängige Schilder ersetzen sollen, sind in Auftrag gegeben. Wir haben für diese Maßnahme Geld im Haushalt bereitgestellt. Es ist damit zu rechnen, dass wir in naher Zukunft die gesamte wegweisende Beschilderung auf **Zweisprachigkeit** umgestellt haben werden. Das ist ein Meilenstein in der Minderheitenpolitik in unserem Land.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Punkt, der dort geregelt worden ist, ist eng mit der Beschilderung verknüpft. Zum ersten Mal werden die friesischsprachigen Ortsnamen in einer offiziellen Liste im Anhang zum Gesetz aufgeführt. Dies schafft Rechtssicherheit, hat aber auch einen großen sprachpflegerischen Effekt; denn weil die Ortsnamen bisher nicht überall zu sehen waren, sind viele bei den einzelnen Sprechern in Vergessenheit geraten. Genau das ändern wir jetzt.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu den einzelnen Minderheitenorganisationen sagen. Wir haben die finanziellen Kürzungen unserer Vorgänger nicht nur rückgängig gemacht, sondern die Förderung für die Minderheiten verbessert. Da sei zum Beispiel die Dänische Zentralbibliothek genannt, die eine Ziel- und Leistungsvereinbarung bekommen hat. Damit wird einerseits Sicherheit in den vertraglich vereinbarten Aufgaben gewährleistet, aber eben auch Sicherheit in deren **Finanzierung** gegeben. Dies ist eine Win-win-Situation.

Auch das **Nordfriisk Instituut** hat eine solche Vereinbarung bekommen, und dessen Zuschüsse sind mehr als verdoppelt worden. Erstmals in der Geschichte des Nordfriisk Instituut steht diese Einrichtung damit nicht mehr am Rande der Existenz, auch dies dank der Küstenkoalition.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch im Bereich der weiteren finanziellen Förderung der Minderheiten haben wir einiges erreicht. Wir fördern aus Glücksspielmitteln erstmals auch die Minderheiten. Da sind zum einen die Friesen, die jährlich rund 280.000 € für das Gründungskapital

(Lars Harms)

tal ihrer Friesenstiftung bekommen. Es ist jetzt möglich, eine Stiftung für das friesische Volk zu gründen - ein Wunsch, den es bei den Friesen und in der parteiübergreifenden Politik seit 1990 gibt. Jetzt passiert etwas, auch das dank der Küstenkoalition.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ähnlich verfahren wir bei den Sinti und Roma. Sie werden ebenfalls aus Glücksspielmitteln zusätzlich gefördert. Das gibt Sicherheit und Verlässlichkeit. Auch hier hat die Küstenkoalition minderheitenpolitische Maßstäbe gesetzt.

Mit der Änderung der Landesverfassung, dem Schulgesetz, dem Kindertagesstättengesetz, dem Friesisch-Gesetz und vielen anderen Gesetzen haben wir immer auch die Minderheitenpolitik im allgemeinen Gesetzgebungskontext mitgedacht. Das gilt auch für die Kommunalverfassung, in die wir den Schutz und die Förderung der Minderheiten als Aufgabenstellung mit aufgenommen und das Ganze auch noch mit einer Berichtspflicht unterlegt haben. Wir haben das Politikfeld **Minderheitenpolitik** als eine Querschnittsaufgabe angesehen und sie entsprechend überall mitgedacht.

Betrachtet man jetzt die Bestimmungen aus der **Sprachencharta**, so kann man sich jetzt schon auf den nächsten Sprachenchartabericht freuen. Wir haben eine Anzahl an Bestimmungen erfüllt, manche erfüllen wir jetzt noch besser als bisher, und manche erfüllen wir nun, die bisher gar nicht für die Sprachencharta angemeldet worden sind. Hier können wir also auch nachlegen.

Die Küstenkoalition hat in dieser Wahlperiode Maßstäbe in der Minderheitenpolitik gesetzt, und genauso werden wir auch in der neuen Wahlperiode fortfahren.

(Starker Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Der Herr Abgeordnete Lars Harms hat die dänischen Schulen erwähnt. Begrüßen Sie mit mir auch noch den Direktor des Dänischen Schulvereins, Herrn Lars Kofoed-Jensen. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Nun kommen wir zur CDU-Fraktion. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Astrid Damerow.

Astrid Damerow [CDU]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst bedanke ich mich bei der Staatskanzlei und den beteiligten Mitarbeitern für den vorgelegten achten Minderheitenbericht. Ebenso bedanke ich mich bei der Minderheitenbeauftragten, Renate Schnack, für ihren Einsatz in den letzten Jahren.

(Beifall CDU und SPD)

Dieser Minderheitenbericht ist eine gute Fortschreibung aller vorangegangenen Berichte der letzten Legislaturperioden. Er zeigt eine über viele Jahre kontinuierlich gewachsene positive Entwicklung der **Minderheitenpolitik** in unserem Land auf, und er ist eine gute Grundlage für die zukünftige Arbeit im Sinne unserer Minderheiten.

Ein ganz wesentlicher Punkt für die gute Entwicklung unserer Minderheitenpolitik war und ist - das sage ich bewusst ganz am Anfang -, dass es in Grundsatzfragen stets einen großen Konsens zwischen den Fraktionen hier im Landtag gegeben hat. Das wird wohl auch in Zukunft so sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Land hat in puncto Minderheiten ein Alleinstellungsmerkmal. Bei uns leben allein drei der vier nach dem Rahmenübereinkommen des Europarats geschützten Minderheiten: die dänische Minderheit, die friesische Volksgruppe und die Sinti und Roma deutscher Staatsangehörigkeit. Diese **Vielfalt**, auch mit den traditionellen engen Kontakten zur deutschen Minderheit in Dänemark, ist für uns ein ganz besonderer kultureller Schatz. Ihn wollen wir auch in Zukunft schützen, fördern und vor allem unterstützen.

Ein großer Meilenstein in der Minderheitenpolitik des Landes - dies ist bereits angesprochen worden - war die Aufnahme des Schutzes der Minderheiten in die Landesverfassung in den Jahren 1990 und 2012. Der Landtag hat die Minderheiten institutionell mit den Minderheitengremien organisatorisch fest eingebunden. Das Friesengremium, das Gremium der Sinti und Roma und das Gremium der Nordschleswiger tagen regelmäßig unter Leitung des Landtagspräsidenten, dem ich an dieser Stelle ganz herzlich für seinen Einsatz und sein Engagement in den vergangenen Jahren danke.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Mit diesen Gremien wurde eine regelmäßige Plattform der Beteiligung und des Austauschs zwischen Politik und Minderheiten geschaffen.

(Astrid Damerow)

Unser deutsch-dänisches **Grenzland** ist stark von den Minderheiten auf beiden Seiten geprägt. Konkret gestaltet wird das Miteinander durch unzählige Kooperationen staatlicher Institutionen, von Vereinen und Verbänden sowie von Privatpersonen.

Hier gilt mein Dank auch den vielen Ehrenamtlichen. Sehr viele Vertreter sind heute hier. Ohne deren großes Engagement wäre die Minderheitenarbeit nicht zu bewältigen. Verbände und Vereine wie zum Beispiel der ADS-Grenzfriedensbund, der Deutsche Grenzverein, die unter dem Dach des Friesenrats organisierten Vereine, der Sydslesvigsk Forening, der Verband der Sinti und Roma und viele andere, die sich hier einsetzen. Ihre Arbeit ist wertvoll und für uns unverzichtbar. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall CDU, SPD und FDP)

Nach Zeiten äußerst knapper Kassen ist die wirtschaftliche Lage heute gut, und man kann sagen: Die Steuereinnahmen sprudeln. Dies kommt auch unseren Minderheiten im Land zugute. Die Verstärkung und Ausstattung der Minderheiten konnte dadurch erfolgen. Vertraglich festgelegte Rahmenbedingungen helfen und geben den Minderheiten Planungssicherheit. Die Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit dem Nordfriesischen Institut, die auch über 2017 fortgeschrieben werden sollen, wurden bereits erwähnt. Der Bund Deutscher Nordschleswiger ist bis 2020 vertraglich mit Landesmitteln abgesichert. Auch für den Friesenrat sind neue stabilere Formen der finanziellen Unterstützung von Bund und Land in Arbeit. Es ist wichtig für uns, dass die **finanzielle Unterstützung** der Minderheiten gesichert und vor allem für die Minderheiten planbar ist.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die deutsch-dänische Grenzregion und Schleswig-Holstein gelten europaweit seit vielen Jahren als Vorzeigeregion für den Umgang mit Minderheiten. Es ist kein Zufall, dass die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten, FUEN, ihren Sitz in Flensburg hat. Sie ist der größte Dachverband der Minderheiten in Europa. Sie setzt sich für die Rechte und Stärkung der Minderheiten in Europa ein. Vor wenigen Wochen hat die FUEN einen großen Erfolg vor dem Europäischen Gerichtshof erzielen können, der ihre Initiative Minority SafePack gestärkt hat. Wir haben im Landtag bereits unsere Unterstützung für diese Initiative kundgetan.

Ebenso unterstützen wir die Weiterentwicklung und Entstehung des Hauses der Minderheiten in Flens-

burg. Dieses Gemeinschaftsprojekt begrüßen wir ausdrücklich. Auch das ECMI, das European Center for Minority Issues, hat seinen Sitz in Flensburg. Die Finanzierung für diese Basisarbeit erfolgt durch eine Stiftung, die von Dänemark, Deutschland und Schleswig-Holstein getragen wird, und zwar seit vielen Jahren. Auch dieses Zentrum leistet in vielschichtiger wissenschaftlicher Forschung und Analyse wichtige Beiträge für die Minderheitenpolitik in Europa.

Diese Beispiele zeigen, wie hoch der Stellenwert der Minderheiten in unserem Land ist und welche Kompetenzen wir in unserem Land haben.

Im Jahr 2007 sagte Ministerpräsident Peter-Harry Carstensen hier im Parlament, „dass eine konstruktive Minderheitenpolitik ein stabilisierender Faktor für den Frieden und für das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft ist“.

Auch heute zeigen uns Spannungen und Konflikte in der Welt, dass die Ursachen häufig nicht gelöste Minderheitenfragen sind. In **Schleswig-Holstein** und **Dänemark** haben wir seit Kriegsende gezeigt, dass Minderheiten auch Brücken bauen und gemeinschaftlich Grenzen und enges Denken überwinden können. Es ist unser aller Aufgabe, diesen Weg weiter zu gehen. Die CDU wird diesen Weg weiter unterstützen und konstruktiv mitgestalten. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, vereinzelt FDP und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Birte Pauls das Wort.

Birte Pauls [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnetenkollegen! Sehr geehrte Gäste auf der Tribüne! Vielen Dank an die Regierung für diesen wunderbaren Bericht, vielen Dank auch an die Mitarbeitenden in den Verwaltungen, die da zugearbeitet haben.

Dieser Bericht zeigt sehr deutlich, dass wir in den letzten Jahren in der Minderheitenpolitik viel erreicht haben. Wir sind das Land und positives Modell in Europa, wenn es um Partnerschaft, um Gleichbehandlung, um Einhaltung der Rechte und um Verlässlichkeit in Sachen **Minderheitenpolitik** geht. Darauf sind wir stolz, und daran werden wir anknüpfen.

(Birte Pauls)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der echte Norden ist schon etwas ganz Besonderes. In keinem anderen Bundesland sind mehr Minderheiten zu Hause. Die dänische Minderheit, die Minderheit der Sinti und Roma, die friesische Volksgruppe und die Nordschleswiger auf der dänischen Seite, die wir immer mitdenken, sind ein bereichernder und selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft und fördern das Verständnis für kulturelle Vielfalt. Das macht uns stolz, ist uns aber gleichzeitig auch eine Verpflichtung im positivsten Sinne.

Unsere Minderheitenpolitik basiert auf gegenseitigem Respekt, auf Anerkennung und auf einem Miteinander auf Augenhöhe. Wir sind offen für diese kulturelle Vielfalt, und das ist leider Gottes ja nicht in allen Staaten dieser Welt eine Selbstverständlichkeit. Dafür brauche ich - Serpil hat gesagt, ich solle das ausdrücklich sagen - nur in die Türkei zu blicken.

Minderheitenpolitik darf sich aber nicht nur auf ein mit Glück bestehendes Verständnis füreinander ausruhen, es bedarf einer aktiven, sich aktuellen Entwicklungen anpassenden Politik. Genau das haben wir in den letzten fünf Jahren gemacht.

Ich kann aufgrund der Zeit nur einige Punkte nennen. Wenn man den Minderheitenbericht liest und dann das Plakat der FDP sieht, kann ich sagen: Herr Kubicki, wir wollen das nicht nur, wir können das, vor allem machen wir das auch, und wir haben es gemacht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Artikel 6 der Landesverfassung konnten wir in dieser Legislaturperiode nach fünf vorangegangenen vergeblichen Versuchen endlich ändern: Wir haben die Minderheit der **Sinti und Roma** den anderen Minderheiten mit Schutz und Förderung gleichgestellt. Wir haben die Einschnitte und Kürzungen der schwarz-gelben Vorgängerregierung rückgängig gemacht,

(Beifall SPD und SSW)

und wir haben die Kürzung zulasten der dänischen Schulkinder zurückgenommen. Die Finanzierung der **dänischen Schulen** und die Sicherung des Friesischunterrichts, aber auch des Niederdeutschunterrichts wurden garantiert. Wir haben die Verfassung entsprechend geändert. Ziel- und Leistungsvereinbarungen wurden getroffen und somit die Finanzierung der verschiedenen Projekte der Minderheiten und Volksgruppen garantiert. Wir haben das Lan-

desverwaltungsgesetz dahin gehend geändert, dass die Sprechergruppen ihre Behördengänge und Schriftverkehr in ihrer eigenen Sprachen im jeweiligen Sprachengebiet erledigen können. Entsprechend wurden die Personalanforderungen in den Verwaltungen angepasst.

Ausgenommen davon ist die Minderheit der Sinti und Roma, die auf eigenen Wunsch eine Verschriftlichung ihrer Sprache ablehnt. Sie erhalten unter anderem Unterstützung ihrer Kinder beim Schulbesuch. Dafür haben wir Mediatoren und Bildungsberater im Land ausgebildet.

12 Jahre nach dem **Friesisch-Gesetz** wurden weitere Maßnahmen zum Schutz der friesischen Sprache ergriffen. Dazu gehören Einstellungskriterien in Behörden sowie die sichtbare Zweisprachigkeit auf zusätzlichen Straßenschildern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bildung fängt in der Kita an. Oft fängt dort auch das erste Kennenlernen einer regionalen oder Minderheitensprache an, da immer weniger Eltern die laut Sprachencharta geschützten Sprachen sprechen. Hier beginnt quasi auch der staatliche Auftrag, die **Regional- und Minderheitensprachen** zu erhalten. Mit der Ratifizierung der Europäischen Sprachencharta haben wir uns dazu verpflichtet, und wir machen das. Der Handlungsplan Sprache ist und bleibt Leitfaden für unsere weitere Politik. Damit sichern wir die Sprachenvielfalt unseres Landes auch in Zukunft.

Das ECMI, die FUEV, das kommende Haus der Minderheiten, das Friisk Instituut, Weltkulturerbe, das Wohnprojekt Maro Temm, Dialog Forum Norden, Schulen, die vielen Vereine und Organisationen unserer Minderheiten, die Menschen - sie alle sind wichtige Brückenbauer zwischen den Kulturen und Ländern, und wir haben ihnen viel zu verdanken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich weiß, es ist schon oft genug gesagt worden, aber in einer Zeit, in der Europa von einigen immer wieder infrage gestellt wird, kann man es nicht oft genug wiederholen: Die Entwicklung vom Gegenüber über das Miteinander zum Füreinander ist keine europäische Selbstverständlichkeit. Doch in Schleswig-Holstein wird das gelebt, auch darauf sind wir stolz. Es ist ein gelungenes europäisches Friedensmodell und für uns eine Herzensangelegenheit, dies weiter zu schützen.

(Birte Pauls)

Wir unterstützen die Minority-SafePack-Initiative und gratulieren nochmals herzlich zum ersten Teilerfolg. Wir erwarten von Brüssel eine Organisation klarer Zuständigkeiten für die Minderheiten in Europa.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bedanke mich herzlich bei den Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Minderheiten und Volksgruppen für die ausgesprochen gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit auch in den letzten fünf Jahren, nicht nur in den Minderheitengremien des Landtags, sondern auch draußen herum. Vielen Dank auch an den Herrn Generalkonsul für die gute Zusammenarbeit mit den Minderheiten für die Grenzregion. Sie haben hier ganz viel Tolles geleistet. Vielen Dank dafür.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unser aller Dank gilt auch unserer ehrenamtlichen Minderheitenbeauftragten Renate Schnack. Liebe Renate, du hast mit ganz viel Herzblut, Engagement, Durchhaltevermögen, aber eben auch mit sehr viel Wissen um Minderheiten die Dinge beharrlich und klug vorangebracht. Ganz herzlichen Dank dafür.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Wir vonseiten der SPD haben immer dafür geworben, dass Minderheitenpolitik nicht zum Spielball knapper politischer Mehrheiten wird. Deshalb danke ich auch allen Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, die sich hier gemeinsam zum Wohle der Minderheiten eingebracht haben. - Herzlichen Dank dafür.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bevor wir in der Rednerliste fortfahren, begrüßen Sie bitte mit mir Herrn Dr. Bernd Buchholz, ehemaliges Mitglied aus unseren Reihen, MdL a.D. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Abgeordneter Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Minderheitenverbände! Liebe Renate Schnack! Sehr geehrter Herr Generalkonsul! „Europa schaut weg, wenn Menschenrechte verletzt werden“ - so urteilt die Menschenrechtsorganisation Amnesty International sehr hart über die **Minderheitenpolitik**, die in vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union leider trauriger Alltag ist. In vielen europäischen Staaten werden nationale Minderheiten und Volksgruppen verfolgt. **Sinti und Roma** werden in weiten Teilen von Osteuropa diskriminiert. Sie müssen in Armut leben und haben wenige Rechte. Gerade deshalb sind wir Grüne sehr stolz darauf, dass es uns am Anfang der Wahlperiode gelungen ist, nach über 20 Jahren Vorlauf den Schutz der Sinti und Roma in der Landesverfassung zu verankern.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Diskriminierung hat bei uns im Land keinen Platz. Wir haben gemeinsam in der Koalition - ich glaube auch, dass das Konsens hier im Hause in vielen Punkten war - die Sinti und Roma nicht nur symbolisch unterstützt, sondern wir sind auch sehr konkret geworden: Wir haben den Landesverband der Sinti und Roma finanziell gestärkt und fördern beispielsweise die Bildungsberaterinnen und Bildungsberater, die junge Sinti und Roma in ihrem Schulalltag unterstützen und die junge Menschen aus der Minderheit dabei unterstützen, durch die Hilfe direkter Bezugspersonen aus ihrer eigenen Minderheit durch den Schulalltag zu kommen und auch erfolgreich Schulabschlüsse anzustreben.

Uns ist das auch weiterhin ein ganz besonderes Anliegen. Ich bin sehr froh darüber, dass unabhängig von Parteifarbe hier fraktionsübergreifend getragen wird, die Situation der Sinti und Roma bei uns in Schleswig-Holstein weiter zu verbessern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Aber natürlich geht es nicht nur um Minderheitenpolitik und den Schutz der Sinti und Roma bei uns in Schleswig-Holstein, sondern europaweit haben wir eine Verantwortung. Ich weiß, dass sich die Kollegin von Kalben mit anderen Kolleginnen und Kollegen aus dem Innen- und Rechtsbereich und dem damaligen Innenminister auch vor Ort in Mazedonien über die Situation der Sinti und Roma in anderen Ländern informiert hat. Die Erfahrungen -

(Rasmus Andresen)

jedenfalls ist mir das so geschildert worden -, die dort gesammelt wurden, waren sehr eindrucksvoll und sehr berührend und zeigen, dass wir mit der Politik, die wir machen, die weit über Landespolitik hinausgeht, eine Verantwortung für die Volksgruppe, aber auch für andere verfolgte **Minderheiten in Europa** haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In den 47 Staaten des Europarats leben rund 340 autochthone Minderheiten. 14 % oder rund jede siebte Bürgerin und jeder siebte Bürger in Europa gehören einer Minderheit an. Es sind ziemlich große Zahlen. Wir Grüne finden, dass die EU hier endlich ihrer Verantwortung den autochthonen Minderheiten gegenüber gerecht werden muss. Deshalb unterstützen auch wir - wie es andere schon gesagt haben - die Minority-SafePack-Initiative der FUEN voll und ganz.

Angesichts der grundsätzlichen Europaskepsis glauben wir im Übrigen auch, dass die **Europäische Union** es hier verpasst, Menschen und sehr viele EU-Bürgerinnen und Bürger sehr konkret in ihrem Lebensalltag zu unterstützen und auch eine Relevanz der Arbeit zu zeigen, die in Brüssel für Menschen- und für Minderheitenrechte gemacht wird. Die EU muss hier nachbessern. Wir sollten alle weiter auch in Richtung der Europawahl, die, so glaube ich, in zwei Jahren stattfindet, gemeinsam daran arbeiten, die Europäische Kommission zu überzeugen, dass Minderheitenpolitik auch ein Thema der Europäischen Union ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Dr. Ralf Stegner [SPD] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Wir haben in Flensburg mit dem European Centre for Minority Issues und dem Sitz der FUEN wichtige Institutionen für europäische Minderheitenpolitik, für Zusammenarbeit in dem Bereich sitzen. Flensburg ist ein wichtiges europäisches Zentrum für autochthone Minderheiten. Auch wir glauben, dass ein Haus der Minderheiten sehr gut nach Flensburg passt. Auch daran sollten wir gemeinsam, fraktionsübergreifend - Frau Damerow hat den Punkt schon angesprochen - in der nächsten Wahlperiode arbeiten, dass dieses Projekt auch realisiert werden kann. Durch die Geschichte des Grenzlands, die aktive Rolle unserer Minderheiten und mit dem ECMI und der Europa-Universität Flensburg in unmittelbarer Nachbarschaft gibt es eigentlich keinen besseren Standort als Flensburg. Ich bin sehr optimistisch, dass wir weitere Schritte in diese

Richtung in der nächsten Wahlperiode auch gehen können.

Aber wir brauchen auch andere Projekte zum kulturellen Austausch. Wir unterstützen deshalb zum Beispiel die dänische und deutsche Minderheit dabei, die EUROPEADA, die Fußball-EM für nationale und autochthone Minderheiten, 2020 ins Grenzland zu holen. Das ist eine sehr gute Initiative, die grenzüberschreitend über Sport den Ansatz unserer Minderheitenpolitik anderen Minderheiten näherbringt und dafür vielleicht auch eine Aufmerksamkeit in der Mehrheitsbevölkerung im Grenzland schafft. Das ist eine super Idee. Wir sollten noch viel stärker auch als Politik hier überlegen, wie wir dieses unterstützen können.

(Beifall SSW, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Denn Minderheitenpolitik ist eben nicht nur etwas, von dem Minderheiten profitieren, sondern es ist eine Bereicherung für uns alle. Das bezieht sich auf das Beispiel, das ich gerade genannt habe, aber das kann man auch ganz konkret auf die **Sprachenvielfalt** bei uns im Land beziehen.

Wir haben deshalb die Umsetzung der Sprachcharta forciert und einen Handlungsplan für Sprachenvielfalt aufgelegt. Die Kollegin Pauls und auch der Kollege Harms haben dazu neben dem Ministerpräsidenten schon Hinweise gegeben.

Wir haben beispielsweise in Flensburg eine Friesisch-Professur an der Europa-Universität finanziert. Das ist gut. Es ist aber aus unserer Sicht nur ein erster Schritt, denn jetzt geht es darum, Regional- und Minderheitensprachen wie Friesisch weiter zu stärken und dafür zu sorgen, dass gerade auch bei jungen Menschen in der Mehrheitsbevölkerung die Sprachenvielfalt, wie wir sie hier im Land haben, wie sie auch für uns eine Stärke für uns als Land ist, noch stärker Berücksichtigung findet und sich noch mehr Menschen für Minderheitensprachen bei uns im Land interessieren.

(Beifall SSW und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Am Zustand unserer Minderheiten misst sich das Selbstverständnis unseres Landes. Mit diesem Satz haben wir unsere Minderheitenpolitik im Koalitionsvertrag beschrieben, den wir vor gut fünf Jahren verhandelt und dann gemeinsam in der Koalition aus SPD, SSW und Grünen verabschiedet haben. Dieser Satz hat nach wie vor Gültigkeit. Ich glaube, dass wir an ganz vielen Stellen - in 5 Minuten oder etwas mehr Redezeit ist es natürlich nicht möglich,

(Rasmus Andresen)

die 250 Seiten mit allen Punkten und allen Projekten konkret zu benennen, Kollegen haben dafür andere Beispiele genannt - bewiesen haben, dass wir eben nicht nur bei der Symbolik durch Verfassungsänderungen am Anfang geblieben sind, sondern dass wir die Verfassungsgleichstellung ernst genommen haben und schrittweise nach und nach für alle unterschiedlichen Minderheiten und Volksgruppen, die wir hier bei uns im Land haben und die geschützt und gefördert gehören, bewiesen haben, dass wir sie unterstützt haben. Diesen Weg wollen wir Schritt für Schritt auch in der nächsten Wahlperiode gemeinsam gehen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der Dank am Schluss gilt neben den offiziellen Vertretern, die oben sitzen und wirklich sehr viel Herzblut und Engagement in minderheitenpolitische Fragestellungen investieren, aus meiner Sicht aber auch den vielen ehrenamtlich tätigen Menschen in den Minderheiten, die beispielsweise in der Kulturarbeit, in Sportvereinen oder durch andere Aktivitäten Minderheitenpolitik oder Minderheiten erst erlebbar machen und dadurch auch den Mehrwert, den Minderheiten bei uns im Land haben, für alle auslösen.

(Beifall SSW und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist ihr Erfolg, dass wir eine so gute Minderheitenpolitik hier im Land machen und dass sie auch parteiübergreifend stattfinden kann.

Lassen Sie uns gemeinsam unabhängig von Einzelfragen, bei denen wir sicherlich auch zum Teil unterschiedliche Meinungen haben und das manchmal auch bewiesen haben - ich will nicht an Debatten der Vergangenheit erinnern, das wäre heute auch unerheblich -, unabhängig davon, wie wir bestimmte Fragen beurteilen, bei denen es auch Unterschiede gibt, dafür mobilisieren, dass bei der Landtagswahl kein Platz für Parteien ist, die ganz anders über diese Fragen denken, die gegen Minderheiten jeglicher Art hetzen und mit nationalistischer Ausgrenzung probieren, Stimmung zu machen. Dafür darf in Schleswig-Holstein kein Platz sein. Lassen Sie uns in der Minderheitenpolitik weiter gemeinsam vorangehen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die **Minderheitenpolitik** beiderseits der deutsch-dänischen-Grenze ist sehr vorbildlich. Schutz und Förderung nationaler Minderheiten und Volksgruppen haben hierzulande einen Standard, von dem andere, auch in Europa, nur träumen können. In diesem Zusammenhang möchte ich auch daran erinnern, dass Minderheitenprobleme beispielsweise wesentlich zur Entstehung der nach wie vor nicht entschärften Bürgerkriegssituation in der östlichen Ukraine beigetragen haben. Der Ministerpräsident hat vorhin auch darauf hingewiesen. Dort haben die Kämpfe der letzten Jahre einige Tausend Menschenleben gefordert. Zu solchen Schrecken bildet unser Teil Europas wirklich den stärksten möglichen Kontrast. Es gibt viele andere Beispiele aus Europa, wo es nicht so dramatisch ist wie in der Ukraine, aber wo - das haben andere Kollegen wie Herr Andresen beispielsweise beschrieben - die Situation der Minderheiten sichtlich schlechter aussieht und sie Diskriminierungen zu erleiden haben.

Es gibt aber auch bei uns im Norden weiterhin offene Wünsche. Es gibt Anliegen, die weiter verfolgt werden müssen. Ich nenne einige Beispiele. Bei der Minderheit der **Sinti und Roma** ist es zum Beispiel wichtig, dass das mit der Einstellung von Bildungsberatern aus den Reihen dieser Volksgruppe in Angriff genommene Ziel, jungen Sinti und Roma durch gute Bildung bessere Lebensperspektiven zu vermitteln, konsequent weiter verfolgt wird. Der Sprachunterricht für **Dänisch** und **Friesisch** muss weiter gestärkt werden. Es ist zu hoffen, dass unser Land aus den Reihen der heutigen Flensburger Studentinnen und Studenten künftig Lehrkräfte gewinnt, die Friesisch auch unterrichten können, statt nur einen vergleichsweise kurzen Einführungskurs besucht zu haben.

Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, dass leider die Zahl der Schülerrinnen und Schüler, die Friesischunterricht erhalten, in den letzten sechs Jahren zurückgegangen ist - von 934 auf 834 in diesem Schuljahr. Das muss man neben den eindeutig positiven Beispielen - Lars Harms hat da einiges genannt - natürlich auch in den Blick nehmen und aufpassen, dass sich dieser Rückgang nicht in den nächsten Jahren fortsetzt. Man muss da also auch gegensteuern.

Meine Damen und Herren, wir hoffen, dass die südlich der deutsch-dänischen Grenze bei uns in Schleswig-Holstein mittlerweile in zwei Sprachen eingeführten Ortsnamensschilder ein Beispiel dafür abgegeben werden, dass in absehbarer Zeit auch auf

(Dr. Ekkehard Klug)

der dänischen Seite in Nordschleswig für eine gewisse Inspiration gesorgt wird, im Sinne von Wechselseitigkeit.

(Beifall CDU, Dr. Heiner Garg [FDP] und Lars Harms [SSW])

Gewisse Störfaktoren für das Miteinander im **Grenzland** und damit auch für die Minderheiten ergeben sich in letzter Zeit tendenziell aus der großen, sprich nationalen Politik. Das muss hier angesprochen werden. Die von der CSU und ihrem Bundesverkehrsminister durchgesetzte deutsche Pkw-Maut veranlasst neuerdings Kopenhagener Regierungspolitiker, auch über die Einführung einer solchen Pkw-Maut in Dänemark nachzudenken. Ich denke, für die grenzüberschreitenden Verbindungen, die auch für die Minderheiten so wichtig sind, ist beides keine gute Entwicklung.

(Beifall FDP und vereinzelt SPD)

Auch der erkennbare Abbau im Bereich der deutsch-dänischen Studiengänge - Stichwort: Flensburg und Sønderborg - ist ein Rückschritt, den man beklagen muss. Ich möchte nur am Rande auf die spinnerten Grenzrevisionsträume von rechtspopulistischen Politikern wie Søren Espersen verweisen.

All das zeigt, dass wir es vermehrt mit Störfaktoren zu tun haben, die die Grenzregion praktisch aufseiten aller Beteiligten überhaupt nicht will: minderheitenbelastenden Faktoren, die von außen durch die jeweilige nationale Politikszene dieser Region aufgenötigt und zugemutet werden. Insofern ist es ein Lichtblick, wenn Hans Heinrich Hansen, der ehemalige Chef der Nordschleswiger und der EU-Minderheitenorganisation FUEN, nach einem Gespräch mit der EU-Kommission in Brüssel kürzlich davon berichten konnte, dass Brüssel nun in Sachen Minderheitenpolitik nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs einzulenken scheint, in Hinsicht auf die Berücksichtigung entsprechender Initiativen auch auf der Ebene der Europäischen Union. Damit stellt Brüssel die minderheitenpolitischen Signale auf „Freie Fahrt“ in einer Zeit, da es aus der nationalen Politik zum Teil unerfreuliche Hindernisse gibt.

Ministerpräsident Albig begann seine Regierungserklärung zu Beginn dieser Wahlperiode am 13. Juni 2012 mit dem Satz

„Hohes Haus! Europa schaut heute auf uns und auf das, was wir miteinander auf den Weg bringen.“

Herr Ministerpräsident, dieser Anspruch mag ein klein wenig überdimensioniert gewesen sein. Ich

habe durchaus Zweifel, ob Europa tatsächlich damals oder auch später immer so intensiv auf Schleswig-Holstein geschaut hat. In Sachen Minderheitenpolitik hätte es das aber durchaus tun können, ohne dass uns dieses peinlich gewesen wäre.

(Beifall FDP)

Und - eine allerletzte Anmerkung - das gilt weiß Gott nicht für alle Politikfelder der Landespolitik. Ich hoffe, dass wir in diesem Sinne in der Minderheitenpolitik auch weiter positiv zusammenarbeiten. - Danke schön.

(Beifall FDP und Karsten Jasper [CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch von meiner Fraktion der PIRATEN an alle ein ganz herzliches Willkommen. Es ist toll, dass wir hier in diesem Haus so zusammen sind.

Es ist viel gesagt worden, was ich nicht wiederholen möchte, sondern ich möchte einige Akzente anders setzen. Es ist, glaube ich, eine Selbstverständlichkeit: Mit der einstimmigen Aufnahme der Sinti und Roma in unsere Verfassung ist ein ganz wesentlicher, aber auch nicht der letzte Schritt getan worden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade in Zeiten, in denen nationalistische und rechtsextreme Parteien erstarben - das ist hier gesagt worden -, ist es wichtig, dass wir uns zu unseren **Minderheiten** bekennen, aber nicht nur bekennen, sondern sie auch schützen und unterstützen und uns gemeinsam mit ihnen den politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen stellen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sicher sind wir in diesem Bereich Vorreiter in Deutschland. Das ist gut so. Ich danke auch der Landesregierung und allen Kollegen der anderen Parteien. Es ist eben leider keine Selbstverständlichkeit, weder in Deutschland noch in anderen europäischen Ländern. Angesichts der Wiederkehr von Antiziganismus, Rassismus, Islam- und Ausländerfeindlichkeit ist der Schutz nationaler Minderheiten leider keine Selbstverständlichkeit. Ich verstehe es daher als unsere Pflicht, den interkulturellen Dialog und die mul-

(Angelika Beer)

tiethnische Toleranz nicht nur in Schleswig-Holstein weiter zu fördern und zu stärken.

Wenn ich auch auf diesen wirklich lesenswerten Minderheitenbericht eingehe und dort insbesondere auf das fünfte Kapitel, dann zeigt dieser Teil sehr deutlich auf, welche Herausforderungen und Hürden noch vor uns liegen und was in der kommenden Legislaturperiode angepackt werden muss.

Packen wir es an, unabhängig von der zukünftigen Regierungskonstellation. Die Erfahrung der letzten fünf Jahre zeigt, dass dieser breite politische Konsens halten wird. Es wird dann vielleicht eine Fraktion geben, die versucht, ihn zu brechen, aber die dürfte kein Gehör finden.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist erfreulich, dass zum Beispiel private Medien das Friesische berücksichtigen. Es stellt sich aber ebenso die Frage, warum die mit Gebühren finanzierten öffentlich-rechtlichen Institutionen unsere Minderheiten immer noch ignorieren.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN, SSW und Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Immerhin wurde erreicht, dass zukünftig im ZDF-Verwaltungsrat der Vertreter Schleswig-Holsteins die Interessen der **Regional- und Minderheitensprachen** vertreten wird. Damit wird endlich eine schon längst bekannte Forderung des Europarats umgesetzt. Aber es reicht nicht. Gerade in Schleswig-Holstein, dem Land mit den meisten Regional- und Minderheitensprachen, ist die Sprachenpolitik der wichtigste Eckpfeiler einer erfolgreichen Minderheitenpolitik. Aus diesem Grund ist auch der Vorstoß unserer Minderheitenbeauftragten Renate Schnack, Dänisch, Friesisch und Plattdeutsch als Amtssprache einzuführen, für die Minderheiten und für unser Bundesland ein wichtiger und vorbildlicher Schritt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir PIRATEN, die sich für mehr Bürgerrechte und Beteiligung aussprechen, setzen - wie auch die anderen Fraktionen - auf die Unterstützung der **Bürgerinitiative Minority SafePack**. Wir haben gerade heute den Bericht über das gestrige Treffen gehört. Die EU-Kommission hat ja zunächst die Annahme verweigert, ohne sich überhaupt inhaltlich zu positionieren. Heute können wir lesen: Ja, sagt Hans-Heinrich Hansen, es gebe jetzt ein Angebot der EU-Kommission. Nein, über den Inhalt möchte er jetzt noch nichts sagen. - Das ist ja auch klar. - Nur so viel: Man

könne sagen, dass die EU-Kommission Rücksicht darauf nehme, dass die Nähe zum Bürger auch ernst genommen werde. - Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber auch ein wichtiges Signal in Richtung EU, die vor großen Problemen und schwierigen Entwicklungen steht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb an die FUEN und alle anderen, die beteiligt waren: Herzlichen Glückwunsch zu dem Mut, vor den Europäischen Gerichtshof zu ziehen, um die Kommission zu zwingen, endlich in der Minderheitenpolitik Farbe zu bekennen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Ich möchte noch einmal etwas zu den **Sinti und Roma** sagen. Wir dürfen nicht vergessen, dass es nur ganz wenige Jahre her ist, dass es eine unglaubliche Hetzkampagne gegen unsere Sinti und Roma gegeben hat. Wir alle erinnern uns an die Plakate der NPD „Geld für die Oma statt für Sinti und Roma“. Ich fand es toll, dass wir uns hier parteiübergreifend mit vielen unabhängigen Initiativen dagegen starkgemacht und das verurteilt haben.

Diese Einigkeit war aber auch das Signal dafür, dass alle in Schleswig-Holstein lebenden Sinti und Roma in den politischen und gesellschaftlichen Dialog einbezogen werden müssen und gemeinsame Projekte mit dem Landesverband wie das Modellvorhaben Maro Temm weiter gefördert und ausgebaut werden müssen und nicht nur auf Kiel konzentriert bleiben dürfen.

Denn Minderheitenpolitik beschränkt sich nicht nur auf uns in Schleswig-Holstein. Wenn wir Vorbild sein wollen, dann müssen wir auch verstärkt in Europa dafür kämpfen.

Es ist bekannt, aber ich möchte es trotzdem noch einmal unterstreichen, dass wir aus diesen Gründen als PIRATEN dafür eintreten, dass es in der EU-Kommission endlich einen **Minderheitenbeauftragten** geben muss. Denn nur so wird sichergestellt, dass Fehlurteile und ablehnende Bescheide wie bei der Bürgerinitiative durch die EU-Kommission zukünftig verhindert werden können.

Institutionen wie das in Flensburg ansässige European Centre for Minority Issues sind nicht nur eine wichtige Lobby für die nationalen Minderheiten. Ihre Studien und Analysen - gerade die letzten, die vorgestellt worden sind - sind wertvoll und wichtig, um die Situation der Minderheiten nicht nur bei uns, sondern in ganz Europa und darüber hinaus zu verstehen und auch zu verbessern.

(Angelika Beer)

Zum Schluss möchte auch ich allen noch einmal für die wundervollen fünf Jahre danken. Ich bin immer gern gekommen, und ich hoffe, ihr seid auch immer gern in den Landtag zu unseren Gremiensitzungen gekommen.

Liebe Renate Schnack, was du an Kraft, Begeisterung und in den letzten Jahren auch an Überzeugung erreicht hast, ist beispielhaft. Auch deshalb möchte meine Fraktion sich noch einmal ganz herzlich bei dir und allen anderen bedanken.

Wir haben einen Wunsch für die Zukunft, den ich jetzt noch einmal in den Vordergrund stellen möchte: Ich wünsche mir für die nächste Legislaturperiode, dass nicht nur das Parlament über den Minderheitenbericht diskutiert, sondern dass die Beauftragten in den jeweiligen Bereichen und auch die Betroffenen hier Rederecht erhalten. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SSW und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist kein Antrag gestellt worden. Ich schlage Ihnen vor, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen. - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist der Tagesordnungspunkt damit erledigt. Vielen Dank dafür.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 45 auf:

Schlussbericht des Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode

Bericht und Beschlussempfehlung des Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses
Drucksache 18/5272

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich zunächst der Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, der Abgeordneten Barbara Ostmeier, das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, Ihnen heute den Schlussbericht des Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode vorstellen zu dürfen. Der Untersuchungsausschuss hatte den Auftrag zu untersuchen, ob es in der **Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung Friesenhof**, die diverse Teileinrichtungen im Kreis Dithmarschen unterhielt, zu Beeinträchtigungen oder Gefährdung

des Wohls der in diesen Einrichtungen untergebrachten Kinder und Jugendlichen gekommen war, wie Jugendämter und Heimaufsicht mit bekannt gewordenen Vorgängen umgegangen sind und ob die beim Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung angesiedelte Heimaufsicht in dieser Zeit ihrer Aufsichtsfunktion ordnungsgemäß nachgekommen war.

Am 17. November 2015 wurde der Ausschuss vom Parlament beauftragt. Die **Einsetzung des Untersuchungsausschusses** erfolgte auf der Grundlage eines von diesem Haus einstimmig gefassten Beschlusses.

Im Vorfeld war es im Frühsommer 2015 zu einer verstärkten Presseberichterstattung über die Zustände in den sogenannten Friesenhof-Einrichtungen gekommen. Es war von freiheitsentziehenden Maßnahmen sowie von der Anwendung entwürdigender Erziehungsmethoden die Rede. Anfang Juni 2015 entzog die Heimaufsicht zweien dieser Friesenhof-Einrichtungen die Betriebserlaubnis. Nachdem erste Versuche einer Aufarbeitung der näheren Umstände im Sozialausschuss unternommen worden waren, gelangte der Landtag einhellig zu der Auffassung, dass die Vorgänge im Friesenhof sowie die Ausübung der diesbezüglichen staatlichen Heimaufsicht einer umfassenden Aufklärung durch einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss bedurften.

Meine Damen und Herren, diese im Raum stehenden Vorwürfe haben uns alle schwer erschüttert. Es war kaum vorstellbar, dass so etwas in Schleswig-Holstein vorkommt. Wenn man die Schlagzeilen und die Berichterstattung am Rande der Ausschussarbeit mitverfolgt hat, so konnte man den Eindruck gewinnen, es sei nur um die Frage der Suche einer oder eines Schuldigen gegangen. Aber das ist zu kurz gesprungen. Das wird weder dem wirklich umfassenden Einsetzungsbeschluss noch der intensiven und äußerst konstruktiven Arbeit dieses Ausschusses gerecht. Allein der uns vom Parlament aufgebene Untersuchungszeitraum, beginnend von 2007 bis August 2015, macht dieses deutlich.

Thematisch gab der Einsetzungsbeschluss den Auftrag, drei Komplexe für diesen Zeitraum zu untersuchen. Der Erste hat die Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung Friesenhof mit ihren diversen Teileinrichtungen zum Gegenstand. Der zweite Komplex untersucht Aufbau und Struktur beim Landesjugendamt, von der Heimaufsicht ergriffene Maßnahmen in Bezug auf den Friesenhof sowie das Zusammenwirken mit den weiteren Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere auch den entsenden-

(Barbara Ostmeier)

den und örtlichen Jugendämtern. Im dritten Komplex finden Sie schließlich die Schlussfolgerungen, die der Ausschuss aus seiner Untersuchung zieht.

Mit seiner Konstituierung am 29. September 2015 nahm der Untersuchungsausschuss seine Arbeit auf. Seitdem fanden insgesamt 62 Sitzungen statt, davon 35 nicht öffentliche Beratungssitzungen. 27 Sitzungen dienten der Beweisaufnahme. Im Verlauf der Beweisaufnahme, die am 30. November 2015 begann und am 6. Februar 2017 abgeschlossen wurde, vernahm der Untersuchungsausschuss insgesamt 37 Zeugen und hörte drei Betroffene an. Eine Zeugin und eine weitere Betroffene haben sich mit Blick auf die gegen sie geführten strafrechtlichen Ermittlungsverfahren auf ein umfassendes Auskunftsverweigerungsrecht berufen. Das hatte der Untersuchungsausschuss zu respektieren. Die Betroffene und die Zeugin konnten deshalb nicht zur Sache gehört werden.

Außerdem gab der Ausschuss zwei schriftliche Sachverständigengutachten in Auftrag. Die Sachverständigen haben dem Untersuchungsausschuss ihre Gutachten jeweils in öffentlichen Sitzungen auch mündlich erläutert. Die schriftlichen Gutachten, die der Untersuchungsausschuss bereits in seinem Internetauftritt veröffentlicht hat, sind dem Schlussbericht im Anhang beigelegt.

Schließlich hat der Ausschuss in großem Umfang Aktenmaterial und Schriftsätze beigezogen und ausgewertet. Das Aktenverzeichnis des Ausschusses umfasste bei Abschluss der Beweisaufnahme 220 laufende Nummern, die beigezogenen Aktenstücke hatten einen Gesamtumfang von 40.000 Seiten.

Der vorliegende **Schlussbericht** ist das Ergebnis einer verantwortungsvollen und teilweise minutiösen Aufarbeitung des umfangreichen Aktenmaterials sowie von Zeugenvernehmungen. Dabei war sich der Ausschuss darüber einig, ein möglichst transparentes Verfahren zu gewährleisten - auch dieses immer vor dem Hintergrund, einen Beitrag zur Aufklärung zu leisten, frühzeitig Handlungsbedarfe aufzuzeigen und zum Wohle insbesondere der Kinder und Jugendlichen nicht erst bis zum heutigen Tag damit zu warten, Teilergebnisse und Ergebnisse bekanntzumachen. So konnten Zeugenvernehmungen weitestgehend öffentlich erfolgen, und die vom Ausschuss in Auftrag gegebenen Gutachten wurden dementsprechend ebenfalls frühzeitig der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Auf rund 840 Seiten zuzüglich der Anhänge liegt dem Parlament nunmehr der Schlussbericht vor.

Wie ich zu Beginn bereits andeutete, lässt sich das Ergebnis nicht mundgerecht in einer Schlagzeile zusammenfassen.

Gerade aufgrund des breit angelegten und von allen Fraktionen des Landtags mitgetragenen Untersuchungsauftrags haben wir zahlreiche Erkenntnisse gewinnen können. In allen drei Untersuchungskomplexen gab es durchaus weitgehend Übereinstimmung hinsichtlich der **Tatsachefeststellungen**, bei denen sich diverse Vorwürfe - beispielsweise Isolation, körperliche und verbale Übergriffe oder der Mangel eines effektiven Beschwerdesystems - leider teilweise bestätigt haben.

Differenzen gibt es eher auf der Ebene der rechtlichen Bewertung. Dies wird im Bericht transparent dargelegt. Allen Unterschieden in der Bewertung zum Trotz dürfte eines für alle feststehen: Für die Zukunft muss es darum gehen, **Fehlentwicklungen**, wie sie hier zu beklagen sind, so früh wie möglich zu erkennen und abzustellen.

Lassen Sie mich aus der Fülle der Empfehlungen zwei herausgreifen, die für mich als Vorsitzende besonders bedeutsam erscheinen. Der Friesenhof hat in seinen Konzepten einen Personenkreis von vorwiegend weiblichen Menschen im Alter von acht bis 18 Jahren mit teilweise traumatisierenden Erfahrungen körperlicher oder sexueller Gewalt beworben, die sich im Grenzbereich zwischen Jugendhilfe, Strafvollzug und Psychiatrie bewegen. Der Ausschuss empfiehlt ausdrücklich die weitere Klärung des Umgangs mit dieser schwierigen Zielgruppe.

Insbesondere die detaillierte Aufarbeitung der räumlichen, personellen und wirtschaftlichen Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung Friesenhof und die Bewertung der geltenden pädagogischen Konzepte haben hier deutlich **Handlungsbedarf** aufgezeigt. Jugendämter suchen für die hier angesprochene Zielgruppe oft lang und händierend nach Einrichtungen, die ihnen diese sogenannten schwierigen Jugendlichen abnehmen, die sonst keiner mehr nehmen will. Wir müssen alle hellhörig bleiben, wenn der vom Ausschuss beauftragte pädagogische Sachverständige in diesem Zusammenhang gar von einer „unheilvollen Allianz“ zwischen den Einrichtungen und den belegenden Jugendämtern spricht.

Genau in diesen Kontext fällt die nächste, dringende Empfehlung des Ausschusses: Der Ausschuss empfiehlt die **Vermeidung der wohnortfernen Unterbringung**.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

(Barbara Ostmeier)

Wie wir wissen, stammte keine der im Friesenhof Betreuten aus dem Kreis Dithmarschen, denn dieser hat die Einrichtung seit 2007 selber nicht mehr belegt. Wir haben demgegenüber festgestellt, dass insbesondere zahlreiche Kinder und Jugendliche aus anderen Bundesländern im Friesenhof untergebracht waren. Die Untersuchung hat ganz klar aufgezeigt, dass diese wohnortferne Unterbringung die entsendenden Jugendämter stärker herausfordert. Deswegen muss zukünftig sichergestellt werden, dass die Kontakte und die Zusammenarbeit zwischen sämtlichen Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe verstetigt werden, insbesondere zwischen den entsendenden Jugendämtern, dem örtlichen Jugendamt und der Heimaufsicht beim Landesjugendamt.

Auch die **Beschulung** von Kindern und Jugendlichen aus den anderen Bundesländern in stationärer Heimunterbringung ist ein nach wie vor ungelöstes Problem, bei dem wir weiterhin genau werden hinguucken müssen.

Unabhängig von einer seit Längerem geforderten Klarstellung der Rechtslage auf Bundesebene müssen wir als Land alles nur Mögliche tun, um Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden. Bezogen auf die Aufsicht über Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen ist der frühestmögliche Ansatzpunkt das Verfahren über die **Erteilung der Betriebserlaubnis**. Der Ausschuss ist sich einig, dass gerade die Konzeption von Einrichtungen, die die dargestellte sogenannte schwierige Zielgruppe ansprechen, möglichst detailliert sein und konkrete Handlungsanweisungen für den **Umgang mit Konfliktsituationen** und für Krisenfälle enthalten muss. Darauf kann bereits im Betriebserlaubnisverfahren geachtet und hingewirkt werden.

Der Abschlussbericht darf nicht in dem Sinne missverstanden werden, dass er einen Schlusspunkt setzen wolle. Vielmehr will er weitere Denkanstöße mit der Zielsetzung liefern, die Situation der Heimkinder dauerhaft zu verbessern. Der Bericht markiert daher keinen Abschluss, sondern will einen Beitrag zu einer Diskussion leisten, die unbedingt in der nächsten Wahlperiode fortgesetzt werden sollte.

Dies ist aus meiner Sicht ein gemeinsamer Grundgedanke, der die gesamte Ausschusstätigkeit getragen hat. Dementsprechend war die Zusammenarbeit im Ausschuss von einer äußerst sachlichen und konstruktiven Atmosphäre geprägt. Dafür danke ich den beteiligten Kolleginnen und Kollegen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen.

An dieser Stelle möchte ich nicht versäumen, mich darüber hinaus bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung zu bedanken, die den Ausschuss in allen Belangen stets tatkräftig unterstützt haben, auch wenn die Sitzungen teilweise bis spät in den Abend gingen.

(Beifall)

Stellvertretend möchte ich mich insbesondere bei Frau Dr. Riedinger vom Wissenschaftlichen Dienst und beim Geschäftsführer, Herrn Göllner, bedanken. Ihrer fachlichen Kompetenz und ihrer stets ausgewogenen Begleitung haben wir es zu verdanken, dass hier ein gut fundierter und nachvollziehbarer Abschlussbericht vorliegt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, abschließend bitte ich den Landtag, den Abschlussbericht zur Kenntnis zu nehmen und den Untersuchungsauftrag für erledigt zu erklären.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank für den Bericht. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst der Frau Abgeordneten Katja Rathje-Hoffmann von der CDU-Fraktion das Wort.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich zuallererst bei all denen bedanken, die dazu beigetragen haben, dass dieser Untersuchungsausschuss seine Arbeit so reibungslos verrichten konnte. Ganz besonders möchte ich mich bei Frau Dr. Riedinger und Herrn Göllner bedanken, die sehr viel Geduld mit uns hatten und ohne die wir hier heute nicht stehen würden. Was sie geleistet haben, ist wirklich sehr beachtlich. Ihnen gebühren unser Dank und unsere Anerkennung dafür, dass sie so gut durchgehalten haben.

(Beifall)

Mit dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss hat endlich eine Aufklärung über die Situation der Heimkinder in Schleswig-Holstein stattgefunden. Ich möchte daher festhalten: Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss war wichtig, notwendig und hat gewirkt.

(Katja Rathje-Hoffmann)

(Beifall CDU und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Die Untersuchung der Vorfälle im Friesenhof hat zu einer merklichen Verbesserung der Situation der Heimkinder im Land geführt. Betreute, die sich vorher wie vergessene Kinder fühlten, haben nun Mut geschöpft und vertrauen nunmehr darauf, dass uns ihre Bedürfnisse am Herzen liegen. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss hat im Hinblick auf den Umgang mit Betreuten Missstände aufgedeckt und erheblichen Verbesserungsbedarf festgestellt.

(Beifall CDU)

Wir haben die Pflicht, Kindern, die in Obhut genommen werden, den bestmöglichen Schutz zu geben. Dafür tragen wir Verantwortung. Das Ministerium muss dafür sorgen, dass die marktwirtschaftlichen Bedürfnisse der privaten Träger nicht über dem Schutz der Kinder und Jugendlichen stehen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wir als Staat müssen dafür sorgen, dass die Heimaufsicht die Kinder berät und regelmäßig die ordnungsgemäße Betreuung der Kinder und Jugendlichen überprüft. Mit „regelmäßig“ meine ich an dieser Stelle nicht: alle paar Jahre.

Für uns steht fest: Im Friesenhof ist es zu erheblichen Gefährdungen des Kindeswohls gekommen. Dazu die drei wichtigsten Punkte.

Erstens. Die Zustände im Friesenhof sind erst durch das Zusammenspiel von individuellen und strukturellen **Fehlern in der Heimaufsicht** möglich geworden. Ich bin mir sicher, dass sie durch ein gewissenhafteres und mutigeres Vorgehen des Ministeriums hätten verhindert werden können.

(Beifall CDU)

Zweitens. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss hat gezeigt, dass bereits die **Konzeption des Friesenhofs** mangelhaft war. Die Heimaufsicht hätte gar nicht erst eine Betriebserlaubnis für die Einrichtung erteilen dürfen. Sie hätte das Konzept vielmehr kritisch hinterfragen müssen. So hätte man schon früh erkennen können, dass im Friesenhof Konzepte angewendet wurden, die von naiven pädagogischen Annahmen geprägt waren und überwiegend aus allgemeinen Versprechungen bestanden. Hätte eine ordnungsgemäße Prüfung stattgefunden, wäre auch aufgefallen, dass die Konzeption ein erhebliches Gefährdungspotenzial für die Betreuten aufwies.

Drittens. Viele der vom Friesenhof angewandten sogenannten pädagogischen Methoden sind untragbar. Dieses Gefährdungspotenzial hat sich im Friesenhof zulasten der betreuten Kinder und Jugendlichen ausgewirkt. Jugendliche brauchen klare Grenzen, aber Taktiken wie extremer Strafsport, der selbst bei der Bundeswehr verboten ist, überschreiten diese Grenzen ganz eindeutig und haben für mich keinen Platz in Einrichtungen.

(Beifall CDU, FDP, PIRATEN)

Gleiches gilt für den falschen Umgang des Friesenhofs mit den Grundrechten der Bewohnerinnen. Kinder und Jugendliche wurden stundenlangen Gruppensitzungen ausgesetzt, in denen die Betreuten auch intimste Details der eigenen Biografie vortragen mussten.

Ich weiß nicht, liebe regierungstragenden Fraktionen, welche Vorstellung Sie von Erziehung und Betreuung haben. Für mich muss sie jedenfalls erziehend und fördernd wirken und darf nicht demütigend oder traumatisierend sein.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

Dass die Heimaufsicht angesichts dieser Zustände nicht den Widerruf der Betriebserlaubnis in die Wege leitete, sondern bloß eine inhaltlich unbestimmte Auflagenverfügung erließ, ist für uns nicht hinzunehmen.

(Beifall CDU)

Spätestens im Oktober 2014 war ersichtlich, dass das **Wohl der betreuten Kinder und Jugendlichen** in der Einrichtung erheblich gefährdet war. Zu diesem Zeitpunkt war die Einrichtung bereits mehrfach beim Landesjugendamt auffällig geworden. Wir sind überzeugt, dass ein entschiedeneres Vorgehen der Heimaufsicht nicht nur im Rahmen des rechtlich Möglichen gelegen hätte, sondern auch dazu geeignet gewesen wäre, das Leid der Mädchen zu verkürzen. Es wäre sogar ihre Pflicht gewesen. Leider hat das Ministerium im Fall Friesenhof zu zaghaft und ängstlich gehandelt, was auf die mangelhafte Organisation des Hauses zurückzuführen ist.

(Beifall CDU)

Bereits im Oktober 2013, also noch einmal ein Jahr früher, gingen die Sachbearbeiter davon aus, dass es zu massivem Fehlverhalten in den Einrichtungen gekommen ist, und sie haben ein unmittelbares Vorgehen gegen den Friesenhof für notwendig erachtet. Doch es passierte leider nichts. Das von den Sachbearbeitern geforderte Vorgehen wurde von

(Katja Rathje-Hoffmann)

der Referatsleiterin unter Hinweis auf das Prozessrisiko und etwaige Schadenersatzforderungen weitestgehend ausgebremst.

Eine Referatsleiterin muss das gesamte Spektrum der entscheidungserheblichen Tatsachen berücksichtigen und darf sich nicht von der eigenen Unsicherheit leiten lassen. Dass dies über Jahre ungehindert geschehen konnte, ist darauf zurückzuführen, dass Hausspitze und Abteilungsleitung in der Aufsicht versagt haben. Es hätte im Rahmen der Ausübung der **Dienstaufsicht** nicht allein auf die Berichte der Referatsleiterin vertraut werden dürfen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten Dr. Bohn?

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Ja, gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat die Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Das gilt aber nur, wenn die Zeit angehalten wird; denn die wird mir jetzt knapp.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das machen wir wie immer in diesen Fällen.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Kollegin, könnten Sie freundlicherweise dem Plenum sagen, wie viele Stunden vergangen sind zwischen dem Zeitpunkt, zu dem nach unseren Unterlagen die Hausspitze Kenntnis hatte, und der Schließung der Einrichtung des Friesenhofs?

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Das ist ja ein ganz anderer Fall; das betrifft den Teil der Schließung. Ich habe den ja auch extra vorgezogen.

- Ja, genau.

Das ging recht schnell.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Es hätte im Rahmen der **Ausübung der Dienstaufsicht** nicht allein auf die Berichte der Referatsleiterin

vertraut werden dürfen. Es hätte vielmehr stichprobenartig überprüft werden müssen, ob die Strukturen der Heimaufsicht ausreichend sind, um die übertragenen Aufgaben zu erledigen. Doch anstatt die Heimaufsicht inhaltlich und strukturell zu überwachen, wurde hauptsächlich das Personal erweitert.

Ich bin froh, dass wir all diese Fehler durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss aufdecken konnten. Aber das reicht natürlich noch nicht. Damit sich Vorfälle wie im Friesenhof nicht wiederholen, muss das bisherige Vorgehen überdacht werden, und es müssen mit den festgestellten Ergebnissen Verbesserungen für die Zukunft erreicht werden. Für mich ist es ein Übel, dass es den Sachbearbeitern einer Landesbehörde freigestellt ist, auf welche Art und Weise sie die Akten führen. Wir haben nur Teilaspekte oder Teilakten der Verwaltungsabläufe untersuchen können. Doch bereits die uns zugesandten Akten waren eine reine Katastrophe.

Bevor eine erneute Personalerweiterung vorgenommen wird, müssen die gesamten **Abläufe im Landesjugendamt** analysiert und optimiert werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass sich die bestehenden Fehler in den Abläufen nicht verfestigen.

Zum anderen müssen wir uns dafür einsetzen, dass das SGB VIII anforderungsgerecht angepasst wird. Das haben wir fraktionsübergreifend bereits in einer vorherigen Sitzung beschlossen.

Die Untersuchung des Friesenhofs hat uns deutlich gezeigt, dass auch die Person des Trägers in den Fokus der behördlichen Prüfung gestellt werden muss. Deshalb muss das Merkmal der Zuverlässigkeit des Trägers zu einem gesetzlichen Kriterium für den Betrieb einer Einrichtung im SGB VIII gemacht werden.

(Beifall CDU und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Für eine nachhaltige Verbesserung der Situation der Heimkinder in Schleswig-Holstein dürfen wir uns jedoch nicht nur allein auf die Änderung des SGB VIII beschränken. Die Untersuchung hat sehr deutlich gemacht, dass vonseiten der Jugendämter ein starkes Bedürfnis nach Einrichtungen besteht, die schwierige Kinder und Jugendliche aufnehmen, wobei jeder von uns sicherlich eine andere Definition hat, was eigentlich schwierig ist.

Der vom Untersuchungsausschuss angehörte Gutachter Professor Dr. Schwabe spricht in dieser Hin-

(Katja Rathje-Hoffmann)

sicht von einer unheilvollen Allianz zwischen dem Friesenhof und den belegenden Jugendämtern. Diese suchen - so hat es meine Kollegin eben schon gesagt - oft händeringend nach Einrichtungen, die ihnen schwierige Jugendliche abnehmen, die sonst keiner mehr haben will. So einem Vorgehen vonseiten der Jugendämter und Duldung durch die Heimaufsicht müssen wir aktiv begegnen.

In der nächsten Legislaturperiode sollte sich der Schleswig-Holsteinische Landtag daher mit der Frage beschäftigen, ob für die Zielgruppe der schwer erreichbaren Jugendlichen **spezialisierte Einrichtungen in eigener Trägerschaft** geschaffen werden müssen. Dies hätte den Vorteil, dass für die Kinder und Jugendlichen mit dem größten Betreuungsbedarf pädagogische Angebote geschaffen werden, die unabhängig von marktwirtschaftlichen Erwägungen sind. Von einem respektvollen Umgang mit den Friesenhof-Kindern können wir nach der Zeugenvernehmung der jungen Menschen überhaupt nicht mehr sprechen. Das war für uns eindeutig.

Umso mehr war ich geschockt, als ich Ihre Bewertungen gelesen habe. Es ist für mich unverständlich, was Sie dazu veranlasst hat, das Leid der betreuten Kinder und Jugendlichen derart zu relativieren und herunterzuspielen. Es ist kaum zu glauben, dass Sie die Nachkontrollen nicht als **Kindeswohlgefährdung** ansehen. Und es ist auch kaum zu glauben, dass Sie den verhängten Strafsport ab 4 Uhr morgens, der eindeutig über das Leistungsvermögen der Mädchen hinausging, nicht als Kindeswohlgefährdung ansehen. Genauso sehen Sie auch die Strafen „Essensentzug“ und „bewusste Monotonie“ nicht als Kindeswohlgefährdung an.

Warum sind die Postkontrollen, die bewusste Verletzung des Postgeheimnisses, auf einmal keine Kindeswohlgefährdung mehr für Sie? Und auch die vorsätzliche und bewusste Erniedrigung der Mädchen relativieren Sie. Was ist das für ein Signal, das Sie hier an die Schützlinge aussenden? - Ich sage Ihnen: Es ist ein fatales.

(Beifall CDU)

Ihre Relativierung der Vorgänge ist ein weiterer und nachträglicher Schlag ins Gesicht der Mädchen. Anstatt die Aussagen der ehemaligen Bewohnerinnen ernst zu nehmen, kommen Sie zu dem Ergebnis, dass es nicht festgestellt werden konnte, ob das Wohl der Kinder gefährdet war. Wie können Sie dieses Ergebnis formulieren, wenn die Mädchen uns doch die Vorgänge detailliert und glaubhaft geschildert haben?

Sie zweifeln hier die Glaubwürdigkeit derjenigen an, die den Mut hatten, von ihren Erlebnissen zu berichten. Das Leid der Kinder herunterzuspielen und auszublenden, nur um den eigenen politischen Schaden zu minimieren, das ist zynisch, meine Damen und Herren.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Abgeordnete, achten Sie bitte auf die Zeit!

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Ja, ich komme jetzt zum Schluss.

Ich bleibe dabei: Die Behandlung der Mädchen im Friesenhof war eindeutig Kindeswohlgefährdend. Für die Zukunft müssen wir gewährleisten, dass sich der Fall Friesenhof nie wiederholt. Die festgestellten Kindeswohlgefährdungen dürfen wir nicht relativieren. Das haben die Kinder des Friesenhofs nicht verdient. - Danke schön.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, bevor wir fortfahren, möchte ich Sie bitten, mit mir gemeinsam Neumitglieder der FDP auf der Tribüne zu begrüßen. - Herzlich willkommen im Kieler Landeshaus.

(Beifall und Heiterkeit)

Ja, es sind natürlich auch noch andere Menschen auf der Tribüne. Auch Ihnen und euch sage ich herzlich willkommen.

Wir fahren nun fort. Dazu erteile ich der Frau Kollegin Beate Raudies von der SPD-Fraktion das Wort.

Beate Raudies [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich mich inhaltlich mit den Ergebnissen des Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses und dem Abschlussbericht auseinandersetze, möchte ich den Vorsitzenden des Ausschusses, Frau Ostmeier und Herrn Weber, meinen Dank aussprechen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Beide Vorsitzenden haben durch ihre Arbeit wesentlich dazu beigetragen, dass der Ausschuss trotz der Kürze der Zeit, der Vielzahl der zu hörenden Zeugen und des Umfangs des vorliegenden Beweismaterials - die Frau Vorsitzende hat das sehr aus-

(Beate Raudies)

drücklich geschildert - seine Arbeit abschließen konnte und Ihnen heute den Bericht vorlegt.

Bedanken möchte auch ich mich an dieser Stelle beim Ausschussgeschäftsführer Herrn Göllner und bei Frau Dr. Riedinger vom Wissenschaftlichen Dienst für die juristische Unterstützung des Ausschusses. Beide haben im Hintergrund das Verfahren sehr konstruktiv bearbeitet und vorangetrieben.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Natürlich bedanke ich mich bei meinen Mitarbeitern in der Fraktion; denn ohne die hätten wir Abgeordnete die mehr als 200 Aktenbände und die unzähligen Fragenkataloge nicht so bewältigen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Barbara Ostmeier [CDU] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion bedauert es sehr, dass es in Jugendhilfeeinrichtungen in Schleswig-Holstein, für die wir Verantwortung tragen, zu einem Umgang mit Kindern und Jugendlichen hat kommen können, durch den diese gedemütigt, entwürdigt und verletzt worden sind.

Das, was uns die Zeuginnen über ihr Leben in den Einrichtungen des Friesenhofs berichtet haben, hätte nicht passieren dürfen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU, Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Vielen im Friesenhof untergebrachten Kindern und Jugendlichen ist großes Leid zugefügt worden, und wir setzen alles daran, dass sich so etwas in Schleswig-Holstein nie wiederholt.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir lehnen die in den Einrichtungen des Friesenhofs praktizierte Form von konfrontativer Pädagogik grundsätzlich ab.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unsere Vorstellung von Jugendhilfe umfasst nicht Aussitzen, Essensstrafen, Strafsport und das Wegsperrn von Kindern und Jugendlichen. In Schleswig-Holstein darf es keinen Platz für derartige Einrichtungen geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, der nunmehr vorliegende mehr als 1.000 Seiten umfassende Bericht enthält zum größten Teil geeinte Tatsachenfeststellungen. Ich empfehle daher allen, den Bericht des Ausschusses vollständig und genau zu studieren. Sie werden dann lesen können, dass es eine differenzierte und gut begründete Darlegung aller Tatsachenfeststellungen gibt, die das Ergebnis der Beweisaufnahme widerspiegeln und aus denen sich unsere Bewertung ableitet, Frau Kollegin Rathje-Hoffmann. Jeder hat dann die Möglichkeit, sich sein eigenes Urteil zu bilden. Ich bin aber sehr zuversichtlich, dass nach der Lektüre die Mehrheit der Leserinnen und Leser unsere Einschätzung teilen wird.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Bei juristischen Meinungen, Herr Kubicki, kennen Sie sich besser aus als ich.

Meine Damen und Herren, seit Bekanntwerden der Ereignisse in und um den Friesenhof hat Frau Ministerin Alheit schon wichtige Änderungen veranlasst:

Erstens. Die **Heimaufsicht** im Sozialministerium ist personell von sechs auf inzwischen zwölf Stellen aufgestockt worden. Um effiziente Heimaufsicht zu gewährleisten, braucht es genügend und vor allem **qualifiziertes Personal**. Das halte ich im Übrigen nicht für einen Fehler, Frau Rathje-Hoffmann.

Zweitens. Die **Verwaltungsabläufe** und das interne Meldewesen im Sozialministerium sind auf den Prüfstand gestellt und optimiert worden. Das Gleiche gilt für die Aktenführung.

Drittens wurden auf Bundesebene rechtliche Klarstellungen im **SGB VIII** angestoßen, insbesondere zu den Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten der Heimaufsicht.

Auch der Landtag hat auf die Ereignisse im Friesenhof reagiert. Bei der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten ist eine Ombudsstelle für die Kinder und Jugendlichen der Einrichtungen installiert worden. Diese wird gut angenommen und ist ein wichtiger Baustein, um das Wohl der Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen zu gewährleisten.

(Beifall SPD und SSW)

Auf Einladung des Sozialausschusses hat der **Runde Tisch** zur Situation der **Heimerziehung** in Schleswig-Holstein stattgefunden, der zu wesentlichen Erkenntnissen geführt hat.

(Beate Raudies)

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

All diese Maßnahmen aber waren nicht die Konsequenz des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss hat im Ergebnis allerdings die Notwendigkeit und Richtigkeit dieser Maßnahmen in vollem Umfang bestätigt.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu den wesentlichen Ergebnissen. Die Untersuchung ist durch die Oppositionsfraktionen mit dem erklärten Ziel betrieben worden, **politische Verantwortlichkeiten** zu klären. Ich möchte hier einmal aus der Pressemitteilung des Oppositionsführers vom 10. August 2015 zitieren, mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin. Dort heißt es:

„Dabei werden wir auch über politische Verantwortung reden, die sich nicht ... auf das Anliegen von Aktenordnern beschränkt.“

Dieses Ziel, meine Damen und Herren von der Opposition, haben Sie grandios verfehlt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Politische Verantwortlichkeiten sind auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse überhaupt nicht zu diskutieren. Ministerin Kristin Alheit und Staatssekretärin Anette Langner sind vollständig rehabilitiert, und es ist kein Wunder, dass Frau Rathje-Hoffmann mit keinem Wort auf diesen Punkt eingegangen ist. Das bestätigt unsere Aussage;

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

denn der Ausschuss hat kein fehlerhaftes Verhalten, kein Versäumnis der Ministerin oder der Staatssekretärin feststellen können. Der Ausschuss hat keine Hinweise dafür gefunden - das ist die zentrale Feststellung -, dass Ministerin Kristin Alheit oder Staatssekretärin Anette Langner vor dem 29. Mai 2015 irgendwelche Kenntnisse von möglichen Missständen in den Einrichtungen des Friesenhofs hatten. Mit anderen Worten: Hier ist, und zwar einvernehmlich, festgestellt worden, dass an den wesentlichen Vorwürfen, die die Opposition im Sommer 2015 gegen Ministerin und Staatssekretärin erhoben hat, nichts, aber auch rein gar nichts dran gewesen ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Ihre Schlussfolgerungen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, zu der mangelnden **Dienstaufsicht**, können Sie doch nicht wirklich ernst meinen.

(Zuruf CDU: Doch!)

Falls doch, hieße dieses nichts anderes, als dass in Ihrer Regierungszeit, also auch unter dem früheren Ministerpräsidenten Carstensen, in allen Ministerien, die alle nach den gleichen Vorgaben organisiert worden sind, auch die Dienstaufsicht mangelhaft gewesen wäre. Oder welcher Ihrer Minister hat Stichproben bis in die kleinsten Akten durchgeführt? - Das möchte ich gern einmal sehen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Dann können wir dazu einen Untersuchungsausschuss machen!)

Ich komme jetzt zu den wichtigsten Ergebnissen der Untersuchung:

Erstens. Ganz wichtig: Die **Heimaufsicht** hat engagiert und mit Ausnahme der zu weitgehenden, allerdings sehr detaillierten Auflagenverfügung vom 30. Januar 2015 rechtmäßig gehandelt. Sie hat also genau das getan, was von einer Verwaltung erwartet werden darf. Das haben sowohl der Zeuge Professor Dr. Schraper, ein ausgewiesener Fachmann auf dem Gebiet, als auch die vom Ausschuss bestellten Sachverständigen Professor Dr. Wiesner und Rechtsanwalt Mörsberger übereinstimmend bestätigt.

Zweitens. Es bedarf **gesetzlicher Klarstellungen** im **SGB VIII**, insbesondere hinsichtlich des Instrumentariums der Heimaufsicht, um diese mit den nötigen rechtlichen Mitteln zur Kontrolle und zum Eingreifen besser auszustatten.

Drittens bedarf es einer intensiveren **Beratung** der **Einrichtungsträger** bei Aufnahme der Tätigkeit, um möglichst frühzeitig Einfluss hinsichtlich der pädagogischen Ausrichtung nehmen zu können.

Viertens. Es bedarf einer ausdrücklichen Verbesserung der **Zusammenarbeit** zwischen den belegenden **Jugendämtern**, den örtlichen Jugendämtern am Sitz der Einrichtung und dem **Landesjugendamt**. Diese Zusammenarbeit muss auch einen umfassenden Informationsaustausch beinhalten. Das Ziel muss sein, dass jeder jeden über besondere Vorkommnisse informiert, ohne besondere Aufforderung.

Meine Damen und Herren, die Küstenkoalition will die Situation von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen verbessern. Darum haben wir auf der

(Beate Raudies)

Grundlage der Ergebnisse des **Runden Tisches** zur Situation der Heimerziehung einen Antrag in den Landtag eingebracht, um nachhaltige Veränderungen herbeizuführen. Leider haben nicht alle im Landtag vertretenen Fraktionen dieser Initiative zustimmen können. Die CDU hat gar aus formalen Gründen gegen den Antrag argumentiert, was wiederum zeigt, dass es Ihnen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, vielleicht nicht nur um das Wohl der Kinder bei dieser ganzen Angelegenheit ging.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, ob es dieses Parlamentarischen Untersuchungsausschusses bedurft hätte, ist zumindest fraglich. Gemessen an dem, was die Opposition erreichen wollte, gilt: Als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet. Wenn ich nun noch bedenke, welche Kosten dieser Parlamentarische Untersuchungsausschuss insgesamt verursacht hat, hätte das Geld vielleicht anderenorts besser angelegt werden können.

(Volker Dornquast [CDU]: Sie haben doch zugestimmt!)

Die wichtigen fachlichen Erkenntnisse und Verbesserungsvorschläge haben sich in den wertvollen Diskursen der Veranstaltungen des Runden Tisches ergeben.

(Beifall SPD)

Für dessen Arbeit möchte ich mich nochmals an dieser Stelle bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern und auch beim Vorsitzenden des Sozialausschusses, bei dir, lieber Peter Eichstädt, sehr herzlich bedanken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Hierauf aufbauend wollen wir weiter echte Veränderungen und Verbesserungen in der Jugendhilfe herbeiführen. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, zum Wohl der Kinder und Jugendlichen in Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es gleich zu Beginn in aller Deutlichkeit zu sagen: Für uns Grüne steht fest: Kinder und Jugendliche müssen vor Einrichtungen wie dem Friesenhof, deren Konzepte auf Druck und Zwang begründet sind, geschützt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Pädagogische Konzepte dieser Art lehnen wir ausdrücklich ab. Das, was wir über die Vorkommnisse im Friesenhof gehört haben, das, was uns die jungen Mädchen geschildert haben, ist unfassbar und darf sich nicht wiederholen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, PIRATEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss allerdings auf das Argument der CDU eingehen. Sie haben in Ihrer Stellungnahme ausgeführt, dass Sie lediglich die **konfrontative Pädagogik** des Friesenhofs ablehnten. Wir lehnen konfrontative Pädagogik ganz und gar ab. Können Sie sich da nicht einmal ein bisschen weiter bewegen? Das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein. Nicht nach dem, was wir hier gehört haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Noch ein Satz, gleich zu Beginn in aller Deutlichkeit: Wir alle bedauern zutiefst, dass die Mädchen und jungen Frauen in der Einrichtung durch die Gesetze, die wir hier gemacht haben, nicht besser geschützt worden sind. Deshalb werden wir uns weiterhin, und ich denke, da sind wir uns einig, für Nachbesserungen einsetzen.

Kollegin Raudies hat dies gerade schon sehr ausführlich berichtet, was alles auf den Weg gebracht worden ist. Es ist auch richtig, dass dies geschehen ist.

Ich sage eines in aller Deutlichkeit: Wenn Sie mir vor zwei Jahren gesagt hätten, dass es in Schleswig-Holstein eine Einrichtung gibt, in der Strafsport und 14 Tage Grünkohl essen praktiziert werden, so hätte ich es nicht für möglich gehalten. Einrichtungen, die das für Pädagogik halten, gehören nicht nur geschlossen, nein, sie sollten erst gar keine Betriebslaubnis bekommen. Das Kindeswohl muss über den wirtschaftlichen Interessen der Träger stehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, vereinzelt CDU und PIRATEN)

(Dr. Marret Bohn)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss allerdings auch der Kollegin Raudies recht geben: Das, was hier von Teilen der Opposition veranstaltet worden ist, ist reiner Theaterdonner. Das finde ich bei einem Thema wie diesem wirklich sehr bedauerlich. Diese Stellungnahmen haben bei diesem Thema nichts, aber auch wirklich gar nichts verloren.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Inhaltlich - da sage ich Ihnen nichts Neues - ist das, was wir hier besprochen haben, für diejenigen, die im Sozialausschuss die Akten sorgfältig gelesen haben und die sorgfältig zugehört haben, alles schon besprochen worden. Auch die Kritik und die Fragen, die an die Heimaufsicht und damit auch an das Sozialministerium gerichtet worden sind, und zwar zu Recht, sind aufgegriffen worden, und sie sind auch beantwortet worden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, konkrete Verbesserungsvorschläge von Ihrer Seite habe ich bis heute nicht gesehen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Alles, was ich gehört habe, ist eine politische Schlammschlacht, und ich finde, das ist in diesem Zusammenhang nicht angemessen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich dachte bis vorhin, wir seien uns einig darin, dass das Personal, das eine so wichtige Aufgabe im Bereich des **Landesjugendamtes** ausübt, so aufgestellt sein muss, dass es die Aufgabe auch schaffen kann. Deswegen kann ich für uns Grüne sagen: Wir begrüßen es ganz ausdrücklich, dass das Personal von vier auf zwölf Stellen aufgestockt worden ist. Das ist nach allem, was wir gehört haben, richtig und dringend erforderlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Kinder und Jugendliche in einer Einrichtung der stationären Jugendhilfe leben und nicht bei ihren Eltern leben können, dann kann es auch einmal zu Problemen kommen. Daher finde ich es gut und richtig, dass wir eine Ombudsstelle eingerichtet haben, die sich für die Kinder einsetzt und sie berät.

Ein weiterer Punkt, der einmal kurz gestreift worden ist, ist die neue Kinder- und Jugendhilfeverordnung. Es ist richtig, dass jetzt klare Regelungen gerade für Einrichtungen wie den Friesenhof und **Mindestpersonalschlüssel** bestehen. Es war doch genau eines der Probleme, das wir im Sozialausschuss schon debattiert hatten, dass es auch am Per-

sonalmangel gelegen hat, der zeitweise dort herrscht hat. Ich finde es richtig, dass wir das gemacht haben. Ich finde es richtig, dass Einrichtungen dieser Art einen Mindestpersonalschlüssel haben. Das stärkt den Schutz der Kinder und Jugendlichen, und das ist auch richtig so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Grünen haben uns im Rahmen der Küstenkoalition erfolgreich für die Kinder und Jugendlichen eingesetzt, die **sogenannte Grenzgänger** sind. Auch da hätte ich mir von einigen Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition wirklich mehr Unterstützung gewünscht. Ich muss auch sagen, das war bisher eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen - das haben uns die Fachleute am Runden Tisch genau erklärt -, die nicht so gut aufgehoben war. Sie gehören nicht in eine Kinder- und Jugendpsychiatrie. Sie können aber auch nicht in einer herkömmlichen Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe leben. Deswegen ist es richtig, dass wir dieses Projekt auf den Weg gebracht haben. Ich freue mich darüber, dass wir uns in der Küstenkoalition darüber einig waren. So geht es, und so müssen wir es auch weitermachen.

Ausdrücklich möchte ich mich noch einmal beim Kollegen Peter Eichstädt bedanken. Für den Runden Tisch und alles, was du da auf den Weg gebracht hast, vielen Dank, lieber Peter!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über die **Verbesserungen** in der **Kinder- und Jugendhilfe** sprechen, müssen wir über den Qualitätsdialog, aber auch über Steuerungsmöglichkeiten, also darüber reden, wie es umgesetzt werden kann. Für uns Grüne war ein Punkt ganz besonders wichtig: das sind anlassunabhängige, unangekündigte Kontrollen. Diese halten wir für besonders wichtig. Die Kommunikation muss verbessert werden. Ich hatte gerade eben doch den Eindruck, dass wir uns in diesem Punkt einig sind. Auch die Fort- und Weiterbildung für Führungskräfte muss gewährleistet werden. Ein Punkt ist dem Kollegen Flemming Meyer - er wird bestimmt gleich noch darauf eingehen - und mir auch noch besonders wichtig. Das ist die Beschulung der Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen. Wir brauchen Sozialraumkonzepte, und ein Dialog für die Weiterentwicklung in dem Bereich muss auch eine Strategie gegen den Fachkräftemangel entfalten. Jeder einzelne dieser Punkte ist ein Baustein für einen besseren Kinder- und Jugendschutz. Deswegen werden wir alles dafür tun, dass jeder einzelne dieser Punkte auch umgesetzt wird.

(Dr. Marret Bohn)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt komme ich noch einmal zu den Stellungnahmen der CDU. Es handelt sich um ein paar Seiten Zusammenfassung. Ich muss sagen, auch im Zusammenhang mit der Abstimmung zum Runden Tisch verstehe ich Ihr Verhalten nicht. Ich fand es schon ein wenig verwirrend. Die Kollegin Ostmeier argumentierte in die eine Richtung, die Kollegin Rathje-Hoffmann in die andere Richtung. Ich hätte mir wirklich gewünscht, dass Sie bei dem Thema über Ihren schwarzen Schatten gesprungen wären und mit uns zusammen darüber abgestimmt hätten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Ergebnis des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses bleibt für uns Grüne festzuhalten: Es ist gut, dass die Einrichtung, um die es geht, geschlossen worden ist. Es ist richtig, dass es Verbesserungen für den Kinder- und Jugendschutz gegeben hat. Es ist unsere Aufgabe, den Kinder- und Jugendschutz weiterhin zu verbessern.

Zum Abschluss - wie immer - etwas versöhnlichere Worte. Ich möchte mich ganz ausdrücklich bei allen Kolleginnen und Kollegen, insbesondere bei Frau Ostmeier und Jürgen Weber, sowie bei Frau Dr. Riedinger und den Kolleginnen und Kollegen unseres PUA-Teams und Herrn Göllner für die gute Zusammenarbeit bedanken. - Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit dem Versöhnlichen anfangen, Frau Kollegin Bohn, und mich auch bei allen Mitarbeitern und Teilnehmern der Landtagsverwaltung im Untersuchungsausschuss, aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen bedanken, auch meiner eigenen, die wirklich sehr intensiv gearbeitet haben, allen voran dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden von Gruner + Jahr, meinem Anwaltskollegen Dr. Bernd Buchholz, der uns im Rahmen einer aus seiner Sicht prekären Beschäftigungssituation mit Rat und Tat zur Seite gestanden hat.

(Beifall FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zitat:

„Der Betreuer kam oft herein, hat uns angeschrien, und dann wurden wir halt wieder auf den Boden gedrückt oder gegen die Wand gehauen.“

Das hat die Zeugin Denise K. vor dem Untersuchungsausschuss gesagt. Zitat:

„Unsere Briefe wurden alle gelesen, und weil ich meiner Mama geschrieben hatte, dass wir Strafsport machen mussten, wurde der Brief nicht abgeschickt.“

Das hat die Zeugin Rebecca R. vor dem Untersuchungsausschuss gesagt. Zitat:

„Ich kenne zwar den Knast nicht von innen, aber für mich war das schon Knast. Ich glaube, die Menschen im Knast haben es sogar besser als wir dort gehabt.“

So hat Denise K. ihre Situation im Friesenhof beschrieben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Erste Parlamentarische Untersuchungsausschuss hat Zustände in einer Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung in unserem Land nachgewiesen, die nicht nur Ministerin Alheit und Staatssekretärin Langner ausweislich ihrer Stellungnahme tief betroffen gemacht haben. Schutzbedürftigen Mädchen ist Leid zugefügt worden. Um diese Mädchen und diese Kinder geht es hier, nicht um die Aktenordnung, Herr Ministerpräsident, und nicht um formal wohl noch korrektes Verwaltungshandeln, Frau Ministerin Alheit. Es geht darum, ob wirklich alles getan wurde, um diese Missstände umgehend zu beenden, und vor allem darum - das sollte uns alle in diesem Haus hoffentlich einen -, wie wir zukünftig sicherstellen, dass sich Derartiges nicht in anderen Einrichtungen in unserem Land wiederholen kann.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vorab ist festzustellen: Es haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Ministerin Alheit oder Staatssekretärin Langner vor dem 29. Mai 2015 über Vorkommnisse oder Besonderheiten im Zusammenhang mit dem Friesenhof Kenntnis erlangt haben. Allerdings - das sage ich ausdrücklich - wäre eine frühere Information geboten gewesen. Sie ist unterblieben, weil die Meldekette im Ministerium mehrfach versagt hat.

Herr Kollege Dr. Stegner, wenn ein Untersuchungsausschuss auch zur Entlastung beitragen kann, so ist das nicht verwerflich, sondern eigentlich auch

(Wolfgang Kubicki)

die Aufgabe des Untersuchungsausschusses. Es geht nicht nur darum, etwas Belastendes zu finden, sondern auch darum, Leute im Zweifel von einem Vorwurf, von einem Verdacht freizusprechen.

(Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Die FDP-Fraktion hat im Verlauf der Untersuchungen festgestellt, dass die Vorgänge um den Friesenhof und deren Aufarbeitung durch den Untersuchungsausschuss alle Beteiligten, auch die Verantwortlichen im Ministerium, zusätzlich sensibilisiert haben und dass heute ein konsequenteres Eingreifen gegenüber Trägern stattfindet. Das, Frau Ministerin Alheit, begrüßen wir im Interesse der Kinder und Jugendlichen ganz ausdrücklich. Es war allerdings eine notwendige Reaktion, eine, die nach unserer Auffassung auch schon früher auf der Basis des geltenden Rechts gegenüber dem Friesenhof möglich gewesen wäre.

Angesichts der Tatsache, dass auch die Frau Ministerin die Zustände im Friesenhof im Nachhinein ausdrücklich bedauert, mutet es wie eine Groteske an, dass die **Koalitionsfraktionen** im **Abschlussbericht** eigentlich nichts Schlimmes feststellen konnten. Die Situation in der Einrichtung sei - Zitat - „recht diffus“ geblieben, und Kindeswohlgefährdungen habe man nicht feststellen können, Frau Kollegin Bohn, weil man nicht im Einzelnen nach konkretem Datum, konkretem Ort, Ablauf und den jeweiligen Beteiligten einzelne Sachverhalte ermittelt habe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sich die Augen ganz fest zuhält, der kann auch nichts sehen. Selbst wenn Sie definitorisch **Kindeswohlgefährdungen** für Träger einer Jugendhilfeeinrichtung nach dem SGB allein am Maßstab des § 1666 BGB messen wollen, einem Maßstab, den die Familienrichter beim Entzug des Sorgerechts gegenüber den leiblichen Eltern eines Kindes anlegen müssen, würde Ihnen angesichts der Fülle von unterschiedlichen erniedrigenden Erziehungsmethoden, die der Ausschuss zur Kenntnis nehmen musste, angesichts der vielen Aussagen von Betreuten und Betreuern zu Übergriffen und angesichts der Vielzahl von Tatsachen, die eine entwürdigende und auf Zwang basierende Erziehungspraxis im Friesenhof verdeutlichen, nach meiner festen Überzeugung fast jeder Familienrichter das Vorliegen einer insgesamt Kindeswohlgefährdenden Situation attestieren.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Regelhafte körperliche Kontrolle der Betreuten bei Aufnahme durch Entkleiden bis auf die Unterwäsche - durch den Rechtsbeistand der Trägerin zuge-

standen -; freiheitsbeschränkende Maßnahmen gegen Entweichen durch wiederholtes Abschrauben von Fenstergriffen und Wegnahme der Schuhe; regelhafte inhaltliche Kontrolle ausgehender Post bei gleichzeitiger Kontaktsperre zu den Eltern durch Lesen aller Briefe; regelmäßiges Abhalten von Gruppensitzungen über Stunden, in denen Betreute teilweise intime Details der eigenen Biographie in bloßstellender Weise vor Dritten vortragen mussten; Strafsport; Isolierung; körperliche Gewalt durch Fixierungen; Wegnahme persönlicher Gegenstände; Pflicht zum Tragen von Einheitskleidung und Einheitsfrisur; Einschüchterung und Bedrohung durch verbale Gewalt von Betreuern - und das alles in erheblicher Abweichung zur Konzeption der Einrichtung und ohne eine genügende Anzahl von Fachkräften und qualifiziertem Personal. Und Sie können Kindeswohlgefährdungen nicht sehen?

Ich finde es beschämend, wie Sie durch Ihre Relativierungen und Verniedlichungen im Abschlussbericht die Mädchen verhöhnen und ein zweites Mal zu Opfern machen.

(Beifall FDP und CDU)

- Ja, so ist es. - Eine gewisse Zeit hatte ich das Gefühl, die **Trägerin** des Friesenhofs könnte anwaltlich nur ungenügend vertreten sein. Erst nach Vorlage der Bewertung durch SPD, Grüne und SSW und der Aussage des derzeitigen Rechtsbeistandes der Trägerin, dass Ihre Feststellungen seine Klage gegen das Land stützten - das muss man sich einmal vorstellen! -, ist mir klar geworden, dass Sie sich zu Anwälten der Trägerin und damit zu Anwälten dieser furchtbaren Erziehungsmethoden gemacht haben.

Da ist es kein Wunder, dass die Koalitionsfraktionen auch am Verhalten der **Heimaufsicht** nichts auszusetzen haben. Bis auf die Tatsache, dass eine Auflagenverfügung zu abstrakt und generalisierend formuliert war, hat die Heimaufsicht alles richtig gemacht. - Aha!

Wir haben uns als FDP-Fraktion um ein differenziertes Bild bemüht. Um eines vorweg deutlich zu sagen: Positiv war und ist festzustellen, dass die Heimaufsicht auf alle Hinweise und Beschwerden durch Rückfragen und einige örtliche Prüfungstermine reagiert hat. Eine „Kultur des Wegsehens“, wie sie Kollege Dudda von den PIRATEN behauptet, konnten wir nicht erkennen.

Allerdings hat sich die Heimaufsicht mit den relativierenden und bestreitenden Stellungnahmen der Trägerin und deren Rechtsbeistand in aller Regel zufriedengegeben. Dies mag, wie es die Gutachter

(Wolfgang Kubicki)

im Ausschuss festgestellt haben, formal noch korrekt gewesen sein. Auch die FDP-Fraktion bestreitet nicht, dass die Gutachter attestiert haben, dass die Heimaufsicht nicht anders hätte handeln müssen.

Die Frage aber lautet: Ist wirklich alles getan worden, um die Missstände in der Einrichtung so früh wie möglich zu beenden? Anders gefragt: Hätte die Heimaufsicht auch anders handeln können? Und diese Frage beantwortet meine Fraktion mit einem eindeutigen Ja.

Wir haben uns die Mühe gemacht, im Abschlussbericht darzulegen, wo wir die **Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten** gesehen haben. Dies betrifft eine intensivere Aufklärung der Zustände in der Einrichtung, insbesondere aufgrund der sich ab Herbst 2013 massiv verdichtenden Beschwerden und Hinweise, eine konsequentere Erteilung und Durchsetzung von konkreten Auflagen, eine frühzeitigere Gesamtschau auf die Zustände in der Einrichtung statt einer nur singulären und isolierten Betrachtung von Einzelvorkommnissen und eine juristisch präzisere und fundiertere Bearbeitung. Ein solches Vorgehen hätte der Heimaufsicht die Möglichkeit gegeben, deutlich früher als erst im Sommer 2015 gegenüber der Trägerin einzuschreiten. Und nur darauf kann es doch ankommen. Dies bedeutet auch - dies kann auch in völliger Übereinstimmung mit den Gutachtern festgestellt werden -, dass ein Widerruf der Betriebserlaubnis auch früher hätte erfolgen können.

Dies führt mich abschließend zu einer weiteren Feststellung: Wer nach den Vorgängen im Friesenhof sofort reflexartig nach **Gesetzesänderungen** ruft, wie wir das ansonsten nur aus dem Bereich der inneren Sicherheit kennen, der will gemeinhin nur von Vollzugsdefiziten ablenken.

Natürlich kann man die Forderung erheben, anlasslose örtliche Prüfungen von Einrichtungen nach § 46 Absatz 1 SGB VIII ausdrücklich zu ermöglichen. Aber im vorliegenden Fall hätten sie nichts verändert; denn Kontrollen und daraus resultierende Erkenntnisse gab es ja genug, nicht aber genügende Konsequenz in der Aufklärung und der Durchsetzung von Maßnahmen gegenüber dem Träger.

Und auch auf der Grundlage des geltenden Rechts kann man bei der Prüfung der Konzeptionen von Einrichtungen einen individuellen Personalschlüssels festlegen und durchsetzen, zumindest einmal überprüfen, ob ausreichend Fachpersonal vorhanden ist. Wer als Konsequenz aus diesem Untersuchungsausschuss nur auf Gesetzesänderungen

startet, der wird eine Wiederholung des Falles Friesenhof nicht verhindern können.

(Beifall FDP und CDU)

Ich sage ausdrücklich - dies gilt auch für meine Fraktion -: Ich bin tatsächlich froh, dass das Personal der Heimaufsicht aufgestockt worden ist, weil das mehr Kontrollen und mehr Durchsetzungsfähigkeit sicherstellen kann.

Bleibt zu hoffen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass durch den Untersuchungsausschuss und die dadurch erfolgte Sensibilisierung des Ministeriums und der Heimaufsicht ein konsequenteres Eingreifen gegenüber Trägern und damit eine veränderte Verwaltungspraxis erzeugt wurde. Im Interesse der untergebrachten Kinder wäre das viel wert.

Ich wünsche mir, dass Vorfälle wie im Friesenhof in Schleswig-Holstein künftig tatsächlich ausgeschlossen sind. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat nun der Kollege Wolfgang Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich zunächst bedanken, allen voran bei der Kollegin Ostmeier und beim Kollegen Weber. Insbesondere dann, wenn uns die Anwälte das Handwerk nicht ganz einfach machten, Fragen nicht zulassen wollten und es zu juristischen Streitereien kam, haben sie durch Ihre ruhige Verhandlungsleitung dazu beigetragen, dass wir überhaupt verhandeln konnten, dies auch unterstützt durch Frau Riedinger und alle anderen Mitarbeiter des Wissenschaftlichen Dienstes. - Dafür vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Das Gleiche trifft aber auch auf alle Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen zu, mit denen ein sachliches Arbeiten über die 62 Sitzungen durchweg möglich war, mit denen wir uns immer vernünftig verständigt haben und ein vernünftiges Beratungsklima hatten.

Ich möchte auch den Mitarbeitern des Landtags danken, die, wie Frau Ostmeier bereits angedeutet hat, uns bis spätabends zur Verfügung standen, herausgehoben Herrn Göllner, der das Chaos der Akten so gut verwaltet hat, sodass wir alle gut durch-

(Wolfgang Dudda)

gefunden haben. Das war eine bemerkenswerte Leistung.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Damit bin ich bei meiner ersten Bemerkung, Frau Raudies, ich finde, dass jeder Cent, der in diesen Untersuchungsausschuss investiert worden ist, berechtigt ist, weil dieser Untersuchungsausschuss zumindest zwei Dinge hervorgebracht hat. - Die anderen werde ich im Laufe meiner Rede noch erwähnen.

Dieser Untersuchungsausschuss führt dazu, dass in nächster Zeit wohl kein Ministerium **Überlastungsanzeigen** ungehört lassen wird. Wenn die Aufgabe einfach nicht erfüllt werden kann und Hilferufe zu einem Ministerium kommen, so werden diese, ganz gleich in welchem Ministerium, zumindest eine Zeitlang wohl ernster genommen.

Genauso verhält es sich mit den Trägern der Einrichtungen à la Friesenhof. Sie sind so abgeschreckt, dass wir für sie als Standort mit Sicherheit eine Weile uninteressant sind. Deshalb verstehe ich auch die Worte der Kollegin Ostmeier so, dass dieser Bericht kein Abschluss ist, sondern ein Anschluss, dass wir wachsam sind, damit sich solche Dinge bei uns im Land nie wiederholen.

Wir haben im Laufe der Zeit eine Menge Fachleute, Experten und sogenannte Experten gehört, darunter so skurrile Figuren wie den Herrn Kannenberg oder auch tatsächlich wissenschaftliche Gutachter. Einer davon ist Professor Dr. Schraper. Er hat in einem Aufsatz mit dem Titel „Wie aus Kindern mit Schwierigkeiten ‚schwierige Fälle‘ werden“ eine Feststellung getroffen, die ich symptomatisch und bemerkenswert für das finde, was hier passiert ist. Ich zitiere aus seinem Aufsatz wörtlich:

„In den sogenannten ‚schwierigen‘ Fällen gelingt (die Kooperation zwischen unterschiedlichen Trägern und Institutionen) offensichtlich in dem Maß immer weniger, in dem Fälle und Situationen eskalieren ... Sich anbahnende Eskalationen führen dazu, dass sich die beteiligten Organisationen und Systeme zunehmend auf die eigenen Grenzen und Zuständigkeiten zurückziehen, eine Negativbewertung der Kooperationspartner vornehmen und weniger ‚lösungsorientiert‘ denken und kooperieren.“

Das haben wir auch festgestellt. Es gab immer Schuldzuweisungen zwischen Jugendämtern und zwischen dem Friesenhof und allen, und man hat sich auf seine eigene Insel zurückgezogen.

Diese Feststellung passt nicht nur zu den Vorgängen, die Gegenstand des Untersuchungsausschusses waren. Sie findet ihre Fortsetzung auch in den Bewertungen nahezu aller Fraktionen. Statt Verantwortung zu übernehmen oder sie zumindest klar zu benennen, wird auch hier weiter in Dimensionen von Zuständigkeiten diskutiert und werden vor allem auch die **Grenzen von Zuständigkeiten** betont. Das ist angesichts des Ergebnisses, das wir eigentlich erzielen wollten, nicht ausreichend.

(Beifall PIRATEN)

So stehen wir heute hier und stellen alle miteinander betroffen fest, was in den Einrichtungen des Friesenhofs alles möglich war - dies ist mehrfach beschrieben worden - und was den dort untergebrachten Kindern und Jugendlichen angetan wurde, bedauern aber gleichzeitig, dass angeblich rechtlich nicht mehr möglich gewesen sei. Die Schuld trifft nicht Schleswig-Holstein, sondern den uneinsichtigen Gesetzgeber in Berlin.

Mit dieser Einstellung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir nichts ändern, und es wird sich bei uns nichts ändern.

(Beifall PIRATEN)

Der nächste Friesenhof-Untersuchungsausschuss droht uns, wenn wir nicht mehr **Verantwortung** übernehmen wollen.

Ich will noch einmal daran erinnern: Es gibt 3.500 Kinder mit einer sogenannten milieufernen Erziehung. Wir haben eben schon gehört, dass das alles andere als gut ist. 3.000 Kinder aus Schleswig-Holstein können milieunah erzogen werden. Das sind Zahlen, die der Runde Tisch festgestellt hat. Wir müssen etwas dagegen tun, dass milieufern erzogen wird, auch vor dem Hintergrund, dass es den Kindern nichts nützt und dass wir gar nicht genug überwachen können.

(Beifall PIRATEN)

Insoweit heißt es also auch noch einmal, Verantwortung zu übernehmen und genau hinzuschauen, ob wir diesen Umstand nicht verändern können.

Wir müssen klar sagen: Das Land hat versagt, nicht irgendeine Person, nicht irgendeine Regierung, sondern das Land insgesamt.

(Beifall PIRATEN)

Es führt auch keine politische Ideologie und keine andere Begründung daran vorbei, dass unter der Aufsicht des Landes Kinder und Jugendliche eingesperrt wurden, ihrer Freiheit beraubt und psychisch

(Wolfgang Dudda)

wie physisch misshandelt worden sind. Dafür ist das Land verantwortlich, denn dem Land sind diese Kinder ja anvertraut worden.

Im Friesenhof waren Türen und Fluchtwege verschlossen, die Fenster waren nicht nur vergittert und verschlossen, sie waren teilweise sogar verschraubt. Das bezeugt unzweideutig einen dauerhaften Einschluss der Mädchen, die ohnehin schon nach dem Konzept frühestens nach einem halben Jahr Ausgang hatten, sofern sie ihn sich verdient hatten. Wer angesichts dessen ernsthaft in Abrede stellen will, dass die Kinder und Jugendlichen im Friesenhof eingesperrt, mithin de facto geschlossen untergebracht waren, kann nicht ernsthaft von einem Aufklärungsinteresse bei sich selbst sprechen; dem geht es nur darum, Verantwortung abzuschieben.

(Beifall PIRATEN)

Bemerkenswerterweise gibt es Bundesländer, in denen das **Landesjugendamt** konsequenter vorgehen kann. Es wird auch konsequenter vorgegangen, obwohl dort das gleiche **Bundesrecht** gilt. Wenn man sich mit deren Amtsleitern unterhält, erfährt man, wenn dort in einer Einrichtung die Fachkräftequote nicht stimmt, bekommt der Träger eine Frist von maximal vier Wochen, um entweder die Zahl der Fachkräfte der Anzahl der betreuten Kinder anzupassen oder umgekehrt die Zahl der betreuten Kinder der Anzahl der Fachkräfte. Dort gilt: Ein Unterschreiten der Fachkräftequote ist Kindeswohlgefährdung. Stellt ein Träger dies nicht ab, sind nach Auffassung anderer Landesjugendämter die Voraussetzungen für den Entzug einer Betriebserlaubnis gegeben. Es wird also andernorts konsequenter gehandelt und konsequenter wahrgenommen.

(Beifall PIRATEN)

Deren rechtliche Einschätzung deckt sich übrigens bemerkenswert gut mit der einschlägigen Kommentierung von Professor Dr. Wiesner und Herrn Mörsberger, die sich in ihrem Kommentar sogar auf die bisherige Rechtsprechung beziehen.

Das wiederum passt nahtlos damit zusammen, dass man die Schadensersatzentscheidungen wegen eines unberechtigten Widerrufs der Betriebserlaubnis vergebens sucht. Es gibt solche Entscheidungen nicht. Solche waren auch unserem Landesjugendamt nicht bekannt. Denn dort diskutierte man zwar auch anhand einer verwaltungsgerichtlichen Entscheidung, ob man im Fall Friesenhof die Betriebserlaubnis widerrufen könne, allerdings ging es in der Entscheidung nicht etwa um Kinderheime, sondern - Zynismus pur - um eine Pelztierfarm. Diese

Entscheidung sollte Rat geben, ob man einen Regress zu befürchten hätte oder nicht.

Warum aber geht anderswo in Deutschland, was bei uns nicht geht? - Ganz einfach: Das geht, weil man dort den Kinderschutz nicht in Wahlkampf- oder sonstige wohlfeile Sonntagsreden schreibt, sondern ganz konkret in Erlasse und Dienstanweisungen geschrieben hat, die haarklein umzusetzen sind. In Schleswig-Holstein hingegen zieht sich etwa Frau Ministerin Alheit darauf zurück, zwei Gutachter hätten dem Sozialministerium bescheinigt, alles richtig gemacht zu haben. Das allerdings ist eine unzulässige Verkürzung und teilweise auch eine Umkehrung der gutachterlichen Ergebnisse. Tatsächlich hat Professor Dr. Schrapper festgestellt: Gerade in dieser letzten Etappe - damit meint er die Zeit ab Januar 2015 - wird „deutlich, dass das Handeln der ‚Heimaufsicht‘ ... nicht ausreichend ‚rechtssicher‘ in der Auslegung und Konkretisierung des gesetzlichen Handlungsrahmens einer ‚Heimaufsicht‘ gemäß §§ 45 ff SGB VIII gestaltet werden konnte.“

Professor Dr. Wiesner und Herr Mörsberger haben anlässlich der Erläuterung ihres Gutachtens wiederholt betont, dass ihre Aussage, die Heimaufsicht habe sich im Rahmen des rechtlich Möglichen gehalten, explizit nicht bedeute, dass nicht noch mehr möglich gewesen wäre. In einem Interview der „taz“ zu dem im Untersuchungsausschuss erstatteten Gutachten wurde Herr Mörsberger gefragt, ob er das Vorgehen der Heimaufsicht als juristisch korrekt bewerten und sogar Vorwürfe gegen die Einrichtung in Zweifel ziehen würde. Dies verneint er ausdrücklich und stellt fest:

„Im Nachhinein spricht viel dafür, dass ein früheres Intervenieren besser gewesen wäre.“

(Beifall PIRATEN - Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

Dabei muss man anmerken, dass keiner der beiden Gutachter näher darauf eingeht, wie verriegelt und verschlossen sich gerade das Mädchen camp Nanna wiederholt präsentiert hatte. Dass sich Wiesner/Mörsberger sogar in offenem Widerspruch zu ihrer eigenen, bereits vorhin erwähnten Kommentierung zum SGB VIII gesetzt haben, als sie trotz unzweifelhaft festgestellter dauerhafter und teils massiver Unterschreitung der Fachkräftequote keine frühzeitige Kindeswohlgefährdung im Friesenhof erkennen wollten, habe sicher nicht nur ich als überraschend empfunden.

(Beifall PIRATEN)

(Wolfgang Dudda)

Die Antwort auf die Frage, warum unsere Heimaufsicht nicht tätig geworden ist, habe ich vorhin schon angedeutet: Nach übereinstimmender Bekundung aller Mitarbeiter der Heimaufsicht und auch der Aktenvermerke befürchtete man, dass ein Entzug der Betriebserlaubnis einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten könnte und in der Folge das Land von Frau Janssen mit riesigen **Schadensersatzforderungen** überzogen würde. Das hat auch Frau Katja Rathje-Hoffmann angeführt.

Da ist der Punkt, wo ich sauer werde, wenn nämlich finanzielle, wirtschaftliche Erwägungen stärker berücksichtigt werden als das Kindeswohl, läuft hier etwas falsch und ist etwas nicht richtig. Das ist hier über Jahre hinweg so geschehen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Nach einem Aktenvermerk der sozialpädagogischen Mitarbeiter will man seit 2011 erkannt haben, dass der Friesenhof etwas Besonderes im negativen Sinn ist. Bereits im Herbst 2014 regte der zuständige Sachbearbeiter an, über einen Entzug der Betriebserlaubnis nachzudenken. Doch unternahm man nichts, weil man meinte, nicht hinreichend sicher ausschließen zu können, dass das Land regresspflichtig gemacht wird.

Noch etwas hat mich zutiefst erschreckt: Dass es im Friesenhof unter den Augen des Landesjugendamts möglich war, alle dort untergebrachten Kinder und Jugendliche über viele Monate hinweg in der Einrichtung einzusperrern, ihre Briefe und Telefonate zu kontrollieren und sie nach Gutdünken einzubehalten oder auch abzubrechen. Alle teils deutlichen und auch fachkundigen Hinweise wurden zwar bearbeitet, nicht aber ernsthaft verfolgt. Nur bei zwei der Mädchen, die in all den Jahren untergebracht waren, hatte ein Richter geprüft und verfügt, dass sie unter **freiheitsentziehenden Bedingungen** untergebracht werden dürfen.

Denn auch wenn es tatsächlich pädagogische Rechtfertigungen für solche Einrichtungen geben sollte - was ich zu bezweifeln wage -, sind sie nur rechtmäßig, wenn ein Richter nach Prüfung des Falles und Begutachtung des Kindes oder der Jugendlichen den Einsatz erlaubt.

(Beifall PIRATEN)

Diesen Aufwand ersparte der Friesenhof den Jugendämtern, die ihn belegten. Das Landesjugendamt nahm das hin. Das ist das Fazit dieses Ausschusses.

Alle Untersuchungsausschüsse, alle Runden Tische und alle Gesetzesinitiativen bleiben wirkungslos,

wenn wir nicht bereit sind, den Schutz und das Wohl der unter unserer Aufsicht untergebrachten Kinder an oberste Stelle zu setzen. Solange wir uns das und die Fehler, die gemacht wurden, nicht komplett eingestehen, wird der Friesenhof kein Einzelfall bleiben.

Ich danke der Kollegin Ostmeier noch einmal für den Einstieg in ihrer Rede, dass das hier ein Anstoß ist und kein Abschluss und wir auch künftig hinschauen müssen. Ich danke noch einmal allen und möchte zum Abschluss sagen, bevor wir uns ausruhen: Der Anstoß für die ganze Geschichte hier kam aus Hamburg. Wir waren dazu nicht in der Lage. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Kollegen und Kollegin des SSW erteile ich nun Herrn Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Auch ich möchte mich sowohl bei der Vorsitzenden, Barbara Ostmeier, als auch beim stellvertretenden Vorsitzenden, Jürgen Weber, bedanken. Mein Dank gilt auch dem Geschäftsführer, Herrn Göllner, und Frau Riedinger. Ich schließe mich auch dem Dank an alle Mitarbeiter der Fraktionen für eine gute Arbeit an.

(Beifall)

Der **Untersuchungsausschuss** ist ein wichtiges Instrument unserer **parlamentarischen Demokratie**. Er ermöglicht es der Opposition, aktiv zur Aufklärung von eventuell politischem Fehlverhalten einer Regierung beizutragen. Das ist gut so. Denn alles, was das Parlament an Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Regierung wahrnehmen kann, stärkt die Demokratie.

Demokratie darf natürlich auch etwas kosten. Was aber nicht geht, ist die Nutzung eines Untersuchungsausschusses zur parteipolitischen Profilierung. Das wäre Missbrauch von Steuergeldern.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hatten den politischen Auftrag, die Vorgänge rund um den Friesenhof zu untersuchen und unsere Schlüsse daraus zu ziehen, und zwar in dieser Reihenfolge. Diesen Auftrag habe ich nach bestem Wissen und Gewissen versucht abzarbeiten. Die

(Flemming Meyer)

politische Aufklärung und das Wohl der jungen Leute standen dabei für mich immer im Mittelpunkt.

Dass an den Vorwürfen der Opposition gegenüber der Ministerin nichts dran war, wurde schnell klar. Die Ministerin hatte, nachdem ihr die Vorfälle bekannt wurden, beeindruckend schnell und mit umfassenden Maßnahmen reagiert.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die Vorgänge im Friesenhof selbst betrifft, hätte auch ich mir am Ende der Untersuchung mehr **Erkenntnisse** gewünscht. Insgesamt können wir aus den uns bisher vorliegenden Erkenntnissen nur punktuelle und in vielen Fällen keine eindeutigen oder abschließenden Feststellungen treffen. Vor allem scheint es mir nicht angebracht zu sein, sich aus unterschiedlichen und teilweise widersprechenden Aussagen und Akten nur die Informationen herauszupicken, die einem in das politische Konzept passen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass die Opposition das in ihren Bewertungen zum Abschlussbericht teilweise macht, entspricht in Teilen auch deren Arbeitsweise im Ausschuss selbst. Wie weit der Anspruch der Opposition, zu einer glaubwürdigen Aufklärung beizutragen, und seine Umsetzung auseinandergelaufen sind, möchte ich an drei Beispielen deutlich machen.

Erinnern wir uns an den Juli 2015: Wenige Tage, nachdem die Opposition ihre Absicht zur Einrichtung eines PUA öffentlich gemacht hat, stellt Frau Rathje-Hoffmann, CDU, in ihrer Pressemitteilung vom 7. Juli 2015 hierzu fest:

„Das Parlament muss die Heimaufsicht vom Kopf auf die Füße stellen - die Ministerin ist dazu offensichtlich nicht in der Lage ... Wofür gibt es in diesem Ministerium eigentlich Vorgesetzte? ... Da hat jede Kontrolle versagt.“

Was hier geschieht, ist nicht etwa das Formulieren einer kritischen Frage, sondern die Schuldzuweisung an die und die Vorverurteilung der Ministerin. Wenn aber das Ergebnis der Untersuchung schon vorher feststeht, warum wurde dann überhaupt ein Ausschuss eingesetzt?

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dieser Vorverurteilung ist die CDU-Obfrau Rathje-Hoffmann in den Ausschuss hineingegangen und auch wieder herausgekommen, obwohl der Ministerin kein politisches Fehlverhalten vorzuwerfen ist.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die FDP und ihren Obmann Wolfgang Kubicki betrifft, möchte ich auf einen Schnellschuss in der Pressemitteilung vom 13. Juni 2016 und der anschließenden Berichterstattung in den „Kieler Nachrichten“ vom 14. Juni 2016 aufmerksam machen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Schnellschuss und Kubicki hat es noch nie gegeben! Das allein ist schon ein Widerspruch!)

Der Rechtsbeistand der ehemaligen Leiterin der Heimaufsicht hatte damals dem Ausschuss berichtet, dass die Hausspitze von einer „Staatssekretärin Frau Dr. Duda“ über alles informiert worden sei. Daraus wurde in der Pressemitteilung der FDP dann Folgendes:

„Wenn die Aussage stimmen sollte, dass alle relevanten Informationen an die Hausspitze, Frau Dr. Duda und Staatssekretärin Langner, weitergeleitet wurden, dann kommt Ministerin Kristin Alheit ... in erhebliche Erklärungsnot.“

(Zurufe FDP)

Soweit ich mich entsinne, gibt es weder eine Staatssekretärin Dr. Duda, noch wurde der Name Langner erwähnt. Dass es sich um eine Namensverwechslung handelte, können Sie den „Kieler Nachrichten“ vom 14. Juni 2016 entnehmen. Der Rechtsbeistand hatte unmittelbar nach der Sitzung seine Aussage gegenüber der Presse korrigiert, indem er darauf hinwies, die Abteilungsleiterin versehentlich als Staatssekretärin bezeichnet zu haben.

(Beifall SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD] - Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Kubicki?

Flemming Meyer [SSW]:

Gleich. - Dennoch stellt Herr Kubicki im gleichen Zeitungsartikel kategorisch fest: Entscheidend ist, was protokolliert wird.

(Flemming Meyer)

(Beifall SSW, Martin Habersaat [SPD] und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Jetzt würden Sie eine Bemerkung des Kollegen Kubicki zulassen, dem ich das Wort erteile.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Meyer, nehmen Sie freundlicherweise zur Kenntnis, dass die Mitteilung des Rechtsbeistandes lautete, dass die Abteilungsleiterin Frau Dr. Duda ihre Informationen an die Frau Staatssekretärin Langner weitergegeben habe. Das war die Information. Zweitens. Nehmen Sie freundlicherweise zur Kenntnis, dass in der Tat für einen Untersuchungsausschuss ähnlich wie für ein Gericht nur das relevant ist, was in einer Verhandlung protokolliert wird und ansonsten Äußerungen außerhalb dieses Gremiums keine Bedeutung haben.

Flemming Meyer [SSW]:

Ich sage so viel: Wenn ein Mensch einen Fehler macht - falsch titulierte - und das nachher klarstellt, dann reicht es doch nicht zu sagen: Wichtig ist, was protokolliert wird. - Wenn wir Aufklärung leisten wollen, müssen wir doch wahrnehmen, dass Menschen einen Fehler machen können. Zur Aufklärung dient doch dann auch, dass ich das zur Kenntnis nehme und nicht einfach sage: Wichtig ist, was protokolliert wird.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Volker Dornquast [CDU]: Das war aber keine Antwort auf die Frage!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten?

Wolfgang Kubicki [FDP]: Nur eine weitere Bemerkung, auch für das Protokoll dieses Landtags: Nehmen Sie freundlicherweise zur Kenntnis, dass der Rechtsbeistand von Frau Dr. Duda nur erklärt hat, dass die Bezeichnung Staatssekretärin Frau Dr. Duda falsch war, dass er inhaltlich nichts von dem, was er gesagt hat, korrigiert hat, nämlich dass Informationen weitergereicht worden seien.

(Zuruf Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Peter Eichstädt [SPD]: Das macht aber einen Unterschied, wenn er zu-

rücknimmt, dass er sie an die Staatssekretärin weitergeleitet hat! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das ist jetzt sicherlich sehr interessant, aber wir wollen doch vielleicht versuchen, den Kollegen Meyer ausreden zu lassen.

- Ich wollte einfach nur klarstellen, dass Herr Meyer vielleicht jetzt keine Fake News hier verbreiten sollte. Wir haben einen weiteren Artikel, in dem alles richtig zitiert ist. Ich verwahre mich schlicht und ergreifend dagegen, dass ich etwas falsch behauptet und nicht richtiggestellt hätte.

Flemming Meyer [SSW]:

Das Ganze ist ja Gott sei Dank protokolliert. Da können wir ja nachgucken.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für mich ist das kein toleranter und respektvoller Umgang mit Verfahrensbeteiligten. Das sieht für mich ein bisschen anders aus.

Dies gilt auch für Herrn Dudda von den PIRATEN und dessen unsägliche Pressemitteilung vom 23. Mai 2016. In dieser wirft der PIRATEN-Obmann Dudda einem langjährigen Ex-Mitarbeiter der Heimaufsicht nach seiner Befragung vor, dass der 70-Jährige versucht habe, sich „mit juristischer Raffinesse und selektiven Erinnerungslücken ... aus jeder Verantwortung zu winden“. Außerdem wird ihm eine „verbeamtete Verantwortungsscheue“ unterstellt. Genau diese Formulierungen finden sich einen Tag später fast wörtlich in der regionalen und überregionalen Presse wieder. Lieber Wolfgang Dudda, Sie wissen ja, dass ich Sie persönlich sehr schätze, aber ich finde es respektlos, wie Sie hier mit Unterstellungen operieren und wie Sie mit Auskunftspersonen umgehen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist für mich nicht zu akzeptieren.

(Wortmeldung Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenbemerkung zu?

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass ich das Verhalten dieses Zeugen gegenüber dem Ausschuss auf gezielte Fragen als mindestens so respektlos empfunden habe, wie Sie meine Kommentierung seines Verhaltens im Ausschuss wahrnehmen.

Flemming Meyer [SSW]:

Das nehme ich zur Kenntnis.

(Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Das war eine Zwischenbemerkung!)

Es geht aber doch noch weiter. Schaut man sich einige der Presseinformationen der Opposition genauer an, dann ist doch festzustellen, dass sie sich als die moralische Instanz für die Friesenhof-Bewohnerinnen aufspielen und die Vorwürfe gegenüber der Ministerin so darstellen, als sei sie schuld an einem möglichen Missbrauch an den jungen Leuten.

Sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition, ich nehme Ihnen Ihre Sorge um das Wohlergehen der jungen Leute durchaus ab. Das nehme ich auch sehr ernst. Aber so reißerisch, wie das gelegentlich dargestellt wurde und man versucht hat, eine Verbindung zwischen der Ministerin und den Ereignissen im Friesenhof herzustellen, das ist doch nichts anderes, als dass Sie diese jungen Leute für Ihre Zwecke instrumentalisiert haben, um der Ministerin persönlich zu schaden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern nutzt sich die **Bedeutung** eines **Untersuchungsausschusses** nicht nur mit der Häufigkeit seiner Einsetzung ab, sondern verliert auch seine öffentliche und aufklärerische Strahlkraft durch unseriöses Verhalten, wie wir es hier in den vergangenen Monaten zeitweise erlebt haben. Das ist mehr als ärgerlich, denn mediale Vorverurteilungen, Schnellschüsse oder Verunglimpfungen verhindern eine sachliche und menschlich korrekte Aufklärungsarbeit.

Letztendlich muss man selbst entscheiden, ob es sich für eine Skandalisierung mit einem Haltbarkeitsdatum von einem Tag tatsächlich lohnt, dem Untersuchungsausschuss als Instrument der politischen Aufklärung und der Regierungskontrolle zu schaden oder ihn in die Wirkungslosigkeit zu verbannen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir zukünftig respektvoller etwa mit den Auskunftspersonen umge-

hen müssen. Zudem sollten wir uns die Offenheit und die Bereitschaft bewahren, je nach Kenntnisstand auch Zwischenergebnisse revidieren zu dürfen und das dann auch offen zu sagen. Vor allem sollten wir versuchen, nicht permanent zu skandalisieren, sondern die Aufklärungsarbeit eines Untersuchungsausschusses immer von den Endergebnissen her zu bewerten. Es würde die Glaubwürdigkeit in die sachgerechte und objektive Abarbeitung eines parlamentarischen Auftrags und die Akzeptanz unserer Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit gewaltig erhöhen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gegen Ende meiner Rede möchte ich noch einmal auf die sogenannten „schwierigen Kinder und Jugendlichen“ beziehungsweise auf die „**schwierigen Mädchen und jungen Frauen**“ im Friesenhof zurückkommen. Für mich steht jedenfalls fest, dass unsere Gesellschaft keines dieser Kinder und keinen Jugendlichen fallen lassen darf. Sicher, die Lebensumstände dieser Mädchen und jungen Frauen dürften sich in den seltensten Fällen als lebensbejahend erwiesen haben. Aber ganz klar ist auch, dass kein Kind als schwieriger Charakter geboren, sondern erst durch seine Umgebung dazu gemacht wird. Jedes Vorurteil und jede Diskriminierung ist hier also absolut fehl am Platz.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch für diese jungen Menschen betrachte ich die Vermittlung von Freuden und einer damit verbundene Zukunftsperspektive als wesentlich, also die Freude auf den nächsten Tag und das Leben und Arbeiten insgesamt. Wir fokussieren dermaßen stark darauf, ob Kindeswohlgefährdung stattgefunden hat oder nicht, aber wir müssen uns auch durchweg die Frage stellen: Was braucht ein Kind oder ein Jugendlicher, um wirklich zu gedeihen? Das ist mehr als nur Schutz vor Kindeswohlgefährdung.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, ich muss Sie auf die Zeit aufmerksam machen. Sie müssen bitte abschließen.

Flemming Meyer [SSW]:

Ach ja, die läuft so schnell heute.

(Flemming Meyer)

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ja.

Flemming Meyer [SSW]:

Na ja, ich würde jetzt eigentlich noch darauf eingehen, was in der Zwischenzeit alles passiert ist, und auch darauf, dass so etwas nicht wieder passieren darf, aber okay.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Möglicherweise gibt es dafür andere Instrumente, die Sie nutzen können.

Flemming Meyer [SSW]:

Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Wichtiger Hinweis für Herrn Meyer: Wir kommen jetzt zu den Drei-Minuten-Beiträgen. - Das Wort hat der Abgeordnete Wolfgang Kubicki von der FDP-Fraktion.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte nur festhalten, auch noch einmal für das Protokoll und ausdrücklich, dass der Vorwurf von Herrn Meyer der nicht gebundenen Tatsachen von ihm falsch dargestellt worden sind. Ich zitiere aus der Pressemitteilung von mir vom 13. Juni 2016 im Anschluss an die Sitzung des Untersuchungsausschusses. Diese Pressemitteilung hat folgenden Wortlaut:

„Es ist sehr bedauerlich, dass die Zeugin Sabine Toffolo nicht persönlich zu den Vorgängen innerhalb des Sozialministeriums Stellung genommen hat. Allerdings wirft die Erklärung ihres Rechtsbeistandes Fragen an die Spitze des Ministeriums auf.

Wenn die Aussage stimmen sollte, dass alle relevanten Informationen an die Hausspitze, Frau Dr. Duda und Staatssekretärin Langner, weitergeleitet wurden, dann kommt Ministerin Kristin Alheit (SPD) in erhebliche Erklärungsnot. Dann wird ihr gebetsmühlenartig vorgebrachtes Mantra, ihre Staatssekretärin

und sie hätten erst im Mai 2015 von den entsprechenden Vorfällen erfahren, schwer zu halten sein.“

Das ist zutreffend.

(Zuruf SPD)

Noch einmal: Ich kann nur wiederholen, was der Rechtsbeistand in der Sitzung gesagt hat, und darauf haben wir reagiert. Selbstverständlich ist es richtig, wenn dessen Aussage zutreffend gewesen wäre.

(Zuruf SPD)

Das habe ich doch so formuliert. Nichts anderes ist doch darzustellen.

Daraus einen Vorwurf abzuleiten, ich hätte mit falschen Unterstellungen gearbeitet, finde ich unerhört.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Einen weiteren Drei-Minuten-Beitrag hält der Abgeordnete Peter Eichstädt von der SPD-Fraktion.

Peter Eichstädt [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sehe es etwas anders. Das vergangene Jahr war durch den **Runden Tisch** und auch durch den **Untersuchungsausschuss**, so wie ihn die Vorsitzende, Frau Ostmeier, vorgestellt hat, vor allem aber durch die in Gang gekommene öffentliche Diskussion letztlich ein gutes Jahr für die Kinder, die in Schleswig-Holstein in Heimerziehung leben.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir sind uns alle einig: Wir alle tragen Verantwortung für diese Kinder. Diese Verantwortung dürfen wir aber nicht den Einrichtungen allein überlassen. Sie ist Aufgabe einer Verantwortungsgemeinschaft, zu der auch dieser Landtag gehört. Ich denke, im vergangenen Jahr haben wir alle diese Verantwortung auch wahrgenommen. Zu dieser Verantwortung gehört aber auch, dass dieses Thema heute nicht zu den Akten gelegt wird. Wenn über die Einrichtung nicht eine ständige intensive öffentliche Kontrolle wacht, ist die Gefahr groß, dass es zu Wiederholungen kommt. Und das gilt es zu verhindern.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Peter Eichstädt)

Es sind in einigen Einrichtungen der Jugendhilfe in Schleswig-Holstein, speziell dem Friesenhof, Kinder seelisch verletzt und gedemütigt worden. Das hätte nie passieren dürfen!

(Vereinzelter Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wollen, dass sich so etwas nicht wiederholt!

Liebe Frau Rathje-Hoffmann, lassen Sie mich auf Ihre Rede bezogen an dieser Stelle einschieben: Ihre Unterstellung, wir würden das anders sehen, nur weil wir Ihrer Terminologie nicht folgen wollten, finde ich ungeheuerlich - nach allem, was wir im letzten Jahr diskutiert haben, uns zu unterstellen, wir würden das in irgendeiner Weise entschuldigen, was dort geschehen ist,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

das ist einfach eine Nummer zu billig, um dies hier im Landtag so vorzutragen, Frau Rathje-Hoffmann. Vielleicht denken Sie einmal darüber nach. Ich finde es auch persönlich beleidigend für all diejenigen, die sich in den letzten Monaten mit diesem Thema beschäftigt haben.

Wichtig, meine Damen und Herren, ist aber auch: Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Heimen leisten eine gute Arbeit, geben Kindern Unterstützung und Zuwendung, ein sicheres und zuverlässiges Zuhause, fördern und trösten sie. Deshalb brauchen wir Heime wie den Friesenhof nicht. Wir haben gute andere.

Vieles ist auf einem guten Weg. Ich mache da weiter, wo der Kollege Meyer leider abbrechen musste: Der Runde Tisch mit seinen sechs Veranstaltungen und 120 Teilnehmern hat einen intensiven Dialog zwischen den Verantwortungsträgern initiiert. Die Heimaufsicht wurde von vier auf zwölf Stellen verdreifacht. Auf Bundesebene werden die Eingriffsmöglichkeiten der Heimaufsicht jetzt erweitert, damit wir können, wie wir wollen und wie wir müssen. In der neuen KJVO wurde der Rahmen zum Schutz des Kindeswohls konkretisiert. Die Ombudsstelle hat ihre Arbeit aufgenommen. In den Einrichtungen werden Partizipationsstrukturen, in denen Kinder mitverantwortlich ihr Umfeld gestalten, gefördert und gestärkt. Der Landesjugendhilfeausschuss entwickelt die Empfehlungen des Runden Tisches weiter. Gut so. Die Vernetzung und Zusammenarbeit mit den örtlichen und auswärtigen Jugendämtern wird verbessert.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, ich muss Sie leider auf die Zeit aufmerksam machen. Sie müssen zum Schluss kommen, bitte.

Peter Eichstädt [SPD]:

Das ist sehr bedauerlich. Jetzt geht es mir wie dem Kollegen. - Ich denke, es ist deutlich geworden, dass es eine Reihe von Verbesserungen gegeben hat. Ich möchte gern noch einen Punkt sagen.

Wir haben Projekte der **Sozialraumorientierung** angeschoben. Denn es ist oft absurd, Kinder weit entfernt von ihrem sozialen Umfeld hoch im Norden unterzubringen. Wenn sich dann der Sozialarbeiter aus der Heimat nicht kümmert, ist das auch eine Form der Vernachlässigung.

Mein Fazit zum Schluss: Ein bedrückender Anlass, der einen wichtigen Prozess angestoßen hat. Ich hoffe, dass der nächste Landtag und die nächste Regierung diesen Prozess fortführen werden. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke schön. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich schließe deshalb die Beratung.

Der Erste Parlamentarische Untersuchungsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, seinen Schlussbericht einschließlich der in Sondervoten niedergelegten abweichenden Feststellungen sowie die Bewertungen der Fraktionen zur Kenntnis zu nehmen und den ihm durch den Plenarbeschluss vom 17. September 2015 erteilten Auftrag für erledigt zu erklären. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieses einstimmig so beschlossen.

Jetzt geht es weiter. Ich rufe den Tagesordnungspunkt 42 A auf:

Mündlicher Bericht zum möglichen Schuldenerlass der HSH Nordbank für die Containerschiffsreederei Rickmers Maritime Trust

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5355

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung auch gegeben werden soll. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Dann ist dieses einstimmig so beschlossen.

Für die Landesregierung erteile ich der Frau Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die FDP hat die Landesregierung gebeten, über den möglichen Schuldenerlass der HSH Nordbank für die Containerschiffsreederei Rickmers Maritime Trust mündlich zu berichten. Dieser Bitte komme ich gern nach, auch um das wichtige Thema Restrukturierung noch einmal aufzugreifen.

Wie Sie wissen, können dabei nur öffentlich zugängliche Informationen hier diskutiert werden. In dem genannten Fall ist das einfach. Der Kreditnehmer selbst hat einen **Sachstand der Verhandlung** veröffentlicht. Auf der **Homepage des Rickmers Maritime Trust** finden Sie mit Datum vom 21. März 2017 eine Information über die aktuellen Verhandlungen.

Danach habe die HSH Nordbank klargestellt, dass sie per dato keinen wie auch immer gearteten Vorschlag des Trusts über einen Forderungsverzicht akzeptiert habe. Die HSH habe dem Trust bis zum 15. April 2017 Zeit gegeben, um einen Vorschlag zu präsentieren, der der HSH eine höhere Rückzahlung garantiere als im Fall einer Abwicklung des Trusts.

Diese Klarstellung bezieht sich auf eine Veröffentlichung des Trusts vom 16. März 2017. Dort hatte der Trust berichtet, dass die HSH einen Vorschlag des Trusts akzeptiert habe, wonach die HSH unter ganz bestimmten Bedingungen einen wesentlichen Schuldenerlass der bestehenden Darlehen gewähren würde. Schon damals hieß es, dass die HSH diesen Vorschlag nur unter der Bedingung akzeptiert habe, dass sie eine höhere Rückzahlung erhalten würde als im Fall der Abwicklung des Trusts. Sollte diese Bedingung neben weiteren Bedingungen nicht erfüllt werden, würde die HSH eine Abwicklung des Trusts unterstützen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also: Bei Restrukturierung inklusive Forderungsverzichten steht

immer die Frage der Wirtschaftlichkeit an erster Stelle.

Bei der **HSH Nordbank** haben wir es mit milliardenschweren **Altlasten** und mit hohen **Klumpenrisiken** zu tun. Es handelt sich um Kredite, die in den Jahren 2003 bis 2008 vergeben wurden und deren Grundstruktur in Teilen so ist, dass die Haftung nur auf den jeweiligen Einzelkredit begrenzt ist.

Ich bin mir sicher, meine Damen und Herren von der CDU, dass Sie dieses sehr genau wissen, denn Sie waren doch ab 2005 in Regierungsverantwortung und in den entsprechenden Gremien der Bank vertreten. Sehr geehrter Herr Abgeordneter Wiegard, als früherer verantwortlicher Minister können Sie dem Parlament und ihrer eigenen Fraktion doch wahrscheinlich am besten erklären, warum Kredite in dieser Form, mit diesem Umfang und diesem Risiko vergeben wurden. Und Sie könnten auch erklären, wie die Garantie der Länder funktioniert, die Sie damals federführend für die Regierung verhandelt haben und die nun in Anspruch genommen wird.

Meine Damen und Herren, ich kann die Empörung vieler Bürgerinnen und Bürger gut verstehen. Sie erwarten zu Recht, dass Reeder, die Privat- und Firmenbesitz haben, ihre Kredite an eine Bank mit öffentlicher Trägerschaft vollständig zurückzahlen. Das ist auch meine Erwartung, denn wenn das nicht passiert, wird das Gerechtigkeitsempfinden in unserer Gesellschaft tief verletzt. Und dennoch wird es auch künftig zu Forderungsverzichten kommen, und zwar immer dann, wenn es die wirtschaftlichste Lösung für die Bank und damit für uns als Land und Anteilseigner ist.

Meine Damen und Herren, die Opposition tritt an, um Regierungsverantwortung zu übernehmen und erweckt gleichzeitig den Eindruck, sie würde zukünftig Forderungsverzichte verhindern. Das ist unredlich. Keine Landesregierung würde den Vorstand einer Aktiengesellschaft anweisen, auf Restrukturierungen eines Kredits zu verzichten, wenn Wirtschaftsprüfer dieses als wirtschaftlichste Lösung einstufen. Denn das wäre zum Schaden des Landesvermögens. Außerdem würde damit der Vorstand aufgefordert werden, gegen den Garantievertrag zu verstoßen. Denn dieser besagt eindeutig - zum Schutz des Landesvermögens -, dass sich die Bank stets garantieschonend verhalten muss.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das macht sie ja gerade nicht!)

Wenn ein Forderungsverzicht zu einem geringeren Garantieschaden führt als eine Insolvenz des

(Ministerin Monika Heinold)

Schuldners, dann ist der Vorstand auch gehalten, entsprechend zu handeln.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Herr Wiegard, vielleicht können Sie Ihren jüngeren Kollegen noch einmal erklären, wie die Grundzüge der Garantie aussehen, die Sie damals installiert haben.

Herr Kubicki, Sie sagen heute in der „Welt“, sie würden nicht lockerlassen, um zu verhindern, dass schleswig-holsteinische Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Bankschulden vermögender Reeder bezahlen. Sie verschweigen dabei, dass Ihr Vorschlag für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler noch teurer würde.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Welcher Vorschlag?)

Denn bei Restrukturierungen ohne begleitende Forderungsverzichte droht oftmals Insolvenz, und der Reeder würde noch weniger Geld an die Bank zahlen. Dann wäre - außer dem Schrottpreis - alles verloren.

Meine Damen und Herren, gerade wenige Wochen vor der Wahl ist Ehrlichkeit das Gebot der Stunde. Dazu gehört die Tatsache, dass es auch künftig in der HSH Nordbank wie in der AÖR Forderungsverzichte geben wird. Dazu gehört die Tatsache, dass auf das Land aus den Altlasten der HSH Nordbank mehrere Milliarden Euro Schulden zukommen. Dazu gehört auch die Tatsache, dass alle, die in den letzten Jahren Regierungsverantwortung getragen haben, Teil der Verantwortungskette sind.

Meine Damen und Herren, das Finanzministerium arbeitet gemeinsam mit Hamburg mit Hochdruck daran, dass der Verkaufsprozess gelingt. Möglicherweise helfen uns dabei auch die steigenden Charter- und Frachtraten. Eine Garantie dafür, dass der Verkauf gelingt, gibt es nicht. Aber das wäre das Beste für das Land, und deshalb ist es gut, dass wir es zumindest versuchen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Wir kommen jetzt zur Aussprache. Das Wort hat der Kollege Wolfgang Kubicki von der FDP-Fraktion.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Frau Ministerin, ich glaube, Herr Kollege Wiegard muss seinen jüngeren Fraktionskollegen nicht erklären, wie die Garantie funktioniert. Sie haben ja dafür gestimmt, im Gegensatz zu uns, wir haben damals dagegen gestimmt. Wir gehen davon aus, dass die Abgeordneten, einschließlich des Kollegen Koch, damals verstanden haben, worum es geht. Deshalb bedurfte es dieser Belehrung nicht.

(Zurufe Birgit Herdejürgen [SPD] und Thomas Rother [SPD])

- Ja, aber dafür kann ich nichts.

Ich möchte auf eins hinweisen, Frau Ministerin; ich wiederhole das immer wieder: Wir sind seit 2007 von den **Bankvorständen** definitiv jedes Mal mit herausragend guten Erklärungen über den Zustand der Bank, die weitere Geschäftsentwicklung, die Weltgeltung und andere Dinge mehr hinter die Fichte geführt worden. Es hat sich bis heute immer herausgestellt, dass diese aus Sicht des Vorstands vielleicht sinnvollen Äußerungen am Ende des Jahres mit der Realität nicht übereingestimmt haben.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich habe auch heute meine Zweifel daran, dass wir so ohne Weiteres immer den Erklärungen von Herrn Ermisch glauben sollten. Er hat ja ein ganz eigenes Interesse, nämlich nachzuweisen, dass es ihm gelingen kann, eine Kernbank zu produzieren, die an sich profitabel wäre, die man isoliert verkaufen könnte. Was allerdings vom Verkaufsprozess nicht gedeckt ist, ist, dass dann die Abbaubank mit einem wirklich beachtlichen Paket an den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein hängen bliebe. Herr Ermisch würde dokumentieren, er ist ein guter Banker, die Lasten müssten dann schließlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aus Schleswig-Holstein tragen.

Ich behaupte, dass die Erklärung, die er so locker in den „Kieler Nachrichten“ abgegeben hat, es werde auch künftig Forderungsverzichte geben, nur deshalb von ihm so getätigt werden kann, weil er weiß, dass jeder Forderungsverzicht der Bank sofort eins zu eins durch Leistungen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Schleswig-Holstein ausgeglichen wird. Würden wir nicht dafür eintreten müssen, würde er vielleicht sehr sorgfältig mit der Frage umgehen, was denn die Kreditnehmer, seine Kreditnehmer, im Zweifel noch zu leisten bereit sind.

(Wolfgang Kubicki)

Ich möchte jetzt keine Einzelfälle diskutieren, weil ich mich weigere, im Parlament Dinge zu diskutieren, die hinter verschlossenen Türen diskutiert werden müssten.

(Zuruf SSW)

- Nein, nein. Aber wenn ich lese und höre und wenn es bestätigt wird - das kann man nicht nur in deutschen Zeitungen, sondern auch in internationalen Zeitungen nachlesen -, dass der **Trust** seit Jahren systematisch **entkernt** worden ist, um Privatvermögen zu generieren, muss man sich in der Tat schon fragen, was denn die HSH Nordbank dagegen getan hat,

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

dass sich auf diese Art und Weise ihre Sicherheitlage dramatisch verschlechtert hat.

Noch einmal: Ich will das nicht hinnehmen - und ich kann Menschen in Schleswig-Holstein verstehen, dass sie einen Hals haben, den habe ich auch, ich habe den wirklich auch -, dass wir es Menschen, die im Zweifel nicht darauf angewiesen wären, mit Hilfe der Steuerzahlungen der Krankenschwester - von der Ralf Stegner immer so gern spricht - ermöglichen, ihr Privatvermögen nicht nur zu erhalten, sondern auch noch anzuhäufen. Das ist nicht Aufgabe einer vernünftigen Politik einer Landesregierung - egal, wer im Zweifel die Ministerin, den Minister oder die Staatssekretäre stellt.

Wenn wir schon einmal dabei sind, Herrn Wiegand zu fragen, was in der Zeit zwischen 2003 und 2008 mit den Riesenkrediten, die aufgelegt worden sind, und der Ausweitung des Schiffsportfolios gemacht worden ist, möchte ich daran erinnern, dass der Kollege Dr. Stegner, der Verteidiger der armen Menschen, damals bis zum Jahr 2008 im Aufsichtsrat gesessen hat. Wir müssen auch einmal die Frage klären, was eigentlich dieser herausragende Arbeiterführer dafür getan hat, dass wir uns kein Klumpenrisiko einfahren, für das die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler heute haften müssen. Das ist die nächste zentrale Frage.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Es kann doch wirklich nicht sein, Frau Ministerin - und da werden die Leute irre -, dass wir innerhalb von zehn Jahren irgendwann definitiv einen Verlust von 10 Milliarden € auf das Buch bekommen, und dann sagen wir: Das ist leider irgendwie schlechte Arbeit des Vorstands, schlechte Arbeit des Aufsichtsrats gewesen. Wir diskutieren auch im strafrechtlichen Bereich manchmal bei kleinen Beträgen über hohe Strafzahlungen und möglicherweise auch

über Haftstrafen von Bankvorständen, und hier akzeptieren wir, als sei es das Natürlichste der Welt, dass 10 Milliarden € einfach in die Luft geblasen werden? - Ich mache Sie ja dafür nicht verantwortlich, ich will nur davor warnen - ich weiß wirklich, wovon ich rede -, dass im Zuge des jetzigen Prozesses unsere Kassen nicht weiter geplündert werden, weil möglicherweise einige derjenigen, die uns heute möglicherweise zu einer Restrukturierung raten, künftig dann in den Gesellschaften gefunden werden, die die Restrukturierung durchführen. Also: Sehr sorgfältige Überwachung dieser Maßnahmen und sehr große Skepsis bei dem, was uns der Bankvorstand erzählt, und dem, was uns die Reeder in Hamburg erzählen. Dass die davon gut haben, das leuchtet mir ein, aber es ist nicht Aufgabe des schleswig-holsteinischen Steuerzahlers - -

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

- Du weißt doch noch gar nicht, was ich sagen wollte. - Es ist nicht seine Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass es ihnen auch weiter gut geht.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Andresen?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Andresen, bitte.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, vielen Dank, Herr Kollege. Ich bin ein bisschen irritiert, weil Sie eingangs gesagt haben - daran haben Sie sich dann ja auch gehalten -, dass Sie über konkrete Fälle gar nicht sprechen wollten. Dann stelle ich mir jetzt die Frage, warum Sie diesen Berichts Antrag gestellt haben - der zwar von dem Kollegen Vogt unterzeichnet wurde; aber ich gehe einmal davon aus, dass Sie darüber in der Fraktion gesprochen haben, schließlich sprechen Sie ja gerade für Ihre Fraktion -, der als einziges Thema den Schuldenerlass der HSH Nordbank für die Containerschiffsreederei Rickmers Maritime Trust beinhaltet. Darüber fordern Sie einen Bericht an und stellen sich dann hier hin und sagen, Sie wollten über Einzelfälle gar nicht sprechen. Sie sagen dann vieles Richtige, was ich auch unterschreiben kann, aber ich verstehe

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

nicht, warum Sie diesen Berichtsantrag gestellt haben.

(Beifall Torge Schmidt [PIRATEN])

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ja, das müsste Ihnen eigentlich klar sein: weil die Information darüber, dass hier ein Schuldenerlass in dreistelliger Millionenhöhe bevorsteht, dieses Parlament unmittelbar beschäftigen muss. Was denn sonst? Wir haben die letzte Tagung. Was denn sonst? Ich komme vielleicht noch einmal dazu.

Unabhängig von diesem Trust taucht auch bei der Frage der **Verwertung** der **Schiffe** gerade für eine grüne Finanzministerin ein Riesenproblem auf. Heute können Sie im „Handelsblatt“ lesen, dass die meisten dieser Schiffe in südasiatischen Gegenden unter Verstoß gegen alle Umweltauflagen abgewrackt werden, weil man als Reeder, wenn man sie dort abwrackt, noch größere Erträge erzielen kann.

(Zurufe Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Torge Schmidt [PIRATEN])

- Ja, selbstverständlich müssen wir das tun. Was denn sonst? Wir haben eine Bank, deren Sicherheiten im Zweifel verwertet werden. Selbstverständlich muss es unsere Aufgabe sein, dafür Sorge zu tragen, dass die Verwertung unter vernünftigen Umständen stattfindet.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, wir wollen einmal versuchen, das etwas zu ordnen. Das war möglicherweise in großzügiger Auslegung - merken Sie sich das gut, Herr Kollege - immer noch Ihre Antwort auf die Frage des Kollegen Andresen, der jetzt noch einmal eine Bemerkung machen möchte.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wahrscheinlich liegt es an mir, aber ich habe immer noch nicht verstanden, warum wir jetzt über diesen konkreten Sachverhalt reden müssen. Ich habe auch gar nichts dagegen, dass wir uns hier regelmäßig über die Lage der HSH Nordbank austauschen.

Ich möchte aber noch eine andere, ganz konkrete Frage stellen: Wo sehen Sie in Bezug auf den Schuldenerlass die Handlungsoptionen des Parlaments? Sie beantragen immer wieder die Befassung des Parlaments mit diesem Thema. Wo sehen Sie hier die Hand-

lungsoptionen der Landesregierung? Was soll die Landesregierung konkret tun?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Zunächst einmal soll sie uns berichten, wie der **Verfahrensstand** ist.

(Zuruf Uli König [PIRATEN])

Es geht um Steuermittel des Landes Schleswig-Holstein. Wo soll darüber gesprochen werden, wenn nicht hier im Parlament? Diese dauernden Versuche zu erklären, das müsse die Bank selbst entscheiden, greifen nicht, weil wir als Garantiegeber selbstverständlich eine Möglichkeit der Einflussnahme auf die Bank haben.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Andresen, noch einmal: Es ist so lustig, dass Sie in anderen Bereichen immer erklären, das Parlament müsse sich damit beschäftigen, und gerade bei der HSH Nordbank, wo es um Milliardenbeträge geht, sollen wir einfach ruhig abwarten, bis etwas passiert ist, bis wir erneut - wie 2007 und 2008 - feststellen, dass wir belogen worden sind, bis wir erneut feststellen, dass andere ihre Geschäfte zulasten unserer Landeskassen machen. Das kann doch wohl nicht wahr sein.

Noch einmal: Wenn es zutreffend ist, dass Herr Rickmers in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Beträgen aus seinem Imperium zugunsten seines Privatvermögens und zulasten der öffentlichen Kassen herausgezogen hat, dann ist das nicht nur ein Skandal, sondern dann muss es darauf auch eine Antwort geben. Ich könnte Ihnen auch sagen, welche Antwort wir darauf geben sollten. Das mache ich aber nicht hier, sondern außerhalb dieses Parlaments.

Noch einmal, weil das selbstverständlich auch Aufgabe des Landes sein muss: Herr Andresen, ist es Ihnen als Grüner völlig egal, wie die **Schiffe**, die im Portfolio der HSH Nordbank sind, **abgewrackt** werden? Es ist Ihnen völlig egal, dass sie unter Verletzung aller Umweltschutzstandards und Arbeitsschutzauflagen nach Südasien transportiert werden?

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es hat keiner gesagt, dass uns das egal ist! - Lars Harms [SSW]: Immer diese Unterstellungen!)

- Es ist nicht egal? Wenn es Ihnen nicht egal ist, frage ich einmal nach den Handlungen der Grünen. Sie haben nämlich gefragt, was wir machen wollen.

(Wolfgang Kubicki)

Wir würden verhindern, dass unter Verstoß gegen entsprechende Regelungen die entsprechenden Abwracküberlegungen so umgesetzt werden können. Das ist doch eine vernünftige Politik, dafür treten wir doch eigentlich alle ein.

Oder geht es jetzt wieder nur darum, Geld zu sparen, Rendite zu erhöhen und Reederinnen und Reedern in Deutschland und anderen europäischen Ländern zu Mehrerträgen zu verhelfen? - Das kann doch wohl nicht wahr sein.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, nun ist Ihre Redezeit tatsächlich um.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin, meiner letzter Satz: Ich wundere mich in der Tat darüber, dass wesentliche Teile dieses Parlaments sich scheuen, darüber, wie es eigentlich zur derzeitigen Lage kommen konnte, was jetzt noch passiert und über die Frage der Verschleuderung von Milliardenbeträgen des Landesvermögens und von Steuerzahlermitteln zu beraten. Wir diskutieren hier häufig über 10.000-€-Beträge, und bei 10-Milliarden-€-Beträgen scheint es niemanden zu interessieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bevor wir fortfahren, möchte ich Sie bitten, weitere Besucher mit mir auf der Besuchertribüne zu begrüßen. Es sind Mitglieder der Feuerwehr Wanderup, die wir als Gäste der Kollegin Nicolaisen im Kieler Landeshaus begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der heutigen Diskussion über die möglicherweise anstehenden Entscheidungen der HSH Nordbank und den daraus folgenden Konsequenzen für die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein lohnt es sich, einen Blick auf das vergangene Jahr zurückzuerfassen.

Mittlerweile wissen wir ziemlich genau, wie es im letzten Jahr mit dem damaligen **Forderungsver-**

zicht gelaufen ist: Die HSH Nordbank saß auf faulen **Schiffskrediten** mit dem Volumen von 1,5 Milliarden €, die auf einen einzigen Schuldner entfielen. Den damit finanzierten Schiffen hätten die bestellten Gutachter aufgrund der vorhandenen Überschuldung und der dadurch fehlenden Fortführungsperspektive nur noch einen Schrottwert beigegeben. Infolgedessen hätte die HSH Nordbank diese Schiffskredite an die Länder vielleicht noch zu 10 % ihres ursprünglichen Kreditbetrages als Kaufpreis verkaufen können, mithin vielleicht für 150 Millionen €.

Durch den Forderungsverzicht in Höhe von 500 Millionen € und den Nachschuss von wenigen Millionen € Eigenkapital durch den Schuldner kann der Betrieb dieser Schiffe jedoch für ein bis zwei Jahre aufrechterhalten werden. Das wiederum veranlasste die Gutachter dazu, den Schiffen eine Fortführungsperspektive zu konstatieren, weshalb bei der Bewertung nicht nur auf den Schrottwert abgestellt wurde, sondern stattdessen die rechnerischen Gewinne herangezogen wurden, die diese Schiffe möglicherweise in den nächsten 15 bis 20 Jahren erzielen werden. Durch diese veränderte Bewertung kam dann ein um rund 500 Millionen € höherer Kaufpreis zustande, als dies bei einem Verkauf zum Schrottwert der Fall gewesen wäre.

Mit anderen Worten: Die **HSH Nordbank** hat von dem Forderungsverzicht **doppelt profitiert**. Auf der einen Seite wurden ihr die erlassenen Forderungen in Höhe von 500 Millionen € aus der Ländergarantie ausgeglichen. Auf der anderen Seite erhielt sie beim Verkauf dieser faulen Schiffskredite an die Länder einen höheren Kaufpreis, der ebenfalls um rund 500 Millionen € höher ausfiel, als dies der Fall gewesen wäre, wenn zum Schrottwert verkauft worden wäre.

Genau diese Masche soll jetzt offensichtlich seitens der HSH Nordbank wieder zum Einsatz kommen. Kurz bevor der Verkauf der zweiten Tranche von faulen Schiffskrediten mit einem ausstehenden Kreditvolumen von 1,2 Milliarden € im Sommer dieses Jahres an die Länder ansteht, wird möglicherweise wieder einem Kreditnehmer ein dreistelliger Millionenbetrag erlassen, sodass den zugrunde liegenden Schiffen dann nicht mehr der Schrottwert, sondern ein deutlich höherer Fortführungswert zugestanden werden kann, den dann die Länder bei der Übernahme dieser Schiffskredite bezahlen dürfen.

(Johannes Callsen [CDU]: Dolles Geschäft!)

Nun behauptet die Finanzministerin immer, das sei alles gehupft wie gesprungen, denn bei einem Ver-

(Tobias Koch)

kauf zum Schrottwert müsse der dadurch entstehende deutlich höhere Verlust ja auch durch die **Ländergarantie** ausgeglichen werden. Was die Finanzministerin dabei übersieht, ist, dass die HSH Nordbank die Ländergarantie nach eigener Aussage auf jeden Fall im vollen Umfang von 10 Milliarden € in Anspruch nehmen wird.

Der bei der ländereigenen Abwicklungsanstalt hsh portfoliomanagement AöR aufgrund des überhöhten Kaufpreises anfallende Verlust kommt für die Steuerzahler jetzt noch obendrauf und treibt die Belastungen für die Landeshaushalte in immer schwindelerregendere Höhen.

An dieser Stelle könnte man sich nun über die **Manager** der **HSH Nordbank** aufregen, die hier zulasten der Anteilseigner handeln. Allerdings sind Vorstände gesetzlich dazu verpflichtet - das weiß der Kollege Kubicki besser als jeder andere -, die Interessen ihrer Unternehmen zu wahren.

Es sind ja auch keine illegalen Praktiken, die hier angewandt werden, sondern die HSH Nordbank nutzt lediglich die **Spielräume** aus, die ihr von den **Anteilseignern** selbst zugestanden wurden. Es war die rot-grüne Mehrheit hier im Land und in Hamburg, die Ende 2015 für den Ankauf der faulen Schiffskredite eine Blankovollmacht ausgestellt hat. Es waren die Vertreter der beiden Landesregierungen im Aufsichtsrat der HSH Nordbank, die diesem Treiben der Bank zulasten der Steuerzahler keinen Einhalt geboten haben. Last but not least war es die Landesregierung selbst, die den Ankauf der faulen Schiffskredite vollzogen hat.

Dabei können Sie sich im Übrigen auch nicht auf die **Vereinbarung** mit der **EU-Kommission** berufen, Frau Ministerin: Die durch die Gutachter ermittelte Bewertung stellt aus Sicht der EU-Kommission lediglich die zulässige Obergrenze für den Kaufpreis dar, damit auf diese Weise keine verdeckte Beihilfezahlung an die HSH Nordbank erfolgt. Die Länder hätten aber ohne Weiteres einen niedrigeren Kaufpreis mit der HSH Nordbank aushandeln können, wenn sie die als Folge des Forderungsverzichts zustande gekommene Bewertung der Gutachter nicht akzeptiert hätten. Stattdessen haben SPD, Grüne und SSW dafür gesorgt, dass die Verluste der Bank sozialisiert werden.

(Beifall CDU und FDP)

Während die Reeder und Fondsiniiatoren ihre Schäflein ins Trockene gebracht haben, müssen die Steuerzahler jetzt beim Ankauf der faulen Schiffskredite für den Schaden aufkommen.

Frau Ministerin, das ist eben der Unterschied: Die Folgen aus der Garantie sind schon bitter genug. Jetzt machen Sie es mit dem Ankauf der faulen Schiffskredite aber noch viel schlimmer. Was eine solche Politik zugunsten von Millionären und zulasten der einfachen Steuerzahler mit sozialer Gerechtigkeit zu tun haben soll, müssen Sie erst einmal erklären. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unfassbar!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Thomas Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat ist es für diejenigen, die regelmäßig die Wirtschaftsnachrichten verfolgen, keine besondere Überraschung, dass es dem **Reedereikonzern Rickmers** schlecht geht. Das Unternehmen wird umstrukturiert, Tochtergesellschaften werden verkauft, einzelne Schiffsgesellschaften in die Insolvenz geschickt. Schon im vergangenen Jahr wurde öffentlich, dass die in Singapur ansässige Unternehmenstochter ihre Anleihe nicht mehr zahlen kann. Eigene Rettungsversuche des Unternehmens durch einen internen Verkauf von Unternehmensanteilen sind offenkundig gescheitert. Ebenso erfolglos waren Versuche einer Verständigung mit den Anleiheinvestoren.

Hinzu kommt, dass laut Pressemitteilung von 1,5 Milliarden € Schulden der Reedereigruppe die Rede ist, von denen in diesem Jahr 545 Millionen € Schulden fällig würden.

Kernhausbank ist die HSH Nordbank, und damit haben wir den Salat. Und dieser Salat soll ja in Bezug auf die Singapur-Unternehmenstochter bis zu 200 Millionen US-Dollar teuer sein.

Nun ist es tatsächlich an der Leitung der Bank, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Entscheidung herbeizuführen, die ein geringes Übel für die Bank, aber auch für die Garantiegeber beinhalten kann. In der Diskussion in der Vergangenheit haben wir als Redner der Koalition und hat auch die Finanzministerin immer wieder darauf hingewiesen, dass es auch nach dem Fall Kortüm durchaus zu weiteren **Forderungsverzichten** kommen kann. Wenn dies sinnvoll ist, um weitere Vermögensverluste zu vermeiden und künftige Forderungen zu realisieren, muss man das machen.

(**Thomas Rother**)

Wenn Sie das falsch finden, können Sie natürlich den Rücktritt des Vorstands der Bank fordern oder sich bei der Bank bewerben. Aber wenn man davon ausgeht, dass man sowieso belogen wird, Herr Kubicki, dann erübrigen sich natürlich auch tatsächlich manche Diskussionen. Herr Koch, es ist klar, dass auf diese 10 Milliarden €, die über die Garantie zur Verfügung gestellt worden sind, 6,2 Milliarden € draufgesattelt worden sind, die dann natürlich auch tatsächlich weg sein können, wenn es denn schlecht läuft. Das ist hier aber auch immer gesagt worden. Das heißt, dieser Mechanismus ist klar.

Ein Forderungsverzicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist in der Tat ein Vorgang, der in unterschiedlichen Größenordnungen jeden Tag in einer Bank passiert, und insofern kann am Ende für die Bank mehr herauskommen als durch die Insolvenz des schuldenden Unternehmens.

Wie die Lösung für den **Fall Rickmers** aussieht - was die FDP beantragt hat -, das kann tatsächlich schwerlich in einer Landtagsdebatte entschieden werden. Ich danke der Frau Ministerin für ihren ausführlichen Bericht zu diesem Vorgang, der uns nach den Presseschlachten der vergangenen Tage wieder an die Realität heranführt.

Herr Kubicki selbst hat ja in der letzten Debatte über die Reduzierung der Garantie vehement darauf hingewiesen, dass das deutsche Aktienrecht kaum Einflussmöglichkeiten der Eigentümer auf die Arbeit des Vorstands vorsieht. Warum das nun gerade hier anders sein soll, erschließt sich mir tatsächlich nicht. Das betrifft natürlich auch die Anstalten des öffentlichen Rechts, auch wenn es sich dort ein bisschen anders verhält.

Allerdings - da gebe ich Ihnen recht - müssen wir natürlich auch ein Interesse daran haben, dass Schiffe verkauft und nicht abgewrackt werden, weil wir dafür auch Verantwortung haben. Aber so etwas passiert auch an anderer Stelle immer wieder.

Grotesk wird es allerdings dann, wenn Herr Günther noch einen draufsetzt und in seiner Pressemitteilung vom 16. März 2017 - das war nicht Herr Koch - kundtut, dass Herr Albig selbst Reedern Schulden erlässt. Das ist sogar noch absurder als das, was üblicherweise die Fraktion der LINKEN in der Hamburger Bürgerschaft erklärt. Das ist vor allem verantwortungslos.

In der Tat hat Frau Ministerin Heinold recht, wenn sie hier nicht nur Nachhilfe im Wirtschaftsrecht sondern auch in Geschichte fordert. Wenn Herr Günther es dann hört, kann er ja die Gelegenheit nutzen und das Gespräch mit Herrn Wiegard su-

chen, solange er noch dem Landtag angehört, und sich zu diesen beiden Punkten einiges erzählen lassen.

Die Forderung nach Abschaffung von **Haftungsbeschränkungen im Unternehmensrecht** - wenn ich Herrn Günther da richtig verstanden habe - klingt natürlich verlockend, zeugt natürlich aber auch wieder von einem mittelalterlich vorkapitalistischen Unternehmensverständnis. Ich wünsche Ihnen in der nächsten Sitzung des CDU-Wirtschaftsrates viel Spaß, das dort zu erörtern.

Wenn er aber damit gemeint hat, dass er beispielsweise unsere Vorstellung zu Managergehältern oder im Steuerrecht gar zur Wiedereinführung der Vermögensteuer - Herr Kubicki, da muss man das erst gar nicht so weit kommen lassen - unterstützen will, dann freue ich mich natürlich sehr darüber.

Doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz ohne Scherz: Hier wird natürlich auch unser Gerechtigkeitsempfinden berührt, wenn Unternehmer oder Unternehmen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen, gerade eine Bank in überwiegend öffentlicher Trägerschaft oder Privatanleger, die in gutem Glauben Geld für Beteiligungen an Unternehmensanleihen investiert haben, und es wird noch schlimmer, wenn diese Unternehmer über ein erhebliches Privatvermögen und über anderen Besitz verfügen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

Thomas Rother [SPD]:

Bitte.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Koch, bitte.

Tobias Koch [CDU]: Herr Kollege Rother, halten Sie es für gerecht oder angemessen, wenn das Land aufgrund des Forderungsverzichts anschließend einen höheren Kaufpreis für die zu übernehmenden Schiffsgüter bezahlt, als dies ohne Forderungsverzicht der Fall gewesen wäre?

Thomas Rother [SPD]:

Das kann in der Bewertung die Folge sein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ist das gerecht?)

(Thomas Rother)

- Das hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun.

(Lachen Volker Dornquast [CDU])

Wenn ich ein Vermögensgut einsetzen kann, hat es einen anderen Wert, als wenn ich es morgen verschrotten müsste.

- Das verstehe ich nicht.

- Ja, das ist so.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Das ist natürlich die Konsequenz, Herr Koch. Sie haben es ja leider selbst beschrieben, wie es denn nun tatsächlich ist. Dass das natürlich nicht schön ist, ist klar. Aber das ist völlig egal, wenn man die berühmten Steuertricks anwendet.

Dennoch muss man dazu sagen, dass sich natürlich niemand - Frau Heinold hat den Zeitraum beschrieben - freiwillig auf diese risikoreichen Geschäfte einlässt, wie man das getan hat. Niemand wurde ja dazu gezwungen, auch nicht in Bezug auf die Haftungsbeschränkungen. Letzten Endes, liebe Kolleginnen und Kollegen, macht auch dieser Vorgang deutlich, dass es gut war, dass wir in Bezug auf die Bank an dieser Stelle einen Schlussstrich gezogen haben. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie kann es sein, dass Superreichen Schulden erlassen werden und Otto Normalbürger für die Milliardenlasten der HSH Nordbank aufkommen muss? Das ist die Frage, die sich zu Recht viele Bürgerinnen und Bürger in unserem Land und darüber hinaus stellen. Auch ich habe dafür überhaupt kein Verständnis und auch keine Lust darauf - um auch dies vorweg zu sagen -, die Debatte mit Ihnen weiter zu führen, Herr Kubicki.

In den Medien wurde bereits über mehrere **Schuldenerlasse** berichtet. Auch unsere Finanzministerin hat hier im Parlament, im Ausschuss und auch in den Medien mehrfach erklärt, dass Schuldenerlasse in unserem Finanzsystem politisch zum einen kaum

verhindert werden können und dass es zum anderen auch bei der HSH zu solchen Fällen gekommen ist, dass aber auch weitere Fälle hinzukommen können. Das alles ist keine neue Erkenntnis.

Gestern hat der **Rickmers Maritime Trust** selbst die Meldung herausgegeben, dass es zumindest vorerst nicht zu einem Forderungsverzicht kommt. Die HSH hat demnach eine Frist bis zum 15. April 2017 gesetzt. Bis dahin muss ein neuer Sanierungsplan vorgelegt werden. Wir werden sehen, was dann passiert.

Aber zur Ehrlichkeit gehört unabhängig davon, dass wir uns wahrscheinlich alle einig darüber sind, dass wir das alles nicht gerecht finden und scharf verurteilen, dass wir als **Landtag** keinen **Handlungsspielraum** haben, um Einfluss auf diesen Prozess zu nehmen. Ich finde - das war mein Punkt vorhin, Herr Kollege Kubicki -, so bitter es auch ist, müssen wir ehrlich sein. Ich habe ein Problem damit - ich unterstelle das hier niemandem -, wenn man den Anschein erweckt oder wenn der Anschein erweckt werden könnte, dass das anders ist. Es ist eben nicht so. Das ist der Punkt, weshalb ich das vorhin noch einmal deutlich gemacht habe.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte, Herr Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Kollege Andresen, ich biete Ihnen die Wette an, dass die Frist für die HSH Nordbank bis nach dem 7. Mai 2017 verlängert werden wird. Ich wette um eine Kiste Wein.

Das Zweite ist dieses: Wir diskutieren heute über einen Schuldenerlass in einer bestimmten Größenordnung, weil auch die Sicherheitslage nicht anständig ist. Ich bin beruflich viel unterwegs und stelle fest, dass immer dann, wenn die **Sicherheitslage** für die Kreditnehmer schlechter wird, also die Werthaltigkeit der Sicherheit geringer wird, die Bank sofort ein Nachforderungsverlangen stellt.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Wir müssen uns deshalb die Frage stellen, warum das in diesem Falle nicht so ist, ob es keine Kreuzbürgschaften gibt, warum man es zugelassen hat, dass Herr Rickmers zum Beispiel nicht persönlich haftet. Das sind doch die entscheidenden Fragen. Wir diskutieren momentan nicht über die Frage des Forderungserlasses - dass Wertberichtigungen vorgenommen werden müssen, ist selbstverständlich -, aber wir müssen doch auch die Frage klären, warum die Sicherheitslage so ist, wie sie ist, und weswegen die Bank ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen ist, die Sicherheitslage für sich zu verbessern.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich wette mit Ihnen gern über Sportergebnisse oder andere Sachen. Aber die Lage der HSH Nordbank ist so ernst, dass sie sich meiner Meinung nach nicht für Wetten und Spaß eignet.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Davon abgesehen reden wir darüber, ob es **politische Handlungsoptionen** gibt oder nicht und wie diese dann aussehen könnten. Das ist die Debatte, die ich vorhin mit Ihnen zu führen probiert habe und in der ich bisher keine Antwort von Ihnen auf die Frage bekommen habe, wo Sie denn die politische Handlungsoption des Parlaments oder der Landesregierung sehen. Wir sehen da keine oder kaum eine.

Der Kollege Rother hat gesagt, man könne da natürlich Personal ablösen. Aber ob diese Idee hilfreich ist, das kann man sich durchaus fragen. Wir sehen halt keine gute politische Handlungsoption. Das ist die Debatte, um die es geht.

Sie mögen vielleicht recht haben, keine Ahnung. Sie stellen immer Prognosen auf, und manchmal treffen Sie zu, manchmal jedoch nicht. Das ist aber nicht der Punkt. Der Punkt ist, dass wir in einem System sind, in dem uns die Hände gebunden sind und wir keine Handlungsoptionen haben, so schwer uns das einzusehen auch fällt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Koch, bitte.

Tobias Koch [CDU]: Herr Kollege Andresen, ich will nicht mit Ihnen wetten, sondern nur darauf hinweisen, dass die Bank im letzten Jahr den Forderungsverzicht zwei Tage vorher vorgenommen hat, bevor die Kredite dann an das Land weitergereicht wurden. Ähnliches kann ich mir auch in diesem Jahr vorstellen.

Ich gebe Ihnen insoweit recht, dass wir keinen **politischen Einfluss** auf den Forderungsverzicht selber haben; das ist Entscheidung der Bank. Wir sollten uns aber politisch überlegen, ob wir anschließend bereit sind, diese Kredite dann von der Bank abzukaufen,

(Beifall CDU und FDP)

ob wir, nachdem die Bank durch diesen Forderungsverzicht den Kaufpreis in die Höhe getrieben hat, bereit sind, diesen erhöhten Kaufpreis zu zahlen. Das ist Ihre politische Verantwortung, und dazu sollten Sie Stellung nehmen.

(Beifall CDU)

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wenn Sie mit Ihren Ausführungen fertig sind, mache ich das gern.

Ich finde, und das habe ich Ihnen schon einmal vorgeworfen, dass Sie billigen Bankenpopulismus betreiben. Sie müssen sich dann auch die Frage stellen, was passieren würde, wenn man das verweigert. Was passiert denn dann? - Es geht dann ja nicht einfach so weiter, sondern es löst dann auch Folgeaktionen aus, die, was ich vermute, Sie auch nicht verantworten wollen. Zu Ihrer Rolle persönlich und zu der Rolle der CDU in diesem ganzen Prozess komme ich später noch in meiner Rede.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Koch hat das Bedürfnis, eine Nachfrage zu stellen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Eine Frage habe ich jetzt gerade nicht entdeckt, aber er kann ja auch kommentieren.

Tobias Koch [CDU]: Sie haben eine Rückfrage gestellt, und zwar was passieren würde. Herr Kollege Andresen, wir sind hier in keiner Weise verpflichtet, bestimmte Kredite zu übernehmen. Wir haben mit der EU-Kommission eine Vereinbarung, dass wir in einem gesamten Volumen von 6,2 Milliarden € faule Schiffskredite übernehmen können, davon ist eine Tranche von 1,2 Milliarden € über. Ich möchte jedoch politisch erreichen, dass wir uns von der Bank keine Forderungen aufs Auge drücken lassen, die die Bank durch einen Forderungsverzicht erst einmal schön gemacht hat. Ich denke, darüber könnten wir uns verständigen, dass wir uns von der Bank nicht übers Ohr hauen lassen, sondern uns selbst die Kredite aussuchen, die wir übernehmen, und uns das nicht von der Bank vorschreiben lassen.

(Beifall CDU und FDP)

- Hierfür habe ich größtes Verständnis, und das würde ich im Maximalfall auch so sehen. Das Problem ist aber, wenn wir die Kredite nicht übernehmen, lösen sie sich auch nicht in Luft auf, sondern sie existieren weiterhin. Auch dann haben wir als Land und als Miteigentümer dieser Bank eine Verantwortung, der wir dann anders finanziell gerecht werden müssen. Auch das wissen Sie eigentlich ganz genau.

Es geht im Kern um Fehlentscheidungen, die in den Jahren 2003 bis mindestens 2009 getroffen worden sind. Es geht um Schadensminimierung, die wir hier betreiben müssen, und es geht darum, ob wir überhaupt noch Geld für bestimmte Kredite bekommen. Um überhaupt noch Geld für bestimmte Kredite zu erhalten, kann es in einigen Fällen wirtschaftlicher sein, eine Teilschuld zu erlassen, auch wenn das nicht schön ist, auch wenn das etwas ist, was auch wir Grüne nicht toll finden. Wir denken uns das ja nicht aus, sondern wir tragen gerade die Verantwortung. Deswegen sind wir in einer anderen Situation als Sie.

Die **Schuldner** sind in der Regel keine Privatpersonen, sondern **Gesellschaften mit beschränkter Haftung**. Auch das wissen die Kollegen zumindest im Finanzausschuss selber ganz genau. Das bedeutet, dass das Privatvermögen oft unangetastet bleibt. Das ist auch der Grund, warum Reeder an dem

einen Tag noch vom Schuldenerlass profitieren und sich am nächsten Tag privat eine Yacht leisten können. Auch das ist durch die Presse gegangen. Auch das ist etwas, was wir natürlich verurteilen, was nicht zu rechtfertigen ist. Aber so ist das **System**, liebe Leute. Das ist nichts, was wir uns ausdenken, sondern in dem System bewegen wir uns leider.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir Grüne finden auch, dass es ein Unding ist, wenn die Gewinne privat bleiben und die Risiken auf die Allgemeinheit übertragen werden. Ich bin auch sehr dankbar dafür, dass unsere Finanzministerin Monika Heinold es immer wieder an unterschiedlichen Stellen und in unterschiedlichen Funktionen deutlich gemacht hat, wenn es darum geht, Verluste aus der Bank für unseren Landeshaushalt so gering wie möglich zu halten. Da haben wir nach wie vor uneingeschränktes Vertrauen in Monika Heinold.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es gibt gute Gründe für **Kritik** an dem unmoralischen **Verhalten der Bank**, aber wir müssen so ehrlich sein zu sagen, welche Optionen wir überhaupt haben.

Ich finde, es ist ein starkes Stück - ich möchte mich jetzt ein wenig auf die CDU konzentrieren in den letzten eineinhalb Minuten meiner Redezeit -, wie Sie hier auftreten. Ich habe es Ihnen beim letzten Mal schon gesagt. Ich verstehe es wirklich nicht, wie Sie es schaffen, monatlich Reden zur HSH Nordbank zu halten. Der Kollege Günther als herausragender Oppositionsführer

(Beifall CDU)

hält es nicht für nötig, bei einer so wichtigen Debatte hier im Plenarsaal anwesend zu sein. Nicht einmal das schafft er.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zuruf CDU: Wo ist der Ministerpräsident? Wo ist Robert Habeck?)

Er posaunt herum und nimmt das Wort Gerechtigkeit in den Mund, steht aber gleichzeitig - nicht mit einem einzigen Satz - bis heute nicht zu der Verantwortung, die die CDU in diesem Land für diese Bank getragen hat. Das ist aus meiner Sicht ein starkes Stück. Sagen Sie doch einmal, dass Sie auch Ihre Verantwortung tragen. Das würde uns schon helfen. Dann wären wir schon ein Stück weiter. Sie

(Rasmus Andresen)

haben es bis heute nicht geschafft, Herr Koch, Sie hätten hier die Gelegenheit dazu.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn Sie nicht wollen, dass das passiert, was wir heute hier zum Thema Schuldenerlasse für Reeder diskutieren, dann ändern Sie mit uns das System. Dann sorgen Sie doch dafür, dass Vermögende mehr zur Allgemeinheit beizutragen haben, dass das Bankensystem beispielsweise besser reguliert wird. Machen Sie das doch einmal. Aber was machen Sie? Sie blockieren es in der Europäischen Union, und Ihr Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble blockiert es im Deutschen Bundestag.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ändern Sie dort Ihre Politik, dann kommt das bald nicht mehr vor. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Kolleginnen und Kollegen der Piratenfraktion hat der Abgeordnete Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mal wieder reden wir heute über die HSH Nordbank im Plenum. Dabei hat sich herausgestellt, dass weder der Bericht der Finanzministerin noch die Debatte selbst hier etwas Neues gebracht haben. Das mag vielleicht nicht die Schuld der Finanzministerin sein, da es wahrscheinlich auch nichts Neues zu berichten gibt außer das, was in den Zeitungen steht.

Der **Unternehmer** Bertram **Rickmers**, der sich seit geraumer Zeit mit Problemen konfrontiert sieht, ist von der HSH Nordbank aufgefordert worden, ein **Sanierungskonzept** für sein Unternehmen zu präsentieren und nicht immer wieder nach einem Schuldenschnitt zu fragen. Dass die Situation für die Reeder und für die Schifffahrtsbranche im Allgemeinen schwierig ist, ist auch nichts Neues, das haben wir schon sehr häufig in diversen Zusammenhängen mit der HSH Nordbank hier im Plenum diskutiert. Neu ist allerdings die Erkenntnis, dass die HSH keinem der bisherigen Sanierungsvorschläge von Bertram Rickmers zugestimmt hat und deshalb dem Fonds bis zum 15. April 2017 Zeit gegeben hat, ein tragfähiges Modell zu präsentieren, das im Idealfall höhere Rückflüsse aus dem Trust in

Aussicht stellen soll, als sie bei einer Abwicklung fließen würden. Mit dieser Aufforderung widerspricht übrigens die HSH Nordbank einem gängigen Vorurteil, dass die Bank zu schnell Kredite erlassen würde.

Auch wir PIRATEN können uns gut vorstellen, dass bei einem Krediterlass in Millionenhöhe die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg beispielsweise über den Finanzausschuss mit zu entscheiden haben. Allerdings scheint diese Vorstellung an ganz praktischen Fragen zu scheitern. Zum Beispiel stellt man sehr schnell fest, dass, wenn wir uns im Parlament mit diesen Entscheidungen beschäftigen, wir mit denselben Fachleuten und denselben Wirtschaftsprüfern zu tun haben und unsere Entscheidung auf derselben Grundlage treffen würden wie zum Beispiel der Vorstand oder der Aufsichtsrat. Ich bin mir nicht sicher, ob wir dann bei dieser Debatte zu einem anderen Ergebnis kommen würden. Die Verantwortung liegt jedoch beim Vorstand.

Als ich mir Ihre Rede angehört habe, Herr Kubicki, habe ich für mich daraus die Essenz gezogen, dass die FDP lieber den **Rickmers-Fonds insolvent gehen lassen**, das Schiff verschrotten lassen würde und der Meinung ist, dass dies für das Land Schleswig-Holstein günstiger sei. Ich frage mich, worauf Ihre Bewertung fußt. Ich bin mir nämlich nicht sicher, ob Sie den Kredit im Detail kennen. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie an die Analyse des Wirtschaftsprüfers kommen. Sie stellen sich hier hin und sagen, dass der Schuldenerlass der falsche Schritt sei.

Ich kann verstehen, dass Sie diese **Gerechtigkeitsdebatte** hier aufmachen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich weiß gar nicht, was Sie überhaupt verstehen!)

- Herr Kubicki, es ist doch klar. Die ganze HSH Nordbank ist eine Ungerechtigkeit an sich. Das ist auch nichts Neues. Und solange wir in der Restrukturierung sind, eine Garantie ausgesprochen haben und mit Landeskaptal für eine Geschäftsbank haften, ist es immer eine Ungerechtigkeit gegenüber dem Steuerzahler. Das ist Fakt. Unsere Aufgabe ist es doch, hier im Parlament dafür zu sorgen, dass wir die Restrukturierung, die Umstrukturierung und den Verkauf so gestalten, dass der Schaden für das Land verringert wird.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Auf die Frage, ob der **Schuldenerlass** in der **Vergangenheit** richtig war, möchte ich entgegenen, dass ich mir nicht sicher bin, ob es klüger ist, einen Kre-

(Torge Schmidt)

dit zu erwerben, der nicht restrukturiert ist, der sozusagen ein verschrottetes Schiff ist. Solche Kredite haben doch Verfalltage, und das wurde im Ausschuss ja relativ deutlich erklärt. Mir ist es lieber, wenn ein Kredit weiterläuft, vielleicht mit einer geringeren Kreditsumme, als dass das Schiff verschrottet wird und die Kosten für das Land und die HSH Nordbank noch größer werden.

Wir wissen auch, dass all die Sachen im Rahmen der Garantie abgewickelt werden und von den **HSH Wirtschaftsprüfern** überprüft werden. Das sind unsere eigenen Leute, die wir damit beauftragt haben. Wir sollten diesen Leuten vertrauen, dass sie ihre Arbeit vernünftig machen, und zwar nach den Regeln, die wir ihnen im Garantievertrag gegeben haben. Sie sitzen doch nur da, um zu prüfen, dass die HSH Nordbank nicht zu unseren Lasten agiert. Das ist doch deren Aufgabe, oder haben Sie etwa kein Vertrauen in die HSH-Prüfer, dass sie die Arbeit vernünftig machen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, habe ich nicht, habe ich tatsächlich nicht!)

- Gut, aber was ist dann Ihre politische Alternative, Herr Kubicki?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich habe mich gemeldet, ich sage noch was dazu!)

- Dann bin ich gespannt, was Ihre politische Alternative ist.

(Beifall PIRATEN)

Fakt ist, wir sollten den Verkauf der Bank jetzt nicht aus den Augen verlieren. Das sollte unser vornehmliches Ziel sein. Ich bin gespannt, wie Sie als Finanzminister der vielleicht künftigen Bundes- oder Landesregierung agieren würden. Wenn die CDU und die FDP regieren sollte, wird es genau solche Forderungsverzichte geben wie unter der Finanzministerin Heinold. Da bin ich mir ganz sicher, und darauf würde ich eine Kiste Wein verwetten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW hat nun der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kommen wir vielleicht erst einmal zur **Mo-**

ral: Ja, in der Tat, es ist richtig, es ist verwerflich, wenn ein Reeder als Geschäftsmann in der Lage ist, Schulden der Allgemeinheit aufzudrücken, und als Privatperson trotzdem auf großem Fuß leben kann. Ich glaube, darüber sind wir uns auch alle einig. Nur, diese moralische Komponente hilft uns nicht wirklich weiter; denn wenn man das einmal weiterspinnt und sagt, wir müssten etwas dagegen tun, dass das überhaupt noch möglich ist, dann müsste man eigentlich sämtliche juristischen **Rechtsformen von Unternehmen** abschaffen und nur noch Einzelpersonengesellschaften zulassen. Nur dann wäre so etwas ausgeschlossen. Wer also GmbH, AG und alles, was es da noch gibt, abschaffen will, der soll das hier meinetwegen fordern. Wer das aber nicht fordert, meine Damen und Herren, der wird, was diese moralische Komponente angeht, das Problem nicht lösen können. Das ist einfach so. Das ist doof, aber nicht zu ändern.

Ein zweiter Punkt. Ja, meine Damen und Herren, es ist richtig, der Hauptgrund für die Misere, die wir haben - das sagen wir immer wieder -, sind die alten Geschäfte, die zwischen 2003 und 2008 abgeschlossen wurden. In der Tat, Herr Kubicki, kann man sagen, man hätte sie alle zur persönlichen Haftung verpflichten sollen. Klar, das hätte man machen können. Ich glaube aber nicht, dass man dann auch nur ein einziges Engagement an Land gezogen hätte. Mit dem heutigen Wissen sagen wir, dann wäre alles wunderbar. Aber ich stelle mir vor, man würde heute jeder AG sagen, jede Person soll komplett mit vollem Risiko haften. Das würde man gar nicht hinbekommen. Das würde man auch in einer GmbH nicht hinbekommen. Das würde man niemandem in irgendeiner Art und Weise aufzwingen können. Deswegen ist es völlig illusorisch zu meinen, so etwas machen zu können. Das geht nicht. Das heißt, was die Moral angeht, können wir uns gern gegenseitig katholisch machen, aber es wird an der Situation nichts ändern.

Der Kollege Schmidt hat es eben sehr deutlich gemacht, und er hat ja recht damit. Das ganze Problem HSH Nordbank ist zutiefst unmoralisch; das kann man ruhig so sagen. Dass der Staat beziehungsweise dass die Bürger dafür haften müssen, ist die eigentliche Katastrophe. Aber wir werden es nicht ändern können. Das heißt, unsere politische Aufgabe ist eigentlich nur zu gucken, wie wir das Elend für die Bevölkerung minimieren können. Das ist unser Job. Da macht jeder das, was er am besten kann, jeder nach bestem Wissen und Gewissen. Das würde ich auch nie irgendjemandem vorwerfen.

(Lars Harms)

So. Was den teilweisen Schuldenerlass angeht, so ist das auch in dieser Höhe in der heutigen Wirtschaft nichts Ungewöhnliches, übrigens auch im Privatleben nicht. Es gibt ja auch Privatinsolvenzen. Auch dort spielt das eine Rolle.

(Zuruf CDU: In dieser Höhe?)

Man kann jetzt einfach apodiktisch sagen, dass man das verhindern muss; das kann man tun. Nur, wenn es vielleicht doch besser ist, das Geschäft nicht zu verhindern, weil der Staat dann selber mehr herausbekommt, dann sollte man lieber versuchen, dies zu tun. Manchmal ist es eben auch notwendig, einen Forderungsverzicht mitzumachen.

Bei dem konkreten Fall, den wir heute ja eigentlich nicht diskutieren wollen, obwohl er auf der Tagesordnung steht, ist es so, dass die HSH Nordbank bisher nicht gesagt hat, dass sie da mitmacht. Sie ist nicht die Einzige, die derzeit noch nicht gesagt hat, dass sie da mitmacht, sondern der **Sanierungsplan** ist auch von den anderen **Gläubigern** abgelehnt worden. Insofern sind wir hier mitten im Konjunktiv. Derzeit wissen wir überhaupt nicht, was da beschlossen werden wird und ob das eine oder das andere günstiger ist.

Angesichts dessen bleibt für uns eigentlich nur übrig - das sagen wir immer wieder -, uns darauf zu verständigen, welche Kriterien da eine Rolle spielen müssen. Das ist in diesem konkreten Fall relativ einfach:

Erstens. Alle müssen mitmachen, und alle müssen die Hacken zusammenschlagen, nicht nur die HSH Nordbank, sondern auch die anderen Gläubiger müssen da fein mitziehen.

Der zweite Punkt ist: Auch Rickmers muss ein bisschen was dazu beitragen. Auch er muss frisches Eigenkapital da hineintun. Das ist ja wohl selbstverständlich. Außer den Gläubigern muss auch er selber dazu beitragen, dass sein Unternehmen weiter läuft. Das kann man ja wohl erwarten.

Der dritte Punkt ist für uns: Wenn wir das alles mitmachen, dann muss am Ende aber dabei herauskommen, dass das Geschäft für uns die bessere Variante gegenüber einer Insolvenz ist.

Das sind die Rahmenbedingungen, die gelten müssen. Das ist das, woran sich im Übrigen auch die Damen und Herren im Vorstand der HSH Nordbank zu halten haben; denn das ist im Gesellschaftsvertrag so niedergelegt. Es ist auch im Garantievertrag so niedergelegt, dass sie sich genau danach zu verhalten haben. Das werden sie tun; davon bin ich überzeugt. Das ist das, was wir politisch

einzufordern haben. Alles andere ist Spökenkiekelei.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Abgeordneten Wolfgang Kubicki von der FDP-Fraktion das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, dass der Kollege Koch eine wirklich bemerkenswerte Rede gehalten hat - das meine ich in allem Ernst -, weil er darin genau auf die Problemlage hingewiesen hat, vor der das Land in der Abwägung der Interessenlage der HSH Nordbank und der des Landes Schleswig-Holstein beziehungsweise der Freien und Hansestadt Hamburg steht.

Ich kann mich erinnern - ich war in diesem Haus schon vertreten, als die **10-Milliarden-€-Garantie** ausgelegt worden ist -: Da hieß es, sie würde nicht in Anspruch genommen; sie diene nur dazu, die Eigenkapitalkennziffern zu verbessern. Man müsse sich keine Sorgen machen. Kollege Wiegard hat das hier verkündet. Jetzt stellen wir fest, die 10 Milliarden € sind weg. Das hat der Vorstand der Bank bereits erklärt.

Was wir momentan aber machen, ist, dass wir über diese 10 Milliarden und die 3 Milliarden €, die 2009 als Kapital zugeführt worden sind, hinaus jetzt **weitere**, im Ergebnis insgesamt **2 Milliarden €** der HSH Nordbank zuleiten, was logischerweise, wenn das ein Geschäft für das Land Schleswig-Holstein sein soll, wenn das Vermögen der Frau Finanzministerin geschont werden soll, dazu beitragen muss, dass der Kaufpreis um diese 2 Milliarden € besser sein muss, als er ansonsten wäre, weil wir anderenfalls den Käufer in einer Art und Weise subventionieren, die ich nicht für vertretbar halte.

Ich finde den politischen Ansatz des Kollegen Koch genau richtig - das entspricht auch meiner Überlegung -, dass das Land Schleswig-Holstein jedenfalls der HSH Nordbank klarmacht, dass wir keine Kredite mehr ankaufen, die sie vorher durch Forderungsverzicht aufgehübscht hat;

(Beifall FDP und CDU)

denn ich kann Ihnen sicher sagen, dass dieser Forderungsverzicht nur in dem Wissen darüber erklärt

(Wolfgang Kubicki)

wird, dass wir die Verluste ausgleichen müssen beziehungsweise ausgleichen. Wir helfen der Bank also bei der Verschönerung ihrer Bilanz; das ist ja in Ordnung. Aber gleichzeitig erlauben wir der HSH Nordbank, uns mit Krediten zu versorgen, die es gar nicht wert sind.

Nun kommen wir einmal zu der Frage Going Concern. Ich empfehle Ihnen wirklich, einmal die internationalen Zeitungen dazu zu lesen. Diese **Going-Concern-Annahme** steht auf unglaublich wackeligen Füßen, wie die Rating-Agenturen gerade mitgeteilt haben, die zur Abwertung von entsprechenden Konstruktionen raten.

Und es ist noch etwas Weiteres im Raum, Frau Finanzministerin. Es ist vielleicht auch wichtig für das Parlament, das einmal zur Kenntnis zu nehmen: Es stehen unglaubliche **Klagen** gegenüber der HSH Nordbank aus **Prospekthaftung** ins Haus, weil natürlich eine Reihe der Schiffsfinanzierungen durch die HSH Nordbank vermögenden Privatkunden angeboten worden ist, die ihrerseits sich jetzt hinsichtlich dessen getäuscht fühlen, was im weiteren Verlauf geschehen ist.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist auch üblich! Das ist immer so, bei jedem Windpark und sonstwas, der pleite geht, gibt es Klagen!)

- Kollege Matthiessen, es mag ja sein, dass das in dem Metier, in dem Sie zu Hause sind, alles üblich ist. Ich kann als Anwalt nur feststellen, dass bei fast allen **Geschäftsführergesellschaften** die **persönliche Haftung** eingeführt worden ist. Wenn Sie eine GmbH haben und alleiniger Gesellschafter und Geschäftsführer sind, dann verlangt Ihre Bank von Ihnen selbstverständlich, dass Sie neben den Geschäftsanteilen noch weitere Sicherungen erbringen.

Nun kann man sagen, gut, bei der HSH Nordbank ist das nicht ganz so schlimm; sie ist ja in öffentlicher Hand gewesen. Die Leute haben auch nichts davon verstanden. Aber es ist ein Schaden in Höhe von 10 Milliarden € und mehr entstanden, und er entsteht weiterhin. Es steht die Frage im Raum: Müssen wir den Schaden durch den Ankauf von Krediten, die aufgehübscht worden sind, weiter vergrößern, ja oder nein? Wenn es zu keiner Veräußerung kommt, dann ist diese Regierung dafür verantwortlich, dass in die HSH Nordbank 2 Milliarden € hineingepumpt worden sind, die nicht fällig geworden wären, wenn wir uns anders verhalten hätten. Das wird die Diskussion der kommenden Tage und Monate sein.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Rainer Wiegard von der CDU-Fraktion.

Rainer Wiegard [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Finanzministerin weist bei den Debatten zu diesem Thema in der letzten Zeit immer wieder gern darauf hin, dass es eine **Verantwortung von Vorgängerregierungen** gibt. Frau Heinold versucht, damit den Eindruck zu erwecken, als handle es sich hier ausschließlich um eine Verantwortung der unmittelbaren Vorgängerregierung.

(Beate Raudies [SPD]: Nein!)

Ich will Ihnen das sagen, Frau Heinold, weil Sie mich heute persönlich aufgefordert haben, den jüngeren Kollegen - so haben Sie das ausgedrückt - zu erläutern, warum wir damals im Jahr 2009 diese Garantie gegeben haben.

Dazu muss ich allerdings noch ein paar Jahre zurückgehen. Ich habe im Jahr 2005 mit der Regierung Peter Harry Carstensen nicht nur einen total desolaten Landeshaushalt mit einer jährlichen Verschuldung von 1,5 Milliarden € übernommen, sondern auch die Verantwortung für eine Landesbank, bei der Sie es bis zu dem Regierungswechsel zugelassen hatten, nicht verhindert hatten - ich behaupte, Sie haben es noch nicht einmal bemerkt -, dass diese sich bis dahin am Kapitalmarkt über 160 Milliarden € lieh, um ihre Liquidität herzustellen, und dies ausschließlich zulasten von Hamburg und Schleswig-Holstein. Das geschah in Ihrer Verantwortung.

(Beifall CDU und FDP - Tobias Koch [CDU]: Das ist die Wahrheit!)

Da Sie immer auf Ursachenforschung gehen, sage ich Ihnen: Diese **160 Milliarden €** hat niemand benötigt, um das normale Geschäftsfeld der **Landesbank**, weder der beiden Vorgängerbanken noch der im Jahr 2003 neu gegründeten HSH Nordbank, zu bedienen. Dies war ein Vielfaches dessen, was für die Ausreichung von Geschäftskrediten erforderlich war. Sie haben dies nicht verhindert, und die Bank hat das Geld dann eingesetzt; denn eine Bank kann es ja auch nicht aufs Sparbuch legen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Und wer war damals Finanzminister?)

(Rainer Wiegard)

- Diese Frage will ich beantworten, Heiner Garg. Es lag klar: Es war in der Verantwortung von Rot-Grün. Letzter Finanzminister war Herr Stegner. Aber die finanzpolitische Sprecherin der Grünen, die heute immer so tut, als hätte sie damit niemals zu tun gehabt und nichts davon gewusst, war Frau Heinold.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist falsch!)

In der Zwischenzeit, bis zum Eintreten der Finanzmarktkrise am 15. September 2008, ist dieses Volumen von etwa 165 Milliarden € auf etwa 60 Milliarden € abgebaut gewesen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Schluss kommen.

Rainer Wiegard [CDU]:

Es ging um die Frage: Wie begegnen wir in dieser Finanzmarktkrise dem Problem, dass die Bank ihre Kredite nicht mehr bedienen kann? Da erinnere ich Sie noch einmal an die Diskussion - -

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, ich erinnere Sie an die Zeit. Bitte achten Sie auf Ihre Redezeit!

Rainer Wiegard [CDU]:

Ich bin sofort fertig.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ja, gut.

Rainer Wiegard [CDU]:

Ich erinnere Sie an die Diskussion mit den beiden Präsidenten der BaFin und des Soffin, Sanio und Rehm, irgendwann um den 20. März 2009, die eindringlich darauf hingewiesen haben, was eine Abwicklung dieser Bank bedeutet, nämlich das unmittelbare Ziehen der verbliebenen Garantiebeträge. Das wären weit über 60 Milliarden € gewesen.

(Jürgen Weber [SPD]: Genau so ist das!)

Deshalb haben wir diese Garantie gegeben.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, bei allem Verständnis, aber - -

Rainer Wiegard [CDU]:

Daher ist es, wie ich finde, von Bedeutung, sich einmal anzuschauen, welche Entscheidungen in den letzten fünf Jahren getroffen worden sind.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, ich verstehe das alles gut; aber von Bedeutung sind auch die Regeln, die wir uns hier gegeben haben. Sie reden jetzt schon fast 5 Minuten in einem Drei-Minuten-Beitrag. Also einen letzten Satz, bitte!

Rainer Wiegard [CDU]:

Okay, ein letzter Satz. Frau Präsidentin, ist das gestattet?

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ja, kurz!

Rainer Wiegard [CDU]:

Man sollte sich noch einmal anschauen, welche Entscheidungen eigentlich in den letzten fünf Jahren getroffen worden sind, die die Fähigkeit der Bank verschlechtert haben, mit Gewinnen in anderen Geschäftsfeldern - die man ihr weggenommen hat - das auszugleichen, was sie im Bereich der Schiffahrtskredite an Verlusten eingefahren hat. Diese Möglichkeit ist nicht ausgeschöpft worden.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke schön. - Die Landesregierung hat erneut um das Wort gebeten, und ich erteile es der Finanzministerin Monika Heinold.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Sehr geehrte Damen und Herren! Seitdem ich Ministerin bin, sage ich - das habe ich auch heute wieder getan -, dass alle, die Regierungsverantwortung getragen haben, für die Altlasten der HSH Nordbank verantwortlich sind. Das habe ich immer, in jeder Rede, gesagt. Damit bin natürlich auch ich damals und heute gemeint.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich habe auch in den letzten Jahren die **Garantiekonstruktion** bewusst nicht kritisiert, Herr Wiegard. Diese müssen Sie gar nicht rechtfertigen. Vielmehr haben wir sozusagen auf dieser Ebene

(Ministerin Monika Heinold)

weiter aufgebaut. Aber ich sage sehr wohl, dass die Kredite mit den hohen Klumpenrisiken, mit denen wir heute zu kämpfen haben, die uns heute die Probleme bereiten, in früheren Zeiten entstanden sind und aufgenommen wurden.

Aber - lassen Sie es mich in dieser Deutlichkeit sagen, auch wenn es dem einen oder anderen den Feierabend nicht versüßt - was ich kritisiere und als unanständig empfinde, ist, dass sich die CDU nie, in keiner Debatte, hier vorn hinstellt und auch nur einmal sagt: Ja, wir sind Teil der Verantwortungskette. - Darum geht es.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für einen Drei-Minuten-Beitrag hat der Abgeordnete Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, selbstverständlich haben wir in unserer Regierungszeit Verantwortung für die Bank getragen.

(Zurufe SPD: Ah!)

Das ist aber kein Schuldeingeständnis.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu diesen Fragen hat es übrigens auch schon zwei Untersuchungsausschüsse dieses Landtags gegeben, und auch im Zusammenhang damit werden Sie selbstkritische Äußerungen zu unserer eigenen Regierungszeit finden.

Worüber wir aber heute diskutieren, sind nicht die Ereignisse von 2009, auch wenn Sie das Augenmerk immer gern auf sie lenken wollen.

(Beifall CDU - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber 2005 bis 2009!)

Wir diskutieren vielmehr über die aktuellen Vorkommnisse, und dabei geht es um Ihre **Regierungsentscheidungen** aus dem **Jahr 2015** und darum, was Sie heute daraus machen.

Deswegen sage ich noch einmal: Es kann nicht sein, dass man sich im Jahr 2015 verpflichtet, faule Schiffskredite zu übernehmen, dass dann die Bank einen tollen Trick findet und sagt: Wir erlassen erst einmal ein paar Schulden; dann sind die Kredite an-

schließend weniger wert, und dann kaufen wir sie ab.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wissen, wie es geht!)

Genauso haben Sie es im letzten Jahr gemacht. Sie haben sich von der Bank an der Nase herumführen lassen. Die hat zwei Tage davor auf die Forderung verzichtet und hat die Kredite dann teurer an das Land verkauft.

Man kann solche Fehler machen, so bitter sie auch sind, man sollte sie aber nicht ein zweites Mal machen, Herr Kollege Andresen.

(Beifall CDU und FDP)

Darum geht es jetzt. Es geht darum, im nächsten Monat politisch dafür zu sorgen, dass wir die Bank nicht noch einmal damit durchkommen lassen, dass wir ihr im Juni nicht die Rickmers-Kredite abkaufen. Genau das droht nämlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Rother?

Tobias Koch [CDU]:

Sehr gern.

Thomas Rother [SPD]: Herr Kollege Koch, zwei Fragen.

Erstens. Können Sie den genauen Umfang der Geschäfte beziehungsweise die Differenz in Bezug auf die Schiffe beziffern, die anscheinend von der Reederei Kortüm angekauft worden sind?

Zweitens. Wie können Sie sich erklären, dass die Bank diesen Trick nicht auch bei allen anderen Schiffsübertragungen angewendet hat?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie hat doch angekündigt, sie will das machen!)

- Herr Kollege Rother, Sie müssten aus dem Beteiligungsausschuss den gleichen Kenntnisstand haben wie ich. Aber die Zahlen sind ja auch öffentlich. Das Forderungsvolumen belief sich auf 1,5 Milliarden € vor Forderungsverzicht. Dann wurden 500 Millionen € erlassen, und dann wurde an die Länder verkauft. Den genauen Kaufpreis kennen wir beide nicht. Er wird nach wie vor geheim gehalten. Aber es lässt sich rückschließen, dass er bei

(Tobias Koch)

60 %, also schätzungsweise bei rund 600 Millionen €, gelegen haben muss.

Deswegen sagte ich schon vorhin in meiner Rede: Beim Schrottwert wären es nur 100 Millionen € oder 150 Millionen € gewesen; jetzt haben wir 600 Millionen € bezahlt, haben aber drei Monate später festgestellt, dass die Schiffe doch nicht so viel wert waren. Deswegen musste die hsh portfoliomanagement AöR schon die ersten Verluste verbuchen.

Genau vor dieser Entwicklung will ich uns nur warnen, dass uns im Juni die Rickmers-Kredite aufs Auge gedrückt werden, zu einem überhöhten Preis, der dadurch zustande kommt, dass man zuvor auf Forderungen verzichtet hat.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Thomas Rother [SPD])

- Kollege Rother weist zu Recht auf seine zweite Frage hin: Warum haben sie es nicht bei den anderen gemacht? Der Forderungsverzicht bei Kortüm war nicht der einzige. Das waren die 500 Millionen €; sie haben insgesamt 800 Millionen € erlassen, und jetzt machen sie es wieder. Die HSH praktiziert diese Vorgehensweise also in einem größeren Umfang. Das ist kein Einzelfall. Die Frage ist nur, wie wir damit umgehen, ob wir das als Einzel-

fall hinnehmen und sagen: „Sie haben es jetzt so gemacht; das akzeptieren wir“, oder ob wir daraus lernen - und das sollten wir tun.

(Lebhafter Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag - Drucksache 18/5355 - durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Es ist kein Antrag gestellt und der Tagesordnungspunkt somit erledigt.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Tagung und wünsche Ihnen allen eine guten Abend. Wir sehen uns morgen früh um 9:30 Uhr im Plenarsaal wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:30 Uhr

Anlage

Namentliche Abstimmung
 143. Sitzung am 22. März 2017
Verbot der Wahlwerbung durch die Landesregierung einhalten
 Antrag der Fraktion der CDU
 Drucksache 18/5346
 (Seite **12027** des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Jürgen Weber	Nein
Hans-Jörn Arp	Ja	Johanna Skalski	Nein
Dr. Axel Bernstein	Ja		
Johannes Callsen	Ja	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Astrid Damerow	Ja	Rasmus Andresen	Nein
Volker Dornquast	Ja	Dr. Marret Bohn	Nein
Heike Franzen	Ja	Anke Erdmann	Nein
Hauke Göttisch	Ja	Marlies Fritzen	Nein
Daniel Günther	Ja	Eka von Kalben	Nein
Hartmut Hamerich	Ja	Detlef Matthiessen	Nein
Karsten Jasper	Ja	Burkhard Peters	Nein
Klaus Jensen	Ja	Ines Strehlau	Nein
Tobias Koch	Ja	Dr. Andreas Tietze	Nein
Peter Lehnert	Ja	Bernd Voß	Nein
Jens-Christian Magnussen	Ja		
Hans Hinrich Neve	Ja	FDP	
Petra Nicolaisen	Ja	Dr. Heiner Garg	Ja
Barbara Ostmeier	Ja	Anita Klahn	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Ja	Dr. Ekkehard Klug	Abwesend
Heiner Rickers	Ja	Wolfgang Kubicki	Ja
Klaus Schlie	Ja	Oliver Kumbartzky	Ja
Peter Sönnichsen	Ja	Christopher Vogt	Ja
Rainer Wiegard	Ja		
SPD		PIRATEN	
Torsten Albig	Nein	Angelika Beer	Abwesend
Wolfgang Baasch	Nein	Dr. Patrick Breyer	Ja
Dr. Kai Dolgner	Nein	Wolfgang Dudda	Ja
Peter Eichstädt	Nein	Uli König	Ja
Kirsten Eickhoff-Weber	Nein	Sven Krumbek	Ja
Martin Habersaat	Nein	Torge Schmidt	Ja
Bernd Heinemann	Nein		
Birgit Herdejürgen	Nein	SSW	
Thomas Hölck	Nein	Lars Harms	Nein
Stefan Bolln	Nein	Flemming Meyer	Nein
Serpil Midyatli	Nein	Jette Waldinger-Thiering	Nein
Birte Pauls	Nein		
Tobias von Pein	Nein		
Regina Poersch	Nein		
Beate Raudies	Nein	Zusammenstellung:	
Sandra Redmann	Nein	Abgegebene Stimmen	67
Thomas Rother	Nein	davon	
Katrin Fedrowitz	Nein	Jastimmen	32
Dr. Ralf Stegner	Nein	Neinstimmen	35
Kai Vogel	Nein	Enthaltungen	-